

## Wo ist das Geld?

Euromoney-Silber für die Private Banking Services der LGT



SA./SO., 13./14. FEBRUAR 2010 | ÖSTERR. UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 1,80

„A Bigger Bang“, © Justine Smith

Antworten von +++ Konrad Paul Liessmann +++ George Soros +++ Jeremy Rifkin +++ Martin Suter +++ Anselm Bilgri +++ Claudia von Werlhof

### Eine erste Bilanz

Vor drei Jahren platzte die US-Immobilienblase. DER STANDARD zieht eine Zwischenbilanz der Krise. Was ist aus politischen Initiativen zur Finanzmarkt-Regulierung geworden? Wie viel Geld wurde in den Kreislauf gepumpt? Antworten liefern eine vom Team um Peter Frey gestaltete doppelseitige Grafik, Interviews und eine von Bettina Pfluger und Günther Oswald gestaltete Chronologie. Die Illustrationen sind von der Künstlerin Justine Smith, die plakativ mit Papierscheinen arbeitet. Die Koordination dieser Schwerpunktausgabe lag bei Bettina Stiederer, die Gestaltung bei Armin Karner. Manche Antworten sind erhellend, Rückschlüsse kann jeder ziehen.

Alexandra Förderl-Schmid  
Chefredakteurin

### HEUTE

**Kopf des Tages** Italiens Zivilschutzchef und Nationalheld Guido Bertolaso im Sog eines Korruptions- und Sexskandals. **Seite 48**

„Alles Walzer“ Ob als Zaunpfosten samt Kordel oder zum 70. Geburtstag – der „Ball der Bälle“ in allen Facetten. **Opernball Seiten 14, 15**

### STANDARDS

Wissenschaft, NetBusiness **31, 32**  
Veranstaltungen, Kino . . . **37–39**  
Kommunikation, Blattsalat . . **40**  
TV, Switchlist . . . . . **44, 45**  
Rätsel . . . . . **A 8**  
Sudoku . . . . . **K 19**

### WETTER

Vielorts lockert es nur selten auf. Im Osten sind freundliche Abschnitte zu erwarten. Die Höchstwerte: –4 bis +3 Grad. **Seite 38**

Nachrichten in Echtzeit auf **derStandard.at**



9 025200 018069

## Zwölf Milliarden Schwarzgeld aus Österreich in der Schweiz

Studie: Insgesamt 587 Milliarden Euro von EU-Anlegern

**Wien/Genf** – Laut dem auf Finanzrecherchen spezialisierten Genfer Unternehmen Helvea sind insgesamt 587 Milliarden Euro aus der EU in der Schweiz veranlagt. Allein aus Österreich kommen davon rund 13 Milliarden Euro, so das Unternehmen in einer Studie. Zwölf Milliarden sind demnach Schwarzgeld, da Österreicher nur elf Prozent deklarieren. EU-Bürger versteuern laut Helvea 16 Prozent korrekt. Bisher war man davon ausgegangen, dass mindestens 30 Prozent der ausländischen Gelder in der Schweiz offiziell versteuert werden.

Beim Schwarzgeld liegen übrigens Italiener und Griechen voran, die nur ein Prozent ihrer Anlagen deklarieren.

Am meisten veranlagt haben laut Studie die deutschen „Spa-

rer“, gefolgt von Italien und Frankreich. Die Untersuchung dürfte beim Treffen der deutschsprachigen Finanzminister an diesem Sonntag für Gesprächsstoff sorgen. Insbesondere Deutschland

erhöht den Druck auf das Nachbarland. Nach der Affäre um gekaufte Steuerdaten hat sich die Zahl der Selbstanzeiger in Deutschland sprunghaft erhöht. **Seite 22**

## Eberau-Befragung bindend

Pröll will Ergebnis vom 21. Februar jedenfalls befolgen

**Wien** – Nachdem die SPÖ schon länger gefordert hatte, dass das Ergebnis der Volksbefragung über das geplante Asyl-Erstaufnahmезentrum am 21. Februar bindend sein soll, ist nun auch Vizekanzler und ÖVP-Chef Josef Pröll auf diese Linie eingeschwenkt.

Die ÖVP ist allerdings – anders als die SPÖ – der Meinung, dass jedenfalls ein drittes Erstaufnahmезentrum notwendig ist.

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Gerhart Holzinger, klagt im STANDARD-Interview über die langen Verfahren. **(red) Seite 9**

## schdade muazzn

Alexander Van der Bellen tritt für die Grünen in Wien an. Strache fürchtet sich, oder? Eher nicht, der Professor könnte die verbliebenen urbanen Liberalen von der ÖVP und der SPÖ abziehen, bzw. die letzten Liberales-Forum-Wähler aus der Katakombe holen. Anschließend dann, wenn sich's ausgeht, die Koalition mit Häupl machen (Nichttraucherschutz-Stadtrat?). Denn der Einfall der Wiener Grünen-Chefin Maria Vassilakou macht hauptsächlich Sinn, wenn dadurch die Gewichte so verschoben werden, dass eine rot-grüne Koalition möglich/zwingend wird.

Das wäre immerhin ein möglicher Neuanfang in der völlig verkrusteten politischen Landschaft Wiens (und Österreichs). Denn Rot-Schwarz auch in

Wien, das lähmt noch mehr als die Opernball-Berichterstattung. Oder Häupls No-na-Volksbefragung. Oder Straches Dauerkrawall. Oder das „Wir sind auch rechts, aber irgendwie netter“ der ÖVP.

Bevor wir allerdings zu viel erwarten, eine Verbeugung vor dem großen Wiener Universal-künstler Gerhard Rühm zu seinem Achtziger. In Form seines „Lautgedichts im

### RAU

Wiener Dialektidiom“:  
schdade muazzn  
schda

muade stazzn  
muade stazzn  
mau

maude schdaudn  
staude mazz

(Aus: „hosn rosn baa“, Frick Verlag 1959)



### Medaillen Chancen, wo man hinschaut

Schon das erste Olympiawochenende hat's aus ÖOC-Sicht in sich. Am Samstag hoffen Abfahrer und Skispringer (Foto: Morgenstern, Schlierenzauer), am Sonntag alpin kombinierende Damen, nordisch kombinierende Herren und Biathleten. **Foto: APA/Techt Seiten 33 bis 36**



### Mehr Geld für Aufsichtsräte

Eine schlechte Bezahlung verschärft Kontrolldefizite. **KARRIERENSTANDARD Seiten K 1 – K 19**  
**BILDUNG & KARRIERE Seiten K 20 – K 24**



### Kommissar Dietmar und Fuzzy Bones' Alibi.

Fuzzy Bones alias Franz Boszilke saß in seiner Garderobe und schüttelte fassungslos den Kopf. Marcus Bebra, der Manager des Jazztrompeters, war erwürgt in seinem CLS 500 Coupé gefunden worden. „Wir suchen nach einem Motiv für die Tat“, sagte Kommissar Dietmar. „Stimmt es, Herr Boszilke, dass Ihre Frau Sie mit Bebra betrogen hat?“ Der Musiker nickte. Dietmar fuhr fort: „Der Gerichtsmediziner hat anhand der Körpertemperatur die Todeszeit auf 15 Uhr festgelegt. Was haben Sie zu dieser Zeit getan?“ „Jazz gespielt, vor 50.000 Zuschauern.“ Fuzzy wirkte gereizt. „Mein Konzert begann um 14.30 Uhr und endete um 16 Uhr. Ich kann also unmöglich der Täter sein.“ „Können Sie doch!“, konterte der Kommissar. „Denn im Mercedes des Toten sah ich etwas, was Ihr Alibi zunichte macht.“ Was war das?

Die „Restwärme“-Funktion der Klimaanlage THERMOTRONIC war eingeschaltet. So wurde dann eine spätere Todeszeit festgelegt. Der wärmere Körper suggerierte die Leiche bei abgestelltem Motor 30 Minuten weiter gehetzt. Der wärmere Körper suggerierte dann eine spätere Todeszeit. Das war eine lähme Nummer. Fuzzy Bones. Nächster Fall: 13.03.2010

Mercedes-Benz

## Wie die Finanzsysteme gerettet wurden



„Money Map of the World“,  
© Justine Smith

# Vom Big Bang zum globalen Pump

Zentralbanken und Regierungen haben mit Milliardenspritzen das Finanzsystem vor dem Kollaps bewahrt. Das Geld steckt heute im Bankenkreislauf, in den Rohstoffmärkten, in den Staatsschulden. Wer will, kann blendend daran verdienen.

András Szigetvari

Am Anfang der Finanzkrise stand die größte Geldvernichtung, die der Erdball je gesehen hat. Ernst Stavro Blofeld, Dr. No und das Phantom in einem. Die Übeltäter aus den James-Bond-Filmen hätten es sich kaum besser ausdenken können.

Als die Investmentbank Lehman Brothers in der 7th Avenue in Manhattan im September 2008 kollabierte, begann eine Kettenreaktion, die bis heute anhält. Der Strudel aus Ramschpapieren, faulen Krediten, die immer wieder verpackt, verkauft, mit nicht vorhandenen Milliarden besichert wurden, riss die Aktienmärkte mit. Weltweit werden die Banken aus ihren Bilanzen Werte in Höhe von 3,4 Billionen Dollar abschreiben müssen, schätzt der Internationale Währungsfonds derzeit.

Aber das war nicht die einzige Welle. Schon 2007, erzählen Zentralbanker, hatte man in Washington und Frankfurt gesehen, dass sich da etwas zusammenbraute.

Einige Hausbesitzer in Mississippi oder Iowa, die ihre Kreditraten nicht mehr bezahlen können, reichen aus, um das System zu verunsichern: Der für den Kapitalismus lebenswichtige Geldhandel zwischen den Banken flaut ab. Die Europäische Zentralbank (EZB) reagiert, sie verlängert die Laufzeit der Kredite, die sie den

Banken im Wochen- und Monatsrhythmus gibt, die Zinsen stagnieren. Doch nach diesem September 2008 wird alles anders. Denn jetzt ist klar: Es reicht nicht.

Der zweite Akt beginnt. Systemrettung heißt der Auftrag. Auf die Geldvernichtung soll die Geldvermehrung folgen. Eine gigantische Pumpmaschine läuft an, die den Interbankenmarkt wieder flottmachen soll. Binnen weniger Monate wird die EZB die Geldmenge, die sie den Banken zur Verfügung stellt, auf 900 Milliarden Euro verdoppeln. Zinssatz: ein Prozent.

Ähnlich die US-Notenbank Fed: vor der Krise 2007 wies sie eine Bilanzsumme von 800 Milliarden Dollar aus. Zwei Jahre später waren es 2,2 Billionen – 1,4 Billionen zusätzliche Liquidität. Dann gab es zahllose Geldspritzen der Regierungen. Österreich stärkte die Banken mit rund 6 Milliarden Euro.

Eines haben Geldvernichtung und Geldvermehrung gemein: Blickt man auf die Summen, macht sich ein Gefühl der Unsicherheit breit. Wo sind die restlichen Milliarden hingeflossen?

Die Antworten finden sich auf den Zapfsäulen der Tankstellen, in den Bilanzen der Staatshaushalte. Die Spur des Geldes führt zur aktuellen Griechenlandkrise ebenso

wie in unzählige Statistiken der Notenbanken.

Und sie führt zu Carsten Fritsch. Er ist Rohstoffanalyst bei der Commerzbank. Mitte Jänner 2010 machen er und seine Kollegen in Frankfurt eine bemerkenswerte Beobachtung: die Spekulationen rund ums Öl erreichen einen Rekordwert. Zahlen über das US-Leichtöl WTI zeigen, dass noch nie so viele Werten auf steigende Ölpreise abgeschlossen wurden wie im Jänner. „All das billige Geld, da ist zu viel Liquidität“, sagt Fritsch trocken. Preisexplosionen gab es auch bei Kupfer und Gold. Viele Banken sind direkt als Spekulanten aktiv, andere finanzieren Hedgefonds und verdienen Gebühren. 60 Milliarden Dollar wurden 2009 in Rohstoffmärkte investiert.

Ein Allzeit-Rekord. Öl sei, gemessen an den Produktionszahlen, um 20 Dollar zu teuer, sagt Fritsch. Bis Mitte 2009 waren Preis und Produktion noch im Einklang.

Mitte 2009 erreichte die Pumpaktion der EZB ihren Höhepunkt. Im Juni vergab die Zentralbank Kredite in Höhe von 442 Milliarden Euro an die Banken, Laufzeit ein Jahr. Investments in Rohstoffe erklären nur bruchstückhaft, wohin das Geld gekommen sein mag.

Die Banken schweigen. Auf Anfrage des STANDARD wollten weder Erste noch Raiffeisen oder Bank Austria angeben, wie viel sie von der EZB erhielten. Es gehe um „wettbewerbsrelevante Geschäftsgeheimnisse“. Traditionell ziehen heimische Banken drei Prozent der EZB-Summen, also 13 Milliarden Euro, heißt es bei der Nationalbank.

Gestiegen ist das Geldvolumen trotz all der Kapitalspritzen nicht.

Das Nationalbankgeld wurde nicht gedruckt. Es wurde nicht durch Goldverkäufe verdient. Die Mittel wurden zur Belebung des Interbankenmarktes erfunden und den Finanzinstituten überwiesen.

Zu den Kunden sind die Mittel nicht geflossen. Die Kreditvolumina stagnieren in Österreich und waren im Euroraum in den vergangenen zwei Monaten sogar leicht rückläufig. Beides stimmt: Die Wirtschaft braucht weniger Geld, und man vergebte weniger, sagt ein Wiener Top-Banker.

Die nächste Spur führt nach Athen. Der Analyst David Schnautz ruft eine Tabelle aus dem Jahr 2008 auf seinem Computer auf. Darauf zu sehen: der Zinssatz für eine dreijährige griechische Staatsanleihe. Ende 2008 gab's für diese Papiere zwei Prozent Zinsen, das ist klar über dem EZB-Satz. „Griechische Papiere waren daher sehr begehrt“, sagt Schnautz. Dass nun die Wogen rund um Griechenland hochgehen, liege auch daran, dass viele investiert haben „und nun raus wollen“.

Auch jenseits von Spekulation findet sich im Geschäft mit den Staatsschulden ein großer Teil der Antworten. Neben den Notenbanken haben die Regierungen zur Rettung des Systems „echtes“ Geld ausgegeben. Österreich übernahm die Hypo und schnürte Konjunkturpakete. Der US-Steuerzahler ist heute Mehrheitseigentümer bei General Motors, hält zehn Prozent an Chrysler. Im Zuge der Krise hat er im Rahmen des Hilfsprogrammes „Tarp“ in 707 Finanzinstitutionen investiert. Richtig ist, dass die Steu-

erzahler an all dem auch verdienen. Die US-Notenbank konnte wegen Beteiligungen und Zinseinnahmen 2009 den höchsten Gewinn ihrer Geschichte erzielen.

Für die öffentlichen Bilanzen war die Systemrettung dennoch eine gigantische Belastung. Die Schulden im Euroraum sind seit der Lehman-Pleite um 600 Milliarden Euro angestiegen, die Budgets weltweit explodiert.

So gesehen ist das Geld zu den Staaten geflossen. In Form von Schulden. Von einer gewaltigen Umverteilung spricht Wifo-Ökonom Franz Hahn. Die Durchspülung des Finanzsystems hat die Privatwirtschaft zulasten der öffentlichen Hand entlastet.

So führt der letzte Weg in die Wiener Innenstadt. Dort sitzt die Bundesfinanzierungsagentur Öbfa. Sie begibt die Anleihen, mit denen die Republik ihre Schulden finanziert. 2009 war ein arbeitsreiches Jahr: Die Öbfa gab Anleihen in Höhe von 33 Milliarden Euro heraus. Der langjährige Schnitt liegt um acht Milliarden darunter.

Wer Anleihen kauft, kann nicht nur an Zinsen verdienen, sondern bei einem Weiterverkauf auch Kursgewinne verbuchen; Anleihen werden auch an den Börsen gehandelt. Die größten Käufer österreichischer Anleihen sind noch vor den Fonds die Banken.

Global betrachtet wird die neue Quelle nicht so schnell versiegen. Laut Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff steigen Staatsschulden nach Finanzkrisen um durchschnittlich 86 Prozent an.

Kommentar Seite 48



Wo ist das Geld?

## Erste Troubles am US-Immo-Markt

**FEBRUAR 2007** Eine Warnung der britischen Bank HSBC vor faulen Krediten im US-Hypothekengeschäft belastet die Börsen. Der US-Hypothekenfinanzierer New Century gerät ins Straucheln und meldet Insolvenz an. Im **JUNI** läuten an der Wall Street dann die Alarmglocken, als zwei Hedgefonds der Investmentbank Bear Stearns straucheln, weil sie im großen Stil in mit Immobilien



besicherten Papieren engagiert sind. Im **JULI** geht der Verkauf neuer Häuser in den USA um 6,6 Prozent zurück. Die Aktienkurse rutschen weltweit ab – die Immobilienblase platzt.

## Kreditvergabe stockt

**AUGUST 2007** Jetzt geht es Schlag auf Schlag: Der Hypothekenfinanzierer American Home Mortgage stoppt die Kreditvergabe und stellt später Konkursantrag. Die größte US-Immobilienbank Countrywide nimmt 11,5 Mrd. Dollar auf, um weitere Kredite zu finanzieren. Die US-Hypothekenbank First Magnus stellt ihre Tätigkeit ein. In der Folge werden immer mehr schlecht besicherte Kredite (Subprime) und die Derivate auf diese Kredite notleidend. Auch in Deutschland geraten die Banken IKB, Sachsen LB, WestLB und BayernLB wegen Fehlspekulationen am US-Immobilienmarkt in den Sog der Krise.



## Banken schreiben massiv ab

**OKTOBER 2007** Beim US-Finanzkonzern Citigroup bricht infolge der Abschreibung fauler Kredite der Gewinn um 57 Prozent ein. Citi-Chef Charles Prince tritt später zurück. Merrill Lynch schreibt mehr als acht Mrd. Dollar ab, Vorstandschef Stan O'Neal geht. Die US-Bank JP Morgan schreibt 1,3 Mrd. Dollar ab. In London stürmen besorgte Kunden die Schalter der britischen Bank Northern Rock. Um einen Zusammenbruch zu vermeiden, garantieren die Regierung und die Bank of England die Einlagen und übernehmen die Bank. Im **NOVEMBER** schreibt Morgan Stanley im vierten Quartal weitere 2,5 Mrd. Dollar ab. Die Bank of Amerika kündigt Abschreibungen von rund 3 Mrd. Dollar an. Merrill Lynch beschafft sich via Kapitalerhöhung 6,2 Mrd. Dollar.

## Vermeidung künftiger Krisen im Fokus

## Bankenzähler aller Länder vereint

Großer Schaden, keine Konsequenzen? Wird nach der Krise weitergezockt wie eh und je, ohne Rücksicht auf Verluste? Vordergründig ja. Aber im Hintergrund braut sich ein heftiges Regulierungsgewitter zusammen.

Andreas Schnauder

Konjunktur- und Bankenspritzen sind verabreicht. Was bleibt, sind die Schulden und der Kollateralschaden am Arbeitsmarkt. Werden nun wenigstens die Lehren aus dem Desaster gezogen? Politische Bekundungen auf höchster Ebene gibt es zuhauf. Eine neue Weltwirtschaftsregierung, Transparenz an den Finanzmärkten, Regeln für jedes Produkt und jeden Markt, Austrocknung der Steueroasen und, und, und.

Hehre Ziele, die da bei den letzten Gipfeln der 20 führenden Industrie- und Schwellenländern diskutiert und im Grunde auch vereinbart wurden. Doch ein Blick auf die Märkte zeigt, wie munter auf den Untergang von Unternehmen oder sogar Staaten spekuliert wird und Banken Milliarden im Investmentbanking scheffeln, während Kredite nach wie vor nur schwer zu bekommen sind. Reformen – von der Bankenaufsicht über die Hedgefonds-Regulierung bis hin zur Beschneidung von Ratingagenturen – werden ebenso engagiert verwässert. Alles Schall und Rauch? Wird weiter gezockt, als wäre nichts gewesen?

#### Viel Arbeit im Hintergrund

Noch, könnte man sagen. Denn abseits der Sonntagsreden wird eifriger an neuen Regelwerken getüftelt, als der breiten Öffentlichkeit bekannt ist. Denn während Regierungen und Parlamente meist dann einknicken, wenn mächtige Lobbys den Braten riechen, arbeiten internationale Gremien an mehreren Bereichen der Finanzmarktregulierung. Was dort bisher ausgebrütet wurde, hat es in sich. Selbst wenn bei der Umsetzung Abstriche wahrscheinlich sind, gilt ein Totalschaden in der Regulierungsmaschinerie als unwahrscheinlich.

Da wäre etwa das Basel-Komitee, das den Banken massiv zusetzt. Als die Vorschläge des aus internationalen Notenbankern und Finanzmarktregulierungsexperten bestehenden Ausschusses im Jänner mit Vertretern des Finanzsektors diskutiert wurden, erblasste so mancher Banker: Das Eigenkapital der Institute soll künftig nicht nur höher sein als bisher, es werden auch noch zahlreiche Kategorien nicht mehr bei der Wertung akzeptiert. Dazu zählen diverse Mischkapitalformen oder Tochtergesellschaften, deren Kapital voll der Mutter zugerechnet wird, obwohl auch andere Aktionäre be-

teiligt sind. Das klingt nicht nur trocken, sondern sorgt für Dürre in den Bilanzen: Bei Realisierung der Pläne fallen allein die europäischen Banken um 300 Milliarden Euro Eigenkapital um.

In Österreich bangt die Erste Group um zwei Milliarden, die sie sich derzeit von den Sparkassen virtuell in die Bücher holt, obwohl sie nur Beteiligungen hält. Bei Raiffeisen ist die Thematik anders, in der Wirkung aber ähnlich. Unter dem Strich würden die beiden großen Gruppen laut Analytischeinschätzung ziemlich hart an die aktuellen Mindestkapitalgrenzen herabrutschen. Kein Wunder, dass selbst der regulierungsfreudige Notenbanker Ewald Nowotny

bereits warnt, dass die geplanten Vorschriften nicht die auf klassisches Kredit- und Einlagengeschäft ausgerichteten heimischen Banken bestraft.

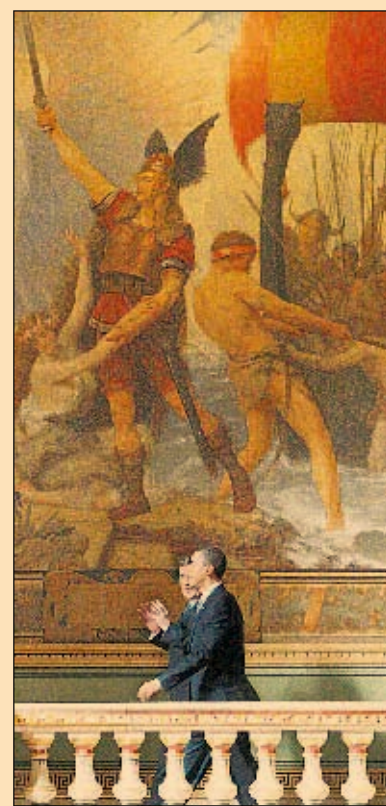
Okay, die Geldinstitute brauchen mehr Kapital, aber was soll das an der Spekulationsblase an den Finanzmärkten ändern? Einiges. Banken müssen künftig ihre Einnahmen einem Kapitalpolster zuführen, anstatt ihr Spielgeld-Reservoir aufzufetten. Das wird sich auf Gewinne, Dividenden und Boni auswirken. Weit stärker als die beliebten Bezügelungen oder -steuern und die zuletzt besonders populären Bankensteuer-Ansagen. Namhafte Experten wie der Berkeley-Ökonom Barry Eнгengreen erwarten sich vom Basel-Vorstoß jedenfalls die größte Wirkung in Sachen Regulierung.

Zumal es nicht bei Eigenkapitalregeln bleibt. Bei Lehman etwa war nicht die Größe, sondern die Komplexität des Geschäfts für den von der Pleite entfachten Flächen-

brand ausschlaggebend. Auch hier hakt Basel ein und verlangt eine Art Selbstbehalt für riskante Geschäfte mit der Gegenseite. Wer etwa mit Derivaten handelt, müsste dafür quasi ein Pfand für das damit verbundene Risiko hinterlegen. Damit würde der Anreiz für Verbriefungen deutlich reduziert, weil die Unterlegung mit Kapital kostet und sich so manches Geschäft nicht mehr rentieren wird.

Ein Mindestmaß an Liquidität und ein Höchstmaß an Verschuldung runden das Basel-Paket ab. Auch diese Maßnahmen bedeuten: mehr Vorsorge für Krisenzeiten, weniger Hebel für Wertpapiergeschäfte, weniger Risiko. Parallel dazu setzen mehrere andere Expertengruppen gerade umfassende Standards – von Boni über Bilanzregeln bis hin zu einem Insolvenzrecht für Banken.

Bald fehlt nur noch die strikte Umsetzung. Bei der helfen freilich weder Sonntagsreden noch eine Weltwirtschaftsregierung.






Die Banken an die Leine nehmen: US-Präsident Obama und der britische Premier Brown. Foto: AP

## Opel präsentiert



### Der neue Opel Astra.

Begrüßen Sie unseren neuen Star: Der Opel Astra zieht mit seinen attraktiven Formen alle Blicke auf sich. Seine revolutionären technischen Features begeistern die Menge: Zum Beispiel der exakt auf Sie einstellbare Fahrersitz und das FlexRide Premium-Fahrwerk, mit dem Sie das Fahrverhalten selbst bestimmen. Und bis 28.2.2010 zahlen Sie für das Kurvenlicht AFL+ oder für das Navigationssystem CD 500 nur die Hälfte! Bestellen Sie Ihren neuen Astra jetzt bei Ihrem Opel Partner. **Und Action!**

-  Ergonomiesitz mit Gütesiegel AGR (Aktion Gesunder Rücken e. V.)
-  Adaptives Kurvenlicht AFL+ mit neun Lichtfunktionen
-  FlexRide Premium-Fahrwerk mit 3 Einstellungen: Normal, Tour oder Sport

[www.opel.at](http://www.opel.at)

Verbrauch gesamt in l/100 km: 4,2–7,5; CO<sub>2</sub>-Emission in g/km: 109–176



Wir leben Autos.

#### Krise zieht Kreise

**JÄNNER 2008** Das Jahr der Abschreibungen und Verstaatlichungen: Bear-Stearns-Chef Cayne tritt zurück. Lehman Brothers streicht 1300 Jobs. Die Fed kürzt den Leitzins auf 3,0 Prozent. Der US-Immo-Finanzierer Countrywide wird von der Bank of America gerettet. Das FBI ermittelt gegen 14 Firmen wegen Verdachts auf Betrug oder Insiderhandel in Verbindung mit der Finanzkrise.

# Die Preise sind im Keller, jetzt wird versteigert

Drei Jahre, nachdem die Immobilienblase in den USA geplatzt ist, sind die Preise wieder auf dem Stand von 2003. Während die Neubauten stark zurückgegangen sind, boomen nun die Zwangsversteigerungen.

Georg Szalai aus New York

Im Jahr 2005 war der US-Immobilienboom auf dem Höhepunkt. TV-Werbeshows priesen Bücher an, die durch Hausverkauf und -verkauf einen guten Nebenerwerb versprachen. So mancher kaufte sein erstes Haus, seine erste Wertanlage. Wohnbauunternehmen expandierten. Banken stellten Risikokunden schlecht besicherte Subprime-Kredite zur Verfügung, die bald einen Marktanteil von 20 Prozent erreichten. Vereinzelt Warnungen verhallten ungehört.

Doch Anfang 2007 wurde immer klarer: Der Boom – angetrieben von der Hoffnung auf Spekulationsgewinne und vom Versuch vieler Amerikaner, sich mit dem gestiegenen Papierwert ihres Hauses andere Lebensfreuden zu finanzieren – hatte zu einer Blase geführt, die geplatzt war. Hauspreise sanken, Subprime-Hypothekenverluste bei Banken mehrten sich, Zwangsversteigerungen, sogenannte foreclosures, wurden zum Schlagwort der Saison.

Die US-Immokrise wurde zum Auslöser der größten Finanzkrise seit der Weltwirtschaftskrise. Die staatlich kontrollierten US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac wurden nach kräftigen Finanzspritzen einem Chefauftseher unterstellt. Die USA stürzten in eine tiefe Rezession.

„Es kam einfach alles zusammen“, erklärt Jay Butler, Immobilienexperte an der Arizona State University, „es war wie ein Teufelskreis.“ Kritiker werfen Exper-

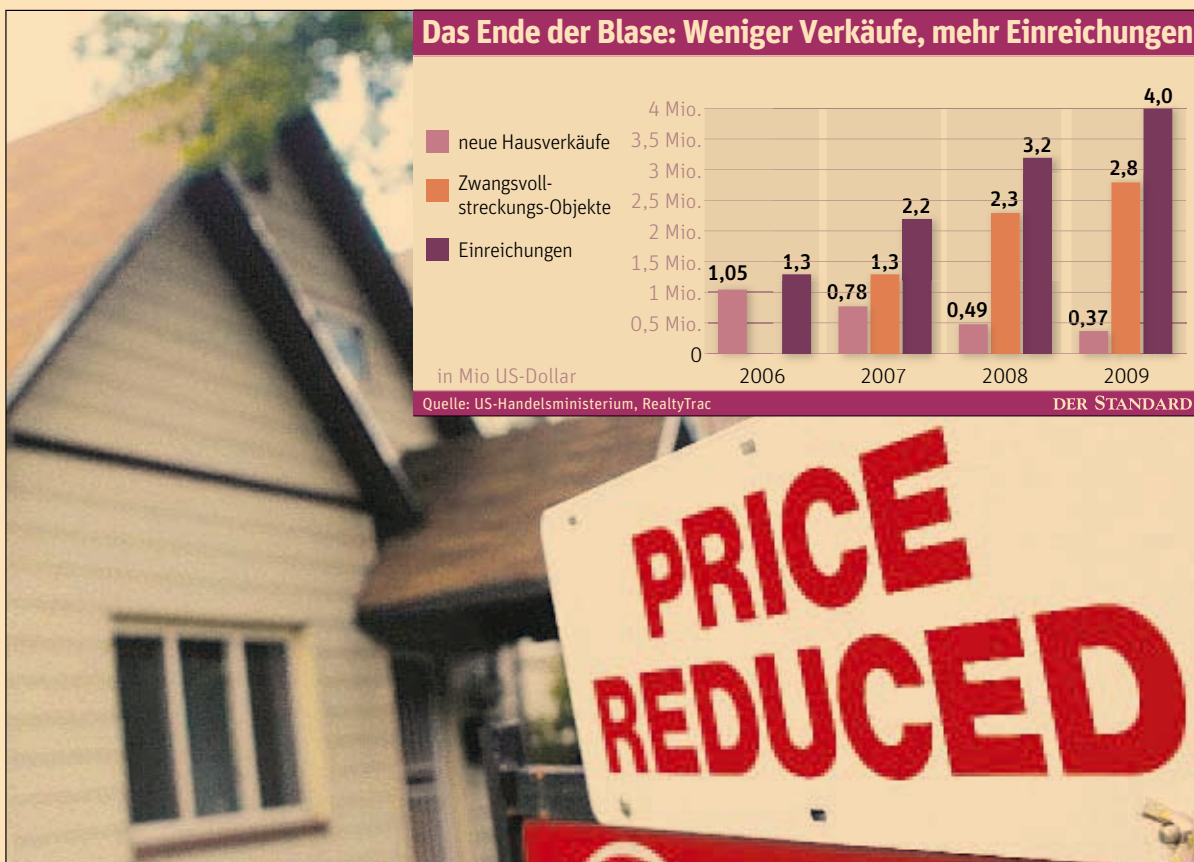
ten wie ihm vor, dass sie bestenfalls eine Verlangsamung des Wachstums prophezeit hatten.

Das Jerome Levy Forecasting Center hatte schon 2005 gewarnt: „Die Immo-Blase war ein Auswuchs eines jahrzehntelangen Prozesses, in dem sich die US-Wirtschaft immer mehr auf die Ausdehnung der Schuldenlast der Haushalte verließ“, erläutert Robert King, Ökonom am Center.

Auch James Chung vom Marketing- und Forschungsunternehmen Reach Advisors warnte nach einer demografischen Studie 2006 bereits, dass traditionelle Immobilienstatistiken zu wenig über die Zukunft aussagten. „Wir fanden, dass der Boom einfach nicht weitergehen konnte, weil er durch die natürliche Nachfrage der Babyboom-Generation getrieben war, die den Höhepunkt bereits überschritten hatte“, so Chung.

## 80 Prozent weniger Hausbau

Für einige Zeit blieb die Nachfrage der Spekulanten noch aufrecht. Statt der traditionellen zehn Prozent Spekulanten stieg der Anteil an Investoren laut Butler auf 30 bis 40 Prozent – viele davon ahnungslose Amateure. Die Folge: Hausbauvolumen und Verkaufspreise sackten dramatisch ab, Zwangsversteigerungen hingegen setzten neue Rekorde. „Die Hausproduktion fiel um 80 Prozent vom Höhepunkt Ende 2005 bis zum Beginn der Talsohle letztes Jahr – und zwar so tief wie noch nie“, erklärt David Crowe, Chefökonom der National Association



In den letzten drei Jahren ist der Medianpreis für ein Einfamilienhaus um 16 Prozent gefallen. Foto: AP

of Homebuilders, einer landesweiten Vertretung von Bauunternehmen. „Wie noch nie“ – das umfasst in diesem Fall den Zeitraum der Datenerfassung, also die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Drei Jahre nach Beginn der Immobilienkrise gibt es zwar erste Lichtblicke wie etwa eine steigende Anzahl von Baugenehmigungen, aber noch immer keine klare Trendwende. Viele meinen, dass die Talsohle bei Hausverkaufspreisen nun endlich erreicht sei.

Und dennoch: Einen neuen Immo-Boom erwartet so schnell niemand. Denn die US-Wirtschaft

wächst seit dem dritten Quartal wieder, aber sowohl die hohe Arbeitslosigkeit als auch die Angst davor sind so hoch, dass viele dadurch vom Hauskauf abgehalten werden. Eine Steuergutschrift für Erstkäufer von bis zu 8000 Dollar verzerrt laut Experten den Markt. Die Regierung erweiterte sie kürzlich sogar und verlängerte sie für jene, die bis Ende April einen Vertrag unterschreiben und bis Ende Juni abschließen.

Der wahre Zustand des Hausmarkts wird erst im Sommer deutlich werden“, meint Peter Boockvar, Marktstrategie bei Miller Ta-

bak. Neueste Daten besicherten Experten bestenfalls gemischte Gefühle: Der Medianpreis für ein neues Einfamilienhaus in den USA sank im Dezember 2009 auf 221.300 Dollar, 3,6 % unter dem Vorjahreswert von 229.600 Dollar. Zum Vergleich: Der Gipfel inmitten des Booms im März 2007 lag bei 262.600 Dollar.

Insgesamt wurden 2009 nur 374.000 Einfamilienhäuser verkauft. Das ist der niedrigste Wert, seitdem die Statistik 1963 eingeführt wurde. Das waren 22,9 % weniger als 2008, ja sogar 51,8 % weniger als 2007.

## Rekordzahlen

Der S&P/Case-Shiller-Index, der Hauspreise in 20 Städten misst, wies für November 2009 Abfälle von 5,3 % gegenüber dem Vorjahr und 0,2 % gegenüber dem Vormonat aus – und das nach fünf Monaten des Anstiegs. Jetzt liegen die Preise auf dem Niveau von Ende 2003 – ganze 29 Prozent unter ihrem Hoch von 2006. Allerdings wies der Index in manchen Städten einen Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr aus: so etwa in Dallas, Denver, San Diego and San Francisco.

Index-Kogründer Robert Shiller von der Yale University warnt jedoch vor einem weiteren Fall und einer neuen Foreclosure-Welle in den kommenden Monaten. Und die Online-Datenbank RealtyTrac erwartet heuer einen neuerlichen Rekord von mindestens drei Millionen Zwangsversteigerungsobjekten. Angeführt wird die Statistik 2009 von Kalifornien, Florida, Arizona und Illinois. Nevada rangiert mit einer Foreclosure-Rate von mehr als zehn Prozent aller Häuser das dritte Jahr in Folge an der Spitze.

## Ein Polster für eine weiche Landung

Positivbeispiel **Kanada**: Dank seiner hohen Reserven ist das Land in besserer Verfassung als Westeuropa

Bernadette Calonego

In der kanadischen Stadt Vancouver gibt es Menschen, die freiwillig unter dem Nachthimmel Schlange stehen. Sie warten nicht etwa auf die Öffnung der Suppenküche. Sie wollen eine Eigentumswohnung in einem der luxuriösen Glastürme zum Preis von 250.000 bis 600.000 Euro kaufen. Damit sie ihnen niemand vor der Nase wegschnappt, verbringen sie die Nacht vor dem Verkaufsbüro. So verkauften sich bereits am ersten Tag 163 von 214 Wohnungen im Hochhaus „The Mark“ im Yuppie-Viertel Yaletown.

Es ist, als habe es nie eine Wirtschaftskrise gegeben. Zwar haben auch in der Hafenmetropole am Pazifik die Häuserpreise kurzzeitig stagniert. Seit dem Tief im Jahr 2008 haben sie sich aber praktisch wieder erholt. Allein in der Innenstadt sind ein Dutzend neuer Wohntürme in Vorbereitung,

denn in der City hat es immer noch Platz für 30.000 weitere Bewohner. Die neue U-Bahn zum Flughafen ist bereits fertiggebaut.

Nicht nur für viele Vancouveriten, sondern auch für andere Kanadier ist die weltweite Wirtschaftskrise weitgehend glimpflich abgelaufen. Ein Subprime-Mortgage-Debakel gab es in Kanada nicht. Der kanadische Banken- und Finanzsektor war und ist viel stärker reguliert als in den USA. Kanadas Banken gelten als sehr solide; niemand musste befürchten, dass sie pleite machen könnten. Die Banken gaben nicht im großen Stil Hypotheken ohne Anzahlung heraus.

„Seid mehr wie die Kanadier – konservativ, langweilig und relativ sicher“, riet der britische Journalist und Romanautor John Lanchester der Welt.

Kanada erlebte zwar Ende 2008 auch eine Rezession, aber sie dauerte nur drei Quartale. Betroffen

waren vor allem die Fabriken für Industrie- und Konsumgüter. Die Autofirmen, die für den amerikanischen Markt produzieren, mussten Zehntausende von Arbeitern entlassen. Heute heuern Konzerne wie Toyota aber bereits wieder Leute an.

Für Kanada hätte es viel schlimmer ausgehen können, denn rund 80 Prozent der Exporte gehen in die USA. Aber andere Abnehmer werden zunehmend wichtiger, allen voran China.

## Rücklagen aus elf Jahren

Was Kanada vor allem half, war die Tatsache, dass das Land während elf Jahren vor der Krise jährliche Überschüsse erwirtschaftet hatte. Vor allem von 2003 bis 2008, als die kanadischen Rohstoffe phänomenale Preise erzielten, konnte man Geldpolster anlegen. Die kanadische Regierung ist daher in der bequemen Lage, über zwei Jahre 25 Milliarden Euro in

die Wirtschaft zu pumpen und den Kanadiern mit Steuersenkungen zu helfen. In schwierigen Zeiten lief die inländische Konjunktur relativ, denn die Bürger waren nicht so verschuldet wie in anderen Ländern.

Jetzt erholen sich die Energiepreise langsam. Die Welt braucht kanadisches Gold, Erdöl, Naturgas, Uran, Kalidünger – und nicht zu vergessen: Agrargüter wie Linsen und Erbsen. In Vancouver herrscht Zuversicht. Unternehmen wie NovaGold und Taseko bauen neue Minen für die Gold- und Kupfergewinnung. Im Gegensatz zu anderen Städten wachsen die Türme in Vancouver immer noch in den Himmel. Ganze 201 Meter hoch ist ein neues Hotel namens Shangri-La – Synonym für ein Paradies auf Erden.



**ALS GLOBAL CORPORATE CITIZEN STEHEN WIR ZU UNSERER VERANTWORTUNG GEGENÜBER DER UMWELT.**

Mehr über unsere Corporate Responsibility: [www.rzb.at](http://www.rzb.at)

**RZB**  
MEINE BUSINESS-BANK.

# „Wir haben nichts gelernt“

Der Philosoph und Publizist **Konrad Paul Liessmann** warnt vor einer Rückkehr zum „Business as usual“ wie vor der Krise. Vom Versagen der Eliten profitieren radikale Parteien, sagt er im Gespräch mit **Eric Frey**.

STANDARD: *Es schaut so aus, als hätte die Welt nicht viel aus der Wirtschaftskrise gelernt. Ist die Krise etwa zu glimpflich verlaufen?*

**Liessmann:** Jeder muss ein Interesse haben, dass eine Krise glimpflich verläuft. Niemand wünscht sich hohe Arbeitslosigkeit, Streiks, Plünderungen oder Bürgerkrieg. Aber wenn man die Krise als Folge einer Dysfunktionalität des Systems sieht, dann stellt sich rein pädagogisch die Frage, wie schwer eine Krise sein muss, damit etwas daraus gelernt wird. Zu Beginn der Krise herrschte bei den Systemvertretern eine Krisenrhetorik, die es in sich hatte. Gemessen daran haben wir nichts gelernt. Man stellt erleichtert fest, so schlimm war es nicht, und kehrt zu dem zurück, was man vorher gemacht hat.

STANDARD: *Aber so schlimm ist es wirklich nicht gekommen.*

**Liessmann:** Das liegt daran, dass massiv mit öffentlichen Geldern reagiert wurde. Die fanatischsten Vertreter des freien Marktes haben plötzlich ihre Liebe zum Staat entdeckt. Aber sie haben nicht den Schluss gezogen, dass das Verhältnis von Markt und Staat neu überdacht werden muss. Wir alle wissen, dass es ganz anders gekommen wäre, wenn wir den freien Markt hätten walten lassen, wenn all die Banken, die sich verspekuliert haben, und all die Automobilindustrien, die nicht mehr konkurrenzfähig waren, pleitegegangen wären, wie es der freie Markt eigentlich gefordert hätte.

STANDARD: *Ist dadurch der pädagogische Effekt verlorengegangen?*

**Liessmann:** Das Auffangen der Banken war ökonomisch richtig, pädagogisch aber falsch. Und man

che Hilfen für marode Industrien waren vielleicht auch ökonomisch falsch, etwa die Abwrackprämie oder die Opel-Rettung.

STANDARD: *Sonst wären zehntausende Jobs verlorengegangen.*

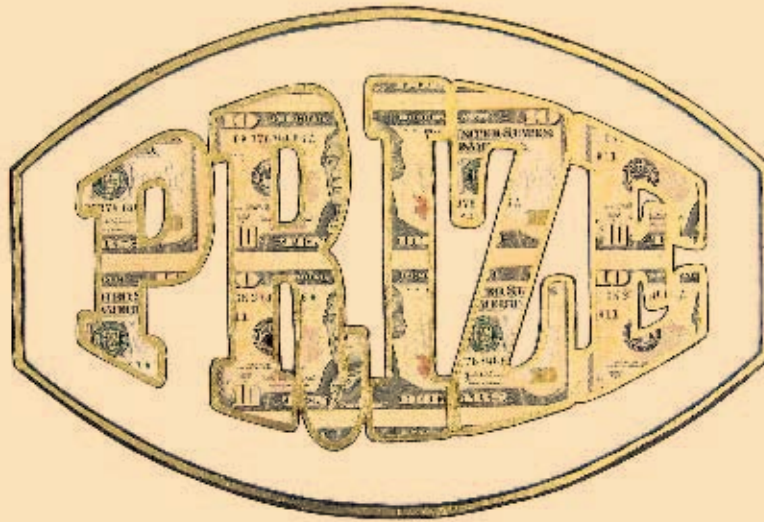
**Liessmann:** Das stimmt, aber es sind auch andere Industrien mit vielen Beschäftigten in die Krise gerutscht, und da hat keiner mit dem Ohr gewackelt. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet die Automobilindustrie anders behandelt wurde. Sie hat eine besondere Symbolkraft. Das Auto ist unser aller Liebling.

STANDARD: *Stichwort Banken. In Österreich wurde selbst die Hypo Alpe Adria für so systemrelevant erklärt, dass sie aufgefangen werden musste. Hätte man das stärker hinterfragen können?*

**Liessmann:** Die Hypo Alpe Adria ist systemrelevant in einem anderen Sinn. Sie ist Symbol für eine ganz bestimmte Verquickung von Politik und Ökonomie, und einer hoch riskanten Expansionspolitik. Es entsteht der Eindruck, dass der so viel geschmähte Staat zu nichts anderem da ist, als Managementfehler und die Folgen halbseidener Geschäfte aufzufangen.

STANDARD: *Woher kommt die Einstellung, dass jeder aufgefangen werden muss? Das klingt fast wie sozialistische Ideologie.*

**Liessmann:** Bei Institutionen, die so groß waren, dass ihr Ruin Volkswirtschaften ins



„Prize Money“, © Justine Smith

Verderben hätte ziehen können, verstehe ich es. Aber danach hätte man sich Korrekturen des Systems überlegen müssen. Keine Bank sollte so groß werden, dass sie sich alles erlauben kann, weil sie nicht fallengelassen werden darf. Auch darüber wurde – außer in den USA – nicht ernsthaft nachgedacht. „Business as usual“ ist eine unverantwortliche Blauäugigkeit der Eliten. Denn die nächste Krise wird mit Sicherheit kommen, und angesichts der angespannten Budgets wird es niemanden mehr geben, der irgendetwas auffangen kann.

STANDARD: *Was sind die Gründe für dieses Versagen?*

**Liessmann:** Es fehlt die politische Kontrolle über die Ökonomie. Das Credo der letzten 30 Jahre lautete, die Politik soll nicht die Wirtschaft regulieren, sondern selber wie ein Unternehmen funktionieren. Dann aber kann der Staat keine Rahmenbedingungen für Unternehmen mehr vorgeben. Dieselben Rating-Agenturen, deren Bewertungen für die Krise mitverantwortlich waren, werden jetzt beauftragt, die

neuen Richtlinien zu entwerfen. Das ist absurd.

STANDARD: *Man hätte da aus der Bevölkerung mehr Druck erwartet.*

**Liessmann:** Manche versuchen sehr wohl, Konsequenzen zu ziehen. Ich glaube, dass die Studentenproteste der letzten Monate damit zu tun haben, dass das Bild der Universitäten als Unternehmen, das effizient Absolventen produziert, ins Wanken geraten ist. Das ist auch ein Ausfluss der Krise.

STANDARD: *In den 30er-Jahren gab es radikale Reformprogramme, die leider auch totalitär waren. So abschreckend das ist, wäre etwas mehr Radikalität im öffentlichen Bewusstsein wünschenswert?*

**Liessmann:** Ich wünsche mir überhaupt keine Radikalität, sondern einen Zustand, in dem Radikalität nicht notwendig ist. In Deutschland und Österreich gibt es radikale Parteien, die das Unbehagen auffangen; in Deutschland ist es die extreme Linke, in Österreich die extreme Rechte. An deren Wählerstimmen kann man auch ablesen, inwiefern es nicht gelungen ist, diese Krise so zu bewältigen, dass die Menschen sich nicht verraten und verkauft fühlen.

STANDARD: *Die FPÖ als Krisengewinnler?*

**Liessmann:** Radikale Parteien sind immer Krisengewinnler. Es ist einfacher, den Protest zu formulieren, als zu sagen, wie man die Gegenwart gestalten könnte. Aber gemessen an den totalitären Parteien der 20er- und 30er-Jahre sind die extremen Parteien heute höchst gemäßigt – bei allen verbalen Exzessen, die sie sich leisten. Das Beruhigende an der Krise ist, dass sich solche totalitären Versuche als politisch wirksame Konzepte noch nicht bemerkbar machen. Aber ich würde das Potenzial des sozialpolitischen Unbehagens, das sich durch die Krise bildet, nicht unterschätzen.

**ZUR PERSON:**

**Konrad Paul Liessmann (56), ein führender „public intellectual“ des Landes, lehrt Philosophie an der Uni Wien und leitet u. a. das Philosophicum Lech.**

**Langfassung:**  
derStandard.at/WoistdasGeld

**Kommentar Seite 48**

## Wo ist das Geld?



## China auf Konfrontationskurs zu den USA

Scharfe Warnung Pekings vor Treffen Präsident Obamas mit dem Dalai Lama

Johnny Erling aus Peking

Die Pekinger Führung heizt einen Tag vor Beginn des traditionellen Frühlingsfestes, der größten Familienfeier in China, die Stimmung für einen Konfrontationskurs mit den USA an. Das Außenministerium und die für Tibet zuständigen Parteigremien warnten US-Präsident Barack Obama davor, den Dalai Lama zu treffen. Das Weiße Haus hatte am Donnerstag den 18. Februar als Termin für die seit Monaten geplante Begegnung mit dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter genannt.

„Wir fordern die USA auf, ihre Entscheidung zum Arrangement

des Treffens unverzüglich rückgängig zu machen“, zitierte die Nachrichtenagentur Xinhua den Sprecher des Außenministeriums schon in der Nacht auf Freitag in einer Eilmeldung. Die TV-Hauptnachrichten sendeten die ultimative Aufforderung.

Websites der Regierung veröffentlichten am Freitag demonstrativ erneut den Wortlaut einer sieben Tage zurückliegenden Pressekonferenz mit dem hohen Parteifunktionär für die Tibetfrage, Zhu Weiqun: „Vertrauen und Kooperation zwischen uns werden unvermeidlich bedroht, wenn US-Führer sich für ein Treffen mit dem Dalai Lama entscheiden.“

In den USA wird mit einer Verschiebung des für April geplanten Staatsbesuchs von Präsident Hu Jintao gerechnet. In Chinas Presse warnte jedoch der Pekinger Institutsleiter für US-Studien Yuan Peng, dass seine Regierung härter reagieren könnte, als Washington erwarte. Seit China als Antwort auf US-Waffenverkäufe an Taiwan ankündigte, die Militärbeziehungen zu den USA vorläufig aussetzen und Sanktionen gegen am Waffendeal beteiligte US-Firmen wie Boeing oder Lockheed Martin einzuleiten, hat Peking sich unter Erfüllungsdruck gesetzt. Das gilt nun für Tibet umso mehr.

## KURZ GEMELDET

### Berlusconi verteidigt belasteten Zivilschutz-Chef

Rom – Italiens Premier Silvio Berlusconi verteidigt seinen Vertrauensmann, Zivilschutzchef Guido Bertolaso, der in den Sog eines Korruptions- und Sexskandals geraten ist. Berlusconi bezweifelte, dass Bertolaso befreundeten Unternehmen öffentliche Aufträge als Gegenleistung für Geld und Callgirls zugeschanzt haben soll, wie aus Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hervorgeht. Bertolasos Rücktritt lehnte Berlusconi ab. (APA, red) **Kopf des Tages Seite 48**

### Clinton nach Herzoperation aus Spital entlassen

New York – Einen Tag nach einer Herzoperation hat Ex-US-Präsident Bill Clinton (63) am Freitag das Columbia Presbyterian Hospital in New York wieder verlassen. Clinton waren am Vortag in eine Herzerterie zwei Stents eingesetzt worden. Im selben Spital hatte er fünf Jahre zuvor schon einen Vierfach-Bypass bekommen. Clinton nimmt seinem Sprecher zufolge die Arbeit als UN-Sonderbeauftragter für Haiti wieder auf. (dpa) *F.: Reuters*



### Patrick Kennedy kandidiert nicht mehr für US-Kongress

Washington – Der demokratische Abgeordnete Patrick Kennedy wird Ende des Jahres nicht für eine weitere Amtszeit im US-Präsidentenhaus kandidieren. „Nach zwei Jahrzehnten in der Politik nimmt mein Leben nun eine andere Richtung“, sagt Kennedy in einer vorzeitig bekannt gewordenen TV-Botschaft, die Sonntag gesendet werden soll. Die Entscheidung Kennedys kam wenige Wochen nach der Niederlage der Demokraten bei der Senatsnachwahl für den Sitz seines verstorbenen Vaters Edward. (apn)

### USA, EU und Nato gratulieren Janukowitsch

Washington/Brüssel – US-Präsident Barack Obama, EU-Präsident Herman Van Rompuy und Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen haben Wiktor Janukowitsch zur Wahl zum ukrainischen Präsidenten gratuliert. Die unterlegene Kandidatin Julia Timoschenko erkennt die Wahl nicht an. (Reuters)

## GANZ KURZ

+++ **Waffenruhe** Ein für Freitag angekündigter Waffenstillstand im Jemen zwischen Armee und schiitischen Rebellen im Norden wurde nach Militärangaben eingehalten. +++ **Nötigung** Der polnische Ex-Vizepremier Andrzej Lepper wurde wegen sexueller Nötigung zweier Partei-Mitarbeiterinnen zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt.

Raiffeisen unterstützt Sie bei nachhaltigen Projekten aus den Bereichen Finanzen, Energie, Verkehr, Bauen & Sanieren.

www.raiffeisen-klimaschutz.at

Wir tun was.





„Hot Money“, © Justine Smith

## „Washington ist voll mit den Freunden der Banker“

Banklobbyisten haben eine Finanzreform in den USA verhindert, sagt der Harvard-Ökonom

**Richard Freeman.** Bei einem Treffen in Cambridge erklärte er **András Szigetvari**, warum er nun Pensionisten für die große Hoffnung Amerikas hält.

**STANDARD:** Als die Banken 2008 reihenweise kollabierten, versprach die Politik, die Finanzwelt künftig besser zu regulieren. Was wurde bisher in den USA umgesetzt?

**Freeman:** So gut wie nichts. Die amerikanischen Banken haben jedes größere Gesetz erfolgreich bekämpft. Das beste Beispiel ist der Consumer Protection Bill, ein Gesetz, das Kunden vor Bankbetrügereien schützen sollte. Ich war überzeugt, dass das Gesetz durchkommt. Wer sollte schon gegen ein Antikorruptionsgesetz stimmen. Aber ich habe mich geirrt. Die Banken haben so massiv lobbyiert, dass das Gesetz im Kongress komplett verwässert wurde, einige Bestimmungen wurden sogar ins Gegenteil verkehrt.

**STANDARD:** Ein Beispiel.

**Freeman:** Das Gesetz enthielt ursprünglich eine Passage, wonach jeder Bundesstaat und jede Stadt noch strengere Bestimmungen beschließen können sollte. Die neue Klausel sagt nun, dass kein Bundesstaat striktere Bestimmungen beschließen darf.

**STANDARD:** Was ist das Problem?

**Freeman:** Das Problem ist, dass der Druck auf die Banken in den USA bisher fast ausschließlich von der lokalen Ebene ausging. Vor allem die Generalstaatsanwälte in den einzelnen Bundesstaaten waren sehr aktiv. Damit müssen die Banken und ihre Lobbyisten künftig auch nur an einer Stelle, in Washington, Druck ausüben.

**STANDARD:** Das Ganze klingt fast zu simpel: Banken schicken Lobbyis-

ten, die dafür sorgen, dass Gesetze umgeschrieben werden.

**Freeman:** Die Banken beschäftigen zwei bis dreitausend Lobbyisten. Es gibt mehr Lobbyisten als Kongressabgeordnete mitsamt ihren Stäben. Diese Leute sind sehr gut darin, sich einzelne Abgeordnete auszusuchen, die in den richtigen Ausschüssen sitzen, um die entscheidenden Klauseln zu verändern. Der zweite Punkt ist, dass Washington voll mit den Freunden der Banker ist. Finanzminister Tim Geithner spricht fast jeden Tag mit den Chefs der großen Banken. Geithner war Chef der New Yorker Notenbank, er kennt diese Leute von der Wall Street, er hält sie für seriöse Leute, nicht für hinterlistige Schlangen, obwohl sie genau das sind.

**STANDARD:** Allerdings sind viele Menschen wütend: Politiker, die auf die Banken einprügeln, könnten an Popularität gewinnen?

**Freeman:** Jeder schimpft über die Banken. Aber trotzdem nimmt fast jeder Abgeordnete ihr Geld. Die Banker sind zurück mit derselben oder ähnlichen Menge Geld wie vorher, und sie machen dieselben Sachen. Ich meine, das muss man sich einmal vorstellen: Sie haben das Geld von der US-Regierung, vom Steuerzahler genommen und es den Lobbyisten gegeben, damit diese im Kongress gegen neue Regulierung kämpfen. Ich bin also sehr skeptisch, ob es eine große Reform gibt. Kleinere Schritte wird es wohl geben, und wenn wir Glück haben, werden die neu geschaffenen Institutionen bei der nächsten Krise tatsächlich gestärkt werden.



**Freeman: Das größte Problem der USA ist die lokale Verschuldung.**

Foto: Szigetvari

**STANDARD:** In Europa würde man jetzt fragen: Wo ist die Linke, die dem Einhalt gebietet?

**Freeman:** Ich wär schon froh, wenn wir eine verantwortungsbewusste Rechte hätten. Hoffnungen setze ich in eine neu gegründete Organisation, in die Americans for Financial Reform. Der Gruppe gehören 200 Organisationen an, zumeist Konsumentenschützer, Umweltaktivisten. Aber, und das ist entscheidend, auch die American Association of Retired Persons. Dieser Verband zählt 30 oder 40 Millionen Mitglieder. Sie sind der größte Verband in den USA und haben beinahe so etwas wie ein Vetorecht bei allem, was Sozialgesetzgebung angeht.

**STANDARD:** Was halten Sie für die größte Bedrohung in den USA: die Arbeitslosigkeit, die hohen Schulden, neue Bankpleiten?

**Freeman:** Das große Problem, das die USA treffen wird, ist, dass unzählige lokale Verwaltungen riesige Bilanzlöcher aufweisen. Viele Gemeinden werden Lehrer und Angestellte feuern müssen, weil sie kein Geld mehr haben. Aus Mangel an Mitteln werden wir auch Gefangene auf freien Fuß setzen. Der schlimmste Fall ist Kalifornien, das ist fast ein bankrotter Staat. Aber jeder Bundesstaat hat dieses Problem. Das wird zu einem Schock führen.

**STANDARD:** Warum?

**Freeman:** Was würden Sie über ein Land sagen, das Lehrer und Universitätsprofessoren inmitten der schärfsten Krise in der Nachkriegszeit entlässt? In einer Krise bei Bildung zu sparen ist das Dummste, was man tun kann. Wir tun das gerade.

**ZUR PERSON:**

Richard Freeman ist einer der renommiertesten Ökonomen in den USA. Er lehrt in Harvard und leitet das National Bureau of Economic Research, einen Think-Tank in Cambridge.

Foto: Szigetvari

## Regieren und finanzieren

Wie in den USA Banker zu Ministern werden

Frank Herrmann

**Washington** – Glaubt man Timothy Geithners Worten, dann hat er nicht darauf gedrängt, Finanzminister zu werden. Er wäre zögerlich gewesen, als Barack Obama ihn im Spätherbst 2008 bat, die Treasury zu übernehmen. Der designierte Präsident, zitiert ihn viele Monate später die *Washington Post*, möge es noch einmal in Ruhe bedenken. Er, Geithner, habe doch maßgeblich dazu beigetragen, das Rettungspaket für die Banken der Wall Street zu schnüren. Für einen Minister könnte das eine allzu große Bürde sein.

Seit kurzem schlägt Obama deutlich schärfere Töne an gegenüber Brokern, die sich wieder sachte Bonuszahlungen gönnen, während Durchschnittsamerikaner noch immer unter der Jobkrise leiden. Geithner gilt als Rücktrittskandidat.

Reibungslos funktioniert das Personalkarussell zwischen Finanzwelt und politischer Machtzentrale. Es läuft so rund, dass böse Zungen Goldman Sachs, den Primus der Wall Street, gerne auch „Government Sachs“ nennen. Wer bei Goldman aussteigt, steigt bei der Regierung ein und umgekehrt. Robert Rubin und Henry Paulson, beide „Goldmänner“, beide Finanzminister, der eine unter Bill Clinton, der andere unter George W. Bush, stehen am prominentesten für die enge Verflechtung.

Geithner stammt zwar nicht aus den Reihen des New Yorker Investmentriesen, doch er verstand es geschickt, in dessen Reihen einflussreiche Mentoren zu finden. Zunächst arbeitete er in Manhattan für Kissinger Associates, die Beraterfirma des früheren Außenministers Henry Kissinger. 1988 stieß er zur Treasury, bald wurde Rubin auf ihn aufmerksam, der Topmanager von Goldman Sachs, der 1993 als Vorsitzender des National Economic Council oberster Wirtschaftsberater des Weißen Hauses wurde. Clinton berief Rubin zum Finanzminister, Rubin betraute Geithner in der Treasury mit wichtigen internationalen Aufgaben, etwa im Zuge der Russland- und der Asienkrise.

2003 übernahm der Aufsteiger mit dem Bubengesicht nach einem Intermezzo beim Internationalen Währungsfonds die Leitung der New Yorker Filiale der Notenbank Fed, des Scharniers zwischen Fed-Zentrale und Wall Street.

Als Geithner nach Washington wechselte, um das Finanzressort zu leiten, trat William C. Dudley, ein langjähriger Goldman-Sachs-Ökonom, seine Nachfolge als Präsident der Fed-Außenstelle zu Manhattan an. Henry Paulson wiederum, Geithners Amtsvorgänger, hatte sieben Jahre an der Spitze von Goldman gestanden, bevor ihn George W. Bush als Finanzminister in sein Kabinett holte. Vermittelt worden war die Nominierung vom Stabschef im Weißen Haus, Josh Bolten, auch ein Ehemaliger von Goldman Sachs.

**Wer rutscht, wer nicht**

In der Rolle des Krisenmanagers ließ Paulson den Goldman-Konkurrenten Lehman Brothers im turbulenten September 2008 in die Pleite rutschen. Kurz darauf entschied er, den Versicherungskonzern AIG aufzufangen, einen wichtigen Goldman-Geschäftspartner. Ed Liddy, bis dahin im Aufsichtsrat bei Goldman Sachs, übernahm das Ruder bei AIG. Und als es darum ging, die 700 Milliarden Dollar aus dem Rettungspaket des amerikanischen Fiskus an die Banken zu verteilen, vergab Paulson den Job an Neil Kashkari, einen 35-Jährigen ohne größere Erfahrung. Erst 2006 war Kashkari Paulsons Assistent geworden. Zuvor hatte er zwei Jahre als Investmentbanker für Goldman Sachs in San Francisco gearbeitet. Nach seiner überraschenden Beförderung gab man ihm schnell einen Spitznamen, der bis heute an ihm haftet: „The 700 Billion Boy“.

Goldman sei eine politische Organisation, die sich für eine Investmentbank ausbeugt, spitzt es Christopher Whalen zu, Direktor der Finanzberatung Institutional Risk Analytics. „Die sitzen mit den Topleuten der Regierung an einem Tisch.“ Nicht alle Kenner des Geldgeschäfts sehen das so. Goldman ziehe nun mal die besten Köpfe der Branche an, meint Charles Ellis, Autor einer Dokumentation über das Geldinstitut. Da sei es kein Wunder, dass viele in der Politik landeten.



Wo ist das Geld?

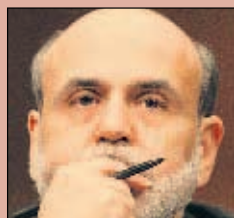


**Timothy Geithner, Ex-Banker und Noch-Finanzminister, dreht sich mit im Personalkarussell zwischen Regierung und Finanzwelt.**

Foto: Reuters

### Erste Rettungspakete werden geschnürt

**FEBRUAR 2008** Der US-Kongress billigt ein Konjunkturpaket von 150 Mrd. Dollar. Der US-Versicherungsriese American International Group (AIG) beginnt zu wackeln und gibt einen Verlust von 5,3 Mrd. Dollar für das vierte Quartal 2007 bekannt. Die Citigroup schreibt weitere 18 Mrd. Dollar ab, Merrill Lynch verbucht einen Nettoverlust von 8,05 Mrd. Dollar. Die Subprime-Krise verursacht auch in Japan einen Schaden von 6,5 Mrd. Dollar. Fed-Chef Ben Bernanke warnt vor einer ansteigenden Zahl von Bankenzusammenbrüchen.



### Bear Stearns wird gerettet

**MÄRZ 2008** Die Traditionsbank Bear Stearns wird auf Druck der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) kurz vor dem Zusammenbruch an die Großbank JP Morgan Chase verkauft. Die US-Regierung springt mit Garantien ein. Der Deal sorgt später für viele Diskussionen, weil er für JP Morgan dank eines günstigen Preises und der Staatshilfe hohe Profite abgeworfen hat.



### Abschreibungen auf Rekordniveau

**APRIL 2008** Auch die US-Bank Wachovia meldet einen Quartalsverlust von 393 Mio. Dollar. JP Morgan schreibt weitere 2,6 Mrd. Dollar auf faule Kredite ab. Merrill Lynch schockt mit weiteren Abschreibungen von mehr als sechs Mrd. Dollar die Märkte. Die Citigroup bilanziert einen Verlust von 5,1 Mrd. Dollar für das erste Quartal 2008. Auch die Deutsche Bank kündigt Milliardenabschreibungen an. Die Begriffe „subprime“ (für Schuldner mit niedriger Bonität) und „credit crunch“ (Kreditklemme) werden in das Oxford English Dictionary aufgenommen.

# Lady Ashton: „Ich fühle mich nicht als Zwerg!“

EU-Außenministerin Catherine Ashton will, dass Europa für seine Partner relevant ist. Eine politisch kleinwüchsige EU sieht sie nicht. Im Atomstreit mit Iran müsse der UN-Sicherheitsrat endlich handeln.

Christoph Prantner

**Brüssel/Wien** – Lady Ashton mag es schlicht. Ein Sekretär, eine Mitarbeiterin, ein Leibwächter. Mehr Anhang bringt sie nicht mit. Normalerweise zeigen Amtsträger ihres Kalibers gerne die gesamte Palette der Insignien politischer Macht vor. Baroness Catherine Ashton of Upholland aber, die neue Außenministerin der EU, scheint die Horden gestresster Anzugträger, Sirenen, Blaulichter und das ganze andere Bling-Bling nicht zu brauchen. Suchte man einen Namen für personifiziertes britisches Understatement, es müsste wohl der ihre sein.

Donnerstagabend, Flughafen Brüssel: Die Jets der Staats- und Regierungschefs warten nach dem EU-Gipfel auf ihre Starterlaubnis. Ashton fliegt in der Maschine von Bundeskanzler Werner Faymann mit nach Wien. Opernball. Die Stimmung ist gelöst. Das erste Sondertreffen in der neuen Lissabon-Ära ist ohne größeres Missvergnügen über die Bühne gegangen. Ashton, die seit Dezember Hohe Repräsentantin des Rates und seit Februar auch Vizepräsidentin der EU-Kommission ist, hat sich bisher in der Öffentlichkeit bedeckt gehalten. Im Flieger nach

Wien erläutert sie vor Journalisten erstmals ihre Pläne.

„Ich habe drei Prioritäten: Erstens den Europäischen Auswärtigen Dienst implementieren, der für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt sorgen soll. Wir müssen zweitens relevant sein für unsere unmittelbaren Nachbarn, denn das bestimmt das Urteil darüber, wie effektiv die EU ist. Und drittens müssen wir ebenso relevant sein für unsere strategischen Partner USA, China oder auch Brasilien.“ Ob sie Henry Kissinger denn schon ihre Telefonnummer zukommen lassen habe? Ashton lächelt: „Ich habe Henry schon auf einer Veranstaltung gesehen, aber meine Telefonnummer hat er noch nicht. Dafür telefoniere ich ziemlich viel mit Hillary Clinton.“

## „Mit einer Stimme sprechen“

Den Vorwurf, die EU sei ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg, will sie nicht auf sich sitzen lassen: „Ich fühle mich jedenfalls nicht als Zwerg! Es ist nur wichtig, dass wir nach außen mit einer Stimme sprechen.“ Als Soft Power wahrgenommen zu werden, impliziere ja noch nicht, dass Europa nicht robust eingreifen könne. Und als politische Optionen stünden nicht nur Soft oder



Im Gespräch mit Journalisten: EU-Außenministerin Catherine Ashton im Flugzeug unterwegs vom EU-Gipfel in Brüssel zum Opernball nach Wien. Daneben: Gastgeber Werner Faymann. Foto: Bernhard Holzner

Hard Power zu Verfügung. „Die Frage ist vielmehr: Welche Mittel und Instrumente sind effektiv?“

Mit welchen Mitteln also soll im Atomstreit mit dem Iran eine Lösung gefunden werden? Ashton: „Wir müssen das Problem wieder in den UN-Sicherheitsrat bringen. Alle anderen Versuche haben bisher keinerlei Erfolg gebracht.“ Das sei, auch wenn etwa der chinesische Außenminister, mit dem sie unlängst zusammengetroffen sei, weiterhin Gespräche mit Teheran führen wolle, in dieser Situation die einzig angemessene Vorgangsweise.

Schon beim Gipfel selbst hatte die Außenministerin der Union eine militärische EU-Mission für Haiti vorgeschlagen. Diese soll, wie sie präzisiert, vor allem Pionierleistungen wie Wasseraufbereitung und Unterkünfte für rund 100.000 Menschen umfassen, die nach wie vor ohne adäquate Versorgung sind. Darum hätten Haiti und die Vereinten Nationen gebeten. Österreich sei nicht konkret um Truppen angefragt worden, aber Kanzler Faymann signalisiert gleich im Flugzeug grundsätzliche Bereitschaft, Unterstützung zu gewähren.

Bleibt noch die Frage nach den grundsätzlichen Zweifeln an ihrer fachlichen Eignung, die nach ihrer Nominierung durch die europäischen Sozialdemokraten so vehement laut wurden. Ihren Kritikern begegnet sie so ruhig wie jenem ORF-Ballreporter, der sie später auf dem Opernball unentwegt mit „Ma'am“ ansprechen sollte. Zu Letzterem sagt sie: „Sie können mich nennen, wie Sie möchten.“ Erstere, die Kritiker, lässt sie wissen: „Seht euch an, was ich bisher gemacht habe. Und beurteilt mich nach dem, was ich jetzt tue. Wait and see.“

## Musterschüler mit Ölfeldern vor der Haustüre

Positivbeispiel **Lateinamerika**: Die meisten Staaten haben dank umsichtiger Wirtschaftspolitik die Krise gemeistert

Sandra Weiss

**Puebla** – Lateinamerikas Ökonomen von Mexiko bis Feuerland sind sich einig: Diesmal ist der Kontinent mit einem blauen Auge davongekommen. Waren früher Länder wie Argentinien oder Mexiko schon mal Auslöser weltweiter Finanz- und Schuldenkrisen, so traf die Wirtschaftskrise den Subkontinent diesmal „unverschuldet“ – und deutlich besser vorbereitet. Länder wie Chile, Mexiko oder Brasilien nutzten den Rohstoffboom Ende der 90er-Jahre, um ihre Schuldenberge abzubauen oder Rücklagen für Krisenzeiten zu bilden, die dann in den vergangenen zwei Jahren eingesetzt wurden, um die Rezession abzufedern. „Chile hat dank einer vorbildlichen antizyklischen Wirtschaftspolitik die Krise ganz gut gemeistert“, sagt Cornelia Sonnenberg, Geschäftsführerin der deutsch-chilenischen Handelskammer in Santiago.

Nach der Schrumpfung um 1,8 Prozent im Vorjahr wird Lateinamerika 2010 laut Prognosen der

UN-Wirtschaftskommission Cepal durchschnittlich um 4,1 Prozent wachsen, angeführt von Brasilien, dem 5,5 Prozent Zuwachs vorhergesagt werden.

Der südamerikanische Gigant hat sich als deutlich krisenresistenter erweisen als der regionale Gegenspieler Mexiko mit seiner exzessiv an die US-Konjunktur gekoppelten Wirtschaft. Während Mexiko seine Wirtschaft übereilt liberalisierte und im vergangenen Jahr eine Rezession von sieben Prozent erlitt, konzentrierte sich Brasilien (Nullwachstum 2009) zunächst auf seinen immensen Binnenmarkt und machte die heimische Industrie mit Investitionen in strategische Sektoren wie Luftfahrt, Stahl, Automobil und Biotreibstoffe wettbewerbsfähig. Dann baute es seine internationalen Wirtschaftsbeziehungen aus und handelt heute zu etwa gleichen Teilen mit Asien, Europa, den USA und dem Rest des Subkontinents. Besonders der Handel mit China trug dazu bei, die Wirtschaft im Vorjahr wieder zu dynamisieren.

Hinzu kommt auch ein bisschen Glück: Während Brasilien vor seiner Küste neue Erdölfelder entdeckte, gehen die Vorräte Mexikos zur Neige – und in die Erschließung neuer Felder wurde wegen restriktiver Gesetze nicht investiert.

### Erdöl sei Dank

Andernorts hat die Krise zu höherer Arbeitslosigkeit geführt, was sich auch durch das leichte Anziehen der Konjunktur in den vergangenen Monaten kaum verbesserte. Venezuela überstand die Krise dank seines Erdölreichtums, doch Präsident Hugo Chávez verschleuderte Millionen für Prestigeprojekte, während Modernisierungen der heimischen Infrastruktur, insbesondere im Energiebereich, ausblieben.

Venezuela dürfte 2010 zusammen mit dem durch das Erdbeben zerstörten Haiti das regionale Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum bilden.



Auch die Musterschüler dürfen sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, warnt Andrés Oppenheimer, Kommentator des *Miami Herald*, und dämpft damit Ambitionen wie die von Brasiliens Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva, der sein Land schon in den Kreis der fünf größten Wirtschaftsmächte der Erde vorstoßen sieht. „Der Kuchen ist kleiner geworden, und Lateinamerika muss wettbewerbsfähiger werden, wenn es gegen die asiatische Konkurrenz auf Dauer bestehen will“, schreibt Oppenheimer. „Sonst versinkt der Kontinent ins Mittelmaß.“

Lateinamerika habe es in 30 Jahren nicht geschafft, seinen sechsprozentigen Anteil am Welthandel auszubauen. Ein strukturelles Problem liegt in der hohen Abhängigkeit von Rohstoffexporten. „Fallen die Preise, stürzt Lateinamerika ab“, sagt Nicolás Eyzaguirre, Regionaldirektor des Internationalen Währungsfonds.

## Frankreich: Keine Iran-Sanktionen ohne China

**Teheran / New York** – In der Diskussion über weitere Sanktionen gegen den Iran sollte sich der Westen nach Ansicht Frankreichs die Zeit nehmen, China mit ins Boot zu holen. „Es ist absolut notwendig, mit den Chinesen zusammenzuarbeiten – auch wenn dies bedeutet, dass wir eine Weile warten müssen“, sagte UN-Botschafter Gerard Araud am Donnerstag in New York. Paris führt im Februar den Vorsitz im Sicherheitsrat.

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadi-Nejad zeigte sich von den Sanktionsdrohungen unbeeindruckt: „Wenn jemand denkt, dass er Wirtschaftsinstrumente verwenden kann, um dem iranischen Volk irgendeine Idee aufzudrängen, irrt er sich“, sagte er in einem Interview. Mit dem Androhen von Sanktionen verrate der Westen seine Ideale.

Angesichts der gespannten Lage im Iran bat Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi die Uno um Hilfe. Es sei Zeit, dass die Regierung „dem Volk zuhört, sonst gibt es schon morgen eine Katastrophe“, sagte sie in Genf. (Reuters, red)

### Mit dem Bus zur Zwangsversteigerung

**MAI 2008** Die weltweiten Abschreibungen der Banken summieren sich laut *Financial Times* mittlerweile auf 450 Mrd. Dollar (327 Mrd. Euro). Die Zwangsversteigerungen von US-Immobilien nehmen zu. Agenturen veranstalten bereits eigenen Bustouren zu Einfamilienhäusern, die versteigert werden müssen. Gefällt ein Objekt während der Tour, kann noch im Bus der Kaufvertrag unterzeichnet werden.



### Countrywide fällt

**JUNI 2008** Die US-Investmentbank Lehman Brothers weist einen Quartalsverlust in Höhe von 2,8 Mrd. Dollar aus. Die Bank of America übernimmt das Finanzinstitut Countrywide. Die US-Börsenaufsicht SEC kündigt Änderungen bei den Vorschriften für Rating-Agenturen an.



### Gesetz soll Hausbesitzer schützen

**JULI 2008** Die kalifornische Hypothekenbank IndyMac bricht zusammen und wird geschlossen – das markiert den zweitgrößten Banken-Crash in den USA. Der US-Senat beschließt ein Gesetz, das rund 400.000 verschuldeten Hausbesitzern Entlastung verspricht. Die US-Hypothekengiganten Fannie Mae und Freddie Mac (ihre Aktien haben bereits mehr als 70 Prozent verloren) geraten immer mehr in Bedrängnis. Einem Analytikerbericht zufolge könnten die beiden Hypothekenfinanzierer einen weiteren Kapitalbedarf von zusammen 75 Mrd. Dollar haben. Merrill Lynch schreibt weitere 9,4 Mrd. Dollar ab. Mehrere US-Banken verbuchen riesige Quartalsverluste. An den internationalen Kapitalmärkten geht es wieder abwärts.

## PANORAMA

Eurostar-Panne geklärt,  
Millionen für Verbesserung

London – Fehlende Vorbereitung auf den Winter soll zum mehrstündigen Stillstand des Eurostar-Schnellzuges unter dem Ärmelkanal geführt haben, stellte eine Untersuchungskommission nun fest. Das Betreiberunternehmen will 30 Millionen Euro in eine bessere technische Ausstattung investieren. (dpa, apn)

Uganderin eineinhalb Jahre  
in Gefangenschaft gehalten

Eschwege – Eine ugandische Asylwerberin soll eineinhalb Jahre von einem Deutschen gefangen gehalten worden sein. Der Mann soll die 37-Jährige zur Prostitution gezwungen und sie später als „Sexsklavin“ gehalten haben. Die Polizei hat eine Fahndung nach dem Verdächtigen eingeleitet. (apn)



## LEUTE

■ „No Angels“-Sängerin **Nadja Benaisa** wurde nun wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Die

27-Jährige soll trotz ihrer HIV-Infektion ungeschützten Sex mit einem Mann gehabt haben, der sich dabei infizierte. (Foto: EPA)

■ Popsängerin **Sarah Connor** muss auf ihre Scheidung noch warten. Ehemann **Marc Terenzi** erschien nicht zum Termin vor Gericht, weil er den Zug verpasste. (APA)

## Seliges Ende für angeklagte Baptisten

Einen glimpflichen Ausgang dürfte der Fall für die mutmaßlichen Kindesentführer in Haiti nehmen: Wegen fehlenden „kriminellen Vorsatzes“ sieht die richterliche Anordnung ihre Freilassung vor.

Port-au-Prince – Für die zehn Amerikaner, die in Haiti wegen Kindesentführung angeklagt sind, waren die letzten Tage mit Sicherheit keine leichten. Erst am Donnerstag (Ortszeit) konnten sie wieder aufatmen: Bernard Saint-Vil, der für den Fall zuständige Richter, empfahl in seinem Schreiben an die Staatsanwaltschaft die Freilassung der selbsternannten Helfer. Nach einer Anhörung sehe er die „Möglichkeit, alle Angeklagten in die Freiheit zu entlassen“, berichtet die *Washington Post*. Maßgeblich zu der Entscheidung beigetragen haben dürften die Aussagen der Eltern der Entführungsoffer, die sich dazu bekannten, ihre Kinder freiwillig den Amerikanern überlassen zu haben.

Wie berichtet, war die Mehrheitlich aus missionarischen Baptisten bestehende Gruppe nach dem Erdbeben auf der Anklagebank gelangt, weil sie versucht hatte, 33 Kinder aus Haiti in die Dominikanische Republik zu bringen. Das von Missionsleiterin Laura Silsby gegründete „New



Die angeklagten Missionare verlassen das richterliche Gebäude nach ihrer Anhörung – in Freiheit, wenn es nach Richter Saint-Vil geht.

Foto: Reuters

Life Refuge“-Waisenheim sollte ihnen eine neue Heimat bieten – bis sich herausstellte, dass viele der Kinder gar nicht elternlos sind. Obwohl Silsby's Helfern die Illegalität des Vorhabens bewusst gewesen sein dürfte, hätten insgesamt 100 Kinder „gerettet“ werden sollen. Dass sie trotz allem uneigennützig gehandelt hätten, soll Richter Saint-Vil zu seinem Entschluss gebracht haben, schreibt die Nachrichtenagentur *Reuters*.

Die nun zuständige Staatsanwaltschaft will sich bis Montag um den Fall kümmern. Theoretisch könnte sie die richterliche Entscheidung noch anfechten; wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Angeklagten bereits bald das Land als freie Menschen verlassen können. (bmg)

„Die Sache mit den  
Amerikanern ist nichts Neues“

Massimo Toschi, bis 2009 Chef der UN Child Protection Unit in Haiti, erklärt **Tobias Müller**, warum die Kinder der Insel besonders gefährdet sind von Menschenhandel und illegaler Adoption.



STANDARD: Vor zwei Wochen wurden zehn Amerikaner an der Grenze verhaftet, weil sie 33 Kinder aus Haiti bringen wollten. Jetzt sollen sie entlassen werden. Was halten Sie von der Entscheidung?

**Toschi:** Ich habe mich sehr gefreut, als ich von der Verhaftung erfahren habe. Ich habe in Haiti geholfen, Grenzbeamte auszubilden. Jetzt liegt der Fall bei der Justiz, und die ist eines der größten Probleme des Landes. Sie ist fragil und ineffizient. Die Polizei sagt, sie sei korrupt. Ich kenne die Details in diesem Fall nicht. Ich erinnere mich aber an die Leiterin eines Waisenhauses: Sie fälschte Papiere, um Kinder, die noch Eltern hatten, zur Adoption freizugeben – für Geld. Sie wurde verhaftet, am nächsten Tag war sie wieder frei. Die Sache mit den Amerikanern ist nichts Neues, es ist schon oft passiert.

STANDARD: Die Amerikaner werden freigelassen, weil die Eltern die Kinder freiwillig hergegeben haben sollen. Ist eine Adoption in solchen Fällen in Ordnung?

**Toschi:** Nach dem Hurrican 2008 haben Eltern Kinder für zehn Dollar verkauft, weil sie die anderen nicht ernähren konnten. Wenn ein Kind abgegeben wird, sollte der Staat entscheiden, ob es zur Adoption freigegeben wird. In Haiti gibt es aber keinen funktionierenden Staat. Temporäre Adoption oder Unterbringung wäre sehr willkommen. Aber: Generell ist es besser für das Kind, bei seiner Familie zu bleiben.

STANDARD: Gibt es eine Verbindung zwischen Adoption und Menschenhandel?

**Toschi:** Beamte, die für die Adoption zuständig waren, haben Waisenhäuser betrieben. Sie haben armen Familien auf dem Land gesagt: Gebt uns eure Kinder, wir geben ihnen zu essen und erziehen sie. Und plötzlich sind diese Kinder in Kanada aufgetaucht.

STANDARD: Wie kann man Kinder in Haiti vor illegaler Adoption und Menschenhandel schützen?

**Toschi:** Viele Kinder sind nicht registriert. Wenn ein Boot mit ihnen über die Grenze in die Dominikanische Republik fährt, dann sind sie weg. Ein Soldat hat mir einmal gesagt: „Bevor nicht alle Kinder eine Geburtsurkunden haben, können wir nichts machen.“

STANDARD: Vor dem Beben gab es in Haiti 300.000 Waisen, jetzt sind es noch deutlich mehr. Was bedeutet das für die Zukunft des Landes?

**Toschi:** Haiti hat neun Millionen Einwohner, etwa die Hälfte davon sind jünger als 18 Jahre. Die Unis und die Schulen sind kaputt, die Kinder haben kein Wasser und kein Essen. Ich will mir nicht vorstellen, was passiert, wenn die Regenzeit losgeht.

## ZUR PERSON:

Der Italiener Massimo Toschi war von 2006 bis 2009 Chef der UN Child Protection Unit in Haiti. Er sprach bei der Eröffnung der Ausstellung „Children at War“ im Heeresgeschichtlichen Museum.

## Konsumiert wird sofort, bezahlt erst später

Schuldner in Deutschland: Für die Jugend sind meist Handy-Verträge der Einstieg

Birgit Baumann

Pirmasens/Berlin – 20.445 Euro. Diese Summe an Schulden hatte am Freitag statistisch gesehen jeder der 82 Millionen Deutschen, egal, ob er gerade geboren wurde oder bereits ein Konto führt. Heute, Samstag, werden es schon wieder ein paar Cent mehr sein, denn die Staatsverschuldung steigt permanent.

Dass sie eine solch imaginäre Last auf ihren Schultern tragen, wissen die meisten der jungen Menschen, die zu Sabine Groh kommen, gar nicht. Sie haben genug mit ihren eigenen Schulden zu kämpfen. Groh ist Schuldnerberaterin in Pirmasens, und die 41.000-Einwohner-Stadt in Rheinland-Pfalz hält deutschlandweit einen negativen Rekord: Dort, wo bis 1970 die Schuhindustrie boomte, herrscht jetzt hohe Arbeitslosigkeit und ist die private Verschuldung am höchsten.

„In den vergangenen Jahren sind jene, die sich verschulden,

immer jünger geworden“, sagt Groh. Meist beginnt die Misere mit einem Handyvertrag. Kaum 18 geworden, wird schon der erste eigene unterzeichnet. Dass Telefonieren auch heute noch etwas kostet, hat sich jedoch noch nicht überall herumgesprochen. „Man bezahlt nicht, dann kommt der Brief vom Anwalt, schließlich vom Inkassobüro. So kann aus einer 200-Euro-Rechnung schnell mal eine Belastung von mehr als 1000 Euro werden“, beschreibt Groh das klassische Einstiegszenario.

Zudem gibt es auch abseits von Handy und Internet allerlei Verlockungen: Den Fernseher aus dem Katalog A, die neue Küche aus dem Katalog B. Der Generation der Großeltern war noch klar: Wenn ich mir etwas leisten möchte, dann muss ich zuerst dafür sparen. Heute jedoch herrscht vielerorts ein ganz anderer Glau-

be, meint Groh: „Konsumiert wird sofort, bezahlt erst später.“ Nicht nur Jugendlichen suggerieren Firmen, dass es kein Problem sei, zunächst kein Geld zu haben.

Der Schock kommt dann in der Schuldnerberatung. Groh: „Die Leute haben meist den Überblick verloren und fallen aus allen Wolken, wenn sie zum ersten Mal zusammenrechnen, auf wie vielen offenen Rechnungen sie sitzen.“ Um überhaupt wieder aus der Misere herauszukommen, helfe nur eines: eisernes Sparen und das Eingeständnis, dass man sich im Moment nichts leisten kann.

Wäre ganz auf Kredite zu verzichten eine Alternative? Davon hält Groh auch nichts: „Man sollte den Mittelweg nehmen. Wer ein Haus bauen will, kommt nicht darum herum. Aber für Extras wie den Urlaub oder den neuen Fernseher sollte man flüssig sein.“



Wo ist das Geld?

## Zahl der Krisenopfer steigt

AUGUST 2008 Weitere US-Banken fallen der Krise zum Opfer. Lehman Brothers führt geheime Verkaufsgespräche mit südkoreanischen oder chinesischen Investoren. Die Verhandlungen scheitern, da Lehman einen zu hohen Preis verlangt. Die US-Beteiligungsgesellschaft Lone Star kauft die angeschlagene deutsche IKB.



## Lehman kollabiert

SEPTEMBER 2008 Dieser Monat bringt Meilensteine in der Finanzkrise: Die US-Regierung übernimmt die Kontrolle bei Fannie Mae und Freddie Mac, die Investmentbank Merrill Lynch wird von der Bank of America aufgekauft – der Konkurrent Lehman Brothers meldet am 15. September Insolvenz an. Alle Rettungsbemühungen für Lehman scheitern daran, dass die US-Regierung keine Garantien übernehmen will. Heute neigen viele Experten zu der Ansicht, dass diese Pleite maßgeblich zur Eskalation der Finanzkrise beigetragen hat, weil sie das Misstrauen an den Märkten massiv verstärkte. Die Folge der Lehman-Pleite: Banken leihen einander fortan kein Geld mehr, der



Interbanken-Markt trocknet aus. Die Notenbanken beginnen, die Märkte mit Milliarden zu fluten, um den Geldkreislauf vor dem Kollaps zu schützen. Auch für europäische Institute hat der Ausfall von Lehman Folgen, weil Lehman als

Garantiegeber bei vielen Produkten auftritt. In den USA folgt die Filetierung des Instituts: Die britische Barclays Bank sichert sich Teile des US-Geschäfts und das New Yorker Hauptquartier von Lehman. Die europäischen Anteile gehen an das japanische Investmenthaus Nomura. Die Börsen sind ob der Vorfälle tief verunsichert. Der US-Leitindex Dow Jones erleidet am 15. September mit einem Minus von 4,42 Prozent den größten Tagesverlust seit Juli 2002. Die Finanzkrise wird zur weltweiten Wirtschaftskrise.





ÖVP zu Dollfuß gesprächsbereit Montagsgespräch Seite 12

Pater Anselms Versuchung Interview Seite 15

derStandard.at/Inland

## „Bewährungsprobe für die Justiz“

Der Jurist **Gerhart Holzinger**, Präsident des Verfassungsgerichtshofs, hat kein Verständnis für die Debatte über eine Internierung von Asylwerbern. Es gebe andere Probleme. Mit ihm sprach **Michael Völker**.

**STANDARD:** Haben Sie noch Hoffnung, dass in Kärnten die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs zur Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln umgesetzt werden?

**Holzinger:** Ich bin von Natur aus ein optimistischer Mensch, daher: ja. Am Ende siegt immer der Rechtsstaat. Wie lange das dauert, weiß ich nicht.

**STANDARD:** Offensichtlich gilt der Rechtsstaat aber nicht überall.

**Holzinger:** Österreich hat 1955 einen Staatsvertrag abgeschlossen und einzelne Bestimmungen in den Verfassungsrang gehoben. Daran ist Österreich gebunden, auch in Kärnten.

**STANDARD:** Aber was macht man, wenn sich Kärnten nicht daran gebunden fühlt?

**Holzinger:** Primär sind die Bezirkshauptmannschaften in Kärnten aufgerufen, Ortstafelverordnungen zu erlassen, die der Verfassung entsprechen, und zwar von sich aus. Die Aufgaben sind klar verteilt. Wenn es keine bundesgesetzliche Durchführungsregelung gibt, ist der Staatsvertrag unmittelbar anwendbar. Wenn der Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung über einen längeren Zeitraum mehr als zehn Prozent beträgt, sind zweisprachige Ortstafeln aufzustellen. Der Bundesgesetzgeber ist zuständig, eine gesetzliche Regelung zu erlassen. Das hat er im Volksgruppengesetz in einer verfassungswidrigen Weise getan, daher haben wir diese Bestimmungen im Volksgruppengesetz aufgehoben. Verordnungen aufgrund dieses Gesetzes hat die Bundesregierung zu erlassen.

**STANDARD:** Also ist die Regierung am Zug?

**Holzinger:** Für eine allgemeine politische Lösung: ja. Und solange sie das nicht tut, muss von den Kärntner Behörden unmittelbar der Staatsvertrag umgesetzt werden. Das ist geltendes Recht.

**STANDARD:** Ein Gesetzesentwurf der Innenministerin sieht eine Anwesenheitspflicht für Asylwerber bis zu sechs Wochen vor. Kritiker spre-

chen von einer Haft und meinen, das sei verfassungswidrig. Was ist Ihre Meinung dazu?

**Holzinger:** Sollte diese gesetzliche Regelung kommen, ist mit Sicherheit damit zu rechnen, dass sie bei uns landet und wir eine Entscheidung dazu zu treffen haben. Ich kann und will mich daher jetzt nicht präjudizieren. Aber ganz grundsätzlich kann ich Ihnen eines sagen: Das verfassungsgesetzliche Recht auf persönliche Freiheit ist ein zentrales Grundrecht.

**STANDARD:** Sie sehen also schon neue Arbeit auf sich zukommen?

**Holzinger:** Ich verstehe nicht, warum im Bereich des Asylrechts und des Fremdenrechts alle Augenblicke neue gesetzliche Regelungen erforderlich sein sollen. Allein im Jahr 2009 ist das Asylgesetz dreimal novelliert worden, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz viermal. Und jetzt haben wir schon wieder eine neue Debatte. Sie werden von mir keine Beurteilung von Politikern hören. Aber ich verstehe nicht, warum in einem so heiklen Bereich ständig ein neues Thema aufgebracht wird. Jetzt wird es so dargestellt, als ob Asylwerber, die untertauchen, das Hauptproblem sind. Ich nehme das ganz anders wahr: Seit es die Neuregelung des Rechtsschutzes von Asylwerbern gibt, seit Mitte 2008, haben wir

5000 Entscheidungen in Asylfällen getroffen. In zwei Drittel dieser Fälle war es so, dass die Asylverfahren fünf, sechs, sieben Jahre und noch länger gedauert haben. Und zwar nicht, weil der Betroffene sich mit Händen und Füßen gewehrt hätte – sondern schlicht und einfach, weil das behördliche Verfahren so lange gedauert hat. Das ist das wahre Problem. Und in keinem dieser Fälle ist für uns deutlich geworden, dass der Asylwerber untergetaucht wäre.

**STANDARD:** Woran liegt es, dass die Verfahren so lange dauern?

**Holzinger:** Es gibt sicher Fälle, wo die Betroffenen alles in Bewegung setzen, um ihre Position durchzusetzen. Aber in der Mehrzahl der Fälle ist es einfach so, dass das Verfahren bei den einzelnen Behörden oder Gerichten so lange liegen bleibt.

**STANDARD:** Woran liegt das? Wird schlampig gearbeitet, oder sind die Behörden unterbesetzt?

**Holzinger:** Das weiß ich nicht. Ich registriere nur das Ergebnis.

**STANDARD:** Wie hoch ist der Anteil



Gerhart Holzinger versteht die derzeitige Debatte über Asylwerber nicht. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs ärgert sich aber auch über Fehlleistungen der Justiz.

Foto: Cremer

ein Problem ist, dass Asylwerber untertauchen und nicht mehr greifbar sind, solche Fälle wird es auch geben. Aber es wird so getan, als ob das das einzige Problem wäre. Das viel größere Problem ist die Verfahrensdauer. Es muss darum gehen, die Verfahren zu beschleunigen. Stattdessen haben wir aber hektische Diskussionen über eine Anwesenheitspflicht. Das ändert am Gesamtproblem nichts.

**STANDARD:** Sie meinen also, die Debatte um die Kaser- nierung von Asylwerbern ist nur ein politisches Scheingefecht?

**Holzinger:** Solche Kommentierungen unterdrücke ich.

**STANDARD:** Woran liegt es, dass die Verfahren so lange dauern?

**Holzinger:** Es gibt sicher Fälle, wo die Betroffenen alles in Bewegung setzen, um ihre Position durchzusetzen. Aber in der Mehrzahl der Fälle ist es einfach so, dass das Verfahren bei den einzelnen Behörden oder Gerichten so lange liegen bleibt.

**STANDARD:** Woran liegt das? Wird schlampig gearbeitet, oder sind die Behörden unterbesetzt?

**Holzinger:** Das weiß ich nicht. Ich registriere nur das Ergebnis.

**STANDARD:** Wie hoch ist der Anteil

von Asylfällen am Arbeitsaufkommen des Verfassungsgerichtshofs?

**Holzinger:** Asylfälle machen bei uns weit mehr als 50 Prozent aus. Und das ist ein Zustand, der auf Dauer nicht erträglich ist, weil wir andere Kernaufgaben haben.

**STANDARD:** Die Justiz ist selbst ins Gerede gekommen, Anzeigen wurden nicht bearbeitet, Staatsanwälte haben ohne Grundlage gegen Abgeordnete ermittelt. Macht Ihnen das Sorgen?

**Holzinger:** Dass die Justiz ins Gerede gekommen ist, muss jeden, dem der Rechtsstaat ein Anliegen ist, mit Sorge erfüllen. Vorweg ist zu sagen, dass die Justiz in tausenden Fällen gute und hervorragende Arbeit leistet. Es hat aber bedauerlicherweise in jüngster Zeit Fehlleistungen gegeben. Das ist ärgerlich. In der Cau-

sa Dörfler habe ich mich besonders geärgert.

**STANDARD:** Sie meinen die Einstellung des Verfahrens wegen der versetzten Ortstafeln, weil Dörfler angeblich nicht bewusst war, was er tat?

**Holzinger:** Solche Fehlleistung sind bei einer Institution, die auf das Vertrauen der Menschen angewiesen ist, besonders schmerz- lich. Man muss aber auch sehen, dass die österreichische Justiz an

Unterdotierung leidet. Jetzt gibt es einige besonders spektakuläre Fälle, die Wirtschaftskriminalität betreffen. Die Bewältigung dieser Fälle ist eine Bewährungsprobe für die Justiz.

**STANDARD:** Der deutsche Staat diskutiert den Kauf einer Steuer-CD mit gestohlenen Daten. Darf der Staat Geschäfte mit Kriminellen machen?

**Holzinger:** Steuerhinterziehung muss als extrem gesellschaftsschädigendes Verhalten entschieden verfolgt und geahndet werden. Aber ebenso entschieden lehne ich es ab, dass der Staat mit Kriminellen Geschäfte macht. Für einen Rechtsstaat kommt es nicht in Betracht, dass er auf diese Weise zu Informationen kommt. Die Mittel, die der Rechtsstaat hat, sind aus guten Gründen limitiert. Das ist so wie mit der Demokratie. In gewisser Hinsicht ist sie anderen Formen der staatlichen Ordnung unterlegen. Aber auf Dauer ist sie erfolgreicher. Das Gleiche gilt für den Rechtsstaat. Der kurze Prozess, der kurze Griff auf das, was ich brauche, damit ich mein hehres Anliegen der Strafverfolgung durchsetze, das ist dem Rechtsstaat verboten. Mir tut es wirklich leid, dass die Verantwortlichen in einer Vorzeigedemokratie wie Deutschland das offenbar anders sehen.

**ZUR PERSON:**

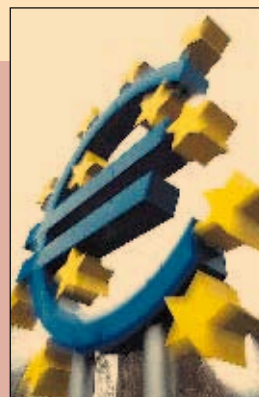
Gerhart Holzinger (62) ist Verfassungsjurist mit dem Spezialgebiet Grund- und Menschenrechte. Seit Mai 2008 ist er Präsident des Verfassungsgerichtshofs.

### Versicherer AIG wackelt

**SEPTEMBER 2008** Der Versicherungsriese AIG gerät am 16. September durch Milliardenverluste in akute Kapitalnot und droht zu kippen. Die Weltbörsen setzen ihre Talfahrt fort. Die US-Regierung kündigt ein 700 Mrd. Dollar schweres Rettungspaket für die Finanzbranche an. Kernidee ist, dass der Staat den Banken notleidende Wertpapiere und faule Kredite abkauft. Die Notenbanken pumpen fast 150 Mrd. Euro in den Geldmarkt. Am 17. September rettet die US-Notenbank AIG mit einem Kredit von 85 Mrd. Dollar vor dem



Zusammenbruch. Am 18. September fluten die Zentralbanken weltweit die Märkte mit frischen Milliarden. Die britische Großbank Lloyds TSB übernimmt die kriselnde HBOS für 12,2 Mrd. Pfund (15,4 Mrd. Euro). Am 19. September verbieten die USA und Großbritannien Leerverkäufe – also Wetten auf sinkende Aktienkurse. Später werden Leerverkäufe auch in Deutschland und Österreich verboten. Ein historischer Einschnitt folgt am 21. September: Die beiden letzten unabhängigen Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley verzichten auf ihren 75 Jahre alten Sonderstatus und werden zu gewöhnlichen Geschäftsbanken. Sie stehen damit unter schärferer Kontrolle und dürfen keine extremen Risiken für hoch-



lukrative Geschäfte mehr eingehen. Am 25. September bricht die größte US-Sparkasse Washington Mutual zusammen und wird von JP Morgan Chase aufgefangen. Am 29. September erreicht die Krise endgültig Europa: Für den deutschen Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate wird ein 35 Mrd. Euro schweres Rettungspaket geschnürt. Mit Staatshilfen über 6,4 Mrd. Euro (Belgien, Frankreich, Luxemburg) wird die Immobilienbank Dexia gestützt. Die drei Länder steigen

bei Fortis ein – wenige Tage später wird Fortis zerschlagen. Immer mehr europäische Regierungen garantieren die Spareinlagen in voller Höhe, um das Vertrauen in die Banken zu stärken.

### Über Bodenschwellen zur nächsten Hausse

Positivbeispiel **Australien:** Glück und Rohstoffe helfen

Urs Wälterlin

**Sydney** – Wayne Swan ist ein gefragter Mann. Auf der Liste der weltweit beliebtesten Gastredner steht der australische Schatzkanzler derzeit ganz oben. London, New York, Jakarta – der Mann, der darüber wachte, dass sein Land während der Finanzkrise als einziges unter den reichen Industrienationen nicht in eine schmerzhafte Rezession rutschte, kann sich vor Anfragen nicht retten. Understatement ist sein Markenzeichen. Beim jüngsten Treffen der Finanzminister der Apec-Staaten meinte er trocken, die australische Volkswirtschaft werde in diesem Jahr „kaum schrumpfen“. Stattdessen würde das Wachstum „wohl eher zulegen“.

Understatement pur. Im November meldete die australische Regierung, statt des noch im Mai befürchteten Minuswachstums von 0,5 Prozent werde das BIP im laufenden Finanzjahr um 1,5 Prozent zulegen. Mindestens, denn Prognosen aus dem Finanzministerium sind notorisch konservativ. Im Oktober wurden 24.000

Milliarden an Steuergeldern in die Wirtschaft zu pumpen. Einige Subventionen waren Rohrkrepiere. Die seit Jahren ineffiziente Automobilindustrie bleibt trotz Milliardeninjektionen dem Tode geweiht. Auch die Direktüberweisungen von 900 australischen Dollar pro Steuerzahler verfehlten gelegentlich das Ziel der Regierung, den Binnenkonsum anzukurbeln. Millionen gingen nach Fidschi und Bali, für Billigurlaube. Die Finanzspritze hat aber im Großen und Ganzen ihr Ziel erreicht, die australische Wirtschaft während des globalen Sturms zu stabilisieren.

Der wohl wichtigste Faktor aber war Glück. Die Nachfrage nach australischen Rohstoffen brach auch nicht zusammen, als sich die Finanzkrise auf die Realwirtschaft ausdehnte. Eisenerz und Kohle, Kupfer und Nickel – sie sind das Fundament der Wirtschaft, des Wohlstandes der Nation. China, der größte Abnehmer, nutzte die schwächeren Preise, um seine Lagerbestände aufzustocken und sich in australische Unternehmen einzukaufen. Denn die nächste Hausse kommt bestimmt.

#### Größter aller Aufschwünge

Viele Kommentatoren glauben, der Aufschwung in China und anderen Teilen Asiens könnte der größte der Geschichte werden. Und Australien als einer der bedeutendsten Rohstoffförderer der Welt stehe an vorderster Front, um davon zu profitieren. Australien kann – im Gegensatz zu vielen westlichen Ländern – 2010 mit einem Wachstum von mehr als fünf Prozent rechnen. Während man also bei der wirtschaftlichen Entwicklung guten Mutes ist, ist der Klimawandel die Herausforderung schlechthin für Regierung und Wirtschaft. Australien ist mehrfach betroffen; stärker als viele andere westliche Länder.

Klimatische Veränderungen werden dramatische Konsequenzen haben für die schon seit Jahren von Dürre geplagte Landwirtschaft, so die Prognosen. Bis 2100 sollen 250.000 Häuser, Flughäfen und andere Infrastrukturanlagen Opfer des steigenden Meeresspiegels werden. Gleichzeitig ist Australien der weltgrößte Exporteur von Kohle, seinem wichtigsten einzelnen Ausfuhrgut. Kohle im Wert von 52 Mrd. austr. Dollar geht pro Jahr ins Ausland. Erst langsam und mit Widerstand beginnen Regierung und Industrie, sich mit dem Gedanken zu befassen, dass im kohlenstofffeindlichen Wirtschaftsklima der Zukunft dieser Energieträger – einer der schmutzigsten überhaupt – immer weniger Freunde haben wird.

## Zahl der Einbürgerungen sinkt um ein Fünftel

Laut Statistik Austria wurden 2009 die wenigsten Staatsbürgerschaften seit zwanzig Jahren verliehen. Die Gründe dafür: die strengeren Gesetze für den Erhalt des Passes und der Rückgang an Migrantinnen.

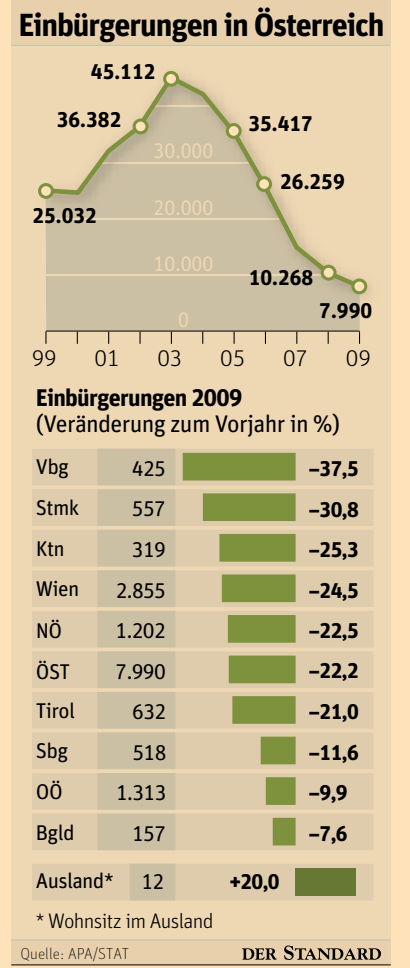
**Wien** – Die Zahl der Einbürgerungen hat im Jahr 2009 den niedrigsten Wert seit 20 Jahren erreicht – das belegen die aktuellen Daten der Statistik Austria. Im Vorjahr wurde 7990 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen und damit um 22,2 Prozent weniger als 2008. Damals waren es 10.268 Personen (siehe dazu Grafik rechts). Weniger Einbürgerungen gab es zuletzt im Jahr 1989, als sich diese Zahl auf 8470 belief.

Zurückzuführen ist der Rückgang seit dem Rekordjahr 2003 – damals wurden 45.112 Personen eingebürgert – mit den strengeren Voraussetzungen für den Erhalt des österreichischen Passes ab 2006, andererseits aber auch mit der sinkenden Zahl an Zuwanderern ab 1993.

In allen Bundesländern wurden 2009 weniger Einwanderungsbescheide ausgestellt – die stärkste Abnahme verzeichnete Vorarlberg mit einem Minus von 37,5 Prozent. Darauf folgten die Steiermark (minus 30,8 Prozent), Kärnten (minus 25,3 Prozent auf 319) und Wien (minus 24,5 Prozent).

Die meisten neuen Staatsbürger stammen aus dem mittlerweile nicht mehr gemeinsam existierenden Staatenbund Serbien und Montenegro mit insgesamt 2003 Personen – was einem Viertel aller Eingebürgerten entspricht. Aus Bosnien und Herzegowina wiederum kamen 1457 Menschen (18,2 Prozent) und aus der Türkei 1.242 (15,5 Prozent).

Insgesamt wurden 3822 Personen aufgrund eines Rechtsanspruches eingebürgert, darunter 687 aufgrund einer Ehe mit einem Österreicher beziehungsweise einer Österreicherin. 1385 Personen wurden wiederum aufgrund eines seit mehr als sechs Jahren bestehenden Wohnsitzes in Österreich eingebürgert. Unter dem Titel „Erstreckung der Verleihung“ wurden 2602 Ehepartner und Kinder eingebürgert. Unter den Rechtsgrund „Ermessen“ fielen 1566 der Staatsbürgerschaftsverleihungen. (APA, red)



**Wirtschaftlich sind die Australier guten Mutes, beim Klimawandel weniger.**  
Foto: Reuters

neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Reserve Bank of Australia (RBA) hatte schon Anfang Oktober Inflationsgefahr gerochen. Als erstes unter den Industrieländern erhöhte Australien wieder die Leitzinsen, in drei Schritten, auf heute 3,75 Prozent. „Die Frage ist nicht, wie wir auf die Straße zur Erholung kommen. Wir sind schon drauf. Die Frage ist, wie wir sie mit der Straße verbinden, die zum Wohlstand führt“, meint RBA-Chef Glenn Stevens.

#### Australischer Hatrick

Es war eine Kombination von solider Regulierung, gescheiter Politik und purem Glück, die Australien vor dem Absturz bewahrt hatte. Solide Regulierung: Dank strikter gesetzlicher Rahmenbedingungen waren australische Banken faulen Krediten und zweifelhaften Anlagen weniger ausgesetzt als europäische oder amerikanische Institute.

Gescheite Politik: Kaum zeichnete sich die Finanzkrise ab, begann die sozialdemokratische Regierung von Premierminister Ke-

## Die Geschichten hinter den Schulden

Schuldner in Österreich: Geduld ist notwendig, sagt ein Vorarlberger Berater

Jutta Berger

**Bregenz** – Manchmal ist sogar ein ganz penibler Rechner wie Peter Kopf froh, wenn er sich „verschätzt“. Für 2009 hatte der Leiter der Vorarlberger Schuldenberatung einen sprunghaften Anstieg der Klientenzahlen befürchtet.

„Ich habe mich Gott sei Dank getäuscht“, sagt der Diplomsozialarbeiter mit Bankausbildung. Die Steigerung von plus zwei Prozent könne man als „gutes Ergebnis“ bezeichnen. Das Ausbleiben des großen Ansturms begründet Kopf mit der „Zurückhaltung“ der Banken. „Sie haben nicht gleich Betreibungsschritte gesetzt oder Konten fällig gestellt. So wurde ein Puffer geschaffen, der größtmögliche eigentlich.“ Nachsatz: „Wie lange der Puffer hält, wissen wir nicht.“

In Vorarlberg befinden sich 3230 Menschen in Schuldenregulierungsverfahren. Im Vorjahr wurden 680 Privatkonkurse angemeldet, der Großteil davon von der Schuldenberatung. Insgesamt suchten 2800 Männer und Frauen

Hilfe beim Team der Schuldenberatung. „Auffällig viele“ aus der Altersgruppe der 45- bis 55-Jährigen, stellt Kopf fest. Indirekt sei dieser Anstieg auf die Krise zurückzuführen: „Wenn man in mittlerem Alter mit Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust konfrontiert ist, geht der Absturz schneller. Denn man hat in dieser Lebensphase finanzielle Verpflichtungen, die man nicht so einfach auffangen kann.“

Die finanzielle Hauptbürde in Vorarlberg ist das „Hütle“. Kopf: „Wenn man mit Ende 20, Anfang 30 ein Haus baut, ist man auf 25 Jahre hinaus belastet. Verliert man mit 45 den Job, trifft einen das mitten in der Tilgungsphase.“ Die Crux: „Da hat jemand ein Vermögen, kann es jedoch nicht entsprechend verwenden, weil man das Haus unter dem Wert verkaufen muss.“

Die überproportionalen Arbeitslosenzuwächse in Vorarlberg – im Jahresdurchschnitt 2009

plus 32,6 Prozent – verändern auch die Statistik der Schuldenberatung: War bis 2009 ein Viertel der Klientinnen und Klienten ohne Erwerbsarbeit, ist es nun ein Drittel. Auch nach 20 Jahren Schuldenberatung hat Kopf die Empathiefähigkeit nicht verloren, lässt sich von den „Lebensgeschichten hinter den Schulden berühren“: Betroffene versuchten über Jahre, die Probleme aus eigener Kraft zu lösen, schämten sich und kämen deshalb erst in letzter Minute zur Beratung. Gerade in Krisenzeiten wäre es aber wichtig, sich nicht länger auf die eigene Kraft zu verlassen. Denn die

„Wenn die Krise vorbei ist, komm ich auch wieder raus“ sei trügerisch. Auch wenn sich die allgemeine Wirtschaftslage wieder verbessert, „bis sich der Arbeitsmarkt wieder erholt, wird es dauern“. warnt Kopf. Spitzt sich die Situation weiter zu, sieht Kopf schwarz: „Dann wird es heftig.“



**Peter Kopf versucht, Hoffnung auf realistische Beine zu stellen.**  
Foto: privat

DER STANDARD Webtipp: [www.ifs.at/schuldenberatung.html](http://www.ifs.at/schuldenberatung.html)

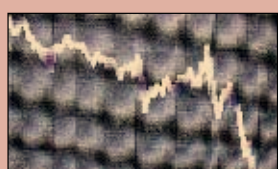


Wien wird die Constantia Privatbank aufgegangen. Islands Regierung warnt vor einem Staatsbankrott und übernimmt die Kontrolle über die Banken des Landes. Die Talfahrt der Börsen beschleunigt sich: Der Nikkei schmilzt binnen einer Woche um fast ein Viertel, der Dax um 22 Prozent. Der Dow Jones fällt erstmals seit Oktober 2004 unter die 10.000-Punkte-Marke. Die Krise erfasst die Autobauer: Opel, Daimler, Ford und BMW fahren ihre Produktion herunter. Die US-Autobranche – vor allem General Motors (GM) und Chrysler – kämpft ums Überleben. In Österreich stellt sich die Erste Group als erstes Institut um eine Staatshilfe von 2,7 Mrd. Euro an.



### Panik an den Märkten steigt

**OKTOBER 2008** Der Monat steht im Zeichen von Panik an den Börsen und Rettungspaketen: Das US-Rettungspaket wird gebilligt. Auch in Europa werden Hilfspakete geschnürt. Der österreichische Hilfsfonds hat ein Volumen von 100 Mrd. Euro, der deutsche von 500 Mrd. Euro. Deutschland und Österreich verkünden eine Kompletgarantie für private Bankeinlagen. Das Rettungspaket für die Hypo Real Estate wird von 35 auf 50 Mrd. Euro aufgestockt. Sechs große Notenbanken senken in einer konzertierten Aktion die Leitzinsen. Die Panik an den Börsen können sie damit



nur kurz eindämmen. In Wien wird die Constantia Privatbank aufgegangen. Islands Regierung warnt vor einem Staatsbankrott und übernimmt die Kontrolle über die Banken des Landes. Die Talfahrt der Börsen beschleunigt sich: Der Nikkei schmilzt binnen einer Woche um fast ein Viertel, der Dax um 22 Prozent. Der Dow Jones fällt erstmals seit Oktober 2004 unter die 10.000-Punkte-Marke. Die Krise erfasst die Autobauer: Opel, Daimler, Ford und BMW fahren ihre Produktion herunter. Die US-Autobranche – vor allem General Motors (GM) und Chrysler – kämpft ums Überleben. In Österreich stellt sich die Erste Group als erstes Institut um eine Staatshilfe von 2,7 Mrd. Euro an.

### Rezession bedroht Industriestaaten

**NOVEMBER 2008** Die Wiener Kommunalkredit wird notverstaatlicht, Ex-Mehrheitseigentümerin ÖVAG pumpf den Staat um eine Milliarde Euro an. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert, dass erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch alle Industriestaaten in die Rezession abrutschen werden. In Deutschland greifen die Commerzbank sowie die Landesbanken HSH Nordbank und WestLB auf das Rettungspaket zu. Deutlich wird auch die Krise der BayernLB – sie braucht 30 Mrd. Euro und streicht 5600 Stellen sowie das Auslandsgeschäft. Das trifft in der Folge auch die damalige BayernLB-Tochter Kärntner Hypo Group Alpe Adria, die später verstaatlicht wird. China kündigt ein 600-Mrd.-Dollar-Paket an.

## Trotz Krise auf der „Insel der Glückseligen“

Landeck, Bezirk mit der höchsten Arbeitslosigkeit

Verena Langegger

Innsbruck – „Es besteht noch Hoffnung“, sagt Roland Schlamminger aus Spiss und lacht: „Wenn überhaupt, dann jammern wir erst im Mai...“ Die Wirtschaftskrise zeige aber auch in Spiss, einer Streusiedlung mit 143 Einwohnern auf rund 1653 Metern entlang der Spisser Landesstraße im „Oberen Gericht“ ihre Auswirkungen. Die Bevölkerung lebt dort nahezu ausschließlich vom Tourismus.

Der Großteil der Erwachsenen arbeitet als „Grenzgänger“ im schweizerischen Samnaun. „Aber wenn du als Stubenmädchen oder Kellner in einem Hotel in einem Tourismusort arbeitest, ist dir der Umsatz egal. Solange du deinen Job hast“, erklärt Schlamminger: „Es gibt vielleicht weniger Trinkgeld, aber du hast deinen Lohn.“ Vor allem die Privatzimmervermieter hätten in Spiss heuer aber ihre Probleme. Freie Zimmer gebe es in den beiden Hotels eigentlich immer noch, und auch die Ferienwohnungen seien nie alle besetzt.

### Alles hängt am Gastgewerbe

Im Bezirk Landeck erreichte die Arbeitslosenquote im November 2009 österreichweit den Höchststand: Mit 16 Prozent führte Landeck die Bundes-Statistik an. Der Leiter der regionalen Geschäftsstelle Günther Stürz spricht von einem „Saisoneffekt“, „nichts Dramatisches“. Die Arbeitslosenquote sei in Landeck im November alljährlich hoch. Die „Gastgewerber“ seien in diesem Monat noch arbeitslos. „Da geht's erst im Dezember los“, erklärt Stürz: „Mit Glück haben die Leute dann jedes Jahr wieder ihre Jobs.“

Heuer war es noch so, im Dezember lag die Quote in Landeck schon wieder bei 5,3 Prozent, rechnet Stürz vor. Im November seien die Zahlen einfach immer hoch, im Bezirk Landeck habe man aber mit Langzeitarbeitslosigkeit überhaupt kein Problem. Und der Bezirk sei nun einmal abhängig vom Tourismus. Es gebe wenig Industriebetriebe, keine „Big Player“. Im Bau- und Baunebengewerbe des Bezirkes musste kein einziger Betrieb während der Wirtschaftskrise Kurzarbeit anmelden. Und der einzige „Big Player“, die Firma „Speck Handl“ laufe gut.



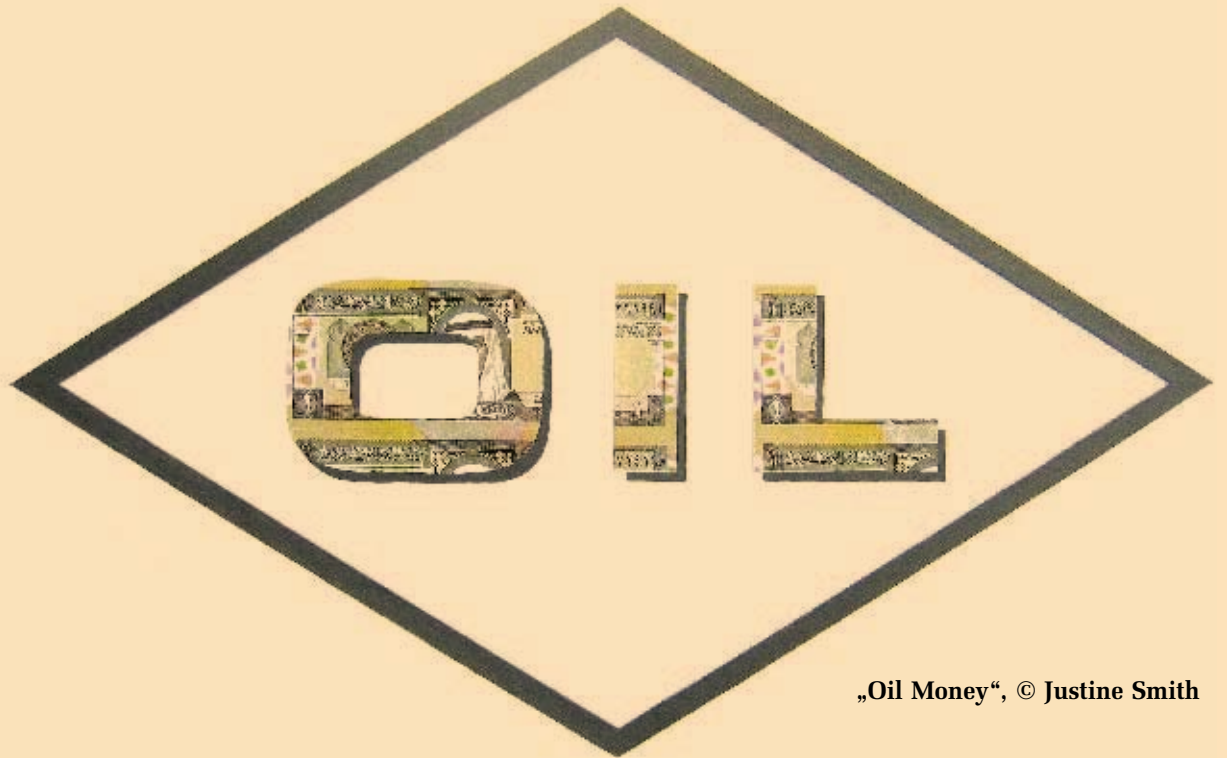
Keine Gäste, mehr Arbeitslose – auch im schönen Zillertal. Der Tiroler Bezirk Landeck hat die meisten Arbeitslosen Österreichs. Foto: APA

Ein Tal weiter im Tiroler Oberland, im Paznaun, sitzt Hotelier und Tourismus-Pionier Günther Aloys in seinem Büro „Workshop“ im Nobelskiort Ischgl. Alljährlich holte er Superstars in die Berge. 2004 trifft etwa Supermodel Naomi Campbell den ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton in Ischgl. Aloys „denkt Tourismus weiter“. Er will etwa einen Swimming-Pool mit 40 Grad heißem Wasser mitten im Skigebiet Ischgl-Samnaun errichten.

Den Tourismusvordenker schreckt eine Wirtschaftskrise nicht. „Man muss in guten Zeiten so gut vorbereiten, dass die Krise einen nicht trifft.“ Erfolg sei ohnehin gefährlich für die Zukunft, philosophiert Aloys: „Man denkt nicht. Man ist nicht mehr hungrig.“ Er selbst werde mit seinen Ideen in der Tourismusbranche aber immer wieder ausgelacht.

### Weniger für Essen

Doch auch in der fast 11.000 Betten-Hochburg des Paznaunales macht sich die Krise bemerkbar. Gespart würde hauptsächlich bei den Nebenausgaben, bei der Konsumation: Es werde weniger für Essen und Trinken ausgegeben, sagt eine Kellnerin. Sei man früher zweimal pro Tag essen gegangen, gehe sich jetzt eben nur mehr ein Lokalbesuch pro Tag aus. „Gejammert wird aber nicht“, sagt Josef Kurz vom Tourismusverband Ischgl. Für Wilma Himmelfreundpointner, Touristikerin aus St. Anton am Arlberg, wieder ein Tal weiter, im Stanzertal, zeigt sich die Krise in „kürzeren Skiurlauben“. „Die Leute können nicht mehr die ganze Woche von Samstag bis Samstag wegfahren, sie fahren oft nur am Wochenende in die Berge.“ Gejammer werde nicht im Ort, die Hoteliers versuchten, ihre Angebot und die Qualität zu halten. Zimmer seien allerdings – im Gegensatz zu früher – immer zu bekommen, in jeder Kategorie. Roland Schlamminger aus Spiss im „Oberen Gericht“ sieht sich trotz Krise auf einer „Insel der Glückseligen“. Wir im Tourismus sind lang nicht so betroffen wie die Leute, die in Industrie und Bauwirtschaft arbeiten.“



„Oil Money“, © Justine Smith

## „Kapitalismus, ein Zerstörungsprojekt“

Die Ära der westlichen Ökonomie sei zu Ende, meint die Patriarchatskritikerin **Claudia von Werlhof**. Sie fordert eine neue Subsistenzwirtschaft und eine neue Ethik. **Irene Brickner** fragte nach.



STANDARD: *Als Ausweg aus der Krise gilt weiteres Wirtschaftswachstum. Sie gehen von anderen Notwendigkeiten aus, richtig?*

**Werlhof:** Wachstum ist das Gegenteil dessen, was hilft. Mein Ausgangspunkt ist Westend, das Ende der westlichen Moderne und ihrer Versprechen. Das waren Lügen.

STANDARD: *Wohlstand für alle schien in den 1970er-Jahren erreichbar, zumindest in den reichen Teilen der Welt. Eine Illusion?*

**Werlhof:** Ja, weil das Projekt der Moderne – die Produktionsweise, die Technik, die Politik – ein Weltzerstörungsprojekt ist: Man muss sich fragen, was geschah, dass sogar das Klima als planetarisches Phänomen global verändert wurde.

STANDARD: *Was geschah denn?*

**Werlhof:** Begonnen hat es im 17. und 18. Jahrhundert mit dem Entstehen der modernen Naturwissenschaft. Sie versprach eine neue, reiche Welt – und dass der Reichtum demokratisch verteilt würde. Das war und ist Propaganda, denn selbst Gewerkschaften und Linke bedenken nicht, dass das Problem in der Erwirtschaftung der Reichtümer liegt: Kapitalismus ist eine Zerstörungsweise.

STANDARD: *Eine Zerstörungsweise, die mit der Industrie begann?*

**Werlhof:** Geistig schon viel früher, nämlich mit der Entstehung des Patriarchats vor 5000 bis 7000 Jah-

ren. Damals hat sich die Idee einer „Schöpfung aus Zerstörung“ durchgesetzt. Im Gegensatz zum realen Lauf der Dinge, wo immer weibliche Gestalten Ursprung des Lebens sind, definieren sich seitdem die Männer als Schöpfer von Leben und Wohlstand. Ich nenne dies das alchemistische Prinzip. Seit dem 18. und 19. Jahrhundert tritt es als neue Technologie, als Maschine in Erscheinung. Man nimmt natürliche Stoffe auseinander, nimmt ihnen dabei das Leben und setzt sie neu zusammen.

STANDARD: *In der heutigen Zeit kritisieren Sie diese Lebensfeindlichkeit am Beispiel des GATS-Abkommens. Warum?*

**Werlhof:** Im Rahmen von GATS soll etwa das Wasser privatisiert werden. Tut man das, werden viele Menschen verdursten. Und der Kreislauf des Wassers auf der Erde wird zerstört, weil man Wasser nicht unbegrenzt transportieren kann. Und das ist nur ein Beispiel.

STANDARD: *Wo liegen die Alternativen zum globalen Markt?*

**Werlhof:** In der Subsistenzproduktion. Sie allein kann die kapitalistische Warenproduktion ersetzen. Die Zapatisten in Mexiko etwa wollen nicht mit dem Staat zusammenarbeiten, sondern die Wirtschaft von unten aufbauen.

STANDARD: *Kann das auch im zentralisierten Europa funktionieren?*

**Werlhof:** In Europa muss man es historisch angehen. Mit einem Blick auf die Bauernkriege etwa, als auch hier Ausstiege versucht

wurden. Sie wurden mit Gewalt verhindert, die Leute in Arbeitshäuser und Fabriken gequetscht. Außerdem müssen wir am Naturverständnis arbeiten, weil wir über die natürlichen Zyklen und Rhythmen nur wenig wissen. Wir müssen die vormodernen Anschauungen studieren, auf dass eine neue Ethik entsteht. Damit nicht weiter passiert, was in Haiti geschehen ist.

STANDARD: *Das Erdbeben?*

**Werlhof:** Ja, es könnte ja ein künstlich produziertes Erdbeben gewesen sein.

STANDARD: *Wie das?*

**Werlhof:** Im Projekt HAARP, einem Militärforschungszentrum in Alaska, wurden Maschinen hergestellt, die künstliche Erdbeben hervorrufen. Sie werden benutzt, um Erdölreserven aufzuspüren, wie es sie auch zwischen Haiti und Kuba geben soll. Das Beben in Haiti könnte maschinell erzeugt worden sein, um die US-Besetzung des Landes zu ermöglichen.

STANDARD: *Glauben Sie das wirklich? Das klingt nach Verschwörungstheorie.*

**Werlhof:** Ich glaube gar nichts, aber Fakt ist, dass es die Technologie für künstliche Erdbeben gibt. Außerdem: Öffentlich wird so etwas überhaupt nicht diskutiert.

STANDARD: *Ein blinder Fleck?*

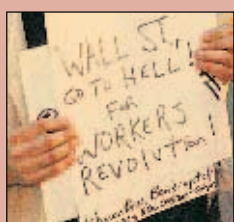
**Werlhof:** So ist es – und nicht nur hier. Auch die Wirtschaftskrise wird ja nicht zum Anlass genommen, um irgendetwas anders zu machen.

ZUR PERSON:

**Claudia von Werlhof (66)** ist Professorin für Frauenforschung an der Uni Innsbruck. Foto: Weismann  
Langfassung auf [derStandard.at/Woistdasgeld](http://derStandard.at/Woistdasgeld)

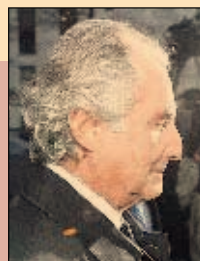
### US-Regierung rettet Citigroup

**NOVEMBER 2008** Die Fed legt ein 800 Mrd. Dollar Programm zum Kauf von mit Krediten besicherten Wertpapieren auf. Das gewaltige Volumen gilt als Alarmsignal – es zeigt, wie ernst die Lage ist. Die EU-Kommission schlägt ein 200 Mrd. Euro Konjunkturpaket vor. Opel bittet um Bürgschaften von einer Milliarde. Die Krise erreicht die Chemiebranche, Konzerne drosseln die Produktion. Deutschland schlittert in die Rezession und schnürt ein Zwölf-Mrd.-Euro-Konjunkturpaket. Die US-Regierung rettet die taumelnde US-Bank Citigroup.



### Zinsen und Jobs fallen

**DEZEMBER 2008** Die Kärntner Hypo erhält 900 Mio. Euro Staatshilfe. Die Mutter BayernLB sagt der Hypo 700 Mio. Euro zu. Weitere 1,5 Mrd. wollen die Kärntner vom Staat. Der Notverkauf der AUA an die Lufthansa wird beschlossen – die Übernahme erfolgt im September 2009. Der Staat muss der AUA eine halbe Milliarde Euro Schulden nachlassen. Die EZB senkt den Leitzins auf 2,50 Prozent. Die Krise erreicht die IT-Branche. Nokia senkt die Absatzprognose zum zweiten Mal in drei Wochen. Sony baut 16.000 Jobs ab. Paukenschlag in der US-Medienbranche: Der US-Zeitungskonzern Tribune beantragt ein Insolvenzverfahren unter Gläubigerschutz.



### Madoff: Pyramidenspiel fliegt auf

Durch die Krise ziehen viele Investoren ihr Geld aus Veranlagungen ab, sie wollen ihr Vermögen lieber sicher angelegt wissen. Weil zu viele Großinvestoren aus den Madoff-Fonds Geld abziehen, kollabieren die Fonds. Es wird klar: Hinter dem System Madoff steckte ein Betrugssystem. Der Investor Bernard Madoff wird am 12. Dezember festgenommen und im Mai 2009 zu 150 Jahren Haft verurteilt. Er hat im größten Betrugs-skandal der US-Geschichte in einem gigantischen Pyramidenspiel Anleger um 65 Mrd. Dollar geschädigt. Auch die Bank Austria und ihre 25-Prozent-Beteiligung Bank Medici sind betroffen. Letztere verliert ihre Banklizenz. Hollywood-Stars sowie viele karitative Stiftungen sind von der Madoff-Pleite betroffen.

# „Begraben wir Dollfuß noch ein zweites Mal“

Selbst heute spaltet die Person Engelbert Dollfuß immer noch die Lager. Aber: Über die Rehabilitierung seiner Opfer wird seit kurzem wieder gerungen. Auch die ÖVP zeigt sich gesprächsbereit.

Peter Mayr

Wien – Arbeitermörder, Patriot, Imitationsfaschist – noch heute fallen die Zuordnungen für den Ständestaat-Kanzler Engelbert Dollfuß je nach politischem Lager eindeutig aus. Dass die Gräben zwischen Rot und Schwarz tief sein können, zeigte die STANDARD-Diskussion am Donnerstagabend – einen Tag vor dem 12. Februar, an dem der Bürgerkrieg 1934 begann. Auf der einen Seite: der frühere Nationalratspräsident Andreas Khol von der ÖVP, auf der anderen Wolfgang Moitzi, Chef der Sozialistischen Jugend Österreichs. Den Titel der Veranstaltung „Wieso wird immer noch über Dollfuß gestritten?“ – moderiert von STANDARD-Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid, besucht von rund 280 Gästen – bestätigend, blieben sie in ihrer Bewertung unnachgiebig: „Ich wehre mich mit allen Fasern gegen den Begriff Austrofaschismus“, sagte Khol. Das sei eine „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, ärgerte er sich und sprach lieber von einer „weichen Demokratie“.

**Streiten über Dollfuß: Kurt Bauer, Oliver Rathkolb, Andreas Khol, Wolfgang Moitzi und STANDARD-Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid (v. li.).**

Foto: Urban



Dollfuß sei „Patriot“ und „Märtyrer“ als erstes Opfer der Nationalsozialisten gewesen.

Eben nicht, konterte Moitzi und nannte Dollfuß „Arbeitermörder“. Und sicher nicht Märtyrer, denn: „Bringt ein Mafiapate einen anderen Mafiapaten um, so bleibt er dennoch ein Mafiapate.“

Mit Oliver Rathkolb und Kurt Bauer saßen auf dem Podium im Wien Museum zwei Historiker, die für die Versachlichung des emotionalisierenden Themas kämpften. „Begraben wir Engelbert Dollfuß noch ein zweites Mal“, sagte

Rathkolb. Das sei „nötig, um den Diskurs voranzutreiben“. Dollfuß stünde am Ende einer „antidemokratischen Entwicklung, so der Historiker: „Er ist der Exekutor.“

Bauer versuchte, Mythen zu relativieren: Dollfuß als erstes Opfer? „Es gab schon vor ihm Opfer Hitlers.“ Und: Das Dollfuß-Regime habe versucht, „mit den Nationalsozialisten in Deutschland ins Geschäft zu kommen“.

Rathkolb wiederum, der nicht ständig über „Traditionspflege reden“ wollte, holte das Thema ins Hier und Heute. Als einer von 97

Forschern, die in einem offenen Brief (DER STANDARD berichtete) die Politik aufgefordert haben, endlich die Opfer des Dollfuß-Regimes zu rehabilitieren, legte er auch gleich ein „Zieldatum“ vor: „Ich würde mir als sehr schönes Datum den 22. Jänner 2011 wünschen, den 100. Geburtstag von Bruno Kreisky“, der selbst bekanntlich Dollfuß-Opfer war.

Wer von Khol Widerspruch in dieser Frage erwartete, wurde enttäuscht. Wie bei der mittlerweile vollzogenen Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure, zeigte er

sich auch hier aufgeschlossen. „Wenn es Handlungsbedarf gibt, sollte man darüber reden. Und die vielleicht finden, bei denen noch Wunden zu heilen sind.“

Einig war man sich, dass Einzelfallprüfungen notwendig seien, damit man nicht auch „Nazis exkulpiert“ (Khol). Vor einer Herangehensweise an das Thema warnte der Ex-Nationalratspräsident: „Wenn man mit Schuld argumentiert, sitzen wir noch in 100 Jahren hier.“ Am 17. Februar wird im Justizausschuss jedenfalls weiter verhandelt.

## „Hackler“ sollen den Großteil ihrer Vorteile verlieren

Wien – Es ist der lange Abschied von einer lieb gewordenen Erfindung: Peu à peu rückt auch die SPÖ von der Hacklerregelung ab – zumindest in der aktuellen, ausufernden Form. Sozialminister Rudolf Hundstorfer will das Privileg, das Menschen mit vielen Versicherungsjahren einen vorzeitigen Pensionsantritt ohne Einbußen erlaubt, ab 2014 schrittweise abbauen. In Halbjahresschritten soll das Eintrittsalter für Männer auf 62 (derzeit 60 Jahre) und für Frauen auf 57 (derzeit 55 Jahre) steigen. Ein Vorteil würde allerdings bleiben: Die „Hackler“ der Zukunft sollen künftig zwar Abschläge hinnehmen, allerdings nicht so hohe wie „normale“ Pensionisten, die im gleichen Alter in den Ruhestand treten.

In die Kritik war die Regelung wegen der explodierenden Kosten geraten: Die Verlängerung bis 2013 wird sich mit mindestens 1,5 Milliarden zu Buche schlagen. Vizekanzler Josef Pröll forderte ein rasches Aus – Applaus aus der ÖVP erntet Hundstorfer nun trotzdem nicht. Außenminister Michael Spindelegger, Chef des schwarzen Arbeitnehmerbundes ÖAAB, weint der Hacklerregelung im Gegensatz zu seinem Parteichef Pröll nach und spricht von einer „massiven“ Verschlechterung: Nicht der Passus an sich sei schlecht, sondern der von der SPÖ durchgesetzte leichtere Zugang, wodurch „die ganze Regelung in Misskredit geraten ist“. (jo, APA)

## Die eigenen vier Wände unterm Hammer

Österreicher bangen zunehmend um Haus und Heim – Absprachen drücken Preise bei Zwangsversteigerungen

Verena Kainrath

Wien – Vor dem Verhandlungssaal des Wiener Bezirksgerichts macht ein Packerl Geldscheine die Runde. Tausende Euro verschwinden in der ausgebeulten Tasche seines neuen Besitzers. Die kleine Gruppe an Männern rundum nickt sich zu, bevor sie auseinanderstieben und sich in den verwinkelten Gängen des Justizgebäudes verlieren.

Einer hat das Ganze aus den Augenwinkeln scheinbar unbeteiligt verfolgt. Die Hände tief im Anorak vergraben, wartet er, bis der letzte ums Eck verschwunden ist, dann macht er seinem Ärger Luft. „Illegale Absprachen sind das, und die Richter wissen es. Alle wissen es, aber keiner tut was dagegen.“

Wenige Minuten zuvor hat er im dicht besetzten Auktionssaal um eine 50 Quadratmeter große Wohnung in Wien-Wieden mitgesteuert. Rufpreis waren 24.300 Euro. Erst zögerlich, dann immer rasanter schraubten sich die Angebote auf 57.000 Euro. „Um diesen Preis ist das nur auf den Zwangsversteigerungen zu holen“, fügt er hinzu. „Private verbrennen sich dabei nur ihre Finger.“ Er stieg bei 45.000 Euro aus, schon vor dem gereizten Ordnungsruf des Richters, die Herren mögen ihre Privatgeschäfte gefälligst unterlassen. Dass es ein abgekartetes Spiel war, sei ihm klar gewesen, er sei selbst aus der Branche. „Es floss Geld, damit der Preis nicht nach oben getrieben wurde.“

Einige Türen weiter hinter Aktenbergen sitzt Markus Riedl. Je schlechter die Liegenschaft, desto mehr Abreden gebe es, seufzt der Richter. Sie zu unterbinden sei in der Praxis fast unmöglich. Anders sei das bei den Gustostückerln: An ihnen sei das Interesse enorm, da regle der freie Markt die Preise.

„Natürlich gibt es Absprachen – immer von denselben Pappenheimern“, ergänzt sein Kollege Ernst Gleichweit, Richter in Wien-Fünfhaus. Vor allem auf dem Land teilen sich Spekulanten Immobilien unter sich auf – oder kassierten ein paar Tausender von Privaten, um sich aus der Versteigerung rauszuhalten. Anzeigen gibt es kaum.

### 8000 Zwangsversteigerungen

Jedes Jahr laufen in Österreich 8000 Zwangsversteigerungen. Ihnen voraus gehen mehr als 14.000 gerichtlich erzwungene Räumungen von Haus, Heim und Gewerbeobjekten. Das meiste ist mit Hypotheken und Pfandrechten belastet. Gläubiger sind vor allem Banken. Eilige Exekution betreiben jedoch auch die Eigentümergemeinschaften: Um in die Mühle der Justiz zu geraten, genügen oft ein paar Betriebskostenrückstände. Bei einer Versteigerung stehen dann geringe Forderungen hohen Werten gegenüber, meint Riedl. Das alles diene eben gerne als Druckmittel, „es ist eine Frage der Taktik“.

Gerhard Tiefenthaler beobachtet seit rund einem halben Jahr einen starken Anstieg der Zwangs-

auktionen. Er gab einst internationale Ferienjobführer heraus, doch das Geschäft mit Versteigerungen war ergiebiger. Seit 18 Jahren veröffentlicht er nun Monat für Monat die neuesten Immo-Angebote.

In Bayern habe sich die Zahl der zu ersteigernden Liegenschaften auf 1200 im Monat nahezu verdoppelt. In Österreich liste er über 500 auf, um 150 mehr als noch im vergangenen Sommer, kräftige Zuwächse gebe es in Wien und Niederösterreich.

Früher seien Häuser und Wohnungen überwiegend nach Scheidungen und Erbstreitigkeiten auf den Markt gekommen. Mittlerweile steckten jedoch vor allem finanzielle Probleme dahinter. Die Krise und die damit verbundene steigende Arbeitslosigkeit werde die Zwangsversteigerungen in Österreich weiter antreiben, glaubt er. Und es seien durchaus etliche Perlen dabei, versichert er. Einfamilienhäuser mit einem satten Schätzwert von 600.000 Euro etwa, oder Hotels in Bestlagen. Manches lasse sich um bis zu einem Drittel billiger als am freien Markt kaufen.

Peter Kolba sieht die eigentliche Welle an Zwangsversteigerungen erst kommen. Denn ab 2013 würden viele Fremdwährungskredite fällig und ihr neues Heim für etliche nicht länger finanzierbar. Der Rechtsexperte des Konsumenteninformations-Vereins erzählt von Familien, die sämtliche Ersparnisse auf Druck von Finanzberatern in Papiere von Immoeast und Immofinanz investierten. Für den Hausbau wurden Kredite aufgenommen. Dann stürzte der Aktienkurs ein, nun droht der Verlust der eigenen vier Wände.

Eine Versteigerung sei vor allem auf dem Land eine Tragödie, sagt Schuldnerberater Alexander Maly. Viele Häuser seien unverkäuflich oder nur deutlich unter ihrem Wert zu versteigern. Die Erlöse daraus reichten in der Regel nicht aus, um alle Schulden zu tilgen.

Es sei wie beim Pokern, umreißt ein Makler die Stimmung im Auktionssaal. „Früher oder später brechen bei den Bietern die Schranken. Dann glaubt man, Geld ist abgeschrieben. Dann kocht der Raum. Dann regiert nur noch die Gier.“



## Obamas Rekord-Krisenpaket

**JÄNNER 2009** Barack Obama wird als neuer US-Präsident angelobt und will bis zu einer Billion Dollar in die Krisenbewältigung investieren sowie die Gagen der Manager limitieren. Die Bank of England senkt die Leitzinsen auf 1,5 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit 315 Jahren. Die Arbeitslosigkeit in den USA springt auf 7,2 Prozent – höchster Stand seit 16 Jahren. Unternehmen in den USA und Europa kündigen an einem Tag 76.000 Stellenkürzungen an. Die deutsche Regierung steigt mit rund 18 Mrd. Euro bei der Commerzbank ein und erhält dafür 25 Prozent plus eine Aktie an dem Geldinstitut.



VERANSTALTUNGSANZEIGER

bezahlte Anzeigen

Nähere Informationen: Eva Fuith, T: 01/531 70-133, E-Mail: eva.fuith@derstandard.at

DIPLOM- & MASTERLEHRGÄNGE

DIPLOM- & MASTERLEHRGÄNGE

»Projektmanagement« – MBA  
Infoseminar: 11. Mär, 20 Uhr, ARGE-Haus  
Start: 16. Apr



»Sustainability & Innovation« – MBA  
Infoseminar: 17. Feb, 18Uhr, ARGE-Haus  
Start: 15. Apr

»Traumaberatung & Traumatherapie« – MSC  
Infoseminar: 23. Feb, 20 Uhr, ARGE-Haus  
Start: 16. Apr

T: 01/263 23 12-0, Fax-DW 20  
www.bildungsmanagement.ac.at,  
office@bildungsmanagement.at

»Psychotherapie« – MSC  
Infoseminar: 18. Feb, 19 Uhr, ARGE-Haus  
Start: 20. Mär

WIEN, OÖ, STMK, KÄRNTEN, TIROL, SÜDTIROL, DEUTSCHLAND

## Mit Sozialkrediten aus der Schuldenfalle

Schuldner in **Finnland**:  
Staatliches Beratungsnetz

Andreas Stangl

**Helsinki** – Anfang der 1990er-Jahre schlitterte Finnland im Sog der Wende in die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Der plötzliche Wegfall des Wirtschaftspartners Sowjetunion ließ 300.000 Menschen innerhalb kurzer Zeit arbeitslos werden. Das traf jene besonders hart, die im Vertrauen auf ein Anhalten des Aufschwungs der 1980er-Jahre großzügig Schulden gemacht hatten.

Damals waren Menschen quasi über Nacht von Kunden zu Leibeigenen ihrer Banken geworden. 1993 folgte daher ein Gesetz zur Einrichtung eines staatlichen Beratungsnetzes. Privatpersonen wurde es erstmals möglich, mithilfe von bindenden Rückzahlungsprogrammen und Sozialkrediten (maximal 15.000 Euro und zu Niedrigzinsen: zwölf Monate Euribor) finanziell wieder auf die Beine zu kommen.

Pekka Mäki und Juha Neuvonen sind als staatliche Schuldnerberater Pioniere der ersten Stunde. Seit 17 Jahren erstellen sie in der größten Beratungsstelle Finnlands im Helsinkier Arbeiterviertel Kallio persönliche Entschuldungspläne.

Mäki und Neuvonen rechnen für die kommenden Monate und Jahre mit einem neuerlichen



**Wo ist das Geld?**

Ansturm: „Es fängt wieder an“, sagt Neuvonen. „Es kommen jetzt sehr viele unserer alten Kunden zurück, weil sie ihre bestehenden Schuldentilgungsprogramme nicht bewältigen.“ Gleichzeitig wachse die Zahl der Neukunden.

### Sofortkredit mit SMS

Als Folge der exorbitanten Wohnungskosten stehen die Finnen heute in der Kreide wie nie zuvor: Die Verschuldung der Haushalte betrug im Jahr 2008 110 Prozent. Zum Vergleich: Selbst 1989, dem Jahr vor der letzten großen Krise, waren die Haushalte „nur“ zu 87 Prozent verschuldet.

Ein spezielles Problem stellen nach Meinung der beiden Schuldnerberater die sogenannten SMS- und Sofortkredite dar. Diese sind extrem hoch verzinst – „typischerweise 500–600 Prozent im Jahr, aber das ist den meisten nicht klar“, sagt Beratungsstellenleiter Mäki. Vor allem die Sofortkredite führen dazu, dass manche Kunden über 200 verschiedene Posten zurückzahlen müssen: „Dadurch wird das Erstellen des Rückzahlungsprogramms zu einer sehr kniffligen Sache.“

Solche Kreditgeschäfte werden oft nächtens mit bereits gepfändeten Personen und sogar Minderjährigen gemacht: „Von rund 60 Schnellkredit-Anbietern haben sich nur vier oder fünf zur Einhaltung ethischer Regeln verpflichtet“, erläutert Neuvonen.

Damit ist wieder die Regierung am Zug. Noch heuer ist ein Gesetz in Aussicht, das die Gewährung von Sofortkrediten einer Reihe von Einschränkungen unterwirft. Über die genauen Regeln herrscht aber noch politisches Tauziehen. Dennoch ist Neuvonen optimistisch: „Wir haben seit 1993 zumindest ein Gesetz – es gibt in Form des Sozialkredits und der bindenden Tilgungspläne immer irgendeine Hoffnung für die Leute. Und das ist in dieser Form vermutlich einzigartig in Europa – oder sogar auf der ganzen Welt.“

# Pass weg: Rüge fürs Innenministerium

Aus dem Führerscheinantrag eines nigerianischen Asylwerbers wurde ein Passenzug durch die Fremdenpolizei: für Volksanwältin Terezija Stoitsits ein schwerer Missstand – und noch dazu kein Einzelfall.

Irene Brickner

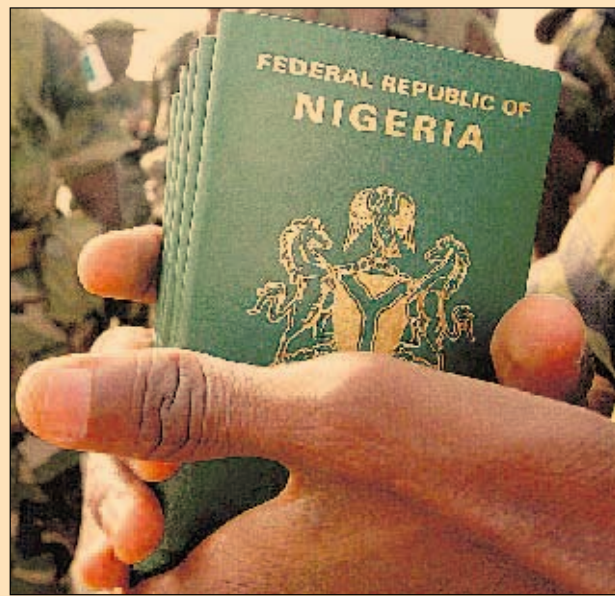
**Wien/Gmünd** – Seit bald zwei Jahren geht dem 25-jährigen nigerianischen Asylwerber James Abani (*Name geändert*) der Pass ab. Nicht, dass das von der nigerianischen Botschaft in Wien ausgestellte Dokument verschwunden wäre. Vielmehr lagert es in einem Aktenschrank des fremdenpolizeilichen Büros in der Bezirkshauptmannschaft (BH) Gmünd (NÖ): trotz schriftlicher Proteste behördlich eingekassiert.

Ein Umstand, der jetzt Volksanwältin Terezija Stoitsits zu einer offiziellen Rüge des Innenministeriums bewogen hat. Als vorgeetzte Behörde der BH habe das Ministerium nicht dafür gesorgt, dass Abani sein Identitätsdokument zurückerhalten hätte: ein Missstand in der Verwaltung.

Begonnen hat die Affäre im März 2007, als Abani die Umschreibung seines nigerianischen auf einen österreichischen Führerschein beantragte. Die Lenkerberechtigung aus Westafrika weckte das Misstrauen der Gmünder Beamten und des Landeskriminalamts: Fälschungsverdacht.

Also zeigte der Nigerianer zu Vergleichszwecken seinen Pass her. Er bekam ihn nie zurück. An seiner Identität bestünden Zweifel, bringt das Ministerium in seiner Stellungnahme vor, die Fremdenpolizei müsse ermitteln. Außerdem: Was brauche ein Asylwerber einen Pass, immerhin dürfe er während des Asylverfahrens Österreich nicht verlassen?

Das zu erwägen, sei – wenn schon – Aufgabe der Asylbehörden, meint dazu Stoitsits. Die Fremdenpolizei jedoch habe ganz



Ein solcher nigerianischer Pass lagert seit zwei Jahren bei der Fremdenpolizei in Gmünd: laut Volksanwältin Terezija Stoitsits ein Fehler.

Foto: Reuters

sicher kein Recht auf das Dokument. „Dass aus Sicht der Behörde die Einbehaltung des Reisepasses für eine künftige mögliche ‚Rückführung‘ in den Heimatstaat günstig wäre, legitimiert nichts“, begründet sie die Missstandsfeststellung. Denn Abani stehe mit

seinem Problem nicht allein da: „Die Praxis, Identitätsdokumente von Asylwerbern einbehalten, ist mir von mehreren Seiten her bekannt.“

Im Innenministerium sagt Rudolf Gollia, man werde die Sachlage binnen sechs Wochen klären.

**Achtung.**  
**Heute letzter Tag.**

Alle Infos unter: [www.wienwillswissen.at](http://www.wienwillswissen.at)

THE MUST

# VOLKSBEFRAGUNG

11., 12., 13. Februar 2010

Stadt  Wien

## Ein beinharder Job und die Faszination abseits der großen Promi-Jagd: Die anderen Wirklichkeiten



Nach dem glanzvollen Auftritt strömten bereits nach Mitternacht die ersten Ballgäste wieder über die Feststiege in Richtung Ausgang (oben). Viele, wie Thomas Gottschalk, labten sich danach noch schnell am Würstelstand. *Fotos: Cremer, Toppress Austria*



Nach dem Ausfall von Lindsay Lohan eine der wenigen internationalen Stars: Katie Price mit Gastgeberin Irene Mayer. *Foto: APA*



# Der Abend einer

Die hohe Politik im beengenden Gang-Gedrängel, eine ganz besondere Logen-Einladung und der frühe Abgang der Promis. Wie eine 70-jährige Debütantin ihren ganz persönlichen Zauber des Opernballes erlebte.

Roman David-Freihsl

Wien – „Ich bin ein anderer Mensch“, seufzt Helga Nechwatal. „Dieser Ball ist einfach unbeschreibbar.“ Die alte Dame ist nicht gekommen um gesehen zu werden, nur um zu sehen. Das ganze Gschisti-Gschasti um abgehobene oder nicht abgeflogene Stars, das ist nicht Ihres – in ihren Augen ist der „Ball der Bälle“ nur „menschlich, so menschlich“.

Seit Jahren hatte sich Frau Nechwatal schon gewünscht, einmal, ein einziges Mal nur, diesen Abend im Opernhaus miterleben zu können – jetzt, zu ihrem 70. Geburtstag, hatte die Familie ihr eine Karte geschenkt. Und so sitzt sie denn oben auf der Galerie und inhaliert den Zauber der Eröffnung.

Die Kommentare der anderen Besucher über den Herrn Direktor – „ui, der singt ja wie der Lugner“, „als Fiaker war er besser“ – das alles ist nicht ihre Welt.

Auch nicht jene Scheinwelt des „Red Carpet“ vor der Oper, wo sie den Promis auflauern, um sie mit Zoten unterhalb der Frack-Schössel-Linie zu bedenken: „Boah, die Katie hat Holz vor der Hütte, da kannst ja den ganzen Winter heizen“ – „Brennt Silikon?“ Einfach menschlich, so menschlich.

Sprüche klopfen können sie aber auch weiter oben, in der Logenwelt des Glamours. Dieter Bohlen etwa auf die Frage, wie er sich als Ersatz für Lindsay Lohan fühle: „Ich habe Österreich schon zweimal den Arsch beim Songcontest mit einer Komposition ge-

## Die Schnürl-Steher des Opernballes

STANDARD-Redakteur Thomas Rottenberg war vor und während der Balleröffnung als Zaunpfosten im Einsatz

Thomas Rottenberg

Wien – Es ist an der Zeit, ein Missverständnis aufzuklären: Der Opernball ist mitnichten eröffnet, sobald es „Alles Walzer“ heißt: Erst wenn Fritz „Gemma!“ sagt, ist der Ball eröffnet. Vorher, also bevor Fritz „gemma!“ ruft und sich die livrierten Herren, die im ORF bloß abschätzig „die Kordelhalter“ genannt werden, im Gänsemarsch vom Parkett machen, ist an öffentliches Walzertanzen nicht zu denken. Da kann man hinter der Samtkordel gerade einmal stehen, schauen und atmen. Obwohl auch Letzteres da mitunter schwerfällt.

Fritz hat auch einen Nachnamen. Bestimmt sogar. Aber „in der Livree“ – also weißbesockt, weiß-behandschuht, kordelhaltend – „reden wir uns nur mit den Vornamen an“, sagt Fritz. Fritz steht links von mir. Rechts steht Konstantin. Gemeinsam sind wir drei der 120 lebenden Zaunpfähle des Balles. Wir sind die Grenze. Die Wand aus Shakespeares Sommer-nachtstraum. Wir trennen Volk von Kunst. Wir halten das Eröffnungsparkett frei. Mit einer roten Schnur.

Drei Stunden stehen. Ein Schnürl halten. Der Lohn: ein Ticket, 48 Euro – und der beste Blick, erste Reihe fußfrei. Das klingt nach einer leichten Übung.

Aber außer mir glaubt das hier keiner. „Sie werden Ihr blaues Wunder erleben“, lachte Janos

Molnar eine Woche vor dem Ball. Molnar war früher beim Staatsopernballet. Heute leitet er die Opern-Komparserie. Er teilt Statisten und Hausmitarbeitern den Zaun-Job zu. Wieso da nur Männer stehen? Molnar grinst. Wieso? Das würde ich schon merken.

„Blaues Wunder“ steht für „blaue Flecken“: Im American Football hießen wir „Defense Line“ – und wären gut gepanzert. Wir würden nicht nur von hinten attackiert. Wir hätten Pausen zwischen den Angriffswellen. Und: Wir dürften uns wehren.

### Kein Druckausgleich

Der Druck baut sich langsam auf. Unmerklich zunächst. Mütter wollen debütierende Töchter knipsen, ein schwedisches Paar will hin, wo ich nicht weg darf: „Das ist seit 15 Jahren unser Platz.“ Bald ist hinter mir nur noch ein kompakter Leiber-Block. Aber immer noch strömen Menschen dazu. Ich will gar nicht wissen, welche Körperteile sich gegen und in meinen Rücken, meinen Hintern oder meine Beine drücken. Oder wem sie gehören.

Die Gesichter, die ich aus dem Augenwinkel sehe, lächeln. Alle. Man sagt „Pardon“ und „Hoppla“. Eine Männerstimme identifiziert alle Wirtschaftsköpfe in den Logen. Eine Frau fände es toll, wenn Ulrich Habsburg statt Heinz Fischer in die Mittelloge einzöge. „Das wäre doch eleganter.“ Wäh-

rend der Hymne tritt mir jemand mehrfach ins Wadel. Richtig fest.

„Nimm nichts persönlich“ hatte Konstantin gewarnt, „und geh ja keinen Millimeter vor.“ Aus dem Augenwinkel sehe ich, dass sich auch Fritz und er mit ihrem ganzen Gewicht nach hinten lehnen. Lächelnd, versteht sich.

Der zwischen uns knieende Fotograf, mosert vor sich hin: „Ich seh nix. Ich seh nix.“ Dabei versucht er, unbemerkt und die Kordel am Kehlkopf, vor zu rutschen: Konstantin und ich spüren seinen Atem in der immer straffer werdenden Schnur. Konstantin zwin-

kert. Wir haben die gleiche, böse, Idee: Sollen wir einmal scharf mit dem Handgelenk zucken? Wir widerstehen. Und lächeln.

Knapp bevor er sich selbst stranguliert, steht der Paparazzo auf. Wutgeheul von hinten: Die Ballbesucher hatten ihn nach vorne gelassen, weil er versprochen hatte, am Boden zu bleiben.

Nur: Dort hätten ihn die Debütanten totgetrampelt. Zwischen die Paare am Rand und die Kordel passte beim Donauwalzer kein Fuß mehr. „Alles Walzer!“

Fritz löste die Spannung in Beinen und Oberkörper: „Gemma!“

Der knieende Paparazzo arbeitete sich langsam weiter vor – bis seine Flüche in der Kordel zu spüren waren: Rottenberg (stehend) im Zauneinsatz. *Foto: Cremer*



### Abwrackprämie beflügelt Autohandel

**JÄNNER 2009** Hilferuf von neun westeuropäischen Großbanken, darunter Raiffeisen International (RI) und Erste Group, für einen umfassenden Hilfsplan für Osteuropa. Der Internationale Währungsfonds erwartet für 2009 den größten Konjunkturreinbruch seit dem Zweiten

Weltkrieg. Deutschland beschließt ein 50-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket. Teil davon ist die Abwrackprämie, die den Absatz von Neuwagen belebt. Der angeschlagene US-Autohersteller Chrysler und der italienische Konkurrent Fiat gehen eine Allianz ein.



### Österreich unter Druck

**FEBRUAR 2009** Das mit 787 Milliarden Dollar größte Konjunkturpaket in der Geschichte der USA ist beschlossene Sache. Die Krise greift auf Osteuropa über: Laut Weltbank braucht die Region mit Russland, Ukraine und Türkei 120 Mrd. Dollar, um Banken zu rekapitalisieren. Das Rating für österreichische Staatsanleihen kommt nun unter Druck, die Schuldenaufnahme verteuert sich. Die Erste Group beschließt die Aufnahme von 2,7 Mrd. Euro frischem Kapital, davon bis zu 1,89 Mrd. Euro staatliches PS-Kapital. GM und Chrysler legen der US-Regierung ihre Sanierungspläne vor. Man rechnet mit bis zu 30 Mrd. Dollar Staatshilfe.



### Leitzinsen so niedrig wie nie

**MÄRZ 2009** Die Europäische Zentralbank senkt den Leitzins für den Euroraum um 0,5 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent. Damit liegt der Leitzins so niedrig wie noch nie seit Gründung der Europäischen Währungsunion im Jahr 1999. Das ist allerdings noch nicht das Ende der Fahnenstange – im Mai sinkt der Leitzins auf 1,0 Prozent. Die US-Notenbank Fed pumpt durch den Kauf von hypothekenbesicherten Wertpapieren und Staatsanleihen nochmals mehr als eine Billion Dollar in die Finanzmärkte, um die lahrende Wirtschaft in Gang zu bringen. Der Leitzins bleibt unverändert, denn schon jetzt beträgt er nur 0 bis 0,25 Prozent. Die Volksbanken-Gruppe erhält vom Staat eine Milliarde Euro Partizipationskapital.

des 54. „Staatsballes“ in der Oper

## späten Balkönigin

rettet. Jetzt kann ich das beim Opernball auch.“

In Ermangelung echter Promis hecheln die Journalisten möglichen Stories nach. Bundespräsident Heinz Fischer etwa wird mit dem Vorschlag konfrontiert, den „Staatsball“ in die Hofburg zu verlegen – doch der lehnt milde ab: „Dann wäre er einer von zwanzig Bällen. Das kann keine gute Idee sein“.

Für Frau Nechwatal hat das Haus am Ring noch eine ganz andere Geschichte. „Ich war noch ein kleines Kind, als ich im Krieg die Margaretenstraße hinunter lief, um die brennende Oper zu sehen.“ Zehn Jahre später war sie dann in einer der ersten Fidelio-Vorstellungen nach der Wiedereröffnung. „Ich hab keine Ahnung, woher ich die Karte hatte, Geld

hatten wir damals ja überhaupt keines.“ Aber diese Aufführung, „das war wie eine Auferstehung“.

Jetzt steht Frau Nechwatal in schlichtem schwarzen Kleid und weißer Stola am Rand eines Logenganges gedrückt und beobachtet die Repräsentanten des Staates, die sich von Kamerateams verfolgt an ihr vorbeidrängen. Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll spenden Worte, Finanzstadträtin Renate Brauner plaudert mit Siemens-Chefin Gitti Ederer. Einen kennt die 70-Jährige von früher, aber nicht von der Polit-, sondern von der Theaterbühne: Helmut Lohner, der sich geduldig neben Elisabeth Gürtler Seite an Seite mit Desirée Treichl-Stürgkh und Erste-General Andreas Treichl ablichten lässt.

Und dann wird Frau Nechwatal in die Loge des Bürgermeisters auf

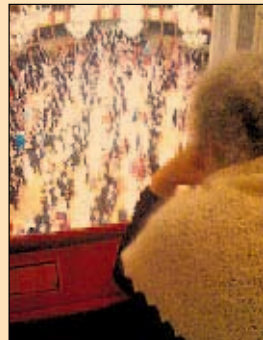
ein Glas Sekt eingeladen. Schweigend sitzt sie und lauscht, wie Michael Häupl eine Anspielung aufs Alter abtut: „Genug. Meine Mutter hat immer gesagt: Wer nicht alt werden will, stirbt jung.“

Um ein Uhr wird Katie Price über die Feststiege hinab zum Ausgang eskortiert. Frau Nechwatal steht oben an der Balustrade und lässt sich ein Paar Sacherwürstel schmecken. „Ein wunderschönes Kleid“, urteilt sie. Die Frau darin sagt ihr eigentlich nichts. Genauso wenig wie jener Blondschopf, der sich kurz darauf den Weg zum Abgang bahnt und dem sie „Tommy! Tommy!“ nachrufen. Die Sendung *Wetten, dass ...?* hat sie in Ermangelung eines Fernsehers noch nie gesehen.

Zu später Stunde kehrt die betagte Debütantin wieder zur Galerie zurück und kann sich nahezu stundenlang nicht am Ballsaal sattsehen. „Eigentlich tanzen sie da unten in einem Achter“, kommentiert sie den parkettver-einten Bühnen- und Publikumsraum, auf dem sie wie in die Unendlichkeit hinein tanzen. Und die kleinen Unterschiede faszinieren sie: „Man sieht genau, welche Tanzschulpaare sind und welche schon lange verheiratet.“

Gegen halb vier in der Früh drängt ihre Begleitung schließlich zum Aufbruch. Frau Nechwatal lächelt nur schelmisch: „Ich will ja nichts sagen. Aber um fünf könnten wir einen wunderschönen Rosenstrauß mit nach Hause nehmen.“ Stattdessen nimmt sie am Ausgang dankbar zwei geschenkte Krapfen entgegen. Die sie am nächsten Vormittag genießen wird. Als anderer Mensch.

Kommentar der anderen Seite 47



Das späte Geschenk: Frau Nechwatal auf dem Opernball. F.: David

### BOULEVARD

## Tanzen statt Einsperren



Willi Resetarits: Ministerium den Asylbereich entziehen. Foto: Corn

„Der gesamte Integrations- und Flüchtlingsbereich muss raus aus dem Innenministerium“, meint Willi Resetarits als Ehrenobmann des Wiener Integrationshauses. Also gab es am Freitagabend kurz vor dem 16. Flüchtlingsball im Wiener Rathaus noch eine Protestveranstaltung in der nahegelegenen Herrengasse. Anschließend eröffnete Stadträtin Sandra Frauenberger den Ball, dem Integrationshaus-Geschäftsführerin Andrea Eraslan-Weninger heuer das Motto „Tanzen gegen das Einsperren von Asylwerbern“ gab. (red)



Das Benediktinerkloster zu Andechs wirtschaftet seit 555 Jahren erfolgreich. U. a. mit der vorsichtigen Strategie von Pater Anselm.

Foto: AP

## „Nie mehr als fünf Prozent“

Der falsche Maßstab und gierige Manager sind für Anselm Bilgri, Priester und früherer Manager des Klosters Andechs, die Wurzeln der Krise. Birgit Baumann fragte ihn auch nach seiner eigenen Versuchung.

STANDARD: Der heilige Benedikt lebte 500 nach Christus. Ist seine Lehre zeitlos, oder ist das mehr frommes Wunschdenken?

Bilgri: Benedikt sagt: Man muss vom Kurzzeitdenken wegkommen. Das ist ein Wert, der nach wie vor gilt. Wer ein Unternehmen führt, sollte seinen Untergebenen gegenüber achtsam sein. Nur so bekommt er mit, was Menschen bewegt. Kommunikation muss offen und transparent sein. Vorgesetzte dürfen nie vergessen: Management ist Funktion, nicht Position. Manager wären gut beraten, sich nicht nur in der eigenen Klasse zu bewegen. Geht die Bodenhaftung verloren, steigt die Gefahr der Gier.

Bilgri: Klar, ich hatte auch manchmal den Wunsch, mehr herauszuholen. Aber da war dann immer die Gemeinschaft der Mönche, die sagte: Das passt nicht zu uns. Also hielten wir uns an eine sehr konservative, gemischte Geldanlage. Aber es hat fast jeden Tag jemand angerufen und hat mehr geboten.

STANDARD: Wenn Sie auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückblicken, wer hat versagt? Bilgri: Dieses Thema kommt bei meinen Vorträgen immer wieder zur Sprache. Ich spreche ja sehr viel mit Mittelständlern, die in Deutschland

die tragende Säule der Wirtschaft sind. Viele meinen ja: Das System hat versagt. Aber wir müssen uns fragen: Wer ist das System? Das besteht ja aus einzelnen Menschen. Auch wer in der Wirtschaft arbeitet, muss sich immer über eines im Klaren sein: Jeder Einzelne kann den ersten Schritt machen. Einfach alles auf „das System“ zu schieben, ist zu einfach.

STANDARD: In der Theorie klingt das gut. In der Praxis sind viele wirklich kleine Rädchen.

Bilgri: Wir müssen daher viel früher beginnen, die Grundlagen zu legen. Wirtschaftsethik darf an den Universitäten kein Orchideenfach sein, sondern sollte Pflichtfach werden. Führungskräfte müssen ihren Auszubildenden mitgeben, dass es wichtig ist, sich an Werten zu orientieren.

STANDARD: Was würde der heilige Benedikt Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann raten?

Bilgri: Finde das richtige Maß.

### ZUR PERSON:

Anselm Bilgri (56) studierte Philosophie und Theologie. 1980 wurde er zum Priester geweiht. Von 1986 bis 2004 war er als Cellerar für die wirtschaftliche Leitung des Benediktinerklosters Andechs/Bayern zuständig. 2004 verließ er das Kloster und gründete das „Zentrum für Unternehmenskultur“.

STANDARD: Die Deutsche Bank macht schon wieder fünf Milliarden Euro Gewinn. Finden Sie das erfreulich oder erschreckend?

Bilgri: Für die Aktionäre der Deutschen Bank ist das schön, und es ist ja auch gut, wenn ein Unternehmen erfolgreich ist. Aber es ist erschreckend, dass die Gewinne wieder hauptsächlich im Investmentbanking erzielt werden, nicht im realen Bankgeschäft.

STANDARD: Die Deutsche Bank würde sagen: Wir müssen auf der internationalen Bühne mitspielen.

Bilgri: Ich weiß. Um den Druck von Bankern nachzuvollziehen, muss man gar nicht die Deutsche Bank bemühen. Ich wollte neulich bei einer kleinen Bank ein normales Girokonto eröffnen. Und da wurden mir gleich zig andere Produkte angeboten. Also sag ich zu dem Banker: Ich will das nicht, warum lassen Sie es nicht? Meint der: Ich muss, Anweisung von oben.

STANDARD: Haben Banker und Unternehmer aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gelernt?

Bilgri: Mein Eindruck ist: Wer vorher schon kritisch war, der ist es jetzt erst recht. Aber bei vielen anderen braucht es noch ein paar Krisen, damit sie begreifen, dass man auch anders wirtschaften kann und es nicht vorrangig um die unmittelbare Befriedigung von Bedürfnissen gehen darf.

STANDARD: Die Gier wurde während der Krise sehr verdammt. Andererseits zählt die katholische Lehre seit Jahrtausenden die Gier zu den sieben Todsünden.

Bilgri: Auch die Gier ist ein Grundmuster des menschlichen Daseins, darin liegen wie im Begriff „Neugier“ auch positive Aspekte. Wenn der Mensch an nichts Neuem mehr interessiert ist, dann steht er still. Florierende Unternehmen sind ja auch wichtig für die Gesellschaft. Aber es kommt auch auf das rechte Maß an.

STANDARD: Was bedeutet dieses rechte Maß für Sie persönlich?

Bilgri: Dass der Mensch sich nicht von materiellen Dingen beherrschen lassen soll. Ich zitiere auch meinen Vater, der Wirt war und mir schon vor Jahrzehnten erklärte: Bub, wenn dir einer mehr als fünf Prozent verspricht, dann sei vorsichtig. Daran habe ich mich immer gehalten.

STANDARD: Waren Sie als Verantwortlicher für das Kloster Andechs denn nie in Versuchung?



Anselm Bilgri rät bei Geldgeschäften zum Einklang mit dem hl. Benedikt. Foto: internet



## Peinliche IWF-Rechenfehler

MAI 2009 Die Europäische Zentralbank sieht erste Hinweise auf ein Ende der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 1930er-Jahren. Deutschland richtet „Bad Banks“ zur Auslagerung „toxischer“ Papiere ein. Die Inflationsrate der Eurozone hat mit 0,0 Prozent einen historischen Tiefstand erreicht. Der Internationale Währungsfonds muss peinliche Rechenfehler bei der Einschätzung des Ost-Risikos eingestehen. In seinem „Global Financial Stability Report 2009“ habe es „Doppelzählungen und Eingabefehler“ gegeben, gesteht der IWF ein. IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn entschuldigt sich dafür bei Finanzminister Josef Pröll. Österreich hatte vor allem im angelsächsischen Raum wegen des Ost-Engagements als Bankrottandidat gegolten.

## Nobelpreisträger sorgt für Wirbel

APRIL 2009 Die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) stellen zur Krisenbewältigung zusätzlich 1,1 Billionen Dollar zur Verfügung. Bis Ende 2010 sollen fünf Billionen Dollar zur Ankurbelung der Wirtschaft ausgegeben werden. US-Banken überraschen mit hohen Quartalsgewinnen. Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Krugman sorgt für Aufregung. Er meint, Österreich sei nach Island und Irland das Land mit dem größten Risiko einer Staatspleite. Finanzminister, Notenbankgouverneur und IWF-Chef widersprechen heftig.



# Kriminalstatistik wird seltener veröffentlicht

Die „Kriminalstatistik Neu“ des Innenministeriums wird künftig nur noch quartalsweise und nicht monatlich veröffentlicht. Sie soll dafür aber bessere Daten über Straftaten liefern.

Michael Möseneder

Wien – Einbruchopfer werden sich künftig länger gedulden müssen, um zu erfahren, wie viele Leidensgenossen sie haben. Denn das Innenministerium veröffentlicht die Kriminalstatistik künftig nicht mehr monatlich, sondern quartalsweise. Damit hofft man im verantwortlichen Bundeskriminalamt (BK), ein realistischeres Bild der Verbrechenslage zu bieten.

„Wir haben uns mit der Umstellung auf eine monatliche Veröffentlichung im Jahr 2003 einem gewissen Masochismus ausgesetzt“, argumentiert BK-Chef Franz Lang. „International sind überhaupt nur Jahresstatistiken üblich.“ Unterstützung holte er sich von Bernhard Felderer, Leiter des Institutes für Höhere Studien (IHS), und Christian Grafl vom Strafrechtsinstitut der Uni Wien, die das Projekt geleitet haben. „Aus wissenschaftlicher Sicht ist für eine Beurteilung der Lage eigentlich eine einjährige Bilanz die untere Grenze“, meinte Grafl.

Für Felderer lag das Problem bisher an der unklaren Datenlage. „Für die Polizisten gab es einen Wildwuchs an Tabellen, die sie im Computersystem ausfüllen mussten, wobei dennoch wichtige Informationen, die beispielsweise über Kriminalitätsschwerpunkte wissenschaftlich aussagekräftig sind, fehlten.“

**Autoeinbruch und -diebstahl sind in jüngster Zeit ein steigendes Problem. Wie viele es gibt, wird man künftig aber nur noch alle drei Monate erfahren, da das Innenressort die Statistik ändert.**

Foto: APA



Bei der „Kriminalstatistik Neu“ muss nun der Beamte nach der Übermittlung des elektronischen Aktes an die Staatsanwaltschaft die Statistik ausfüllen, ehe er den Akt schließen kann. Felderer und Lang versprechen sich davon „wesentlich aktuellere Daten.“

Warum, bleibt allerdings unklar. Denn die bisherige zeitliche Verzögerung zwischen Straftat und Aufnahme in der Statistik betrug bis zu sechs Monaten bei größeren Fällen. „Es kommt daher oft vor, dass Einbrüche im Oktober

begangen werden, die erst im Jänner in der Statistik aufscheinen“, argumentiert Felderer. Allerdings: Die Ermittlungsdauer ist unabhängig von der Statistik – daher werden auch die Quartalsberichte längst vergangene Ereignisse spiegeln.

Fehler bei der bisherigen Datenerfassung der jährlich rund 600.000 Delikte gestand Lang allerdings ein. Denn da immer detaillierte Angaben zu Delikten gefordert wurden, konnte ein Beamter beispielsweise ein Rad, das aus

einem versperrten Kellerabteil gestohlen wurde, als Einbruch, Diebstahl oder Fahrraddiebstahl kategorisieren. „Die Kollegen hatten recht, es wurde immer mehr aufgesetzt.“

**Besser als im Vorjahr**

Dass die Umstellung politische Hintergründe hat, da bei einem dreimonatigem Beobachtungszeitraum statistische Spitzen gekappt werden, bestreitet Lang ausdrücklich. „Wir liegen im heurigen Jänner im zweistelligen Bei-

reich unter dem Vorjahr, das veröffentlichten wir jetzt aber auch nicht extra.“

Ein Fernziel ist die EU-weite Vergleichbarkeit der Statistiken, was aber noch Jahre dauern wird. Selbst eine jährliche Veröffentlichung würde übrigens an der durchwachsenen Bilanz des Vorjahres nichts ändern: Im Vergleich zu 2008 wurden im Jahr 2009 um 3,3 Prozent mehr Delikte begangen – in absoluten Zahlen wurden fast 19.000 mehr Menschen Opfer von Straftaten.

## KURZ GEMELDET

WIEN

### Jovan Mirilo kann vorerst in Österreich bleiben

Wien – Der serbische Aufdecker des Massakers von Srebrenica, Jovan Mirilo, dessen Asylantrag erster Instanz vergangenen Woche abgelehnt worden ist, darf den Ausgang seiner Berufung in Österreich abwarten. Das Bundesasylamt hat ihm – entgegen seiner eigenen Entscheidung – am Freitag aufschiebende Wirkung zuerkannt. (bri)

NIEDERÖSTERREICH

### Schüsse im Supermarkt: Prozessbeginn am 10. März

Krems/Korneuburg – Jener Polizist, der in der Nacht zum 5. August 2009 in einem Kremser Supermarkt einen 14-Jährigen erschossen hat, steht am 10. März in Korneuburg vor Gericht. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen. (APA)

## Von der Lederhose bis zu „Hosi“ Steiermark

Volkskundemuseum Graz: Ausstellung auf den Spuren von Schwulen und Lesben

Colette M. Schmidt

Graz – Eine „ruhige, parteylose Schilderung der Hauptlebensschichten, Meinungen, Gebrechen, Vorurtheile, Aberglauben usw.“ forderte Erzherzog Johann von seinen Untertanen ein, als er 1811 die „statistische Rundfragen“ startete, die auch eng mit der Gründung des heutigen Universalmuseums Joanneum standen. Dass der steirische Prinz liberal war, wurde im Vorjahr anlässlich seines 150. Todestages oft thematisiert.

„Auf die Rundfragen kamen auch Antworten über homosexuelle Liebe“, sagt Hans-Peter Weingand, der zusammen mit Elke Murlasits zwei Jahre an einem Forschungsprojekt über die Geschichte von Homosexualität in der Steiermark arbeitete. Das Ergebnis ist die Publikation *L(i)eben und Begehren zwischen Geschlecht und Identität*, und am

Sonntag wird im Grazer Volkskundemuseum die Schau *L(i)eben uferlos und andersrum* eröffnet.

Problematisch sei vor allem die Quellenlage, weiß Weingand: „Vielleicht hat jemand die Briefe der lesbischen Tante oder die Tagebücher des schwulen Onkels gefunden, aber die wurden dann meist weggeschmissen.“ Das Museum schuf selbst Quellen, indem man anonymisierte Interviews mit Homosexuellen führte.

Die Ausstellung bewegt sich auf drei Ebenen: Sie erzählt die Geschichte der lesbisch-schwulen Bewegung (der Verein Hosi wurde 1983 auch in der Steiermark gegründet), die rechtlichen Entwicklungen in Österreich – von der Strafrechtsreform 1971 bis zu den eingetragenen Partnerschaften heute – und zuletzt auch viele Einzelschicksale. Ziel war aber keine Geschichte der Diskriminierung, sondern „wir werben für To-

leranz und eine selbstbewusste Haltung“, erklärt Murlasits. Schulklassen haben sich bereits für Führungen angemeldet.

Gezeigt werden Zeitdokumente oder Stücke wie die Originaltür des Clubcafé Werner, einer der ersten offiziellen Schwulen-Treffs in Graz, aber auch Exponate der traditionellen Sammlung des Volkskundemuseums, die „wir einfach quergelesen haben“, so Eva Kreissl vom Ausstellungsteam. Dabei machte man sich auf die Suche nach Manifestationen von Liebe im Alltag. Man fand Eheverträge, in denen dieses Wort nie vorkam, und Holztruhen, in denen sich befand, um was es wirklich ging: die Mitgift. Die „prüde“ Hetero-Gesellschaft wird anhand ihrer frivolen Codes geknackt: Dirndl, aus denen die Brüste fast herausfallen, oder Lederhosen mit reich verzierten „Hosentürln“ sprechen eine deutliche Sprache.

## Ein Jahr nach Polizeiattacke noch keine Entscheidung

Wien – „Natürlich bin ich enttäuscht, wie lange es dauert, bevor irgendetwas passiert“, klagt Michael Brennan. Vor einem Jahr wurde der US-Amerikaner von zwei Polizisten niedergedrungen, die ihn in der Wiener U-Bahn mit einem Dealer verwechselt haben. Brennan wurde nach seinen Angaben verletzt und war vier Monate im Krankenstand. Ob der Vorfall aber auch straf Konsequenzen hat, steht noch immer nicht fest.

„Ich habe keine Ahnung, warum, alle Beteiligten sind bereits befragt worden, aber seit damals habe ich nichts mehr gehört“, schildert Brennan. Selbst in der Vienna International School, wo er unterrichtet, würden Schüler und Lehrer an der Justiz zu zweifeln beginnen. Bei der Staatsanwaltschaft Korneuburg sagt man, dass noch Gutachten nötig waren, nun müsse die Oberstaatsanwaltschaft entscheiden. (moe)

## Feilschen um Porsche-VW-Deal

MAI 2009 Nach monatelangen Querelen zwischen VW und Porsche, wobei es zunächst so ausgesehen hatte, als würde der kleine Autobauer den großen Bruder schlucken, haben die Vertreter der Familien Porsche und Piëch beschlossen, aus Volkswagen und Porsche einen integrierten Autokonzern zu machen. Jede der zehn Marken soll ihre Eigenständigkeit behalten. Der Abschluss des Prozesses sollte noch bis 20. November dauern. Der deutsche Finanzminister gibt kurz vor den Bundestagswahlen bekannt, dass Magna Opel von seiner US-Mutter GM übernehmen werde.



## Karstadt ist pleite

JUNI 2009 Der deutsche Konzern Arcandor stellt Insolvenzantrag wegen drohender Zahlungsunfähigkeit. Auch für die Gesellschaften Karstadt Warenhaus, Primondo und Quelle wird Insolvenz beantragt. Quelle Österreich hält sich bis November, muss dann aber auch Insolvenz anmelden. Die Billigfluggesellschaft SkyEurope beantragt am Sitz der Gesellschaft in der Slowakei Gläubigerschutz, will aber trotzdem weiterfliegen. Der Autobauer General Motors (GM) beantragt bei einem New Yorker Insolvenzgericht Gläubigerschutz. Das bisher größte Chapter-11-Verfahren der US-Wirtschaftsgeschichte soll GM eine Sanierung ermöglichen. Der geständige Finanzbetrüger Bernard Madoff (71) wird in New York zu 150 Jahren Gefängnis verur-

teilt. Seinem Schneeballsystem fielen auch Anleger in Österreich zum Opfer. Der Gesamtschaden wird auf bis zu 65 Milliarden Dollar (43,4 Mrd. Euro) geschätzt. US-Präsident Barack Obama stellt einen Plan für die größte Finanzreform seit 70 Jahren vor, Hauptpunkte sind eine Konzentration der Aufsicht bei der Zentralbank sowie die Einrichtung einer neuen Verbraucherschutzbehörde. Der deutsche Reifenkonzern Continental schließt die Reste des ehemaligen Semperit-Reifenwerks im niederösterreichischen Traiskirchen und kündigt 195 Beschäftigte.



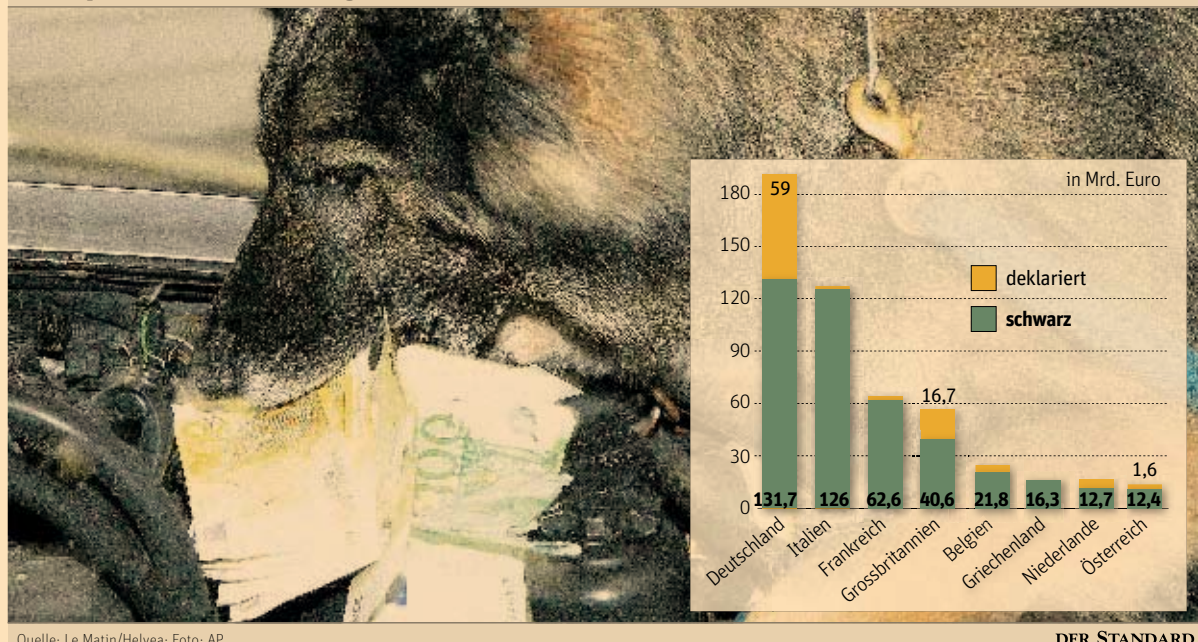


Europas Wirtschaft ohne Schwung Seite 22

Die tiefen Probleme Griechenlands Seite 18

derStandard.at/Wirtschaft

## Europäisches Schwarzgeld in der Schweiz



Quelle: Le Matin/Helvea; Foto: AP

DER STANDARD

## Studie: Zwölf Milliarden Euro schwarz in der Schweiz

Das Ausmaß der Steuerhinterziehung in der Schweiz ist laut einer neuen Untersuchung weit größer als bisher vermutet. Demnach versteuern Anleger nur ein Fünftel der Gelder, Österreicher sogar nur ein Zehntel.

**Genf/Wien** – Viel Schwarzgeld liegt in der Schweiz. Doch über diese Binsenwahrheit hinaus wusste man bisher wenig über Herkunft und Ausmaß der nicht deklarierten Mittel in der Eidgenossenschaft. Eine neue Untersuchung des auf Finanzrecherchen spezialisierten Genfer Unternehmens Helvea führt nun zu einer Auflistung, die ausländische Steuerbehörden interessieren dürfte. Demnach haben Anleger aus EU-Staaten 862,9 Mrd. Franken in der Schweiz gebunkert. Davon wurden 16 Prozent deklariert.

Österreicher horten demnach 20,4 Milliarden Franken im Nachbarland, von denen nur elf Prozent deklariert sind. Die größte Investoren-Community im Bankenparadies stellen nicht ganz überraschend Deutsche dar, die auf 280 Milliarden Franken kommen. Immerhin deklarieren die Deutschen ihr Vermögen zu fast einem Drittel. Die Untersuchung, die dem STANDARD vorliegt, wird wohl für zusätzlichen Gesprächsstoff beim dem für Sonntag anberaumten Treffen der deutschsprachigen Finanzminister sorgen.

Auch die aggressive Vorgangsweise der italienischen Finanz in Sachen Steuerhinterziehung über die Alpen wird mit dem Bericht

plausibel. Die Italiener bilden laut Helvea nicht nur die zweitgrößte Gruppe der Anleger in der Schweiz, sondern sind mit 99 Prozent Schwarzgeld gemeinsam mit Griechen die intensivsten Hinterzieher.

Da stellt sich natürlich die Frage, wie das Unternehmen angesichts der hohen Diskretion zu den Zahlen gelangt. Als Basis fungierten die Quellensteuereinnahmen, die zu drei Vierteln an die Finanzämter der Herkunftsländer der ausländischen Investoren überwiesen werden. Aus Durchschnittswerten über Portfolioveranlagungen werden Umgehungsprodukte, bei denen die EU-weite Zinsertragssteuer nicht anfällt, eingerechnet. Damit hätten die Experten einmal die Summe der Gelder geschätzt. Zudem gibt es die Option, die Erträge in die Steuererklärung aufzunehmen. 2007 zählte Helvea 64.516 derartige Fälle. Aus der Häufigkeit dieser Deklarierungen nach Nationalität der Anleger wird in der Untersuchung der Anteil der Schwarzgelder hochgerechnet.

Obwohl der größte Brocken der Schweizer Gelder aus der EU stammt, macht er nur etwas mehr als ein Drittel der insgesamt von Ausländern gebunkerten Mittel

von 2,2 Billionen Franken aus. Diese Summe lag 2007 noch bei 3,1 Billionen und ist 2008 infolge der diversen Steueraffären und des verstärkten Drucks internationaler Finanzermittler sowie wegen rückläufiger Wertentwicklung an den Finanzmärkten deutlich zurückgegangen. Laut Schweizer Nationalbank stammen 60 Prozent der in dem Land veranlagten Vermögen aus dem Ausland.

Doch die diversen Steueraffären setzen dem Finanzplatz zu. Die Zahl der Selbstanzeigen bei den deutschen Behörden ist in den vergangenen Tagen einer Umfrage der Nachrichtenagentur DAPD zufolge sprunghaft gestiegen. 850 Anleger wandten sich demnach an die Finanz. (as)

MARGIT SCHRATZENSTALLER

### Impulspaket schnüren



Budgetäre Institutionen können eine rationale, effektive und effiziente sowie langfristige ausgeglichene Finanzmittel als Reserven in die nächsten Jahre mitzunehmen, und eine mittelfristige Finanzplanung mit Ausgabenobergrenzen fördern eine größere Sparsamkeit der öffentlichen Hand. Ob fiskalische Regeln tatsächlich greifen, hängt von ihrer Glaubwürdigkeit und der Verbindlichkeit ab, die ihnen von den Akteuren beigemessen wird.

Und soll tatsächlich 2011 mit der Konsolidierung begonnen werden, sollten die Maßnahmen bis zum Herbst fixiert sein. Die angekündigte Budgetverschiebung nimmt auch den Druck aus den laufenden Verhandlungen für die Verwaltungsreform. Außerdem wurde für 2012 und 2013 ein bereits 2011 zu beschließendes Doppelbudget in Aussicht gestellt. Grundsätzlich ist das in Ausnahmefällen seit der Haushaltsrechtsnovelle 2009 zulässig. Es birgt aber die Gefahr, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits veraltet und zu unflexibel zu sein. Selbst wenn der anvisierte Zeitplan formal verfassungskonform wäre: Er entspräche wohl kaum dem Geist des soeben reformierten Haushaltsrechts des Bundes.

Neben Glaubwürdigkeit und Commitment ist aber auch die flexible Handhabung budgetärer Regeln wichtig. So hat etwa der Bund im Budgetvollzug 2009 fast eine Milliarde Euro durch strikte Budgetdisziplin „echt“ eingespart und entsprechende Reserven gebildet – grundsätzlich ein positiver, im Tiefpunkt der Rezession aber unerwünschter Effekt. Würde daher mit den gebildeten Reserven baldestmöglich ein „Impulspaket 2010“ geschnürt, das Wachstum und Beschäftigung ankurbelt, könnte für die anstehende Konsolidierung eine bessere Ausgangssituation geschaffen werden.

Margit Schratzenstaller ist Referentin für Öffentliche Finanzen des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo).

Foto: Cremer

Das Finanzsystem braucht mehr Kontrolle, das hat die Krise gezeigt. Gemeinsam mit der Finanzmarktaufsicht sorgt die Oesterreichische Nationalbank für stabile und sichere Verhältnisse.

Haben Sie auch Fragen an die OeNB? Wir beantworten Ihre Fragen auf [www.direktzurnationalbank.at](http://www.direktzurnationalbank.at)

ECB EZB EKT EKP 2002

## „Finanzkrise: Wer sorgt für Sicherheit?“

Das Finanzsystem braucht mehr Kontrolle, das hat die Krise gezeigt. Gemeinsam mit der Finanzmarktaufsicht sorgt die Oesterreichische Nationalbank für stabile und sichere Verhältnisse.

Haben Sie auch Fragen an die OeNB? Wir beantworten Ihre Fragen auf [www.direktzurnationalbank.at](http://www.direktzurnationalbank.at)

Stabilität und Sicherheit

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

EUROSYSTEM

### Stresstest für die Banken

**JULI 2009** Eineinhalb Jahre nach Beginn der schweren Rezession in den USA spricht die US-Notenbank erstmals wieder von Anzeichen einer Stabilisierung der Wirtschaft. Die heimischen Banken werden von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) einem Härtestest unterzogen. Im Extremszenario würden bis Ende 2010 rund 30 Milliarden Euro an Kreditwertberichtigungen für Österreich und Osteuropa nötig werden, schätzen die Notenbank. Deutschland lockert seine Bilanzvorschriften für Banken. Die Schweizer Großbank UBS einigt sich in einem seit Monaten schwelenden Steuerstreit mit dem US-Justizministerium. Es geht um die Herausgabe von Kundendaten des Schweizer Instituts.



# Böse Überraschung „made in Greece“

Das jüngste Kapitel der Finanzkrise wird gerade in Athen geschrieben. Ein Jahrzehnt lang hat Griechenland seine Statistiken frisiert. Jetzt bedroht das EU-Land aus dem Süden die Währung der Union.

Markus Bernath

Athen/Wien – Mit den Reisekatalogen aus Griechenland war es auch immer so: sah gut aus auf dem Papier, aber war man erst einmal dort, hat die Hälfte nicht gestimmt. Die Griechen sind so gesehen jetzt in ihrem eigenen Land angekommen: Im vierten Quartal 2009 schrumpfte die Wirtschaft – anders als vorausgesagt – nochmals um 0,8 Prozent. Die offiziellen Zahlen vom Freitag ergeben damit ein Minus von zwei Prozent für die griechische Volkswirtschaft 2009 und wecken neue Zweifel, wie die Regierung in Athen ihren großen Sanierungsplan für dieses Jahr überhaupt bewerkstelligen will.

Nur Stunden nach dem Krisengipfel der EU am Donnerstag in Brüssel fiel der Euro zunächst auf den Finanzmärkten in Asien. Zu vage waren offensichtlich die Versicherungen der Staats- und Regierungschefs gewesen, die dem hoch verschuldeten Griechenland Unterstützung zusagten und absolute Budgetdisziplin verlangten. „Die Griechen haben uns rund zehn Jahre lang zum Narren gehalten. Deshalb hat es auch niemand eilig, ein großes Hilfspaket auf den Tisch zu legen“, zitierte Reuters am Freitag einen Regierungsvertreter der Union. Die EU-Finanzminister würden aus diesem Grund am kommenden Montag in Brüssel auch keine konkreten Zusagen machen.

Die Regierung in Athen muss dieses Jahr voraussichtlich 53 Mrd. Euro aufstellen, um ihr Bud-



**Trojani-sches Pferd als Export-schlager: Griechenlands lange vertuschte Finanzkrise bedroht jetzt den Euro und die Banken.**

Foto: Reuters

get zu finanzieren, und einen Schuldenberg bedienen, der auf 290 Mrd. Euro angewachsen wird. Premierminister Giorgos Papandreou versprach, das Haushaltsdefizit dieses Jahr um vier Prozentpunkte zu drücken; 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als Defizit musste der Sozialist nach der Regierungsübernahme im vergangenen Oktober nach Brüssel melden, doppelt so viel wie von der Vorgängerregierung angegeben.

„Ein ordentliches Defizitverfahren mit strengen Sparauflagen“ hat ein deutscher Haushaltspolitiker der CDU verlangt – im September 2004. Da waren die griechischen Bilanzierungskünste erstmals einer breiteren Öffentlichkeit in der EU bekannt geworden. Athen hatte die Militärausgaben einfach nicht ins Budget mit einberechnet, angeblich mit Zustimmung von Eurostat, dem Statistik-Amt der EU. Vier Jahre ging

das damals schon so. Jetzt, mitten in der Finanzkrise, hat die Regierung Papandreou einen Gesetzesentwurf schreiben lassen, der die in Verruf geratene nationale Statistikbehörde Elsta unabhängiger machen soll. Das Parlament, nicht länger der Finanzminister, wird künftig zum Beispiel den Direktor der Behörde bestellen. Es ist ein Zeichen dafür, wie tief die Finanzkrise in Wahrheit ins politische System des Landes reicht.

Praktisch seit der Gründung des modernen griechischen Staats gebe es ein komplexes System der Klientelwirtschaft, das Reformen verhindern und ein zynisches Verhältnis zwischen Politikern und dem Rest der Bevölkerung hervorgebracht habe, sagt Spyros Sofos, ein griechischer Politikwissenschaftler, der an der Universität von King'son in Großbritannien lehrt. „Staat und Politik waren traditionell der Idee der Transparenz ab-

geneigt, weil Klientelismus unter solchen Bedingungen nicht funktionieren kann“, erklärte Sofos dem STANDARD gegenüber. Er hoffe nur, dass die neue griechische Regierung nicht den „leichten Lösungen der Vergangenheit“ verfällt und Reformen unterlässt, weil sie die Abhängigkeit der Griechen von ihren Politikern kleiner machen würde.

Zwei griechische Wirtschaftswissenschaftler sind in einer jüngsten Studie noch weiter gegangen: Nicht nur Klientelwirtschaft und schwerfällige Bürokratie erklären die Reformunfähigkeit des griechischen Staats, sondern grundsätzlich die Mängel bei der Formulierung politischer Vorschläge. Experten würden von der Regierung entweder gar nicht gehört oder je nach Parteizugehörigkeit in Kommissionen berufen, deren Schlussfolgerungen dann ohnehin nicht berücksichtigt würden, stellten Vassilis Monastiriotis und Andreas Antoniadis fest, belegt am Scheitern von Pensions- und Arbeitsmarktformen.



**Wo ist das Geld?**

**bkp**

RECHTSANWÄLTE

Wir freuen uns, den Eintritt von



**Dr. Andreas Bauer**  
Rechtsanwalt

Spezialgebiete:  
Mineralöl- und Vertriebsrecht, Arbeitsrecht,  
Stiftungsrecht, Gesellschaftsrecht

und



**Mag. Barbara Helene Steindl,**  
LL.M. (Columbia), MCI Arb  
Rechtsanwältin

Spezialgebiete:  
Schiedsverfahren, Anlagenbau,  
Energie recht, Investitionsschutz

in unsere Rechtsanwaltskanzlei bekannt zu geben.

Wien, im Jänner 2010

Brauneis • Klauer • Prändl Rechtsanwälte GmbH  
A-1010 Wien • Bauernmarkt 2  
Tel.: +43 (0)1 532 12 10-0 • Fax: +43 (0)1 532 12 10-20  
E-mail: a.bauer@bkp.at • b.steindl@bkp.at

www.bkp.at

## MELANGE

### Tilo Berlin als Kammerfunktionär

Beim Hypo-Debakel hat der Investor **Tilo Berlin** schon wiederholt für Schlagzeilen gesorgt. Die Münchner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn. Mit seiner Investorengruppe soll er 170 Mio. Euro am Hypo-Verkauf verdient haben.

Wie die Grünen herausgefunden haben, ist Berlin aber auch noch immer Wirtschaftskammer-Funktionär für den ÖVP-Wirtschaftsbund. Er ist Mitglied des Fachverbands der Landes-Hypothekenbanken. Bei der kommenden Kammerwahl,

die Ende Februar startet, kandidiert ein weiterer prominenter Hypo-Mann. **Peter Harold**, Vorstand der niederösterreichischen Hypo-Investmentbank, möchte in die Fachvertretung einziehen. Gegen sein Institut wird wegen des Verdachts auf Bilanzfälschung ermittelt. **Volker Plass** von der Grünen Wirtschaft fordert nun von WKÖ-Präsident **Christoph Leitl** „klare Worte, ob er diese Leute weiter akzeptiert“. Plass möchte die Banken überhaupt aus der Kammer verbannen. (go)

## KURZ GEMELDET

### Warren Buffett jetzt für Kleinanleger leistbar

**New York** – Eine der elitärsten Aktien der Welt wird erschwinglicher für Kleinanleger: Durch einen Aktiensplit kosten die B-Anteile an der Gesellschaft von US-Investor Warren Buffett nur noch knapp 77 statt zuvor gut 3800 Dollar. Der Aktiensplit im Verhältnis 50:1 ist ein Nebeneffekt des milliardenschweren Kaufs der Fracht-eisenbahn-Gesellschaft Burlington Northern Santa Fe. (dpa)

### Auch Stundenhotels genießen Steuersenkung

**Wiesbaden** – Die zum Jahresbeginn vollzogene Mehrwertsteuersenkung gilt auch für Stundenhotels. Dies geht aus einer Antwort des hessischen Finanzministers Karlheinz Weimar auf eine Anfrage der SPD hervor: „Soweit Stundenhotels von anderen Leistungen abgrenzbare Beherbergungsleistungen erbringen, ist der ermäßigte Umsatzsteuersatz anzuwenden.“ Die SPD reagierte empört. (dpa)

### Österreicher ab 2011 im Allianz-Vorstand

**München** – Die Allianz baut den Vorstand um. Neu in das Führungsgremium der Holding soll ab Jänner 2011 der 55-jährige Manuel Bauer, ein Österreicher, kommen. Bauer leitet seit Jahresbeginn die Allianz-Aktivitäten in Zentral- und Osteuropa sowie im Mittleren Osten und in Nordafrika. Bauer übernimmt künftig die Verantwortung für alle Wachstumsmärkte in Osteuropa und Asien. (dpa)

### Welcome Air und Air Berlin fliegen nach Graz

**Graz** – Der Flughafen Graz wird im Sommerflugplan ab 28. März zwei wichtige Flugverbindungen nach Deutschland im Programm haben: Welcome Air fliegt dreimal wöchentlich nach Köln. Vor kurzem wurde die Verbindung mit Air Berlin ab 1. Mai fixiert. Air Berlin fliegt an allen Tagen außer Dienstag und Donnerstag in die deutsche Hauptstadt. (APA)

### Ikea verkauft auch in Deutschland Reihenhäuser

**Hofheim** – Ikea will gemeinsam mit Bien-Zenker sein Hauskonzept Boklok von Skandinavien und Großbritannien auf Deutschland ausdehnen. Die ersten Reihenhäuser in Holzrahmenbauweise sollen im Rhein-Main-Gebiet entstehen. Für Österreich gibt es keine derartigen Pläne. (APA)

## GANZ KURZ

**+++ Flughafen** Am Terminal Sky-link wird ab Montag weiter gebaut. **+++ Opel** Daimler-Chef Dieter Zetsche lehnt Staatshilfen für Opel ab.

### Boni-Debatte beginnt

**AUGUST 2009** Die Bank of England stockt ihr Finanzhilfspaket auf 175 Mrd. Pfund auf. Die globale Wirtschaftskrise verflacht sich. Frankreichs Präsident Sarkozy facht die Diskussion um Banker-Boni neu an. Er plädiert für gesetzliche Beschränkungen. Das österreichische Bankgeheimnis wird für Ausländer gelockert, damit Österreich von der „Grauen Liste“ der OECD gestrichen wird. Für Inländer bleibt das Bankgeheimnis aber weiter aufrecht.

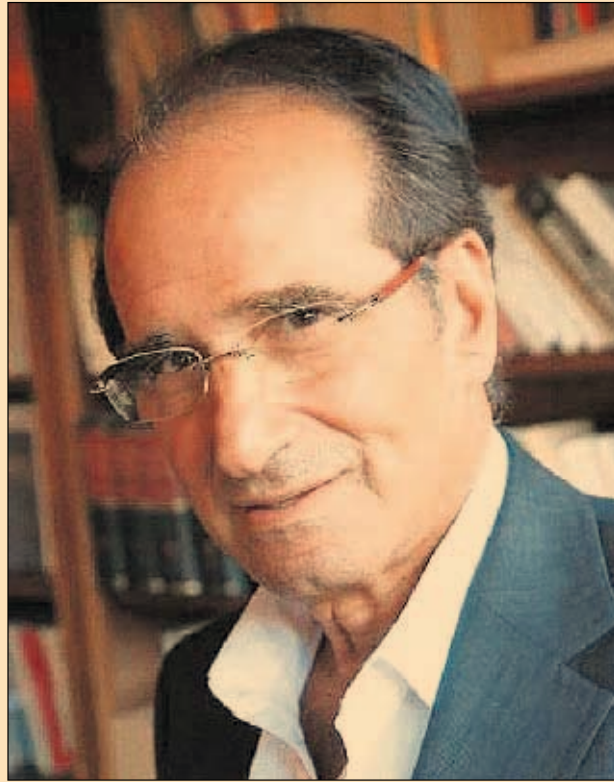


### AUA-Verkauf ist besiegelt

**SEPTEMBER 2009** Der Lufthansa-AUA-Deal wird besiegelt – die AUA ist ab sofort Teil des Lufthansa-Konzerns. ÖIAG-Chef Peter Michaelis bezeichnet den Verkauf als die „komplizierteste Transaktion“ der ÖIAG bisher. Die AUA kündigt dramatische Personal Kürzungen an. Bis Ende 2010 soll der Personalstand um rund 1000 auf 6000 Mitarbeiter sinken. Die italienische Großbank UniCredit, Mutter der Bank Austria, verzichtet offiziell auf Staatshilfe von Italien und Österreich. Zur Stärkung des Eigenkapitals soll stattdessen eine Kapitalerhöhung von bis zu vier Mrd. Euro dienen.

# „Der Finanzsektor frisst die übrige Wirtschaft“

Griechenlands Schulden sind für ihn ein Scheinproblem. Der französische Spitzenökonom **Jean-Paul Fitoussi** fordert von der EU wirkliche Maßnahmen – wie etwa die Ausgabe von Eurobonds, sagt er zu **Stefan Brändle**.



„Europa sollte seinen Vorsprung bei den neuen Technologien und der Umwelt ausnützen“, sagt Ökonom **Jean-Paul Fitoussi**.

Foto: Leif Carlsson

STANDARD: Droht nach der Finanzkrise bald eine neue Krise?

**Fitoussi:** Nicht sofort. Regierungen und Zentralbanken haben gut reagiert. Wenn das Finanzsystem nicht reguliert wird und wenn niemand die inkompetenten Rating-Agenturen kontrolliert, drohen neue Probleme. Außer Einzelfällen – die Bonus-Besteuerung in England und Frankreich – haben die G-20-Staaten wenig unternommen. Der Obama-Plan ist ehrgeiziger, stößt aber auf Widerstand. Vor der Krise hatten die US-Banken 40 Prozent aller Gewinne im Land erzielt. Jetzt nehmen ihre Profite und Boni wieder zu. Der Finanzsektor frisst die übrige Wirtschaft.

STANDARD: Die europäische Wirtschaft ist noch nicht über den Berg?

**Fitoussi:** Das Grundproblem der EU ist, dass sie sich zunehmend in nationale Interessen verstrickt. Gerade in der Krise wäre ein solidarisches Verhalten gefragt gewesen. Die EU-Kommission glänzte aber durch Abwesenheit. Jetzt ergreift sie wegen Defizitüberschreitungen Maßnahmen gegen 20 von 27 Mitgliedstaaten. Was kann man schon von einem Gesetz halten, das zwei Drittel der Bevölkerung ins Gefängnis wirft? Solches Fehlverhalten hat Folgen.

STANDARD: Sie plädieren für eine Wirtschaftsregierung in der EU?

**Fitoussi:** Sogar für eine Regierung mit Kompetenz über das wichtigste Steuerungsmittel, das Budget. Wenn die USA schneller zum Wachstum zurückfinden, dann, weil sie beschließen können, sich die notwendigen Budgetmittel zu geben. Während der Ankerbelungsplan der EU 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betrug, machte er in den USA im gleichen Zeitraum (2008–2010) 5,6 Prozent aus. Nun fordert Brüssel auch noch eine große Zahl europäischer Staaten auf, Sparpläne aufzulegen. Dabei ist der derzeit zentrale Punkt nicht das Budgetdefizit, sondern die Arbeitslosigkeit.

STANDARD: Bleibt aber der Problemfall Griechenland ...

**Fitoussi:** Ich sehe nicht ein, warum Griechenland ein Problem sein soll. Seine Haushaltschuld ist nicht höher als die deutsche.

STANDARD: Weil die Finanzmärkte die Wirtschaft Athens angreifen.

**Fitoussi:** Sie vergessen, dass sie ihre eigene Rettung den Staaten verdanken. Griechenland wiegt bloss drei Prozent der Eurozone.

STANDARD: Droht mit Portugal und Spanien nicht ein Dominoeffekt?

**Fitoussi:** Die EU hat insgesamt ein größeres Budgetdefizit und eine niedrigere öffentliche Schuld als die USA. In dieser Hinsicht sehe ich kein Problem.

STANDARD: Wo liegt es dann?

**Fitoussi:** Griechenland ist ein Symptom für das Nichtfunktionieren der EU. Sie hat sich im Lisabon-Vertrag selbst die Hände gebunden. Die „No-Bail-out“-Klausel sagt, dass ein Euroland nicht für Verbindlichkeiten und Schulden der anderen Länder geradestehen muss. Warum hat man diese Doktrin nicht auf die Banken angewendet? Da wurde auch „bail-out“ betrieben – und zwar mit einer Branche, die einzig für den eigenen Profit und zum Nachteil der Öffentlichkeit gehandelt hatte. Von den Griechen verlangt man, dass sie den Gürtel enger schnallen und sozial leiden sollen.

STANDARD: Was also wäre zu tun?

**Fitoussi:** Wachstumsankurbelung ist nötig, aber nicht genügend. Ich schlage seit Jahren vor, dass die EU Eurobonds herausgeben sollte. Damit könnte man solchen Situationen begegnen – und nicht nur in Griechenland. Zuvor hatte die EU die Osteuropa-Mitglieder fallen lassen. Brüssel schickte sie zum Internationalen Währungsfonds.

STANDARD: Eine europäische Budgetpolitik ist derzeit utopisch. Worauf könnte eine „Exit Strategy“ hinarbeiten?

**Fitoussi:** Ein Vorschlag wäre die Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Umwelt, Energie und Forschung – nach dem Modell der Montanunion für Kohle und Stahl 1951. Diesbezüglich haben wir große Trümpfe. Europa sollte seinen Vorsprung bei den neuen Technologien und der Umwelt ausnützen, indem es eine solche Gemeinschaft bildet.

**ZUR PERSON:**

**Jean-Paul Fitoussi (67) ist der bekannteste Ökonom Frankreichs. Der in Indonesien geborene Leiter des Konjunkturinstituts Observatoire Français des Conjonctures Economiques (OFCE) warnt seit Jahren vor der Zunahme von Spekulationsblasen.**



Schuldnererleichterung im Javits Center am Hudson River. Gebeutelte Häuselbauer bekommen professionelle Beratung.

Foto: Herrmann

## Bruce Marks macht Dampf

Schuldner in den USA: Beratung als Massenveranstaltung

Frank Herrmann

**New York** – Hinterher ist man immer klüger, aber damals, in den Fieberzeiten der Konjunktur, hatte Greg Frusci einfach nur Angst, den Zug zu verpassen. „Alle meine Freunde kauften ein Häuschen. Also bin auch ich aufgesprungen.“

2005 war das, New York florierete, der amerikanische Immobilienmarkt boomte, die Preise kletterten und kletterten. Bevor es noch teurer wird, dachte Greg Frusci, musst du es unter Dach und Fach bringen. Sein Job bei der Feuerwehr war und ist krisensicher, stolz trägt er die wattierte Dienstjacke mit dem gezackten Emblem, das ihm seinen Platz zuweist: Bataillon 44, Maschine 231, Leiter 120.

Manhattan mit seinen sündteuren Appartements kam sowieso nicht infrage. Aussichtslos. Vier Zimmer auf Staten Island, dem fünften – oft ein wenig belächelten Bezirk der Megacity – die glaubte er sich gerade noch leisten zu können. Er borgte sich 375.000 Dollar, die komplette Kaufsumme. Es war kinderleicht, die Bank stellte kaum Fragen. Dummerweise war es eine Bruchbude, die er da in aller Eile erwarb. Wasserrohre, Elektrik, Fußbodenbelag, alles musste ausgetauscht werden. 800.000 Dollar Kredit nahm er für die Renovierung auf, teilweise zu Wucherzinsen. Der Stress führte zur Scheidung von seiner Frau, heute muss er die Schulden allein abstopfen. Monatlich sind 3120 Dollar fällig, beim New York City Fire Department verdient er viertausend. All seine Hoffnungen ruhen daher auf Bruce Marks.

Es ist nicht ganz leicht, Bruce Marks auf den Fersen zu bleiben. Wie ein Wirbelwind flitzt er durch die gewaltige Halle. Als er endlich stillsteht, klingelt sein Handy.

„Sekunde, bin gleich wieder da.“ Im Javits Center, einem gläsernen Konferenzzentrum am Hudson River, hat Marks für fünf Tage den gesamten Keller gemietet. Hunderte Tische sind aufgebaut, alle besetzt. Auf der einen Seite sitzen Bankberater, auf der anderen verzweifelte Kunden, um die sich die Banken erst nicht kümmern wollten. Bis Marks kam und ihnen Dampf machte. „Wir besuchen die Direktoren auch gern mal am Wochenende. Sie sollen merken, dass sie eine persönliche Verantwortung haben, wie es üblich ist beim American Way.“

**Den Traum retten**

Bruce Marks war bei der amerikanischen Notenbank, heute leitet er die Neighborhood Assistance Corporation of America (Naca), einen gemeinnützigen Verein, der sich auf Hilfe zur Häuser-Finanzierung spezialisiert.

„Save the Dream Tour“ heißt die Serie von Massenspektakeln, die er an den Brennpunkten des Immobiliencrashs organisiert. Ob in Las Vegas, Los Angeles oder Atlanta: Überall kamen 50.000 bis 60.000 gebeutelte Häuselbauer, die sich verkalkuliert haben. Allein 2009 verloren rund vier Millionen ihr Heim; die 2006 geplatze Spekulationsblase zieht ihre Kreise.

„Alle leiden darunter“, weiß Marks. Trotz rekordniedriger Zinsen, die sie weitergeben könnten, blieben die Gläubiger oft merkwürdig stur. Damit riskierten sie die nächste Zwangsvollstreckungswelle, „wie ein Schiffskapitän, der den Eisberg sieht und ihn dennoch ansteuert“.

In diesen Fällen handelt NACA Nachlässe aus – man hat Verträge geschlossen, mit Wells Fargo, Citi, Chase, GMAC, der Bank of America. Nach Angaben der Organisation verlassen vier Fünftel des Publikums die Veranstaltungen mit einem Papier, das ihnen niedrigere Zinsen garantiert.



Johann Baptist Lampi: Detail aus „Portrait des Fürsten Johann I. von Liechtenstein“, 1816. © Sammlungen des Fürsten von und zu Liechtenstein, Vaduz – Wien, LIECHTENSTEIN MUSEUM, Wien. www.liechtensteinmuseum.at

## Auszeichnung für LGT Private Banking

Das internationale Finanzmagazin «Euromoney» kürt jedes Jahr die besten Privatbank-Dienstleistungen. In diesem Jahr wurde die LGT Bank Österreich zum wiederholten Mal mit dem zweiten Platz in der Kategorie «Best Private Banking Services Overall» ausgezeichnet. Damit bestätigt sie einmal mehr ihre Position als eine der besten eigentümergeführten Banken Österreichs.

Wir freuen uns, Ihnen in einem persönlichen Gespräch unsere preisgekrönten Dienstleistungen vorstellen zu dürfen.

**LGT Bank (Österreich) AG**, Kantgasse 1, 1010 Wien  
Telefon 01 227 59-0, lgt.austria@lgt.com



www.lgt.com  
Wien und 28 weitere Standorte weltweit.



Wealth Management

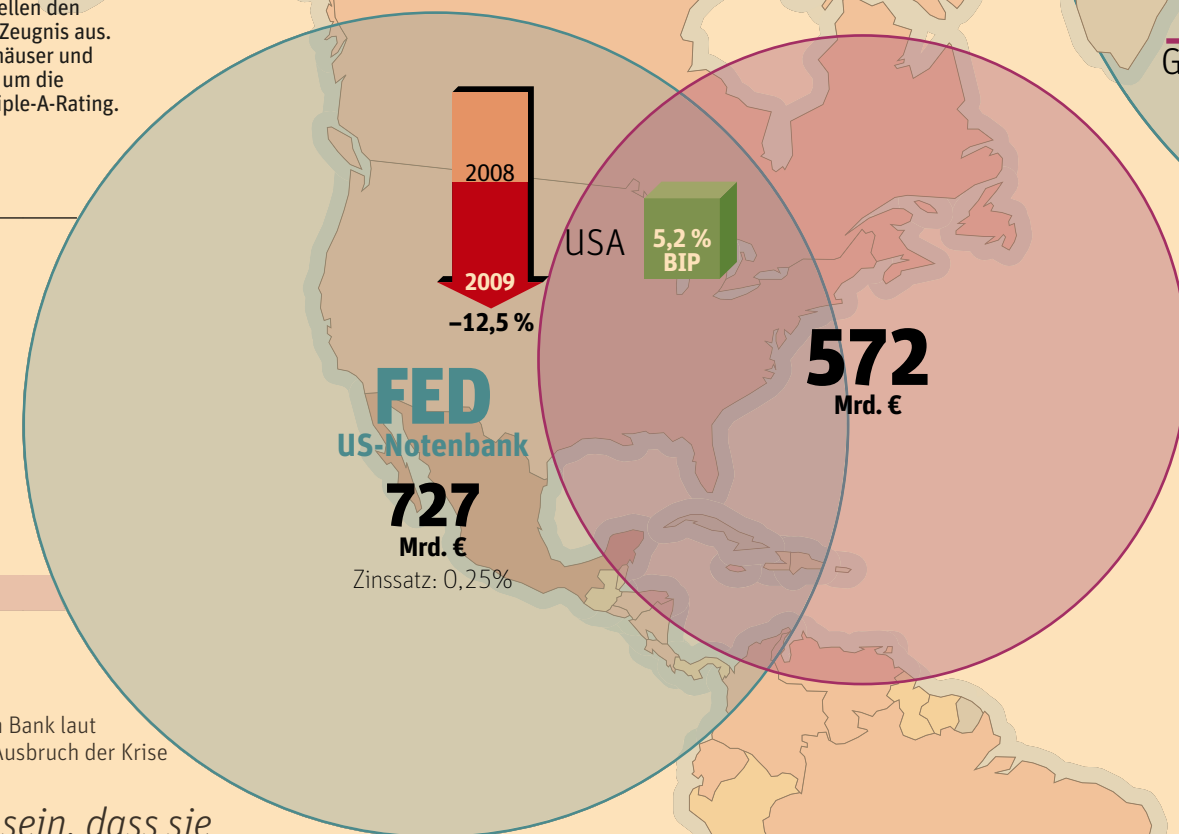
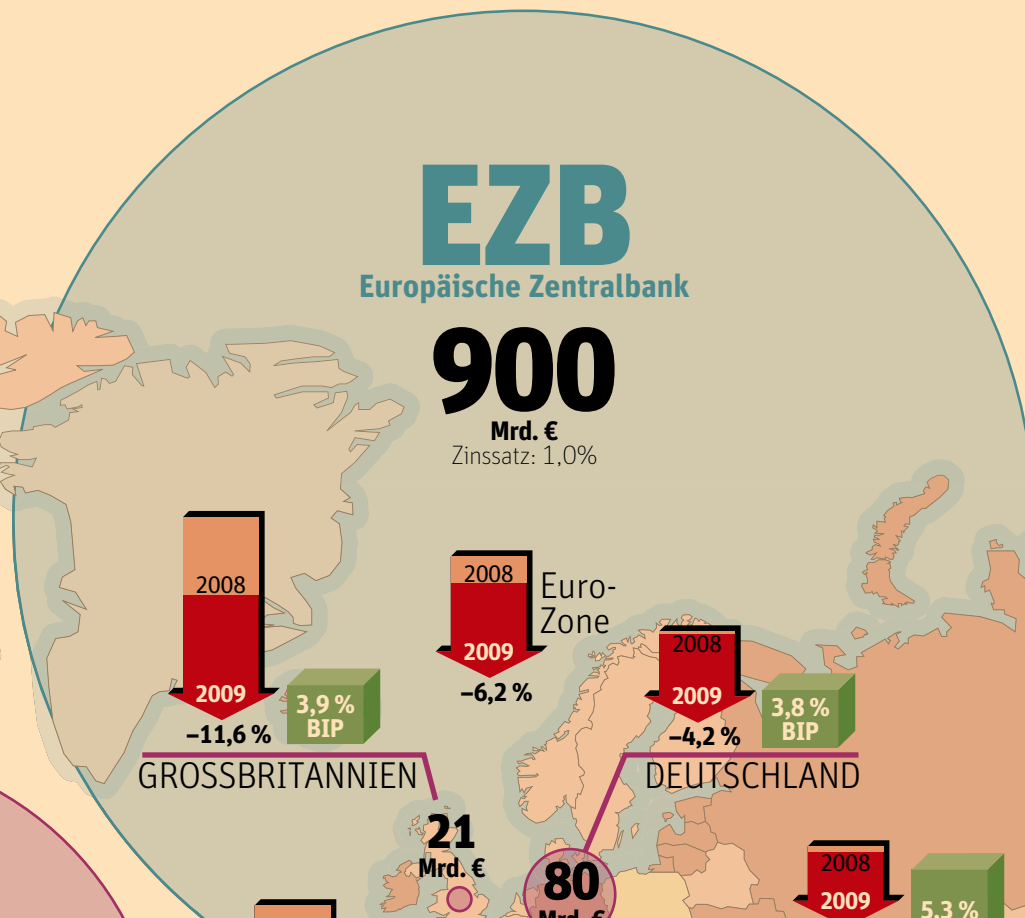
# Der Kreislauf des Geldes in der Krise

## URSPRUNG & VERLAUF

- Einfache Kredite**  
Mit dem Platzen der Internet-Blase und den Terrorangriffen von 9/11 senkt die US-Notenbank Fed die Zinsen.
- Häuser-Boom**  
Die Vergabe von Hypothekenkrediten an private Haushalte in den USA wird erleichtert.
- Subprime-Geschäft**  
Die einfache Kreditvergabe bringt es mit sich, dass mehr und mehr auch Kredite an Schuldner niedriger Bonität („Subprime“) vergeben werden.
- Auslagerung & Neuportionierung**  
Um das Risiko zu streuen und die Kredite handelbar zu machen, lagern die Banken ihre Schulden in Zweckgesellschaften („Special Purpose Vehicles“) aus. In diesen Gesellschaften werden die Kredite aufgesplittet und neu gebündelt. Es entstehen handelbare Wertpapiere (Asset backed securities).
- Internationalisierung**  
Da die giftigen Wertpapiere international gehandelt wurden, schwappte die US-amerikanische Immobilienkrise auf den Rest der Welt über.
- Giftige Papiere**  
Mehr und mehr Marktteilnehmer sind betroffen. Banken stoppen ihre Kreditvergabe an Hausbauer. Nun zeigt sich die Gefährlichkeit der scheinbar sicheren Wertpapiere: Die Bewertung der einzelnen Kreditnehmer wurde durch die Bündelung unmöglich.
- Subprime-Krise**  
Die auf Subprime-Papiere spezialisierten Institute, vor allem Hypothekenfinanzierer aber auch Hedgefonds, kommen ins Trudeln.
- Überangebot**  
Der Immobilienmarkt ist gesättigt und kühlt ab. Es kommt zu den ersten Zwangsversteigerungen bei Hausbesitzern.
- Bonität & Marktaufnahme**  
Ratingagenturen stellen den Papieren ein gutes Zeugnis aus. Fonds, Investmenthäuser und Banken reißen sich um die Wertpapiere mit Triple-A-Rating.



Als im September 2008 die Investmentbank Lehman-Brothers pleite geht, schrecken Notenbanken und Regierungen auf: Weltweit begann eine gigantische Operation zur Rettung des Finanzsektors. Billionen werden ins Systems gepumpt. Heute wissen wir: Die Rettung ist geglückt, die Kosten trugen die Steuerzahler.



## ZITIERT

„25 Prozent.“  
So das jährliche Renditeziel der Deutschen Bank laut Vorstandsvorsitzendem Josef Ackermann vor Ausbruch der Krise

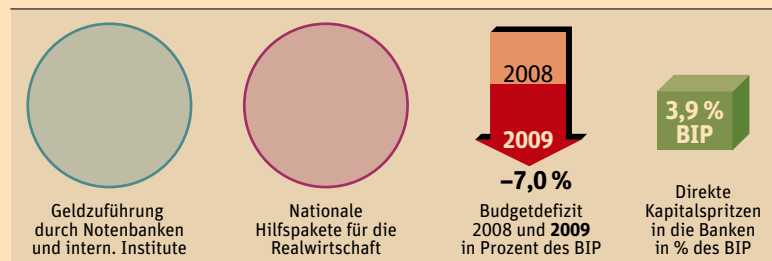
Keine Bank darf mehr so groß sein, dass sie Regierungen erpressen kann.  
Deutsche Bundeskanzlerin Angelika Merkel

Wir haben hier eine große Sauerei, die wir aufräumen müssen.

US-Präsident Barack Obama zu Bonuszahlungen an Manager des Versicherungskonzerns AIG, dem mit Staatsgeld geholfen werden musste.

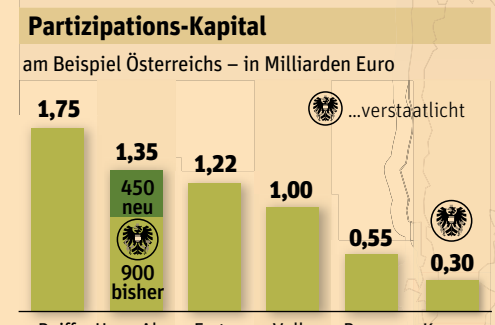
Banken verrichten Gottes Werk.

Goldman-Sachs-Chef Lloyd Blankfein



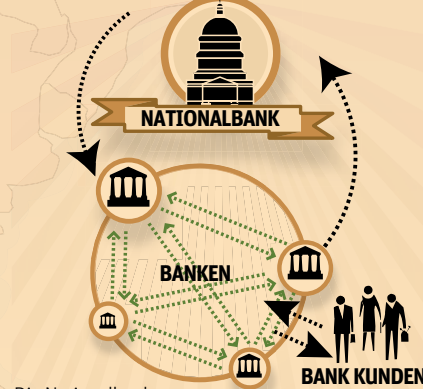
## Wohin das Geld geflossen ist

### In die Eigenkapitaldecke der Banken



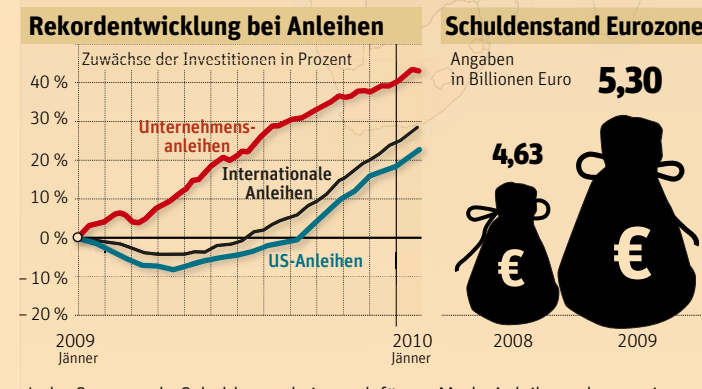
Österreich hat ein Bankenpaket in Höhe von 100 Mrd. Euro aufgelegt. Ein Großteil sind Haftungen. Bisher wurden 5,7 Mrd. Euro zur Kapitalstärkung ausgegeben. Für dieses Partizipationskapital sind bei Gewinn der Institute eine Dividende von 9,3 % zu zahlen. Die EU-Kommission bemängelte, dass höhere Zinsen möglich gewesen wären. Keine Dividende zahlen Volksbanken und notverstaatlichte Institute.

### In den Bankenkreislauf



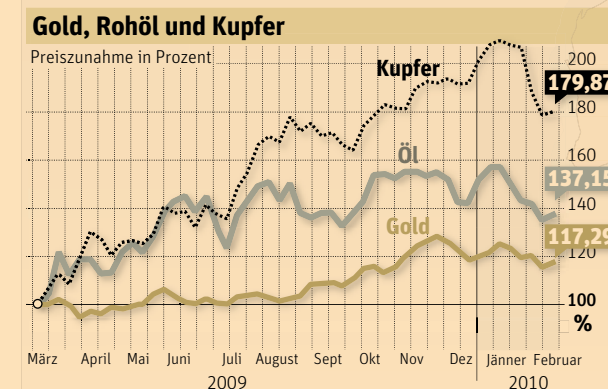
Die Nationalbanken pumpen Rekordmengen an Geld in die Banken. Geld gedruckt wurde nicht: Die Mittel sind nur als elektronische Gutschriften vorhanden. Damit wurde der Geldhandel zwischen den Banken wiederbelebt. Ein Teil des Geldes steckt also im täglichen internen Handel der Banken. Das Geld muss am Ende der Hilfsprogramme an die Nationalbank retour.

### In das gute Geschäft mit den Schulden



Jeder Staat macht Schulden und nimmt dafür am Markt Anleihen, also verzinst Wertpapiere, auf. In der Krise steigen durch Bankenhilfspakete und Wirtschaftsförderung die Staatsschulden. Allein in der Eurozone stiegen die Schulden seit der Lehman-Pleite im September 2008 von ca. 4,63 auf rund 5,3 Billionen Euro Ende 2009. Mehr Schulden heißt also mehr Anleihen, die Zinsen bringen und sich gut weiterverkaufen lassen. Banken und Fonds sind die größten Käufer von Anleihen. Auch die Unternehmensanleihen (die in den Volumen kleiner sind) stiegen kräftig.

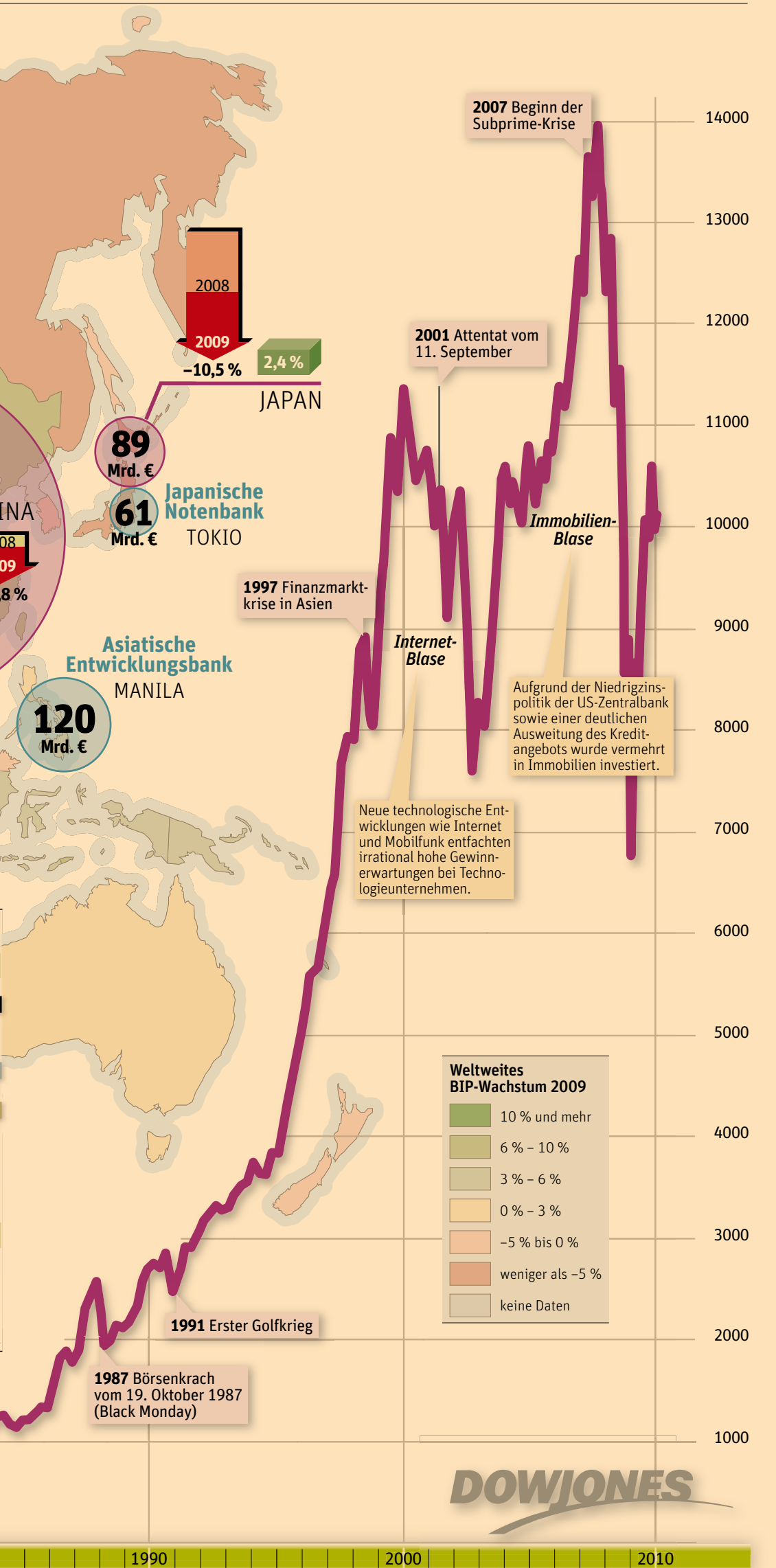
### In die Rohstoffmärkte



Gold, Rohöl und Kupfer  
Preiszunahme in Prozent

## STAATEN AUF DER KIPPE

- Bosnien** Von 2000 bis 2007 legte die Wirtschaft um bis zu sieben Prozent pro Jahr zu, dann kam die Krise. Um einen Kollaps zu verhindern, musste auch Bosnien zum IWF und erhielt einen Notkredit von 1,2 Milliarden Euro.
- Island** Bankensystem bricht 2008 zusammen, Staat muss zwei Großbanken übernehmen. Land bekommt Notkredit. Am 6. März 2010 wird über die Rückzahlung von 3,8 Mrd. Euro ausländischen Bankvermögens abgestimmt.
- Serbien** Wegen hoher Verschuldung und großen Außenhandelsdefizits muss Belgrad um Hilfe beim IWF ansuchen, Serbien erhält drei Milliarden Euro.
- Dubai** Übersättigung am Immobiliensektor führt zu rasantem Preisverfall, Investoren flüchten. Im Herbst 2009 muss Dubai seine Gläubiger um Zahlungsaufschub bitten. Abu Dhabi muss mit 6,87 Mrd. Euro einspringen.
- Lettland** Abhängig vom massiven ausländischen Kapitaleinfluss. Als die Ströme 2008 versiegen, droht der Kollaps. Nordische Staaten, IWF und EU gewähren Kredite. Seither wird eisern gespart (z. B.: Gesundheitsausgaben um 30 % gekürzt).
- Ukraine** Das BIP bricht 2009 um fast 15 Prozent ein. Nur IWF-Zahlungen von rund 13 Milliarden Euro vermeiden weitläufige Zahlungsausfälle der Ukraine.
- Griechenland** verschleierte wiederholt die Höhe seiner Verschuldung – auch 2009. Ratingagenturen stuften Bonität herunter, Sorge um Pleite des Landes belastet Euro. EU-Staaten erwägen Rettungseinsatz.
- Rumänien** muss einen Notkredit des IWF und der EU über 18 Milliarden Euro nehmen. Wegen politischer Turbulenzen wurde Unterstützung zwischenzeitlich auf Eis gelegt, neue Regierung will rigide sparen.
- Ungarn** Wegen hoher Schulden bekommt Ungarn Ende 2008 kein Geld mehr am Kapitalmarkt. Budapest erhält 20 Milliarden Notkredit (IWF, EU). Nach harten Einsparungen finanziert sich Ungarn derzeit selbst.



## DOW JONES

Börsenkrach von 1903 („Rich Man's Panic“)

Börsenkrach von 1907 („Banker's Panic“)

Börsenkrach von 1929  
Beginn der Weltwirtschaftskrise

1971 Abschaffung der Goldkonvertibilität des Dollars

1973 Erster Ölpreisschock

1979 Zweiter Ölpreisschock

1987 Börsenkrach vom 19. Oktober 1987 (Black Monday)

1991 Erster Golfkrieg

DOW JONES

### Bank Austria bekommt zwei Milliarden Kapital

**Mailand** – Die italienische Konzernmutter UniCredit stockt im März das Kapital bei der österreichischen Tochter Bank Austria auf. Aus der Anfang Februar abgeschlossenen Aktienemission der UniCredit im Volumen von vier Mrd. Euro fließen zwei Mrd. Euro nach Wien zur Bank Austria.

Am Donnerstag, dem 4. März, findet zum Thema Kapitalerhöhung eine außerordentliche Hauptversammlung bei der Bank Austria in Wien statt, wie der Website der Bank Austria zu entnehmen ist.

Die HV wird nicht viel Zeit beanspruchen, es gibt nur einen einzigen Tagesordnungspunkt, und neben UniCredit als Aktionärin sind nur noch der Betriebsratsfonds und die AVZ Stiftung mit ihren kleinen Aktienpaketen an Bord.

Beschlossen wird am 4. März die Erhöhung des Grundkapitals um 212.262.771,60 Euro auf Nominale 1.681.033.521,40 Euro – durch die Ausgabe von 29.197.080 Inhaberkapitalaktien. Zum Ausgabepreis von 68,50 Euro je Stückaktie errechnet sich eine Summe von zwei Mrd. Euro für die Bank Austria. Auf im Vorjahr monatelang verhandelte Staatshilfe hatte UniCredit in Italien und Österreich verzichtet. Vereinbart wurde ebendiese Kapitalerhöhung. (APA)

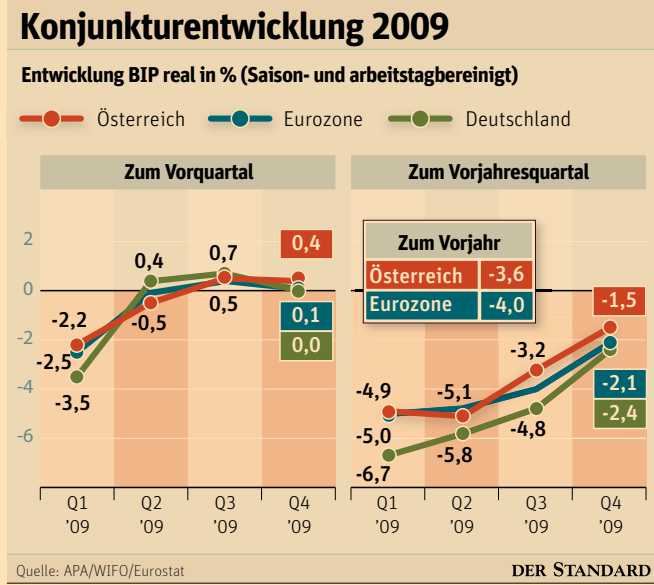
# Wenig Fahrt für Europas Wirtschaft

Die Wirtschaft in Europa kommt nicht so richtig in Schwung. Experten warnen daher davor, Programme zur Konjunkturbelebung zu schnell auslaufen zu lassen.

**Wien** – Trotz zum Teil riesiger Konjunkturpakete erholt sich Europa nur sehr langsam von der Wirtschaftskrise. Vom dritten auf das vierte Quartal 2009 sind die 16 Länder der Eurozone nur um 0,1 Prozent gewachsen, hat das EU-Statistikamt Eurostat in einer Schnellschätzung ermittelt. In den drei Monaten davor betrug das Wachstum immerhin noch 0,4 Prozent. Bleibt es bei diesen Zahlen, ist die Wirtschaft im Gesamtjahr 2009 in der Eurozone um 4,0 Prozent geschrumpft.

Analysten zeigten sich von den neuen Daten eher negativ überrascht: „Es ist enttäuschend. Nur ein paar Länder, vor allem Frankreich, haben die Erwartungen erfüllt“, sagte der Ökonom Jürgen Michels von der Citigroup.

Tatsächlich war Frankreich, die zweitgrößte Volkswirtschaft in der Eurozone, mit einem Wachstum



von 0,6 Prozent im letzten Quartal ein Ausreißer nach oben. Am stärksten kam der Wachstumsmotor in Deutschland ins Stottern. Die deutsche Wirtschaft ist im vierten Quartal 2009 überhaupt nicht mehr gewachsen, nachdem sie im Vierteljahr davor noch um 0,7 Prozent zulegen konnte.

#### Fragile Erholung

Österreich schnitt zwar besser ab als der Nachbar, die heimische Wirtschaft verlor aber auch an Fahrt. Nach einem Wachstum von 0,5 Prozent im dritten Quartal wuchs das Bruttoinlandsprodukt im letzten Vierteljahr um 0,4 Prozent. „Damit verstärkt sich die

Wachstumsdynamik vorerst nicht weiter“, heißt es beim Wirtschaftsforschungsinstitut. Über das gesamte Jahr 2009

schrumpfte die österreichische Wirtschaft nach vorläufigen Berechnungen um 3,6 Prozent.

Den Vergleich mit Amerika können die europäischen Länder damit jedenfalls nicht aufnehmen. Die US-Wirtschaft legte im vierten Quartal 2009 nämlich bereits wieder um 5,7 Prozent zu. Nach europäischen Berechnungsmethoden entspricht das einem Wachstum von 1,4 Prozent.

Analysten warnen in Europa nun daher davor, staatliche Hilfsprogramme rasch zu beenden: „Wegen der Fragilität der Erholung müssen sowohl die Regierungen als auch die Europäische Zentralbank (EZB) behutsam vorgehen und dürfen die Konjunkturprogramme nicht zu schnell und zu aggressiv zurückfahren“, sagt Howard Archer, Chefökono-

nom vom Institut IHS Global Insight. Er geht auch davon aus, dass die EZB den Leitzins bis weit in das Jahr 2010 oder sogar bis Anfang 2011 bei 1,0 Prozent belassen wird.

Die niedrigen Wachstumsraten in Europa wurden von Analysten auch auf die hohen Arbeitslosenzahlen zurückgeführt. Diese führen zu niedrigeren Konsumausgaben, erklärte Nick Kounis von der Finanzgruppe Fortis. Ausgeglichen werde dieser Trend durch höhere Exporte und Beschaffungen durch die öffentliche Hand.

Auch in Österreich wurde die Exportwirtschaft belebt (plus 1,5 Prozent). Gegen den internationalen Trend legte aber auch der Inlandsverbrauch, wenn auch nur um 0,3 Prozent, zu. (APA, Reuters, go)

## Notenbank sucht Notausgang

Wirtschafts- und Geldpolitiker wollen Notmaßnahmen zurückfahren

Lukas Sustala

**Wien** – Seit mehr als einem Jahr ist die globale Finanzwirtschaft auf Droge. Infusionen mit billigem Geld im Ausmaß von 2,5 Billionen Euro (entspricht der jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands) und Konjunkturpakete haben die Weltwirtschaft vor dem Schlimmsten bewahrt. Doch die Wirtschaftspolitik versucht jetzt, die Patienten von den rettenden Medikamenten zu entwöhnen. So sollen nach und nach die Geldinfusionen in das Bankensystem zurückgefahren werden und die Staatsdefizite über Steuererhöhungen und/oder Ausgabenkürzungen zurückgeführt werden.

Am Mittwoch skizzierte US-Notenbankchef Ben Bernanke seine Vorstellung von einer gelungenen geldpolitischen Exit-Strategie. Bernanke betonte zwar, dass die US-Wirtschaft die geldpolitischen Maßnahmen noch benötigen würde, aber die Notenbank (Fed) arbeite daran, „Werkzeuge zu haben, um zum passenden Zeitpunkt das sehr hohe Ausmaß an geldpolitischem Stimulus zurückzufahren“.

Drei zentrale Bereiche können dabei identifiziert werden: Instrumente, die zum normalen Repertoire der Notenbank zählen. Dabei operiert eine Notenbank am Geldmarkt und kann

dem Bankensystem ohne Verwerfung Geld entziehen oder zufließen lassen.

Darüber hinaus haben die Notenbanken in England, Japan und den USA auch „Quantitative Easing“ betrieben. Diese quantitative Lockerung senkte die langfristigen Zinsen für Staaten und private Kreditnehmer, indem langfristige Staatsanleihen gekauft wurden. Die Programme werden bei den meisten Zentralbanken im März auslaufen und laut Experten ohne Marktverwerfungen zurückzuführen sein, handelt es sich doch um liquide Wertpapiere. Doch bei den Direktkäufen von Hypotheken und verbrieften Krediten könnten die Notenbanken als wichtiger Marktteilnehmer die Preise belasten. Drei Fragen zur Exit-Strategie bleiben daher ungeklärt:

■ **Wann?** Das Timing macht eine gute Exit-Strategie aus. Lieber spät als früh, lautet dabei die derzeit ausgegebene Devise. So betont Dominique Strauss-Kahn, Chef des Internationalen Währungsfonds, dass es teurer wäre, zu früh als zu spät aus den Rettungsprogrammen auszustiegen. Denn das könnte die Wirtschaft wieder in eine tiefe Rezession

stürzen. Wartet sie hingegen zu lange zu, könnte das viele Geld in der Finanzwirtschaft inflationäre Tendenzen entfesseln und die Preisstabilität gefährden.

■ **Wo?** Die Notenbanken haben Regierungen, Unternehmen und Geldinstituten unter die Arme gegriffen. Ein Ende der Hilfsmaßnahmen heißt auch, in Kauf zu nehmen, dass sich etwa Unternehmen nur teurer am Kapitalmarkt refinanzieren können und dass insgesamt das Zinsniveau ansteigt.

■ **Wie?** Zwei Hebel werden angesetzt: höhere Zinsen von der Geldpolitik und weniger Subventionen oder mehr Steuern auf der finanzpolitischen Seite. Zwar werden Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen deutlich heftiger diskutiert, doch höhere Zinsen, insbesondere für längerfristige Kredite, werden von vielen Ökonomen als größte Gefahr für den jetzigen Aufschwung gesehen. Morgan-Stanley-Ökonom David Greenlaw sieht den Aufschwung von deutlich höheren Zinsen gefährdet. Unternehmen würden dann weniger investieren. Kein Wunder, dass die Notenbanken konkrete Exit-Strategien schuldig bleiben.



MEHR AUS HOLZ.



**5,75% EGGER ANLEIHE 2010-2017**

**NACHHALTIG INVESTIEREN**

**ZEICHNUNGSFRIST: 12. – 16. FEBRUAR 2010 (VORZEITIGE SCHLIESSUNG VORBEHALTEN)**

#### DAS ANGEBOT

<b>Emittentin:</b>	EGGER HOLZWERKSTOFFE GMBH	<b>Börseneinführung:</b>	Zulassung zum Geregeltten Freiverkehr an der Wiener Börse
<b>Nominale:</b>	EUR 120.000.000,-	<b>Zeichnungsfrist:</b>	12.02. bis 16.02.2010 (vorzeitige Schließung vorbehalten)
<b>Stückelung:</b>	Nominale EUR 500,-	<b>Valuta:</b>	18.02.2010
<b>Zinssatz:</b>	5,75% p.a., zahlbar jährlich	<b>Zahlstelle:</b>	Erste Group Bank AG
<b>Laufzeit:</b>	7 Jahre, endfällig	<b>ISIN:</b>	AT0000A0G215
<b>Emissionskurs:</b>	100,805%		
<b>Tilgung:</b>	Am Laufzeitende zu 100%		

Zur Zeichnung laden ein BAWAG P.S.K. AG, Erste Bank Group AG, Oberbank AG, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG sowie alle anderen österreichischen Kreditinstitute. Fragen Sie Ihren Wertpapierberater.

Diese Information dient Werbezwecken. Das Angebot von Wertpapieren der EGGER Holzwerkstoffe GmbH erfolgt ausschließlich durch und auf Grundlage des von der Finanzmarktaufsicht gebilligten und von der Emittentin veröffentlichten Kapitalmarktprospekts, den Sie kostenlos bei der Emittentin EGGER Holzwerkstoffe GmbH, Weiberm Dorf 20, 6380 St. Johann in Tirol, sowie am Sitz der Lead Manager BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, Georg-Coch-Platz 2, 1018 Wien, und Erste Group Bank AG, Graben 21, 1010 Wien, während der üblichen Geschäftsstunden erhalten. Im Zusammenhang mit dem Angebot von Wertpapieren sind ausschließlich die Angaben im Prospekt maßgeblich und verbindlich. Risikohinweis: Bitte beachten Sie, dass eine Veranlagung in Wertpapieren neben den geschilderten Chancen auch Risiken birgt. Die Kapitalrückzahlung zu 100% gilt nur zum Laufzeitende. Während der Laufzeit sind Kurschwankungen möglich, daher kann ein vorzeitiger Verkauf zu Kursverlusten führen. Im Insolvenz- und/oder Liquidationsfall können auf Zinsen und/oder Kapital zahlbare Beträge geringer sein; auch ein Totalverlust des eingesetzten Kapitals ist in diesen Fällen nicht auszuschließen.

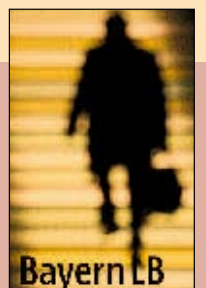
EGGER Holzwerkstoffe GmbH • Weiberm Dorf 20 • 6380 St. Johann in Tirol • Österreich  
T +43 50 600-0 • F +43 50 600-10111 • info-sjo@egger.com

www.egger.at

### Wirtschaft wächst wieder

**OKTOBER 2009** Nach der schwersten Rezession der Nachkriegsgeschichte kehrt die Wirtschaft überraschend schnell wieder auf Wachstumskurs zurück. Der IWF korrigiert seine Prognosen für 2010 auf 3,1 Prozent nach oben, angetrieben von Schwellenländern wie China und Indien. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland übernimmt der Staat eine Bank komplett. Der Bund drängt ein Jahr nach der Notrettung die letzten verbliebenen Aktionäre aus der angeschlagenen Immobilienbank Hypo Real Estate.

Bei der Kärntner Hypo Group Alpe Adria (HGAA) und ihrer Mutter BayernLB finden Hausdurchsuchungen statt. Die BayernLB soll für den Kauf der Kärntner Tochter vor zwei Jahren rund 400 Mio. Euro zu viel gezahlt haben. In Naples (Florida) geht die 100. US-Bank im Jahr 2009 pleite. Bis zum Jahresende werden von den US-Aufsichtsbehörden 140 Banken geschlossen. Es handelt sich um die größte Zahl an Bankpleiten seit 1992.



## Quelle Versand will keine Zocker als Retter

Keine Einigung über Verkauf Österreich-Geschäft zerfällt

Wien – Dreimal hat Ernst Hackl die Ultimaten für eine Rettung der in die Insolvenz geschlitterten Quelle verschoben. Der Masseverwalter wollte keinen Strohhalm ungenutzt lassen. Innerhalb der Belegschaft des Versandhauses in Österreich war man sich freilich bereits zu Weihnachten weitgehend darüber einig, dass die Zeit für einen Neustart abgelaufen ist. Auch wenn Linzer Politiker auf runden Tischen trommelten, sie seien voller Zuversicht ob einer Lösung.

Am Freitag rückte das Ende erneut mit Riesenschritten näher. Es gebe keine Einigung mit den Interessenten über einen Verkauf, vermeldeten die Insolvenzverwalter nach der Prüfungstagsatzung. Bis Ende Februar könnten zwar noch mögliche Verträge fixiert werden, auf ein Zocken um den Kaufpreis lasse man sich aber nicht ein.

Martin Lenz hatte angekündigt, 500 Arbeitsplätze sichern zu wollen. Hinter ihm steht ein Schweizer Fonds mit Geldgebern aus den USA. Sie prüften die Businesspläne und sollen zurückgezuckt sein. Die Anlaufkosten von bis zu zehn Mio. Euro im ersten Jahr seien zu hoch, wie das Risiko insgesamt.

Interessent Nummer zwei, Mike Lielacher, gibt die Investoren, die hinter ihm stehen sollen, nach wie vor nicht preis. Ihm gehe es jedoch ohnehin nicht ums operative Geschäft und die Mitarbeiter, ist zu hören, sondern allein um die einzelnen Vermögensgegenstände.

Im Hintergrund verhandelt haben soll auch Wolfgang Binder, bis zur Pleite Chef des Konzerns. Gefruchtet hat es nicht. Es scheitert auch hier an der Finanzierung.

### Schrittweise Auflösung

Von den zuvor 1100 Mitarbeitern dürften mittlerweile 150 neue Jobs gefunden haben, schätzt der Betriebsrat. Rund 160 kommen in der Auffanggesellschaft der Masseverwalter unter. Insgesamt dürften bis zu 600 Leute in die Stiftung eintreten. 130 sollen in den kommenden Monaten vor allem offene Kundenforderungen eintreiben.

Offen ist, ob Quelle einen Käufer für die ausstehenden Rechnungen im Wert von bis zu 80 Millionen Euro findet. Um sie einzutreiben, braucht es mindestens fünf Jahre. An den Adressen hat unter anderem Otto Versand Interesse.

Die Ware ist abverkauft, Restbestände nehmen Großhändler zum Kilopreis ab. Die Callcenter sind verstummt, die Homepage ist offline. Die Quelle-Shops sperren weitgehend zu, da und dort hoffen Händler noch auf Partner. Otto erteilte eine Absage. Die Masseverwalter rechnen für Gläubiger mit einer Quote von 40 Prozent. (vk)



„Big Money“, © Justine Smith

# Nach der Blase ist vor der Blase

Noch ist die Finanzkrise nicht überwunden, schon sehen manche bereits die nächsten Blasen aufgehen.

Insbesondere für die Emerging Markets, allen voran China, aber auch für Rohstoffe wie Gold wird Alarm gegeben.

Günther Strobl

Wien – Es sind nicht die schönen, in tausend Farben schillernden Gebilde aus Seifenlauge, die immer mehr Wissenschaftlern ins Auge stechen; es sind die hässlichen, neuerlich durch Spekulation aufziehenden Blasen, die manchen Ökonomen Kopfzerbrechen bereiten.

Anlass zur Sorge gibt die Masse an billigem Geld, das von den Notenbanken zur Bekämpfung der

Wirtschaftskrise in Umlauf gebracht wurde. Auf der Suche nach möglichst hohen Erträgen haben Milliarden und Abermilliarden von Dollar, Euro und Yen den Weg in Rohstoffe und Aktien, insbesondere aber in die schnell wachsenden Wirtschaften Asiens oder Lateinamerikas genommen.

Obwohl Leute wie beispielsweise der Ex-Chef der US-Notenbank Fed, Alan Greenspan, sagen, Spekulationsblasen ließen sich erst im Nachhinein als solche identifizieren, zweifeln dies viele an.

Jeremy Grantham, Mitbegründer und Chef des in Boston beheimateten Finanzanlageunternehmens GMO (Grantham Mayo Van Otterloo), etwa meint, dass eine Blasenbildung sehr wohl schon im Moment ihres Aufgehens festgestellt werden kann. So sei etwa das Hinausschießen der Preise und Bewertungen über einen früheren Trend so ein Zeichen.

Worum geht es überhaupt bei einer Blase? Damit bezeichnet

man einen überkauften Markt, der sich von der realen Wirtschaftsentwicklung total abgekoppelt hat. Angestachelt von der Aussicht auf schnellen und mühe-losen Reichtum springen immer mehr Anleger auf den fahrenden Zug auf, kaufen bereits zu überhöhten Preisen, rechnen aber dennoch mit einer raschen Wertsteigerung ihrer Investition.

Bis sich irgendwann doch die Erkenntnis durchsetzt, dass der reale Wert des jeweiligen Spekulationsobjektes nicht dem entspricht, was man gezahlt hat. Käufer, die zu noch höheren Preisen einsteigen müssten, bleiben aus, es kommt zum Krach, die Werte verfallen innerhalb kürzester Zeit.

Im Laufe der Geschichte gab es viele solcher Blasen – vom Tulpenfieber im 17. Jahrhundert bis zur Öl-Hausse in den 1980er-Jahren und der Dot-com-Bubble zur Jahrtausendwende. Der Immobilienboom in den USA, dessen abruptes Ende vor zwei Jahren Auslöser für die globale Finanz- und Wirtschaftskrise war, ist die jüngste Blase, die geplatzt ist, aller Wahrscheinlichkeit nach aber nicht die letzte.

### Rohstoff-Blasen

Das sieht auch Nouriel Roubini so, Professor an der zur New York University gehörenden Stern School of Business. „Es entstehen schon wieder Blasen, etwa im Rohstoffbereich. Wir müssen weiterhin besorgt sein“, warnte der US-Ökonom kürzlich in einem STANDARD-Interview. Er war einer der wenigen, die das Platzen der jüngsten Blase samt Folgen für die Wirtschaft richtig vorausgesagt hat.

Der Online-Wirtschaftsdienst *The Business Insider* hat in ähnlicher Einschätzung eine Reihe von

Blasen aufgelistet, die uns in nächster Zeit noch zu schaffen machen könnten. Dazu gehört die **China-Blase** Ungeachtet der Krise haben sich die Aktienmärkte im Reich der Mitte ungleich dynamischer entwickelt als anderswo. Das große Fragezeichen ist, ob die Aktienkurse tatsächlich von Fundamentaldaten hochgepusht wurden. Oder ob nicht doch, was befürchtet wird, die vom Staat zur Verfügung gestellte Liquidität, die aus Mangel an Projekten an der Börse platziert wurde, dafür verantwortlich war.

**Grüne Blase** So gut wie in allen Ländern, von den USA bis Korea, gibt es irgendeine Form staatlicher Hilfe für Erneuerbare Energie und Umwelttechnologien. Manche sehen schon ein sauberes, umweltfreundliches Zeitalter anbrechen. Tatsächlich aber könnten bei Wiederanspringen der Konjunktur diese Projekte wieder fallengelassen werden und die Liquidität anderswohin fließen.

**Gold-Blase** Seit mehr als sieben Jahren schon befindet sich der Goldpreis auf Bergfahrt; nach der 1000-Dollar-Marke pro Feinunze, die im Vorjahr genommen wurde, sehen manche schon die 2000 Dollar (1460 Euro) in Griffweite. Wenn aber immer mehr Leute auf einen fahrenden Zug aufspringen wollen, ist Gefahr in Verzug.

**Junk-Blase** Experten tun sich schwer, den Höhenflug von Wertpapieren diverser Unternehmen mit schlechtem Rating (Junk-Aktien) wie Fannie Mae, Freddy Mac, AIG, Citigroup, Bank of America oder General Motors zu erklären. Es besteht der Verdacht, dass Kleininvestoren auf der Suche nach dem vermeintlich schnellen Geld ihre Ersparnisse dafür lockergemacht haben.



Wo ist das Geld?

## China strafft Geldpolitik

Maßnahme gegen exzessive Kreditvergabe und Blasen

Peking/Wien – China hat die internationalen Kapitalmärkte mit einer weiteren Straffung der Geldpolitik überrascht. Geschäftsbanken in der Volksrepublik müssen nun 0,5 Prozentpunkte mehr Mindestreserve bei der Zentralbank halten. Damit versuchen die Währungshüter die Kreditvergabe zu drosseln. Die People Bank of China steigt mit der Maßnahme zum zweiten Mal in nur vier Wochen auf die geldpolitische Bremse.

Die Notenbank befürchtet aufgrund der hohen Kreditvergabe der vergangenen Monate höhere Inflation in der Volkswirtschaft.

Zudem zeigen sich auf Wertpapier- und Immobilienmärkten blasenähnliche Entwicklungen.

Die Straffungen zeigen bereits erste Wirkung: Die Kreditvergabe im Jänner belief sich zwar auf 1,39 Billionen Yuan (knapp 150 Milliarden Euro), mehr als von Analysten erwartet. Jedoch wurde ein Gros in der ersten Monatshälfte vergeben, bevor die Zentralbank die geldpolitischen Zügel angezogen hat. Auch die Entwicklung am Aktienmarkt wurde gebremst: Die Börse in Schanghai ist seit Jahresbeginn um knapp zehn Prozent gefallen. (sulu, Reuters)



Ihre Anlage steht auf festem Fundament.

Raiffeisen  
Capital Management



Mit dem Raiffeisen-Immobilienfonds investieren Sie in stabile Werte: Gewerbeobjekte in den besten Lagen Europas. Profitieren Sie vom Know-how unserer Immobilienprofis schon ab 30 Euro pro Monat. Und bleiben Sie dabei so flexibel, wie Sie wollen.

Mehr unter [www.rcm.at](http://www.rcm.at) oder bei Ihrem Raiffeisenberater.

Der veröffentlichte Prospekt des Raiffeisen-Immobilienfonds in seiner aktuellen Fassung inklusive sämtlicher Änderungen seit Erstverlautbarung steht dem Interessenten unter [www.rcm.at](http://www.rcm.at) zur Verfügung. Raiffeisen Immobilien Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H.

# Mit eineinhalb Kilo Gold in der Tasche aus der Bank



Kundenbetreuer in den Banken hatten auf dem Höhepunkt der Krise einen harten Job. An ihnen hat sich Angst und Schuldzuweisung entladen.

**Jochen Linnerz** spricht mit **Karin Bauer**.

STANDARD: Kurz vor dem Weltspartag nach der Lehman-Pleite hatten befreundete Kundenbetreuer Tränen in den Augen. War es bei Ihnen auch so schlimm? Wurden Sie böse angeschrien?

**Linnerz:** So weit ist es nicht gegangen. Aber aufgrund der Medienberichterstattung über die Finanzkrise und der Aussagen von Krugmann haben wirklich viele geglaubt, die Welt geht unter. Als die Diskussion um die Einlagensicherung losging, haben Kunden mit großen Sparkonten, so um die Million, Geld abgehoben, in den Safe gelegt und den dann versichert.

STANDARD: Das vermutlich nicht in großer Gelassenheit?

**Linnerz:** Nein. Viele wollten rasch abheben, haben das ganze Bargeld mit nach Hause genommen. Oder physisches Gold gekauft. Wir hatten dann auch schon statische Probleme mit den Safes, weil die für so viel Gewicht nicht konstruiert sind. Ich hatte auch Kunden, die sind mit eineinhalb Kilo Gold in der Hosentasche aus der Bank gegangen. Fast jeder hat damals an Hyperinflation geglaubt. Schlimmer waren die Situationen für mich mit den Wertpapieranlegern und ihren Verlusten.

STANDARD: Nämlich?

**Linnerz:** Na ja, ich habe dutzende Male am Tag die Situation erklärt, über die USA gesprochen, über

die Geschäftsaufstellung der Banken. Die Beratungszeit von 7 bis 19 Uhr wurde stark genützt. Da hat uns die Bank auch sehr unterstützt mit der Informationsoffensive. Ich habe Zeitungsausschnitte bereitgestellt, die Leute sind auch teilweise mit den Zeitungen gekommen. Ich habe versucht zu argumentieren, dass wir nicht 1929 haben. Aber die Reaktion war oft: Ihnen soll ich das glauben? Sie sind ja auch mit schuld.

STANDARD: Mittlerweile hat sich Ihre „Mitschuld“ für Wertpapierbesitzer wieder in die andere Richtung gekehrt ...

**Linnerz:** Es hat sich da seit Frühjahr 2009 merklich entspannt.

STANDARD: Bankkaufmann zu sein war schon lustiger, vielleicht sogar ehrenhafter, oder?

**Linnerz:** Also: Für mich ist es genau der richtige Job.

STANDARD: Sie reden gerne?

**Linnerz:** Ja. Aber es war auch eine schöne Herausforderung, den Kunden zu zeigen, dass wir sie nicht allein lassen.

**ZUR PERSON:**

**Jochen Linnerz (33)** ist seit 2006 Individualkundenbetreuer in der Erste Bank am Wiener Graben.

Vermögen in Österreich gleichgehalten: Banker **Bernhard Ramsauer**.  
Foto: Regine Hendrich



## „Privatstiftungen haben uns viel erspart“

Privatbanker Ramsauer ortet mehr Informationsbedürfnis bei Vermögenden

Johanna Ruzicka

Wien – Es sind die Privatstiftungen, die nach Meinung von Bernhard Ramsauer, dem Vorstandsvorsitzenden der Bank Sal. Oppenheim, Österreich vor vielen Problemen bewahrt haben. Mit ihrer eingeschränkten Steuerpflicht würden diese dafür sorgen, dass nicht so viel Kapital zwecks Steuerermüdung ins Ausland geflossen sei. Die Privatstiftungen seien der Grund, weshalb im Vergleich zu Deutschland verhältnismäßig wenige Österreicher auf Steuersünder-Dateien aufscheinen.

Auch an Verbriefung, also der Umwandlung von Forderungen oder Krediten in Anleihen (die Verbriefung von US-Immobilienkrediten war der Grund für die schnelle Ausbreitung der Finanzkrise) kann der Banker nichts Schlechtes sehen: „Verbrieft ist eine Technik. Man muss nur sagen, was in den Produkten drinnen ist.“

Mehr Transparenz ist die Lehre, die der Privatbanker für seine Branche zieht. Denn natürlich hat das Image der Banken durch die Finanzkrise Kratzer bekommen. „Wir definieren uns jetzt mehr als Risikomanager“, sagt er. Vor der Finanzkrise hätten sich die Kun-

den für Risiko nicht besonders interessiert – und häufig trotzdem hohe Renditen eingefordert. Mit der Finanzkrise geht die Entwicklung nun in eine andere Richtung. Vorsicht, Bonität, die Frage „Wer steht hinter dem Produkt?“ – alles dies wurde wichtig. „Die Kunden interessieren sich jetzt genau für die Produkte.“

Sal. Oppenheim sind Privatbankiers seit 1789. Seit kurzem unter dem Dach der Deutschen Bank, worüber Ramsauer nicht spricht – die Fusion ist noch nicht völlig abgewickelt. Die traditionsreiche deutsche Privatbank hatten die Verluste im Investmentbanking und ein Großkredit an den mittlerweile insolventen deutschen Handelskonzern Arcandor die Unabhängigkeit gekostet.

In Österreich laufe das Geschäft des Private Banking wie eh und je und sei von vorneherein sehr

„sophistiziert“, wie es Ramsauer beschreibt. Die Privatstiftungen mit ihren Stiftungsvorständen hätten viel zu Professionalität beim Finanzmanagement beigetragen. „Denen braucht man gewisse Dingen nicht zu erklären.“ Insbesondere bei den großen Stiftungen und Privatpersonen mit einem Vermögen von jenseits der zehn Millionen Euro – „und da haben wir eine ganze Menge davon“ – herrsche Professionalität.

Sehr vermögende Personen, meint Ramsauer, sind auch besonders Risiko-avers, was sich darin äußert, dass sie ihre Risikomodelle diszipliniert durchhalten. Die Investments konservativer Anleger haben im Jahr 2009 zwischen acht und neun Prozent zugelegt – „eine sehr anständige Performance“. Und im noch schwierigeren Jahr 2008 seien viele Kunden ohne Verlust ausgestiegen.

## Europas Vorzugsschüler

Positivbeispiel Polen: 2010 mit drei Prozent Wachstum

Herbert Dietrichstein  
aus Warschau

Polen hat, wie von Ökonomen seit Monaten prognostiziert, das Jahr 2009 nicht nur als einziges Land der Europäischen Union mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes abgeschlossen, sondern auch die Erwartungen übertroffen. Der vorläufige Bericht des Statistischen Zentralamtes (GUS) weist dem sechstgrößten EU-Land im Vorjahr ein Wachstum von 1,7 Prozent (Schätzung der EU-Kommission: 1,5 Prozent aus) aus.

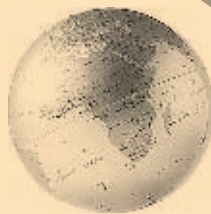
Dass Polen von der Wirtschaftskrise nicht so hart wie viele andere getroffen wurde, ist für Mark Allen, Regional Representative des Internationalen Währungsfonds, eine Mischung aus „guter Politik und Glück“. „Polen hat zu Beginn des letzten Jahrzehnts eine ziemlich restriktive Politik geführt, und das führte dazu, dass der Aufschwung hier nicht außer Kontrolle geraten ist“, sagte Allen im Gespräch mit dem STANDARD. In Polen kam es – anders als in anderen Ländern wie Ungarn – nicht zu dieser rasanten Entwicklung des Kreditvolumens. „Wir haben hier auch nicht das schnelle Wachstum bei Fremdwährungskrediten gesehen“, sagte Allen. Dadurch sei Polen von Kredit- oder Immobilienblasen verschont geblieben. Export und Konsum stützten

den polnischen Zloty. Dieser hat sich im Vorjahr mit einem durchschnittlichen Wechselkurs von 4,3 (2008: 3,5) gegenüber dem Euro positiv auf die Exporte ausgewirkt. Die Inlandsnachfrage, seit Jahren eine der tragenden Säulen des polnischen Wirtschaftswunders, ist 2009 um 0,3 Prozent gesunken (2008: plus 5,0 Prozent), die Konsumausgaben stiegen aber um zwei Prozent.

Leicht rückläufig zeigte sich die Entwicklung der Investitionen. So sank die Investitionsrate im vergangenen Jahr auf 21 Prozent nach 22,1 Prozent. Für das laufende Jahr rechnet die polnische Regierung unter Donald Tusk mit einem BIP-Zuwachs von 1,2 Prozent. Außerdem, so Allen, hat Polen den Staatshaushalt unter Kontrolle gehalten. Die Staatsschulden erreichten 2009 einen BIP-Anteil von etwa 51 Prozent (EU-27-Durchschnitt: 73 Prozent).

Der Preis dieser konservativen Haltung der Politik war ein vergleichsweise nicht schnelles, dafür stetiges Wirtschaftswachstum. Ein weiteres Plus für Polen waren in den letzten Jahren Transferzahlungen der EU, die vor allem den Infrastrukturbereich stützten. So hat Polen in einem nationalen Masterplan für die Jahre 2008 bis 2012 den Ausbau des Autobahn- und Schnellstraßennetzes um 3000 Kilometer projektiert.

Mercuri Urval mit Sitz in Wien sowie weltweit mit über 70 Niederlassungen in 25 Ländern.



## People make strategies work

- sichern Sie Ihren Unternehmenserfolg

- Change Management
- Talent Management
- Business Coaching
- Executive Search
- Management Audit
- Strategic Recruitment

Mercuri Urval, Theresianumgasse 11, 1040 Wien  
Tel +43 1 50 65 50, Fax +43 1 50 65 55, [vienna.at@mercuriurval.com](mailto:vienna.at@mercuriurval.com)  
[www.mercuriurval.com](http://www.mercuriurval.com)

Mercuri Urval

SCHNELL IST MEISTENS ZU LANGSAM.

In Höchstgeschwindigkeit und bester Qualität zu Ihrem Wunschobjekt. [www.peneder.com/Bau](http://www.peneder.com/Bau)

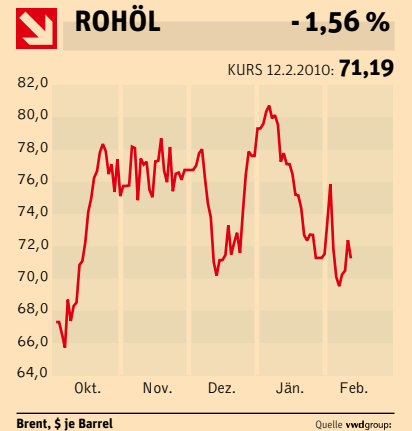
PENEDER  
FAST FORWARD  
BAU

Warum Lipizzaner weiß sind WISSENSCHAFT Seite 31

Hitech, aber unkompliziert NETBUSINESS Seite 32



derStandard.at/Finanzen



**Gewinner**

Palfinger	+2,27%
voestalpine	+0,94%
RHI	+0,60%

**Verlierer**

Andritz	-3,45%
Zumtobel	-2,76%
Wienerberger	-2,54%

**Gewinner**

ThyssenKrupp	+2,75%
K+S	+1,76%
Bayer	+1,63%

**Verlierer**

Infineon NA	-2,91%
Dt. Post NA	-2,54%
MAN SE St.	-1,94%

**Gewinner**

Intel	+1,84%
Travelers Comp.	+0,50%
Amer. Express	+0,34%

**Verlierer**

Alcoa	-2,21%
Boeing	-1,55%
United Technol.	-1,53%

## Griechenland und China drücken Euro

Die europäischen Börsen haben am Freitag schwächer geschlossen. Getrübt wurde die Stimmung von Daten zur Konjunkturerwicklung in Europa. Die 16 Länder der Eurozone sind Ende 2009 kaum mehr gewachsen.

Zur Verunsicherung trug Händlern zufolge auch ein weiterer Schritt zur Straffung der chinesischen Geldpolitik bei, mit der Experten zufolge die Notenbank in Peking eine Überhitzung der Wirtschaft verhindern könnte.

China erhöhte zum zweiten Mal binnen vier Wochen die Mindestreserve-Anforderung für Banken. Die Geschäftsbanken der Volksre-

### BÖRSENBERICHT

publik müssen ab 25. Februar eine um 0,5 Prozentpunkte höhere Mindesteinlage bei der Notenbank halten. China sowie die ungelösten Probleme des hoch verschuldeten Griechenlands drückten neuerlich auf den Euro, der zeitweise unter die Marke von 1,36 Dollar auf ein Neunmonatstief fiel, dann aber diese Schwelle wieder knapp überschritt.

Der Dax schloss mit einem kleinen Minus von 0,06 Prozent. Der Wiener Leitindex ATX gab 0,80 Prozent nach. Die US-Börsen gaben ebenfalls nach: Der Dow Jones verlor 0,44 Prozent. Die Stimmung an der Wall Street wurde von Konjunkturdaten gedrückt. Zwar war der Einzelhandelsumsatz im Jänner stärker gestiegen als erwartet, dafür hatte sich das Konsumklima in den USA im Februar überraschend eingetrübt. (red)

derStandard.at/Marktberichte

„Das Marktrisiko ist vergleichsweise leicht zu kontrollieren“: Von der Finanzkrise unbeeindruckt locken Banken einfache Sparer, ihr Geld an der Börse zu setzen. Auf Besuch in einem Grundkurs für Zocker.

Gerald John

Wien – René Gregorich ist abgesprungen, gerade noch rechtzeitig. Vor zwei Jahren verkaufte er alle seine Aktien, um das Geld ins Häuslbauen zu stecken – „glücklicherweise“, wie Gregorich heute weiß. Wenige Monate später hätte er paralysiert dabei zugehört, wie in den Keller rasselnde Kurse sein Vermögen vernichten, ungläubig staunend, ohne die Reißleine zu ziehen. „Der klassische Fehler eben“, sagt Gregorich: „Ich hätte sicher viel verloren.“

Gregorich, der Glückspilz, erzählt das keiner Selbsthilfegruppe für Krisenopfer – im Gegenteil. Er animiert sein Publikum dazu, Geld genau dort zu setzen, wo er sein eigenes im letzten Augenblick abgezogen hat: In der weltgrößten Spielhölle namens Börse.

Geködert werden Einsteiger in einem nüchternen Zweckbau in der Mariahilfer Straße. Über ein Fassadendisplay tickern, wie am New Yorker Times Square, Börsenkurse, drinnen verraten Uhren die Zeit in Sidney, London, Tokio. Es sind vorwiegend Männer zwischen 30 und 60, die dem Referenten Gregorich lauschen. Auch nach dem großen Crash freut sich die „Bulls & Bears-Academy“ über ausgebuchte Seminare.

Eine Tochterfirma der mit 1,2 Milliarden Euro Staatsgeld aufgepöppelten Erste Bank unterrichtet hier potenzielle Kunden in der „faszinierenden Tätigkeit des Tra-

dens, die Sie auf ihrem Lebensweg viel weiterbringen wird“. In frontalen Grundkursen erfahren Spekulanten in spe, wie sie über die Internetplattform Brokerjet „sekundenschnellen Onlinehandel“ betreiben können. Feinschliff – und Profit – versprechen dann „Webinare“ im virtuellen Raum: „Sie werden lernen, dass das Marktrisiko vergleichsweise leicht zu kontrollieren ist.“

Offenbart wird dieses Kunststück jedem, der sich ein Headset und eine Stunde Zeit vor dem PC nimmt. „Um in diesem Dschungel zu überleben“, empfiehlt die Stimme aus dem Internet „die Profis“ als Vorbild und setzt zu einem Exkurs über die Verheerungen auf den Märkten an. Von „Hexensabaten“ erzählt der Moderator – und von der Masse der Privatanleger, die jährlich 2,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verspielen. Dann die Pointe: Wie viele Loser da draußen auch ihr Geld verbrennen mögen – wer sich in die „Produkte“ vertiefte, Disziplin walten lasse und automatische Ausstiegslimits setze, um Verluste zu begrenzen, werde am Ende auf der Seite der Sieger stehen. Conclusio: „Sie sind nicht gezwungen, in irgendeiner Marktlage im größeren Stil zu verlieren.“

Dass dieses Schicksal dem Gros der zwanglosen Brokerjet-Klien-

ten im Jahr eins der Krise trotzdem widerfahren ist, gibt allerdings sogar Unternehmenschef Dirk Piethe zu. Bis zu 30 Prozent hätten seine Kunden, insgesamt sind es 47.000, beim Kollaps von 2008 verloren, räumt er ein, schickt aber gleich nach, dass im Vorjahr vieles wieder wettgemacht worden sei. Piethe freut sich nicht nur über wachsenden Zulauf, sondern auch über die „Emanzipation“ der Anleger, die mit Einbrüchen umgehen gelernt hätten. „Sie lassen die Kurse nicht mehr einfach abrauschen“, sagt der Brokerjet-Boss und sieht seine Kernbotschaft bestätigt: „Das mit dem ‚Profi‘ klingt so abgehoben – man muss keiner sein, um Erfolg zu haben. Einer unserer Kunden fing mit 15.000

Euro an. Nun ist sein Depot eine halbe Million wert.“

Bravourstücke wird Piethe eines Tages vielleicht auch von einem der Novizen in der Bulls & Bears-Academy erzählen. Manche der Gäste wähten sich bereits nahe dran am Big Point, sie hätten halt mehr riskieren müssen. Ein ergrauter Berufsfotograf etwa hat im goldrichtigen Moment 5000 Euro investiert: „Wären es 100.000 Euro gewesen, hätte ich jetzt ausgesorgt.“

Das Feuer ist entfacht, der Feierabendanleger holt sich in der Brokerjet-Zentrale nun neue Tipps. Mit Holzfällerjacke und breitkrempigem Hut wirkt er etwas deplatziert im grau-kühlen Ambiente, Spekulieren ist ihm an sich auch gar nicht sympathisch. Aber als seine Freundin mit einem Fonds, den ihr just die Erste Bank eingeredet habe, eingefahren ist,

hat ihn doch der Ehrgeiz gepackt. Und die niedrigen Zinsen würden ohnehin nicht dazu einladen, Angespartes einfach liegen zu lassen.

Tatsächlich? Wer vor zehn Jahren Geld in gängige Wertpapiere gesteckt hat, wäre im Schnitt mit einem faden Sparbuch besser gefahren. Repräsentative Aktienindizes wie der deutsche CDax, der britische FTSE oder der japanische Nikkei notieren heute unter den Werten von damals. Dazwischen fand eine rasante Berg- und Talfahrt statt, schlechtes Timing bedeutete horrenden Verluste. Umgekehrt gilt aber auch: Nervenstarke Zocker, die im Tief nach 9/11 kauften und vor der jüngsten Krise wieder absprangen, haben einen fetten Reibach gemacht.

### Die perfekte Welle erwischen

Dass Amateure die perfekte Welle erwischen und den sprichwörtlichen Börsen-Bullen reiten, hält Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister allerdings für die Ausnahme: „In der Regel sind sie die Schafe, die geschoren werden.“ Weder hätten Nebenbei-gambler genug Kapital, um Durststrecken zu überstehen, noch ausreichend Informationen; von Analysten schlecht beraten, würden Laien zu spät ein- und aussteigen. Jede Börsenrallye, sagt Schulmeister, sei deshalb ein Umverteilungsspiel, „das die Brieftaschen der Profitrader dicker macht.“

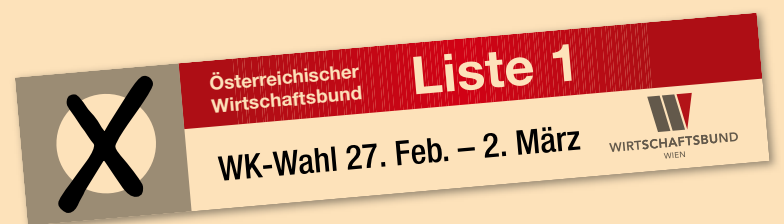
Allerdings sind in der Krise schon Favoriten gestorben – der Umkehrschluss treibt die Außen-seiter in Seminare à la Brokerjet. Ein Zuhörer hat sich eine todsichere Investmentstrategie zurechtgelegt: „Nur heimische Unternehmen. Da gibt es so einen Politfilz, die werden nie fallengelassen.“



Jetzt kommt's drauf an!

ENTLASTEN. VEREINFACHEN. ANKURBELN.

Volle Verantwortung statt leerer Versprechungen.



www.wirtschaftsbund-wien.at

Bezahlte Anzeige





## LABOR

## Schokolade könnte vor Schlaganfällen schützen

Toronto – Zwei von drei Studien legen nahe, dass Schoko womöglich vor Hirnschlägen schützen könnte. Eine Untersuchung mit rund 44.000 Teilnehmern ergab, dass der Konsum einer Portion Schokolade pro Woche die Gefahr eines Hirnschlag um 22 Prozent (gegenüber Nicht-Konsum) senkt. In der zweiten Studie an rund 1200 Personen ging ein wöchentlicher Verzehr von 50 Gramm mit halbiertem Risiko einher. Die dritte Untersuchung fand indes keinen Schutzeffekt. Mögliche Ursache seien die Flavonoide im Kakao, so kanadische Mediziner. (tasch)

## Schnelle Elefanten laufen und gehen zugleich

London – Wenn sich Elefanten geschwind durch die Gegend bewegen, laufen oder gehen sie dann? Ein internationales Biologenteam ging der Frage nun im *Journal of Experimental Biology* nach, fand heraus, dass die schnellsten Mehrtonner mit immerhin 18 km/h unterwegs sind und dabei mit den Vorderfüßen laufen und den Hinterfüßen gehen. (tasch)

## Deutsche Haidame befruchtete sich selbst

Karlsruhe – Im Naturkundemuseum Karlsruhe legt ein Haifisch-Weibchen Eier ab, ohne das Vivarium mit einem männlichen Hai zu teilen. Nach Untersuchungen handelt es sich um die erste Haijungferzeugung in Europa. (dpa) [derStandard.at/Wissenschaft](http://derStandard.at/Wissenschaft)

Ihr weißes Fell bringt Lipizzanern und anderen Schimmeln ein größeres Hautkrebsrisiko und anderes Ungemach. Forscher fanden nun heraus, dass die weiße Farbe auch einen überraschenden Vorteil hat.

Kurt de Swaaf

Budapest – Ein heißer Sommertag im nordungarischen Hügelland. Auf einer Wiese grasen zwei Pferde, ein braunes und ein weißes. Die Tiere machen einen unruhigen Eindruck. Ständig schwingen sie ihre Schweife, lecken sich oder scheuern ihren Bauch mit einem Hinterbein. Zwei Personen stehen seelenruhig daneben. Immer wieder fotografieren sie die Pferde und machen Notizen. Was geht hier vor?

Die Menschen sind Angehörige eines internationalen Forscherteams unter Leitung des ungarischen Biophysikers Gábor Horváth von der Budapester Eötvös Universität. Die Unrast der Pferde hat einen guten Grund: Sie werden ständig von blutsaugenden Bremsen attackiert und versuchen diese zu vertreiben. Doch das Abwehren hält die Tiere immer mehr vom Fressen ab. Gegen 13 Uhr geben sie schließlich entnervt auf und ziehen sich in ein angrenzendes Waldstück zurück. Dort werden sie weniger gestört.



Im Winter macht ein weißes Fell wenig Unterschied. Im Sommer bewahrt es Schimmel vor lästigen Bremsen, die Weiß schlechter sehen können. Foto: EPA

Das Beobachten der Pferde soll einen Verdacht bestätigen: Die Forscher vermuten, dass weiße Pferde aufgrund ihrer Fellfarbe deutlich weniger von den geflügelten Plagegeistern heimgesucht werden als dunkel gefärbte Artgenossen. Die Vermutung bestätigt sich. Auf den hochauflösenden Bildern sind die Bremsen klar erkennbar. Beim braunen Pferd zählen die Forscher 450 solcher Insekten, beim weißen nur 110.

## Die Augen der Bremsen

Der unterschiedliche Grad der Belästigung ist eine Frage der Optik. Die Augen von Bremsen reagieren äußerst sensibel auf horizontal polarisiertes Licht. Die Tiere nutzen diese Fähigkeit unter anderem dazu, um Gewässer aufzuspüren, in denen sie ihre Eier

ablegen. Aber offensichtlich nicht nur dafür. Bremsen werden auch von dunkel glänzenden Pferde-Attrappen angezogen, stellten die Forscher fest. Weiße fanden die Insekten dagegen uninteressant.

Die Reflexion macht's. Bei einem dunklen Fell ist die Intensität des nur schwach polarisierten, gestreuten Lichts viel geringer als der polarisierte Anteil, schreiben Horváth und Kollegen in den *Proceedings of the Royal Society B*. Weißes Fell dagegen hat eine viel höhere rückstrahlende Komponente mit geringer Polarisierung. Dadurch sind die Tiere für Bremsen nicht so gut sichtbar.

Ein struppiges Fell ist ebenfalls vorteilhaft, wie Gábor Horváth gegenüber dem STANDARD erklärt. „Während eine glänzend braune Pferdewutter kontinuierlich angegriffen wurde, blieb ihr Fohlen mit mattem Fell direkt neben ihr verschont.“

Gleichwohl orientieren sich die Insekten nicht nur optisch. „Der Geruch der Wirtstiere und deren

ausgeatmetes Kohlendioxid sind ebenfalls wichtig“, sagt Horváth. Allerdings hätten sich die Bremsen bei einem Versuch eher von einer dunkel glänzenden Oberfläche anlocken lassen als von einem matten, mit Pferdeschweiß durchtränkten Tuch. Anscheinend sei unter bestimmten Bedingungen der optische Reiz wichtiger als der olfaktorische, so der Forscher.

Dies ist das erste Mal, dass Wissenschaftler einen biologischen Vorteil für Lipizzaner und andere Schimmel gegenüber dunkler gefärbten Tieren entdeckten. Ansonsten leiden die Weißfelligen überdurchschnittlich oft unter Hautkrebs und einer genetisch bedingten Sehstörung. In freier Wildbahn sind weiße Pferde zudem besser sichtbar für Raubtiere und somit leichtere Beute.

Menschen könnten sich durchaus mit weißer Bekleidung vor Bremsen schützen, meint Horváth, aber dieser Schutz sei wohl nicht vollständig. Schließlich geben auch wir Duftsignale ab.

## Geld und Gelage im alten Rom

Wer es sich leisten konnte, aß in der Hauptstadt der Antike mehrgängige Abendmenüs. Auch auf gutes Aussehen wurde großer Wert gelegt.

Gudrun Springer

## Frage: Wie und was aß man im alten Rom?

Antwort: Die Ernährung der alten Römer (zirka 8. Jahrhundert vor bis 7. Jahrhundert nach Christus) war je nach Einkommensschicht verschieden. Die Reichen verzehrten etwa am Abend Oliven und Thunfisch und danach ein Stück gebratenes Fleisch. Das Dessert war oft mit viel Honig gesüßt. Gerne lud man Gäste ein. Dann wurde im sogenannten Triclinium gespeist, einem Esszimmer mit dem damals üblichen steinernen oder hölzernen Speisesofa, das aus drei Liegen bestand. Die armen Bevölkerungsschichten hatten dagegen meist nicht viel mehr als Wasser und Brot zum Frühstück, mittags eine Kleinigkeit und abends Brei oder Suppe.

## Frage: Gab es Geld?

Antwort: Zunächst existierten sehr viele verschiedene Münzen, Kaiser Augustus (der in der Zeit um Christi Geburt lebte) führte dann eine einheitliche Währung ein. Ein Aureus (aus Gold) war 25 Sil-

bermünzen namens Denare wert. Denare bekam man wiederum für Messingmünzen (vier Sesterzen oder acht Dupondien). Ein Dupondius war zwei Kupfermünzen namens Asse wert.

## Frage: Wie kleideten sich die Menschen im Alten Rom?

Antwort: Reichen Römern war die Kleidung sehr wichtig, dazu der Schmuck und die Haartracht. Männer trugen keine Hosen, sondern ihr wohl bekanntestes Kleidungsstück dieser Zeit war ein Tuch, das verschiedenartig um den Körper geschlungen wurde: die Toga. Außerdem gab es die hemdartige Tunika, die auch Frauen trugen – wahlweise mit oder ohne Ärmel.

## Frage: Was waren Gladiatoren?

Antwort: Das Wort Gladiator leitet sich vom lateinischen Wort für Schwert ab – Gladiatoren waren also Schwertkämpfer. Sie kämpften vor Publikum: entweder gegeneinander oder gegen Tiere.

## Ö1-KINDERUNI



präsentiert von DER STANDARD

Die nächste Ö1-Kinderuni am Sonntag um 17.10 Uhr widmet sich dem Thema

„Wie ernähre ich mich gesund? Über Grünzeug, Fast Food und die wichtigste Mahlzeit am Tag.“ Am Freitag im STANDARD.

DER STANDARD Webtip:

<http://oe1.orf.at>  
[www.kinderuni.at](http://www.kinderuni.at)

## Magnas Opel-Traum zerplatzt

NOVEMBER 2009 In den USA meldet der 100 Jahre alte Mittelstandsfinanzierer CIT Insolvenz an. Mit Schulden von knapp 65 Mrd. Dollar bei 71 Mrd. Dollar Vermögenswerten ist es eine der größten Firmenpleiten in den USA überhaupt und die größte einer Bank seit dem Kollaps von Lehman Brothers im September 2008. Für Magna platzt der Traum vom



Opel-Kauf: General Motors will die europäische Tochter Opel nun doch behalten. Die deutsche Regierung ist empört. Hiobsbotschaften kommen auch aus Klagenfurt: Die Kärntner Hypo Group Alpe Adria schreibt 2009 „deutlich mehr als eine Milliarde“ Euro Verlust und bringt damit auch ihre deutsche Mutter BayernLB wieder tief in die roten Zahlen. Grund: teure Abschreibungen auf faule Kredite, vor allem auf dem Balkan. Bis Dezember muss frisches Kapital aufgestellt werden. Der Bedarf wird auf 1 bis 1,5 Mrd. Euro geschätzt, den größten Teil müssen die Bayern stemmen. Das Emirat Dubai gibt bekannt, dass es die staatlichen Schulden nicht pünktlich bezahlen kann und löst damit Schockwellen an den lokalen Börsen aus.

**VERGABE** SCHRAMM ÖHLER  
RECHTSANWÄLTE

**JOUR FIXE**

Mit den Top-Vergabeexperten Österreichs  
jeweils Donnerstag ab 17 Uhr  
Ort: Bartensteingasse 2 (3. Stock), 1010 Wien, Vortragssaal

mit Fruhmann (BKA), Gruber (VwGH, BVA),  
Kropik (TU Wien), Pachner (BMWVJ),  
Fellner (bau-control), Grasböck (BVA), Prusa (Postbus)

Info + Anmeldung unter  
kanzlei@schramm-oebler.at, www.schramm-oebler.at

**KEINE  
TEILNAHME-  
GEBÜHR**

## Leistungsstark am Tag, entspannt durch die Nacht!

## Sanvita Vital 24: Die wichtigsten Vitalstoffe zum richtigen Zeitpunkt!



**Die Morgenkapsel**  
für Energie, Ausdauer  
und zur Stärkung  
der Abwehrkräfte.

**Die Abendkapsel**  
zur Regeneration,  
Entspannung,  
besserem (ein-) schlafen,  
zur Unterstützung von  
Herz und Kreislauf.

**Die vollständige Kombination:**  
**Morgenkapsel:** Ginseng,  
Magnesium, Gelée Royale,  
Selen, Kupfer, Eisen,  
Vitamin A, C, D, E.

**Abendkapsel:** Knoblauch,  
Baldrian, Melisse, Bioflavonoide,  
Zink, Folsäure, Vitamine des  
B-Komplexes.

Sanvita Vital 24  
Monatspackung:  
(je 30 Morgen- und  
Abendkapseln) um  
**EURO 19,20 UVP**

in Ihrer  
Apotheke

[www.vital24.co.at](http://www.vital24.co.at)

## HOT STUFF



## Wiener Designer schon iPad-ready

Urban Tools, die Wiener Taschen-designer für digitale Gadgets, sind bereits von Kopf bis Fuß auf Apples iPad eingestellt. PocketBar bietet der neuen Wundertafel ein mit einem wasserdichten Reißverschluss und widerstandsfähigem Material geschützte Schultertasche im Jeanslook. Weitere Fächer beherbergen, was digitale Nomaden so mit sich schleppen, von Handy und MP3-Player bis zu Kopfhörern und Geldbörsel. Wer keine Hüfttasche will, findet bei Urban Tools auch Gürtel- und Schultertaschen. PocketBar gibt es ab Ende März um 80 Euro, bei [www.urbantool.com](http://www.urbantool.com). (red)

# Auf der Suche nach einfachen Wegen zur Vielfalt

Die Balance, wie komplexe Geräte einfach zu gestalten sind und sie dennoch Zugang zu vielen Funktionen bieten, ist das Geheimnis guten Designs. Usability-Forscher sind ihm auf der Spur.

Karin Tzschentke

Wien – Wer selbst schon einmal von einem Handy der Marke X auf ein Handy der Marke Y umgestiegen ist, kennt das Problem: Der Ein- und Ausschaltknopf liegt an einer anderen Stelle, statt auf Tasten wird vielleicht auf einer berührungsempfindlichen Oberfläche (sprich Touchscreen) herumgetippt, selbst die Einstellungen für die Weckerfunktion ist bei je-

dem Gerät eine andere. Es braucht einige Zeit, bis der Nutzer mit seinem neuen Mobiltelefon wieder auf Du und Du ist.

Was für die „young generation“, für die Lernen neuer Konzepte auf der Tagesordnung steht, ein Kinderspiel ist, kann für ältere Menschen Ärger, Frust und das Gefühl erzeugen, von einer wichtigen Entwicklung in der Kommunikation ausgeschlossen zu sein.

Usability-Forscher wie Ian Hosking vom Engineering Design Centre der University of Cambridge gehen deshalb seit vielen Jahren der Frage nach, warum Geräte aller Art nicht leichter zu nutzen sind. „Wir wollen damit auch herausfinden, wie viele Leute von der Benutzung ausgeschlossen sind und wie wir sie hereinholen können“, erläutert der Wissenschaftler, vor kurzem zu Gast in Wien bei der Konferenz „Mobile Communication in an Ageing Society“ – ausgerichtet von Emporia, einem Linzer Familien-



Senioren wollen leicht zu bedienende Handys, deshalb aber noch lange keine „simplen“ Geräte.

Foto: AP

unternehmen, das sich auf die Produktion von Seniorenhandys spezialisiert hat.

„Ältere Menschen sind etwa mit Konzepten aufgewachsen, dass das Drücken auf einen Schalter eine konkrete Aktion auslöst, etwa beim Lichtschalter“, schildert Hosking im STANDARD-Gespräch. „Auf einem Handy hingegen gibt es viele Knöpfe für viele unterschiedliche Funktionen.“

Daraus abzuleiten, dass das Ein-Knopf-Handy der Weisheit letzter Schluss wäre, führt jedoch aufs Abstellgleis – auf dem sich Senioren so wenig wie alle anderen Bevölkerungsgruppen abgeschoben sehen möchten. „Es gibt zwar automatische Klaviere, nur ist damit der Spaß, die Herausforderung, ein Klavier beherrschen zu können, nicht gegeben“, nennt Hosking einen weiteren Punkt, der beim Design von Geräten nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

Es gehe bei Usability darum, die Balance zu finden, Geräte einfach zu gestalten und doch gleichzeitig Zugang zu mehr Features zu finden. Deshalb sei eine Art eierlegende Wollmilchsau nicht erstrebenswert. „Wenn wir beginnen zu verstehen, dass jeder Mensch unterschiedliche Bedürfnisse hat, verstehen wir auch, wie wichtig Auswahlmöglichkeiten sind.“

Eine glückliche Fügung bei Mobiltelefonen und Computern sei dabei die Touchscreen-Technologie. „Mit ihr lassen sich ohne großen Kostenaufwand über Software viele individuelle Einstellungen und Anwendungen einrichten.“ Nutzer, gleich welchen Alters, werden so zu Designern in eigener Sache.

## Chinas Zögern zwischen Gas- und Bremspedal

Gute Wachstumswahlen kaschieren Sorgen über die zunehmenden Risiken des Staatskapitalismus

Johnny Erling

Peking – Chinas Politiker lieben blumige Umschreibungen. Vizepremier Li Keqiang, der für 2012 designierte Nachfolger von Premier Wen Jiabao, rief beim Weltwirtschaftsforum in Davos: „Obwohl noch Winter ist, fühlen wir schon den Frühling der wirtschaftlichen Erholung nahen.“ Chinas Wirtschaft 2009 sei um 8,7 Prozent gewachsen. China wolle auch 2010 die Rolle eines „Motors der Weltwirtschaft“ spielen: „Wir sind gut aufgestellt, um langfristiges, schnelles und stetiges Wachstum zu erzielen.“ Am selben Tag, als sich der Vizepremier so zuversichtlich gab, hörte man aus der Zentralbank in Peking Warnungen vor Inflation, Finanz- und Währungsrisiken. 2009 habe China 9600 Milliarden Yuan (960 Mrd. Euro) an Krediten vergeben und stehe nun vor „Risiken“ mit schlechten Krediten bis zur Blasenwirtschaft.

Auch im Ausland ist man skeptisch. Anfang 2009 unterboten sich Weltbank und IMF mit pessimistischen Prognosen über Chinas Wachstum. Die Weltbank tippte auf nur 6,5 Prozent, der IWF auf fünf Prozent. Ein Jahr später überboten sie sich für das Jahr

2010. Von 8,9 Prozent geht die Asiatische Entwicklungsbank aus, von neun Prozent der IWF und die Weltbank. Wirtschaftsanwalt Gordon Chang, der 2001 den „kommenden Zusammenbruch Chinas“ voraussagte, wiederholt seine Warnung für 2010. Nobelpreisträger Paul Krugman sieht auch schwarz: „2010 wird das Jahr Chinas, aber anders, als die meisten denken.“

Auch in China selbst ist man gespalten. Pekings Statistiker befürchteten Anfang 2009 Wirtschaftseinbruch und Deflation. Anfang 2010 beschwören sie die Gefahr der Überhitzung. Die Schlagzeilen der chinesischen

Wirtschaftspresse spiegeln den Aufholkurs wider: China hat Deutschland als Exportweltmeister und die USA als größten Automarkt der Welt abgelöst und steht kurz davor, Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt zu ersetzen. Die Regierung kurbelt mit Rekordvorhaben die Wirtschaftsentwicklung an. Die Bürger sollen stolz sein, aber keine Fragen stellen. Peking will etwa die Atomenergie im großen Stil bis 2020 ausbauen. Es gibt keine Debatte über Gefahren, keine Aufklärung über Atomwülfelagerung. Es gibt auch keine Dis-



In Peking versucht man die Zukunft mit „Staatskompetenz“ zu kalkulieren.

Foto: Reuters

kussion über den gigantischen Ausbau des Schienennetzes mit 42 neuen Hochgeschwindigkeitsstrecken.

### Staatskompetenz

Den Erfolg argumentiert die Propaganda mit einer Kombination aus Zentralismus und der Rückkehr zu modernen Form der Planwirtschaft. Die „Volkszeitung“ prägt den Begriff der „Staatskompetenz“. Während das westliche „Modell des neuen Liberalismus in der Sackgasse landete“, fuhr Chinas Sozialismus „an der Kreuzung“ auf die Überholspur. Staatskompetenz bedeute, alle Kräfte auf ein Ziel zu konzentrieren, schnelle Entscheidungen zu treffen und umzusetzen.

Aber Chinas Wirtschaft ist nicht effizienter geworden. Im Gegenteil. Das Wachstum bringt neue Ri-

siken: Inflation, Überkapazitäten, Handels- und Währungsstreit mit dem Ausland, Immobilienblasen: Der Verbrauch von Rohstoffen ist extrem. Die Stahlbranche erzeugte mit 563 Millionen Tonnen den meisten Stahl der Welt, musste aber 630 Millionen Tonnen Eisenerz einführen. Auch der Automobilbau, Motor der Konjunktur, gibt zu viel Gas. Die Planungsbehörden errechnen für 2010 Überkapazitäten von drei Millionen Fahrzeugen. Als positiv bewertet man die Stimulierung der Landwirtschaft. Chinas Bauern konnten 2009 Getreide-Rekordernten von 530 Millionen Tonnen einbringen. In einem Land mit 700 Millionen Bauern und 150 Millionen, die weniger als einen US-Dollar pro Tag verdienen, ist das die beste Stabilitätssicherung für wechselhafte Zeiten.



Wo ist das Geld?

wirtschaft der Welt zu ersetzen. Die Regierung kurbelt mit Rekordvorhaben die Wirtschaftsentwicklung an. Die Bürger sollen stolz sein, aber keine Fragen stellen. Peking will etwa die Atomenergie im großen Stil bis 2020 ausbauen. Es gibt keine Debatte über Gefahren, keine Aufklärung über Atomwülfelagerung. Es gibt auch keine Dis-

## Gold im Hoch, Griechenland im Tief

DEZEMBER 2009 Gold erreicht mit über 1200 Dollar einen historischen Rekordwert. Anleger konnten 2009 auf Dollar-Basis knapp 27 Prozent Ertrag lukrieren. Griechenland gerät wegen des hohen Staatsdefizits von 12,7 Prozent des BIP immer mehr unter Druck. Die Ratingagentur Fitch verbannt Griechenland aus der obersten Klasse der sicheren Schuldner. Ministerpräsident Georgios Papandreou muss einen harten Sparkurs fahren. Großbritannien macht bei Banker-Boni ernst. Die Banker müssen bei Boni-Zahlungen über 25.000 Pfund die Hälfte an den Staat abführen.



Die Kärntner Hypo Group Alpe Adria wird notverstaatlicht: Der Mehrheitseigentümer BayernLB (67,1 Prozent) sowie die Miteigentümer Land Kärnten (12,4 Prozent) und Grazer Wechselseitige Versicherung/Grawe (20,5 Prozent) erhalten jeweils einen symbolischen Euro vom Bund. Bei der BayernLB, die das Hypo-Debakel rund 3,7 Mrd. Euro gekostet hat, muss Bank-Chef Michael Kemmer den Hut nehmen. In Österreich beginnen die Aufräumarbeiten. Von der Staatsanwaltschaft Klagenfurt wird ein Strafverfahren eingeleitet. Ermittelt wird gegen „Verantwortliche der Bank“ primär in Richtung Untreue und Betrug.



## Boni-Zahlungen fließen wieder

JÄNNER/FEBRUAR 2010 Die Schuldenkrise Griechenlands führt zu einer deutlichen Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar. Auch die Schuldensünder Portugal und Spanien verfehlen die Stabilitätsgaben der Währungsunion bei Weitem. Die Euro-Länder erklärten sich beim EU-Sondergipfel grundsätzlich dazu bereit, dem Land beizustehen, um die Stabilität des Euro zu bewahren. Bei den US-Banken, die in der Zwischenzeit den Großteil der Staatshilfen zurückbezahlt haben, fließen bereits wieder massiv die Boni-Zahlungen. JPMorgan Chase etwa schüttet für das Jahr 2009 die Rekordsumme von 9,3 Mrd. Dollar an die Investmentmitarbeiter aus. Auch die Citigroup plant ähnlich hohe Boni wie im Jahr davor. (bpf, go)

Fotos: AP, APA, Reuters



# 2009 lief für ORF besser – trotz feiernder Chefs

Tagelang in Kitzbühel, auf allen großen Bällen: Die Feierlaune der ORF-Chefs findet eine Aufsichtsrätin „inakzeptabel“. Immerhin: Alexander Wrabetz kann dem Aufsichtsrat für 2009 weniger Verlust als geplant melden.

Harald Fidler

Wien – Der Medienrummel um Lindsey Lohan, Dieter Bohlen & Co lohnte sich ein wenig für den ORF: 88.000 Livezuschauer mehr als 2009 interessierte die Eröffnung des Opernballs im Schnitt. Damit ist der klare Abwärtstrend der ORF-Übertragung vorerst gestoppt.

1,78 Millionen verfolgten die Eröffnung des Staatsgewalzes 2007 im ORF. 1,52 Millionen waren noch 2008 dabei. 2009 interessierte der Ball noch 1,34 Millionen. Diesmal waren immerhin 1,43 Millionen dabei.

Unter ihnen: Huberta Gheneff, ORF-Stiftungsrätin, entsandt vom BZÖ. Wieder einmal vor den Kameras: General Alexander Wrabetz und andere Mitglieder der ORF-Führung. Gheneff platze spätestens da der Kragen.

Gheneff kritisiert im Gespräch mit dem STANDARD „vehement, dass die Geschäftsführung des ORF ständig bei Societyevents zu sehen ist“. Und: „Es ist inakzeptabel, dass ein großer Teil der Geschäftsführung tagelang in Kitzbühel ist. Es kann mir auch niemand erklären, warum der ORF-Generaldirektor auf sämtlichen großen Bällen präsent sein muss.“ Gheneff will im Stiftungsrat eine Diskussion über die Managementkultur eröffnen. Der ORF sei „nach wie vor ein Sanierungsfall“,



ORF-Rätin Gheneff. F.: ORF

noch könne sich „niemand zurücklehnen im Vertrauen, dass es schon bergauf geht“.

Noch immer deutlich in den roten Zahlen, aber besser als befürchtet, dürfte nach STANDARD-Infos die Bilanz des ORF für 2009 ausfallen. Die Rohdaten, vor all-fälliger Bilanzgestaltung: rund 40 statt gefürchteter 53 Millionen Euro Verlust 2009 (nach knapp 80 2008) für den Konzern. Der ORF ohne Töchter dürfte statt erwarteter 72 rund 60 Millionen Verlust schreiben. „Noch liegen die Zahlen nicht vor“, erklärte ein ORF-Sprecher dem STANDARD dazu.

derStandard.at/ORF

## Wo ist der Schaden? Räte fragen Chef des ORF zu Rauswurf

Wien – „Was daran unternehmensschädigend ist, wird Wrabetz erklären müssen“, Franz Medwentsch, bürgerlicher ORF-Stiftungsrat, rätselt, warum General Alexander Wrabetz Wolfgang Buchner, Topjurist und Chef des Gremienbüros, dienstfrei stellte. Buchner initiierte eine Beschwerde gegen die Faxwahl von Publikumsräten. Medwentsch: „Die Beschwerde richtet sich nicht gegen den ORF und will nicht die jetzige Wahl aufheben – sie will verhindern, dass es noch einmal eine Faxwahl gibt, die den ORF 1,5 Millionen Euro kostet. Das nützt doch dem ORF und entspricht genau der Meinung des Publikumsrats.“ Ähnlich kritisiert Betriebsratschef Gerhard Moser den „völlig überzogenen“ Rauswurf der „moralischen Instanz“. Buchner musste – überwacht von Sicherheitsleuten – sein Büro räumen. „Ein souveräner Generaldirektor agiert nicht so“, sagt Stiftungsrat Peter Radel (VP). Wrabetz habe die Chefs von Publikumsrat (der die Aktion kritisiert) und Stiftungsrat nicht konsultiert. Betriebsrat Heinz Fiedler verlangt, den Rausschmiss zurückzunehmen. (fid)

## Vom Dach aus gegen Ahmadi-Nejad: Weltbeste Pressefotos



Frauen machen von einem Dach in Teheran aus ihrem Ärger Luft über die Umstände der Präsidentschaftswahlen im Iran, rufen am 24. Juni 2009 ihren Protest in den Nachthimmel. Der italienische Fotograf Pietro Masturzo hielt diese Szene fest: Laut Jury der World Press Photo Awards in Amsterdam das beste Pressebild der Welt aus

dem Jahr 2009. Es zeigt den Beginn „einer großen Story, und es berührt Auge und Emotion“, findet die Jury. Der Hauptpreis ist mit 10.000 Euro und einer Kamera dotiert. Die Wiener Galerie Westlicht zeigt alle Preisträger heuer von 7. Oktober bis 4. November. Mehr prämierte Fotos unter derStandard.at/Preise

Foto: Pietro Masturzo / EPA

## Medienmultis gewinnen wieder

Murdoch & Co im Plus: Filme, DVDs, Sparen, Werbung

New York / München / Wien – Wirtschaftskrise ist Werbekrise ist Krise der Medien, denen zudem das Internet Konkurrenz macht. Umso überraschender melden Medienmultis wieder Gewinne.

■ **Viacom** (MTV, Paramount) steigerte den Gewinn im vierten Quartal von 173 vor einem Jahr auf 694 Millionen Dollar – mehr DVDs verkauft, etwa *Star Trek, Transformers 2*.  
 ■ **Rupert Murdochs News Corp.** setzte Ende 2009 mit Filmen (*Avatar*), DVDs, besserem Werbegeschäft mehr um. 254 Millionen Dollar Gewinn nach 6,4 Milliarden Verlust. Murdochs Zeitungen (*Times, Sun, Wall Street Journal*) sparten hart, steigerten ihre Gewinne um ein Drittel. Murdoch verkauft den Index Dow Jones nun für 608 Millionen Dollar der Futurebörse CME.

■ **Time Warner** schrieb nach 16 Milliarden Dollar Ende 2008 im letzten Quartal 2009 627 Millionen Gewinn, dank DVDs (*Hangover*), TV-Zuwächsen, Sparen.

■ **Disney** überraschte mit stabilem Quartalsgewinn von 844 Millionen Dollar (nach 845). mit mehr Werbung und TV-Abos; Filmstudios (Touchstone, Pixar) kamen aus den roten Zahlen.

■ **Bertelsmann**, Europas größter Medienkonzern, dürfte dank RTL und 900-Millionen-Sparprogramm seinen allerersten Verlust doch abwenden.  
 ■ **ProSiebenSat.1** überrascht mit 144,5 Millionen Euro Überschuss 2009 nach 129 Millionen Miese. Der Werbemarkt habe angezogen. Der Konzern, mit 3,3 Milliarden Euro verschuldet, spart heftig, etwa bei Nachrichten. (fid)



## MEDIENJOURNAL

Meinrad Rahofer  
1956–2010

Salzburg – Die Medienbranche trauert um den Manager des Kuratoriums für Journalistenausbildung. Meinrad Rahofer starb mit 54 an den Folgen eines Schlaganfalls. Rahofer setzte sich für Qualität im Journalismus ein. (red)

## Wiener Volksbefragung: Ein Drittel für die „Krone“

Wien – Martin Margulies von den Wiener Grünen hat erhoben, wo die Stadt ihre Volksbefragung bewirbt: Ein Drittel des Werbevolumens floss in die *Krone*, weit vor Eva Dichands *Heute* und *Österreich*. (fid) derStandard.at/Medien

## GANZ KURZ

+++ Gegen eine zeitversetzte „ZiB 2“ auf 3sat spricht sich der ORF aus.  
 +++ Wolfgang Fuchs leitet die Redaktion der ORF-Onlineedition.

Günter Traxler

# Man ist ja nur Spielball

Auch Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens sind heutzutage nicht davor gefeit, von ihren seelischen Erschütterungen vor der Öffentlichkeit Zeugnis ablegen zu müssen. Das hängt mit dem zusammen, was in Österreich nun einmal „die Gesellschaft“ ausmacht. Diese Woche traf es eine gewisse Katzi, die zwischen der Lugner-City und einem Gentlemen Club, sowie einen Grafen Ali, der zwischen London und Luising pendelt. Auf beiden liegt ein schnöder Verdacht, wenn auch leicht unterschiedlicher Natur, von dem sich reinzuwaschen sie einige daransetzten.

Besagte Katzi versuchte das in einem Brief an „Österreich“, oder genauer gesagt in einer Stellungnahme von Frau Anastasia Sokol zu den gegen sie in der Ausgabe der Zeitung „ÖSTERREICH“ vom 09. 02. 2010 erhobenen Vorwürfen („Lugners ‚Katz‘ war ein Callgirl“). Das hatte die Zeitung in der Tat groß auf Seite 1 behauptet, ein Vorwurf dubioser Geschäfts-anbahnung, den Lugners Katzi mit ähnlicher Verve zurückwies

wie der Graf Ali, was insofern nahelag, als sich die jeweiligen Dienstleistungen nur in der Sache, nicht aber im Prinzip unterscheiden.

Vor allem galt es, die Behauptung von Katzis Puff-Kollegin „Sie hatte zwei bis drei Freier pro Nacht“ glaubwürdig zu widerlegen, was Frau Anastasia Sokol gelang, ohne dass der Gentlemen Club auch nur einen Cent, geschweige denn 328 Millionen Euro zahlen musste. Dem Richard und allen Leserinnen und Lesern von ÖSTERREICH versichere ich, dass ich niemals als „Callgirl“ gearbeitet habe. Und: Die Fotos von mir, die auf der Webseite des „Gentlemen-Club“ veröffentlicht wurden, waren zu einem gänzlich anderen Zweck angefertigt worden.

Doch wie leicht rutscht man in etwas hinein! Mit dem Mann, den ich dort kennen gelernt hatte – ich weiß nicht, ob er „Gast“ oder „Angestellter“ des Clubs war (in meiner naiven Verliebtheit war

mir das auch egal) – verband mich in der Folge für wenige Monate eine sehr lockere Beziehung, da er kein Interesse an einer fixen Partnerschaft zeigte. Nicht jeder ist ein Lugner. Ich hatte ihm dann noch im Sommer 2009 einen „Online-Liebesbrief“ geschrieben (nachzulesen unter www.wienkonkret.at/leute/liebe/liebesbriefe



/ani), danach habe ich jedoch nur mehr einmal etwas von ihm gehört. Seine Telefonnummer habe ich auch nicht mehr, seit mir mein Handy während des Thailand-Urlaubs mit Richard ins Wasser gefallen ist.

Katzis Schicksal ähnelt tendenziell dem des Grafen Ali. Der

beteuerte in einem Interview – exklusiv! – mit „News“: „Niemand hat mich freigekauft. Ich war nur Spielball.“ Auch diese Aussage könnte für Katzi gelten: Denjenigen möchte ich sehen, der Millionen für meine Freilassung bezahlt. Nur, dass sie bei ihr glaubwürdiger klingen, denn irgendwer hat sich das Spiel ja doch eine dreistellige Millionen-summe kosten lassen. Aber anders als Katzi ist ihm nicht das Handy ins Wasser gefallen, er sagt vielmehr: Die Umstände sind mir nicht bekannt.

Katzi kann sich zwar erklären, warum sie zum Spielball gemacht wurde, aber noch nicht von wem: Ich weiß nicht, von wem diese Kampagne gegen mich gestartet wurde, allein der Umstand, dass diese nur zwei Tage vor dem Opernball losgetreten wurde, sollte aber jedem zu denken geben. Offensichtlich will irgendjemand dem Richard damit schaden. Da sieht Graf Ali schon klarer: Es ist billige Parteipolitik. Ich genieße

eben keine hohen Sympathiewerte.‘ Nicht einmal beim Chefredakteur von „News“, der fand: *Durchaus rührend, wie dieser im NEWS-Interview erzählt, was er alles in der englischen Haft erlebt hat. Freilich, das Mitleid hält sich in überschaubaren Grenzen. Vor allem, wenn man weiß, wie der Graf sonst so seine Tage verbringt.*

Vielleicht rührte das begrenzte Mitleid auch davon, dass „Österreich“ den Waffen-Grafen schon am Dienstag im Interview sagen ließ: *Na, mir geht es furchtbar. Was glauben denn Sie, wie es einem in so einer Situation geht?* Weiteres verweigerte er mit der Absage: *Ich kooperiere nicht mit Medien, mein Anwalt sagte schon, wir kooperieren nur mit der Justiz.* Zwei Tage später fand die Kooperation mit „News“ auf fünf Seiten ihren Niederschlag. *Ich habe gehört, es geht Ihnen furchtbar, gab sich der „News“-Interviewer dabei als „Österreich“-Leser zu erkennen, nur um gerüffelt zu werden: Quatsch. Das ist erstunken und erlogen. Ich habe „Österreich“ kein Interview gegeben und werde dieser Zeitung ein eines geben. Schön, dass es noch Menschen mit Prinzipien gibt.*

Helga Rabl-Stadler auf Sponsorenjagd Seite 42

George Soros fordert Grün-Fonds Seite 47



# „Die Businessleute haben uns in der Hand“

Seit langem schon setzt sich **Martin Suter** in seinen Kolumnen mit unfähigen Managern auseinander. Mit **Stefan Gmünder** sprach er über seinen neuen Roman „Der Koch“, Geldvermehrung und Kulturlosigkeit.

**Wien** – In der Schweiz diskutieren sie gerade, ob es so etwas schon einmal gegeben hat. Drei Wochen nach dem Verkaufsstart (Erstauflage 100.000 Exemplare) steht Martin Suters neuer Roman *Der Koch* (Diogenes-Verlag) an der Spitze der österreichischen, deutschen und Schweizer Bestsellerlisten. Die Hauptfigur des mittlerweile in der vierten Auflage ausgelieferten Buches ist Maravan, ein Asylwerber aus Sri Lanka, der in der Schweiz als Küchenhilfe arbeitet. Gemeinsam mit einer Kollegin gründet der begnadete Koch die Firma Love Food, die sich auf erotisierende Menüs spezialisiert. Allerdings geht es in dem in den Jahren 2008 und 2009 handelnden Buch nicht nur um den Verzehr aphrodisischer Speisen. Weniger bekömmlich sind die weiteren Stränge: Waffenhandel, Bürgerkrieg in Sri Lanka und „Manager“, die trotz Finanzkrise aus alldem Profite schlagen.

**STANDARD:** Maravan ist nicht bereit, für Geld alles zu tun.

**Suter:** Es geht in diesem Buch auf verschiedenen Ebenen darum, wie viel man für Geld zu tun bereit ist. Fast alle Figuren sind in irgendeiner Form mit dieser Frage konfrontiert. Ich habe allerdings,

wenn ich einen Roman schreibe, keine moralischen Vorsätze. Das Thema eines Buches sucht sich seinen Weg selbst. Es war ein künstlerischer oder struktureller Entscheid, die Geschichte vor dem Hintergrund der Aktualität, also des Krieges in Sri Lanka, der Finanzkrise und des internationalen Waffenhandels spielen zu lassen.

**STANDARD:** Ihre Hauptfigur bemüht sich, anständig zu bleiben.

**Suter:** Und er besitzt eine Vorstellung davon, was dies bedeutet. Er hat einen anderen kulturellen Hintergrund und ist mit den Fragen konfrontiert: Was darf ich tun? Darf ich in dieser Situation und kulturellen Umgebung andere Maßstäbe an mich anwenden?

**STANDARD:** Spielt nicht auch sein Glaube eine große Rolle?

**Suter:** Der hat mit seiner Kultur zu tun. Er ist Tamile und daher Hindu. Die große

Mehrheit der Tamilen sind Hindus. Für die meisten Tamilen ist es selbstverständlich, gläubig und in das große Netz der himmlischen Mächte eingebunden zu sein. Wenn ich einen Roman schreibe, überlege ich mir immer: Was wäre, wenn? Hier lautet die Musterfrage: Was wäre, wenn je-



„No Money“, © Justine Smith

mand eine Kunst beherrscht, mit der er Menschen beeinflussen kann, und diese Fähigkeit würde von anderen für ihre Zwecke missbraucht? Es ging nun darum, eine besondere Fähigkeit, die der Held stärkerem Interesse und besserem Verständnis um die eigenen Schwäche, der Hinfalligkeit zu tun habe.

**STANDARD:** Sie haben das Buch Ihrem dreijährigen Sohn gewidmet, der im vergangenen Jahr unter tragischen Umständen gestorben ist.

**Suter:** Man ist, wie soll ich sagen, auf so etwas nicht gefasst. Das Leben geht zwar weiter, es geht schon wegen unserer Tochter wei-

ter. Es wäre unfair ihr gegenüber, sich dem Alkohol hinzugeben, depressiv oder suizidal zu werden. Sie hilft mir und meiner Frau dabei und zwingt uns dazu, dass es weitergeht. Verarbeiten? Ich weiß nicht, wie man so etwas verarbeitet. Ich glaube auch nicht, dass es eine Wunde ist, die heilt. Es ist etwas, das – jedenfalls bis heute – geblieben ist. Ich glaube, nichts wird mehr so sein wie früher. Es gibt eine Zeit davor und eine danach.

**STANDARD:** Der Schriftsteller Gerhard Meier sagte, er möge die Literatur, das Schreiben, weil es mit dem Bewusstsein um die eigene Schwäche, der Hinfalligkeit zu tun habe.

**Suter:** Dieses Bewusstsein trifft, glaube ich, auf alle meine Helden zu. Sie sind selten Handelnde, fast alles passiert ihnen einfach. Es gibt zwar den Punkt, an dem sie sich zu wehren beginnen, aber eigentlich geraten sie in die jeweiligen Situationen immer durch das Leben, das Schicksal.

**STANDARD:** Kommen wir zu den Topmanagern, die in diesem Roman eine große Rolle spielen und über die Sie zahlreiche satirische Kolumnen geschrieben.

**Suter:** Die Businessleute sind die Aristokratie unserer Tage, sie haben uns in der Hand. Von ihrer Gnade sind wir bis zu einem gewissen Punkt abhängig. Sie haben die Macht, nicht die Politiker, die es nur mehr braucht, um den Schutt wegzuräumen und zu retten, was es noch zu retten gibt. Ich

wundere mich, dass Manager in der Literatur, jedenfalls der deutschsprachigen, nicht eine viel größere Rolle spielen.

**STANDARD:** Man wird den Eindruck nicht los, manche Wirtschaftsführer seien unbelehrbar?

**Suter:** Diese Leute sind einfach nur sehr spezialisiert, so wie das Bildungswesen heute immer spezialisiert wird. Man geht nicht mehr in die Breite, es besteht die



Viele Manager geraten in eine gesellschaftliche Rolle, der sie nicht gewachsen sind.

Martin Suter

Gefahr, dass wir Fachidioten ausbilden. Es gibt zahlreiche Menschen, die durch das viele Geld, das sie verdienen, in eine gesellschaftliche Rolle geraten, der sie nicht gewachsen sind. Die Steifheit, die Unbeholfenheit, die diese Leute auf dem gesellschaftlichen Parkett an den Tag legen, tut einem fast leid. Weil sie gut im Geldvermehreren sind, wurden sie unglaublich reich. Plötzlich wohnten sie in den Seevillen der Kulturstädte. Und anstatt dass sie sich die Extravaganz leisteten, im Zwölfspanner durch die Stadt zu fahren, zogen sie nach Wollerau (Anm.: ein kleiner Ort im Kanton Schwyz) – um Steuern zu sparen.

**ZUR PERSON:**

Martin Suter (61) war erfolgreicher Werber, „Geo“-Reporter und Journalist. Bekannt wurde er mit seiner Kolumne „Business Class“. Seit 1997 schreibt er Romane und Drehbücher. Er lebt mit seiner Frau und einer Adoptivtochter auf Ibiza, in Guatemala und der Schweiz.

## Herzblut mit Grenzen

„Der Fürst als Sammler“ im Liechtenstein-Museum Wien

Olga Kronsteiner

**Wien** – Ein Sommerabend auf einer Insel in der Ägäis endet für Johann Kräftner mit einer Schrecksekunde. Niemals würde ihn die Tankfüllung seines Mietwagens bis zum Flughafen bringen. Der anderntags um fünf Uhr morgens angesetzte Flug Richtung London ist aber zwingend.

Peter Paul Rubens' *Massaker der Unschuldigen* (Bethlehemitischer Kindermord) gelangt dort bei Sotheby's zur Auktion. Die einzige Tankstelle ist längst geschlossen. Der Chefkurator und -



Dokument einer Finanzkrise: Quentin Massys' „Steuereintreiber“ aus der Sammlung des Fürsten Liechtenstein.

Foto: Liechtenstein-Museum Wien

einkäufer der Liechtensteinischen Sammlungen schnappt sich einen Kanister und schnorrt sich durch die Dorfgemeinschaft.

Vergeblich. Nicht der leere Tank, sondern der kanadische Medientycoon Kenneth Thomson erteilt ihm und Fürst Hans-Adam II. als hartnäckiger Gegenbieter eine Abfuhr. Rund 70 Millionen Euro waren mehr, als der Fürst zu zahlen bereit gewesen wäre. Trotz Kräftners Herzblut: Eine Budgetgrenze gab und gibt es immer.

Seit dessen Berufung zum Direktor der fürstlichen Sammlungen (Vaduz) 2002 gilt das Liechtenstein-Museum (Wien) als jenes mit der derzeit aktivsten Ankaufspolitik in Europa, wenn nicht weltweit.

### Reorganisationen

Bis in das 17. Jahrhundert reicht die Sammeltätigkeit des Fürstenhauses zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg sah man sich jedoch gezwungen, Kunstwerke zu verkaufen. Lücken, die damals die Existenz der Familie sicherten, aber bis heute schmerzen, wie der Fürst eingesteht. Chancenlos, Leonardos Porträt der *Ginevra de' Benci*, 1967 an die National Gallery (Washington) verkauft, jemals wieder zum Bestand zählen zu dürfen.

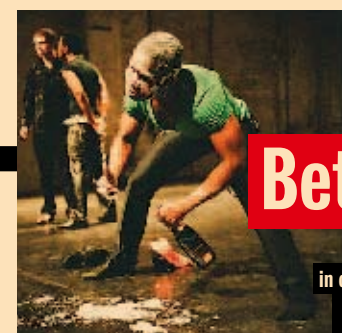
Eine Reorganisation der Verwaltung und des Vermögens später begann der aktuelle Regent wieder mit Ankäufen. Weniger aus Interesse an der Kunst als der

Tradition verpflichtet, wie Fürst Hans-Adam II., der am 14. Februar seinen fünfundsechzigsten Geburtstag feiert, erklärt. Ein Dilettant sei er nach wie vor, aber mit stärkerem Interesse und besserem Verständnis.

Mehr als 700 Neu- und Rückwerbungen darf sich der Jubilar an die fürstlichen Fahnen heften, darunter Quentin Massys' *Steuereintreiber*, das mitten in einer Finanzkrise in Antwerpen, der damaligen Wiege des Kapitalismus, entstand und die Gefahren der Habgier und des Geizes thematisiert.

Die 2008 aus dem englischen Kunsthandel erworbene Holztafel ist eines der 140 zu einer Ausstellung komponierten Meisterwerke: Unter der Regie Johann Kräftners entstand mit *Der Fürst als Sammler* eine fachlich ausgewogene und inhaltlich wohlproportionierte Präsentation, in der spannende Dialoge ein fixer Bestandteil sind. Etwa zwischen einem Sèvres-Dejeuner aus feinstem Porzellan von 1812, dessen Dekor die legendären Pietra-Dura-Arbeiten der Florentiner Meister zitiert.

Schräg vis-à-vis thront mit dem Badminton Cabinet der vier Meter hohe Superlativ des Medici-Tischlers, für den man 2004 bei Christie's etwas mehr als 27 Millionen Euro springen ließ. Bis heute das teuerste Möbel der Welt und der kostspieligste Ankauf des regierenden Fürsten. Bis 24. 8.



**Betrügen** Ein Projekt von Gintersdorfer/Klaßen  
in deutscher und französischer Sprache  
Di 16. und Mi 17. 2. 20 Uhr

www.wuk.at

# Charmeoffensive der Präsidentin

Weil der heimische Sponsorenpool fast leergefischt ist, tourt Salzburger Festspielpräsidentin **Helga Rabl-Stadler** um die Welt. In Krisenzeiten wie diesen wird die Roadshow aber oft zum Erklärstück.

Andrea Schurian

Salzburg – New York, London, Zürich, München, Istanbul sind schon abgeklappert, am 4. März steht São Paulo auf dem Besuchsplan, zwei Tage später Rio de Janeiro. Einerlei, ob globale Krise oder Salzburger Finanzskandal, eisern hält Salzburger Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler Kurs, „auch wenn ich mich in diesen skandalumwitterten Tagen des Öfteren geniere. Nach den Malversationen bei den Osterfestspielen werden wir den Sponsoren noch viel deutlicher klarmachen müssen, dass ihr Geld selbstverständlich zu hundert Prozent in das Programm fließt. Niemand in unserem Haus hat je auch nur einen einzigen Cent an Provisionen genommen.“

Die Präsidentin in der Charmeoffensive: Begleitet von einem Mitglied des Festspieldirektoriums, tourt sie mit einer Art Roadshow rund um den Erdball, emsig auf der Suche nach neuen Sponsoren und zahlungskräftigen Festspielbesuchern. „Wir können uns nicht selbstzufrieden zurücklehnen, weil wir eh erfolgreich sind – sondern wir müssen interessierte Menschen auf uns aufmerksam machen und nach Salzburg holen.“ Immer mit dabei: Plakate, Programmhefte, Slideshow, junge Künstler, die den Promo-Abend musikalisch umrahmen. Vor Ort versorgt ein hilfsbereiter Sponsor das Festivalteam mit illustrierter Einladungsliste und passender Location: in New York etwa die Morgan Library; organisiert hatte den edlen Rahmen Cynthia Polsky, Cousine jenes Donald Kahn, der den Salzburger Festspielen 4,8 Millionen Euro für das Haus für Mozart zu geben bereit war. „Aber das richtige Geld habe ich dann bei einem kleinen Abendessen mit vierzehn Leuten bekommen.“



**On Tour:** Salzburger Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler und Konzertchef Markus Hinterhäuser auf Sponsorensuche in der Kulturhauptstadt Istanbul.

Foto: W. Lienbacher

In London wiederum fand die edle Verkaufsparty in der österreichischen Botschaft statt; einer der anwesenden Gentlemen will die Präsentation nun für 150 beste Freunde in seinem Privathaus wiederholen.

Und gemeinsam mit ihrer jüngsten spendierfreudigen Eröberung, dem türkischen Industrie-Tycoon Ahmed Kocabiyyik, der ab 2011 drei Jahre lang internationale Gastorchestra finanziell absichern wird, versammelte sie Istanbul's Hautevolee im Nobelhotel Les Ottomans. „Natürlich darf man nicht erwarten, dass jemand sofort 100.000 Euro zückt. Aber eine Dame hat gleich den ganzen Sommer gebucht. Bei ihr habe ich das Gefühl, dass wir durchaus eine Chance hätten, wenn wir ihr ein gutes Projekt anbieten. Man kann keinen Sponsor gewinnen, indem man schlicht sagt: Bitte stopfen Sie unsere Finanzlücke.“

Sondern man muss ein maßgeschneidertes Projekt entwickeln – so wie etwa Jürgen Flimm das Young Director's Project mit Montblanc.“

## Geheime Mission in Brasilien

So stolz war die „Sponsor-Europameisterin“, dass ihr im abgelaufenen Krisenjahr nicht ein einziger Geldgeber abhanden gekommen war, im Gegenteil: In Sachen Sponsoring war 2009 das beste Jahr in der Geschichte der Festspiele überhaupt. „Und dann dieser Tiefschlag! Wir werden viel erklären müssen, keine Frage. Aber ich glaube, dass meine Argumentation sehr positiv aufgenommen wurde: Kriminelle Dinge können in jedem Unternehmen passieren. Es kommt darauf an, dass man sie gründlich und schnell bekämpft.“

Offensive Sponsoren-Information, im Guten wie im Schlechten. Am 22. Februar sollen Lösungs-

vorschläge der Wirtschaftsprüfer vorliegen, tags darauf werden in einer Sonderkuratoriumssitzung allfällige Konsequenzen beschlossen. Die Affäre habe sie ziemlich durchgebeutelt, gesteht Rabl-Stadler. „Aber ich bin froh, dass wir Brasilien nicht canceln konnten. Jener Sponsor, der uns für das Simon-Bolivar-Jugendorchester große Summen gegeben hat, hat alles schon so wunderbar organisiert. Markus Hinterhäuser und ich suchen Unterstützung für ein – noch geheimes – Projekt für nächstes Jahr, in dem er ja Intendant sein wird. Außerdem“, fügt sie hinzu, „ist es in diesen traurigen Tagen einfach schön, Menschen zu begegnen, die richtigerweise meinen, dass die Salzburger Festspiele weltweit einzigartig sind.“

## Das Geld, sein Schein und sein Wert

Justine Smith macht Geld zu Kunst und umgekehrt

Bettina Stimerder

London – Warum ist ein Stück Papier so viel mehr wert als ein anderes? Die englische, in London lebende Künstlerin Justine Smith arbeitete seit ihrer Studienzeit mit Papier. Ihr Papier hatte einen bestimmten Wert beim Ankauf und einen anderen, nachdem es zu Kunst verarbeitet wurde. Und wieder einen anderen, wenn es als käufliches Werk auf den Kunstmarkt gelangt und somit seine Wertschöpfung erfährt. Welche Kräfte in dieser letzten Phase am Werk sind, hat Justine Smith besonders interessiert. Kernstück ihrer letzten Ausstellung war eine Serie mit dem Titel *Prices*. Hundert signierte Arbeiten wurden zu einem vom Zufallsgenerator bestimmten Preis verkauft. Die unterschiedlichen Preise mussten sich an den individuellen Wertempfinden des Publikums messen und generierten so eine weitere

Ebene der künstlerischen Auseinandersetzung für Justine Smith.

Geld als Hochspannungsleitung für Macht und Einfluss, für Aggression und Zerstörung hat Justine Smith sich zum Thema gemacht. Das Faszinierende am Geldschein ist die Distanz zwischen dem hübschen Blatt Papier und dem dahinterliegenden Potenzial. Der Unterschied zwischen dem Gesagten und dem Gemeinten ist Ironie. Der Geldschein mit der ungeheuren Differenz zwischen dem Nominellen und dem Substantziellen bietet der Künstlerin einen riesigen Spielplatz. Wenn sie aus Geldscheinen mit Konterfeis von Diktatoren liebliche florale Skulpturen formt, erweiterte sie diese semantische Schlucht. Wenn sie aus Dollarnoten eine Handgranate oder einen Colt formt, gibt's nichts mehr zu interpretieren.

Doch nicht genug der Ironie. Seit der Finanzkrise ist Justine Smith gefragter denn je. Sie illustriert Buchcovers, taucht mit ihren Collagen und Skulpturen in der *Financial Times*, im *Independent* und in dieser Schwerpunktausgabe des STANDARD auf und ist auf großen Kunstmessen wie der eben zu Ende gegangenen London Art Fair zu sehen.



Justine Smith investiert Geld in Kunst – buchstäblich.

## Casting für die Burg

Das Wiener Burgtheater präsentiert das erste SchülerTheaterTreffen

Dorian Waller

Wien – Am Tag eins nach seiner Opernball-Premiere erzählte Burgchef Matthias Hartmann über die weitreichenden Folgen seiner ers-

ten kindlichen Theatererfahrungen in Sachen Berufswahl: Dass er Regisseur wurde, verdankt die Theaterwelt dem Zauber von *In 80 Tagen um die Welt*. Dann überließ er das Podium seiner Schwester Annette und deren Mann Peter Raffalt. Die beiden haben das Projekt *Junge Burg* initiiert; und die Öffnung des Theaters für junge Leute schreitet flott voran.

So zeigen diesen Samstag die zwölf Teilnehmer des „Theaterjahres“ – einer Art Berufsorientierung für 18- bis 24-Jährige – ihre erste eigenständige Arbeit im Vestibül: In Karl Bruckners *Krankheit der Jugend* (Regie: Peter Raffalt) stehen einige auf der Bühne, andere sind für Bühnenbild und Kostüme verantwortlich. Bewerbung für das kommende Jahr werden bereits entgegengenommen. Zuletzt waren es immerhin 480 Bewerbungen, aus denen zwölf Teilnehmer ausgesucht wurden.

Außerdem stellten Annette und Peter Raffalt am Freitag am Lusterboden ihr jüngstes Baby, das SchülerTheaterTreffen, der Öff-

fentlichkeit vor. Vom 23. bis 26. Juni werden freie und Schülertheatergruppen die Gelegenheit haben, auf einer der Burg-Bühnen zu spielen – und, wenn die Jury es will, auch den Theater-Oscar zu gewinnen. Ein Jurymitglied ist übrigens bereits bekannt: Burgstar Maria Happel.

Von allen Teilnehmern wird auch ein Publikumspreis vergeben, beide Auszeichnungen sind mit je 1250 Euro dotiert. Bereits seit Jänner können sich die Theatergruppen mittels DVDs bewerben. Sieben werden schließlich zum Treffen eingeladen. In den kommenden Wochen werden die Raffalts viel reisen und schauen müssen.

Ergänzt werden die Aufführungen durch Diskussionen und Workshops. Damit will die Junge Burg einerseits das Interesse für Theater stärken und andererseits selbst die Erwartungen der jungen Theaterspieler kennenlernen. Vielfalt an Themen und Genres ist deshalb erwünscht. [www.burgtheater.at](http://www.burgtheater.at)

## Gewinnspiel

Kampf um die Stadt. Politik, Kunst und Alltag um 1930



Revuegirl Rita Geörg, 1920er Jahre © Wien Museum

Gewinnen Sie mit dem STANDARD 10 x 2 Karten plus 10 Kataloge zur Ausstellung „Kampf um die Stadt. Politik, Kunst und Alltag um 1930“.

Noch bis 28. März zeigt das Wien Museum im Künstlerhaus ein Zeitgeschichte- und Kulturpanorama jener entscheidenden Jahre, als die Zukunft der jungen Republik auf der Kippe stand – zwischen Demokratie und Diktatur, Aufbruch und Resignation. Tiefe Risse zeigten sich in der Haltung zum Urbanen: Heimatkult gegen Offenheit, Scholle gegen Asphalt, „Rotes Wien“ gegen „schwarze“ Alpenrepublik.

Bis 28. März 2010  
Wien Museum im Künstlerhaus  
[www.wienmuseum.at](http://www.wienmuseum.at)

### Gewinnfrage:

Welche Frisur wurde in den 1920er Jahren zum Feindbild der Konservativen?

1. Der Bubikopf
2. Der Popperschnitt
3. Die Föhnwelle

### Einsendeschluss:

Montag, 22. Februar 2010  
[derStandard.at/Gewinnspiele](http://derStandard.at/Gewinnspiele)

Teilnehmen unter:  
DER STANDARD, Gewinnspiel  
Herrengasse 19–21, 1014 Wien  
E-Mail: [quiz@derStandard.at](mailto:quiz@derStandard.at)  
Formular: [derStandard.at/Gewinnspiele](http://derStandard.at/Gewinnspiele)  
Fax: 01/531 70-9216  
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Die Zeitung für Leserinnen

## KULTUR-TIPP TAGESAKTUELL

### LITERATUR

#### (Un)erhörte Liebe

Literarischer Spaziergang durch das Oberösterreichische Literaturmuseum mit der „Austria Guide“ Ute Sailer. Anschließend laden wir zu Kaffee und Kräpfeln!

StifterHaus, Linz, Adalbert-Stifter-Platz 1, So 12.15 Uhr  
OBERÖSTERREICH



Grafik: ASTI, Nicholas Handel-Mazzetti

### OPERETTE

»Das Land des Lächelns« von Franz Lehár. Steinitz, Blankenship, Hauser u. a.

Volkoper Wien, 19 Uhr  
9., Währinger Straße 78  
[tickets@volksoper.at](mailto:tickets@volksoper.at), Fax: 01/514 44-3669  
WIEN

bezahlte Anzeigen

Nähere Informationen: 01/531 70-132 und 133

HANS RAUSCHER

## Elsner und die Justiz: Menschenrechtswidrig



Helmut Elsner ist nicht zu helfen. Schon vor dem Bawag-Prozess nicht, als wohlmeinende Freunde ihm rieten,

ein Geständnis abzulegen und mit einer kurzen (teil)bedingten Gefängnisstrafe davonzukommen. Jetzt gibt Elsner Interviews aus dem Gefängnis, in denen er seine Bawag-Prozessrichterin und nunmehrige Justizministerin Claudia Bandion-Ortner als „strohdumme Person“ bezeichnet, die „vollkommen überfordert ist“.

Und trotzdem. Elsner sitzt nun im vierten Jahr in Untersuchungshaft. Das ist nach dem Urteil von Franz Fiedler, dem früheren Rechnungshofpräsidenten, früheren Richter, Staatsanwalt und nunmehrigen Vorsitzenden des Beirats der Antikorruptions-NGO Transparency International, schlicht und einfach menschenrechtswidrig (siehe Videointerview auf [derStandard.at](http://derStandard.at)).

Franz Fiedler ist eher ÖVP-nahe, er wurde schon als Kandidat für die Bundespräsidentenwahl in Erwägung gezogen, aber er ist ein unabhängiger Geist, und er hat sehr dezidierte Ansichten über den Zustand unserer Justiz (siehe Interview). Wenn sich so jemand derart eindeutig über den Skandal äußert, der Elsners andauernde U-Haft ist, dann muss man das ernst nehmen. Längst schütteln auch andere den Kopf. In Bankerkreisen spricht man sogar von Elsner als dem „einzigen politischen Gefangenen des Landes“.

Sich für Elsners Entlassung aus der U-Haft einzusetzen bringt die Gefahr mit sich, missverstanden zu werden. Elsner ist kein Sympathieträger, und er war schuldhaft in

einen der größten Bankenskandale der Nachkriegszeit verwickelt. Aber wer sich die Umstände seiner Verhaftung und Nichtenthaftung ansieht, dem wird kalt.

Kurzfassung: Elsner wurde unterstellt, er entziehe sich mit Hinweis auf eine Herzkrankheit den Vernehmungen. Als man ihn in Südfrankreich mit dem Porsche fahren sah, wurde seine Auslieferung beantragt und durchgeführt. Ein Simulant. Nur: Der im Porsche war er nicht. Und kaum war er in Österreich, musste ein fünffacher Bypass durchgeführt werden. In der Haft verschlechterte sich sein Gesundheitszustand massiv. Im Dezember 2008 signalisierte Richter Bandion seinen Anwälten eine Haftverschonung auf Kaution. Wenige Wochen später wurde sie Justizministerin, der nächste Haftrichter lehnte die Enthaftung x-mal ab.

Die Gefahr, dass Elsner in der Haft stirbt, ist gegeben. Seine Mitangeklagten sind alle auf freiem Fuß. Übrigens: Wo ist das Geld? Weiß nicht, sagt Mitangeklagter Flöttl, die Computerfestplatte ist leider hin. Elsners Einspruch gegen das Urteil liegt bei einem Richter, der jetzt entscheiden muss, ob seine Kollegin Bandion-Ortner einen Fehler gemacht hat. Die andauernde Haft wird geradezu absurd begründet. Der schwerranke Mann, dessen Vermögen eingefroren ist, könnte sich doch irgendwohin absetzen. Und weil Elsner zu seinen neunundneunzig Jahren für die Bawag in einer anderen Sache zu zweieinhalb Jahren verurteilt wurde, laufe die U-Haft jetzt sozusagen neu.

Experten wie Fiedler halten das für nicht stichhaltig. Und jeder halbwegs wache Bürger muss sich sagen: Das kann mir auch passieren. [hans.rauscher@derStandard.at](mailto:hans.rauscher@derStandard.at)

# Der Staat braucht Geld – und es ist nicht schwer zu finden

Es entstehen bereits wieder Finanzblasen, und das wird wieder teuer werden. Es wäre dabei so einfach: Maßnahmen, die das verhindern, würden helfen, die Staatshaushalte zu sanieren.

Christian Felber\*

**V**orweg: Die „Hehler“ am Beginn dieser Geschichte sind die Schweizer Banken, die hinterzogenes Geld geheimhalten und davon profitieren, und nicht Rechtsstaaten, denen dieses Geld gestohlen wurde und die sich Informationen über dessen Verbleib beschaffen. Und dennoch merkwürdig: Wenn Minister Schäuble Informationen über österreichische Steuerflüchtlinge in der Schweiz hat, erwartet die österreichische Regierung – zu Recht – „Amthilfe“. Wenn umgekehrt für Minister Schäuble Kontodaten von deutschen Steuerflüchtlingsbanken bei österreichischen Banken hilfreich wären, verweigert sie den nötigen Datenaustausch.

Laut medial kolportierten Schätzungen liegen in Österreich 70 Milliarden Euro an ausländischen Geldern aufgrund des Bankgeheimnisses. Angenommen, sie würden im Jahr mit durchschnittlich acht Prozent verzinnt und die Erträge mit 40 Prozent besteuert, dann entgingen den ausländischen Finanzämtern aus diesem Titel 2,2 Milliarden Euro pro Jahr, Vermögenssteuern noch unberücksichtigt. Eine „Steuerschuld-CD“ aus Österreich wäre also deutlich ertragreicher als jene aus der Schweiz.

Besser noch wäre der überfällige Beitritt Österreichs zur EU-Zinsrichtlinie. 25 von 27 EU-Staaten melden bereits Zinserträge automatisch über die Grenze, nur noch Luxemburg und Österreich ist der nationale Egoismus heiliger als die europäische Kooperation.

Die Zinsrichtlinie hat zwar noch riesige Schlupflöcher, diese können aber umso schneller geschlossen werden, je rascher die Letzten mitmachen. Dann erst kann die Forderung an die Schweiz und andere Drittstaaten, als Gegenleistung für den freien Kapitalverkehr die steuerrelevanten Daten herauszurücken, glaubwürdig und ultimativ gestellt werden. (Dann würde sich der florierende CD-Handel erübrigen.)

Werden Kapitaleinkommen genauso selbstverständlich an das Finanzamt gemeldet wie Arbeitseinkommen, können diese endlich auch der Einkommenssteuer unterworfen werden und noch besser auch gleich der Sozialversicherungspflicht. Es ist nicht nur

ungerecht, sondern auch ein Anachronismus, in einer Zeit, in der die Kapitaleinkommen einen immer höheren Anteil am Volkseinkommen ausmachen und die Lohnquote schrumpft, Nichtarbeitseinkommen steuerlich besser zu stellen und sie von der Sozialversicherungspflicht auszunehmen. Für jene bis zu 150 Millionen Euro, die „46 reiche Familien“ beim Wiederverkauf der Hypo Alpe Adria laut Medienberichten „verdient“ haben, zahlten die österreichischen Investoren a) keinen Cent Steuer und b) keinen Cent Sozialversicherungsbeitrag. Welche „Leistung“ erbringen diese Reichen, dass ihre Einkommen derart geschont werden? Und wie wirkt das auf die steuerzahlende und sozialversicherungspflichtige Masse?

Auch von den Banken bekommt der Staat fast nichts. 2007 betrug die Konzerngewinne 5,11 Milliarden Euro, die Steuerleistung in Österreich 346 Millionen. Dennoch wehren sich Walther Rothersteiner (RZB), Andreas Treichl (Erste) und Willibald Cernko (Unicredit) wortgewaltig gegen einen Beitrag zur Bewälti-

bei Verlust schreibenden Banken kontraproduktiv und würde c) verhindern, dass Banken staatliches Stützungskapital zur Hebung der Kernkapitalquote verwenden, und sie würde d) auf die Kunden abgewälzt. Alle vier – vorgeschoben – Argumente würden sich erübrigen, wenn die Steuer nicht an der Bilanzsumme ansetzt, sondern bei der Gewinnausschüttung. Die Banken tun so, als hätten sie nur Kunden, aber keine Aktionäre. Die Hälfte der Ausschüttungen sollte solange als Steuer in die Staatskasse fließen, bis a) sämtliche Bankenrettungskosten zurückgezahlt sind und b) sämtliche Filialen der Banken in Steueroasen geschlossen sind. Es ist ein Skandal, dass Banken, die mit Steuergeldern gerettet werden, Filialen in Steueroasen unterhalten und auf diese Weise ihre Steuerleistung drücken dürfen.

Ein dritter Konsolidierungsweg: Die EU könnte sich sämtlicher Haushaltssorgen entledigen, wenn sie endlich die Finanztransaktionssteuer umsetzt. Das Institut für Höhere Studien hat berechnet, dass in einem mittleren Szenario (Steuersatz 0,1 Prozent, Rückgang des Aktienhandels um zehn Prozent und des Derivatehandels um 80 Prozent) ein Steueraufkommen von 270 Milliarden Euro zustande käme. Das ist exakt das Doppelte des EU-Etats: 135 Milliarden Euro. In Österreich würde eine Finanztransaktionssteuer von 0,3 Prozent jährlich rund 2,5 Milliarden Euro einspielen.

In Anbetracht der unmittelbar vor uns liegenden Entwicklungen – a) stark steigende Staatsschulden und Schuldendienst, b) krisenbedingt sinkende Staatseinkommen, c) höhere Staatsausgaben infolge steigender Arbeitslosigkeit, d) Gemeindefinanzkatastrophe ab 2011, e) neue Finanzblasen, die bersten und weitere Kosten für die öffentlichen Haushalte bescheren werden – sollten alle genannten Steuermaßnahmen umgesetzt werden. Für dringend nötige Investitionen in die ökologische Wende und soziale Infrastruktur (Pflege, Gesundheit, Bildung) sollten auch Vermögenssteuern herangezogen werden. Leitlinie: Je reicher ein Land ist und je ungleicher dieser Reichtum verteilt ist, desto größer sollte der Beitrag der Vermögens-, Schenkungs- und Erbschaftssteuern zum Staatshaushalt sein.

\*Christian Felber ist freier Publizist, Universitätslektor und Mitbegründer von Attac Österreich. Zuletzt erschien von ihm „Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise“ bei Deuticke.

## ERRATA

### Die Geister, die wir riefen

Wir hätten besser die Finger davon gelassen. Auf dem Stimmzettel der Wiener Volksbefragung haben wir einen sprachlichen Lapsus entdeckt. Die Melange darüber war eine Herausforderung für viele. Es wurde uns gezeigt: Was die Stadt Wien kann, das kann DER STANDARD auch und öfter.

Das war zum Beispiel dieser Fallfehler: „Während das eine Österreich den 65. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers in Auschwitz gedenkt, nimmt ein Abgeordneter der FPÖ Kontakt mit ungarischen Neonazis auf.“

Man erinnerte sich daran: „Fest steht jedenfalls, dass die afghanische Staatsspitze ohne dem Ausland nicht handlungsfähig ist.“

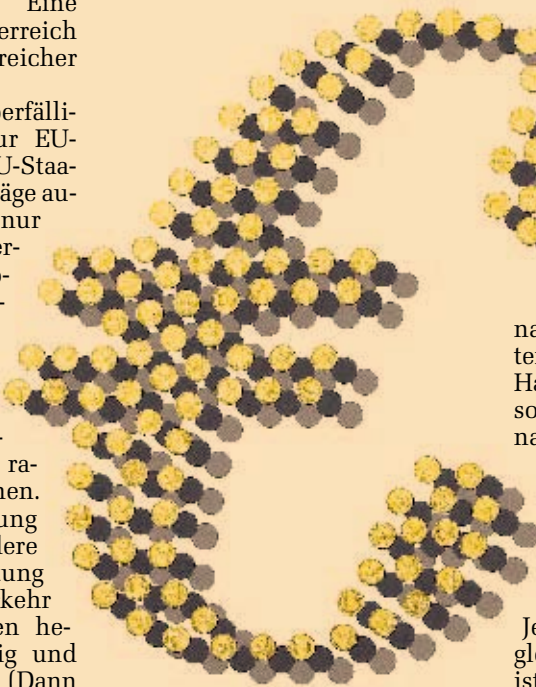
Wir forderten das Schicksal heraus, als wir den Finger auf eine fremde Wunde legten. Der Wissenschaftler des Jahres Rudolf Grimm wurde zum Peter Grimm, aus der Persephone wurde eine Persephone, aus dem steiermärkischen Finanzlandesrat Christian Buchmann haben wir einen Christian Bucher gemacht. Auf dem Opernball sichtigten wir einen Franz Pröll – nein, kein neues politisches Talent aus dieser Familie, es war einfach der Vizekanzler Josef Pröll gemeint.

Wir haben uns recht ordentlich verstiegen – auf die Seegrube. Wir haben über den geringen Erfolg eines VIP-Zeltes geschrieben, das dort zur Zeit der Fußball-EM 2008 gestanden ist, „1905 Meter über Innsbruck“. Das waren hübsch ein paar Meter zu viel: Die Tiroler Landeshauptstadt liegt auf einer Seehöhe von 574 Metern, bis zur Seegrube sind es dann noch 1331 Meter Höhenunterschied.

Wie man sich aber erst in der Weite Kanadas verlieren kann! Die Olympiastadt Vancouver haben wir vom Pazifik an den Atlantik verlegt, von der West- zur Ostküste. Unsere Wintersportler sind trotzdem angekommen, wie sie runterkommen, wird sich weisen.

Immerhin wussten wir zu berichten, dass die kanadische Regierung die Ureinwohner des Landes für erlittenes Unrecht entschädigt hat. 1,3 Millionen Menschen haben 1,3 Milliarden Euro erhalten, was nach unserer Rechnung ein Euro pro Person war. Wenn sich der Differenzbetrag nicht auf einer Steuersünder-CD findet, werden es 1000 Euro pro Person gewesen sein. Otto Ranftl

Leserbeauftragter  
[otto.ranftl@derStandard.at](mailto:otto.ranftl@derStandard.at)





# So einfach könnte der IWF die (Um-)Welt retten

Es wird nicht genügen, was den Entwicklungsländern bisher an Geld zur Bewältigung des Klimawandels versprochen wurde. Ein mit 100 Milliarden Dollar dotierter „Grün-Fonds“ würde aber sogar Gewinn bringen.

George Soros\*

Während sich alle einig sind, dass die entwickelten Länder die in Entwicklung begriffenen Länder im Umgang mit dem Klimawandel unterstützen müssen, ist man uneins, woher das Geld dafür kommen soll. Die entwickelten Länder sind da zögerlich. Sie erleben gerade einen sprunghaften Anstieg ihrer Staatsschulden und erkennen, dass sie ihre Volkswirtschaften ankurbeln müssen. Das schlägt sich auf ihre

Haltung nieder. Wie es aussieht, ist man in der Lage, einen Schnellschuss-Fonds von zehn Milliarden Dollar jährlich für die nächsten paar Jahre zusammenzustoßeln, aber mehr passt nicht in die Staatshaushalte. Das wird den Entwicklungsländern nicht genügen.

Ich meine, dass dieser Betrag zumindest verdoppelt und über einen längeren Zeitrahmen garantiert werden könnte.

Die Regierungen der entwickelten Länder stöhnen unter dem falsch verstandenen Anspruch,

dass das Geld aus ihren Haushalten kommen muss. Das ist aber gar nicht der Fall. Sie haben das Geld nämlich schon. Es liegt faul auf ihren Konten und in den Gewölbchen des Internationalen Währungsfonds. Es wäre einsatzbereit, ohne dass es die Budgetdefizite der einzelnen Länder vergrößern würde. Man müsste es nur anzapfen.

Im September 2009 gab der IWF 283 Milliarden an Sonderziehungsrechten aus. Das ist ein obskures Finanzinstrument, aber im Wesentlichen eine zusätzliche Möglichkeit des Währungsaustauschs. Man kann Sonderziehungsrechte nur dazu verwenden, sie in eine von vier Währungen einzuwechseln. Ab diesem Zeitpunkt werden sie auf dem Niveau kurzfristiger staatlicher Schatzwechsel verzinst. Derzeit liegt dieses Zinsniveau unter einem halben Prozent. Von den 283 Milliarden gingen mehr als 150 Milliarden an die 15 größten Volkswirtschaften. Die Sonderziehungsrechte werden unberührt auf den Konten dieser Länder liegen, die diese zusätzlichen Reserven eigentlich nicht einmal brauchen.

Ich schlage vor, dass die entwickelten Länder – zusätzlich zur blitzschnellen Einrichtung eines Zehn-Milliarden-Dollar-pro-Jahr-Fonds – sich zusammenreden und Sonderziehungsrechte im Umfang von 100 Milliarden Dollar gebunden auf 25 Jahre in einem „Grün-Fonds“ bündeln, der den Entwicklungsländern zur Verfügung steht. Dieser Fonds wäre ein Turbo für Waldbau-, Landwirtschafts- und ökologische Projekte. Das sind die Bereiche, die das größte Potenzial für die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen haben und beträchtliche Profite aus den CO<sub>2</sub>-Märkten generieren könnten. Das ist weitreichender, als einfach CO<sub>2</sub> zu reduzieren, und geht in die Lukrierung von Profiten aus ökologischen Projekten, die unabhängig vom CO<sub>2</sub>

Thema sind. Sie ermöglichen nachhaltigere, widerstandsfähigere Landwirtschaften.

Es ist eine einfache und praktische Idee. Und es gibt einen Präzedenzfall. Großbritannien und Frankreich liehen kürzlich zwei Milliarden Dollar in Gestalt von Sonderziehungsrechten an einen Sonderfonds des IWF zur Unterstützung der ärmsten Länder. Der IWF übernahm die Haftung für Kapital und Zinsen der Sonderziehungsrechte. Hier könnte man dasselbe tun.

Ich schlage weiter vor, dass die Mitglieder zustimmen, dass die Goldreserven des IWF für Zinsen und die Rückzahlung des Kapitals haften. Der IWF hat viel Gold, mehr als hundert Millionen Unzen zu einem historischen Buchwert, der Marktwert liegt um 100 Milliarden Dollar höher. Es wurde bereits beschlossen, dieses zum Wohle der am geringsten entwickelten Länder einzusetzen. Der vorgeschlagene „Grün-Fonds“ würde diese Voraussetzungen erfüllen.

Das bedeutet, dass die entwickelten Länder, die Sonderziehungsrechte verleihen, weder Zinshaftung noch Kapitalhaftung tragen müssten. Dabei gibt es noch ein paar wesentliche technische Probleme der Zinsbehandlung, besonders in den USA, zu lösen.

Diese standen schon früheren Versuchen, die Sonderziehungsrechte in Einsatz zu bringen, im Wege. Beim „Grün-Fonds“ dürften sie keine Rolle spielen.

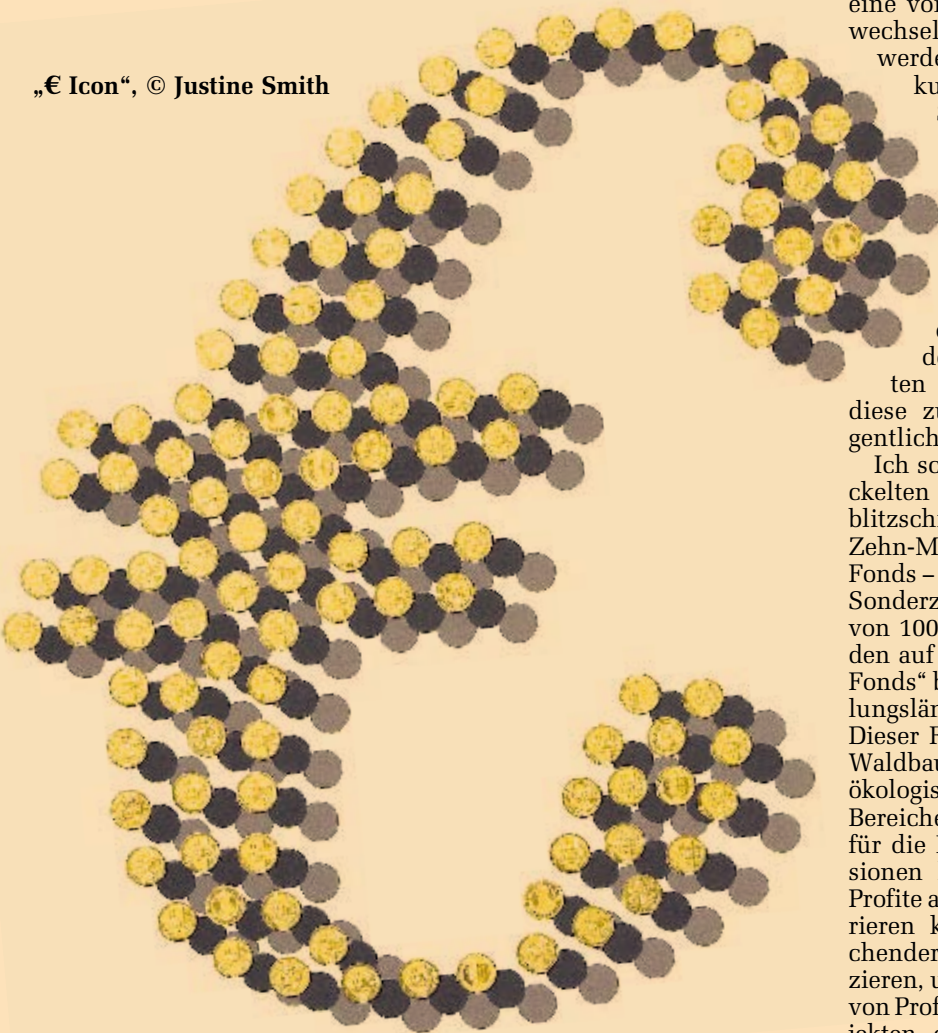
Für den Grün-Fonds gibt es drei schlagende Argumente. Erstens: Der Grün-Fonds finanziert sich selbst und vermehrt sich vielleicht sogar. Zweitens: Er macht nur Profit, wenn die entwickelten Länder in die richtigen Projekte investieren. Drittens: Das Geld ist sofort einsatzbereit.

Aus diesen Gründen sollten die entwickelten Länder meinen Vorschlag annehmen. Das Schlüsselargument ist, dass man die notwendige Summe zur Bekämpfung der globalen Erwärmung hat, indem man die existierenden Sonderziehungsrechte und Goldreserven des IWF verteilt, anstatt Zinsen dafür zu zahlen.

Alles, was man bräuchte, wäre der politische Wille. Die Tatsache, dass man dafür die Zustimmung des US-Kongress braucht, erstickt die Sache im Keim, wenn sich kein öffentlicher Druck und Druck seitens der Entwicklungsländer aufbaut.

\*George Soros ist Vorsitzender des Soros Fund Management und des Open Society Institute. Sein jüngstes Buch trägt den Titel „The Crash of 2008“. © Project Syndicate, 2010. Aus dem Englischen von Bettina Stimedter.

„€ Icon“, © Justine Smith



ANTONIO FIAN

## Marrakesch

(Ein Kinosaal. Testscreening des Melodrams „Marrakesch“. In der letzten Reihe, nebeneinander sitzend, der Produzent und seine Gattin.)

Auf der Leinwand ein Flugfeld im Nebel. Im Hintergrund eine startbereite Maschine der Air Maroc. Im Vordergrund die Sozialdemokratische Partei Österreichs (dunkles Kostüm, Hut) und André Heller (Trenchcoat, Hut). Heller hat seinen Arm um die Sozialdemokratische Partei Österreichs gelegt. Leise Musik von Streichern.)

HELLER: Ich hatte mir ein Jahr Exerzitien verordnet, um mich quasi neu zu vermessen, mir so tief wie möglich auf den Grund zu gehen, mich nach hohlen Stellen abzuklopfen und wo nötig behutsam nachzujustieren. Ich war viel auf Reisen gewesen an hilfreiche Orte, hatte die ersten 200 Seiten eines Romans geschrieben, Aquarelle gemalt und neun Lieder erarbeitet, für eine eventuelle Veröffentlichung. Und natürlich hatte ich immer wieder meine große Baustelle nahe Marrakesch in Marokko besucht. Dann aber war ich zurückgekehrt zu dir, weil ich dich immer noch liebte. Aber – (er schließt den Arm fester um sie) – wie fand ich dich vor?! Beschämend geistlos, ohne Einsicht, ohne Würde, krasser Mangel herrschte vor an Autorität und Gestaltungswillen. Sofort war mir klar, dass dies das Ende jenes berühmten von Kreisky erbetenen „Stücks eines gemeinsamen Weges“ war. (Nahaufnahme der Gesichter. Tränen rinnen über die Wangen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.)

HELLER: Darum gehe ich zurück nach Marrakesch, wo ich mich bemühe, auf einem Areal von siebeneinhalb Hektar meine bisherige Lebenserfahrung und das mir bewusste Wissen meiner Seele auf sinnlichste Weise dreidimensional erfahrbar werden zu lassen. Unter anderem in Form von zwölf sehr unterschiedlichen Gebäuden, einem Paradiespark, Kunstinstallationen, Heilräumen, Wasserspielen, Labyrinth, einer Ausstellungshalle, Ateliers, Wunderkammern, einer kleinen Farm und 5000 m<sup>2</sup> Kräutergarten. Teile davon werden eines Tages fürs Publikum geöffnet werden, weil ich immer gerne meine Vorstellungen von Schönheit, Kraft und Ermutigung mit anderen teile. Nun adieu. (Er wendet sich ab und geht zum Flugzeug. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, ihre Tränen niederkämpfend, blickt ihm nach. Die Kamera fährt zurück. Die Streicher lauter. Der Schriftzug „Ende“ erscheint. Der Vorhang geht zu, das Licht im Saal an.)

PRODUZENT: Großartig, nicht? Erst der Monolog, dann ihre Tränen, und wie er sich trotzdem abwendet und einfach geht, und niemand weiß, wird er je wieder zurückkommen aus Marrakesch ...

GATTIN: Warum kommt mir das so bekannt vor?

PRODUZENT: Weil es ein Remake ist. Ein Adieu, Falterfilm 2008. Wundert mich, dass du den gesehen hast. Billigsdorferproduktion, aber nicht schlecht gemacht. Manche Dialoge haben wir wörtlich übernommen. Und jetzt ist es richtig großes Kino.

GATTIN: Nein. Schlechte Schauspieler. Man hätte den Heller nie mit Heller besetzen dürfen.

PRODUZENT: Muliar ist halt leider schon tot.

GATTIN: Aber Alfons Haider lebt noch. (Vorhang)

Material: „André Heller: „Beschämende Geistlosigkeit, radikales Fehlen an Einsicht und Würde“, news.at, 27. 1. 2010; „Ein Adieu“, Falter 40/2008

## Das große Reformpotenzial für den Opernball

Begrüßt werden wie vom Papst: Das kann noch besser werden

Thaddäus Podgorski\*

Nach einer angemessenen Zeit der Besinnung, aber auf keinen Fall zu spät, auf jeden Fall solange man noch den wehmütigen Abschiedsgesang des scheidenden Operndirektors im Ohr und die Ballfrisur der bleibenden Opernballchefin Desiree Treichl-Stürgkh in Erinnerung hat, sollten sich die Verantwortlichen, wer immer das sein mag, zusammensetzen, am besten im Mahlersaal, und über einen Relaunch des Events wenn schon nicht nachdenken, so doch wenigstens darüber reden.

Der seit Jahren von der Oper scheidende Operndirektor wollte am letzten Opernball seiner Ära noch retten, was zu retten war, und begrüßte die bunt zusammengewürfelte, sozial etwas unverträgliche Gästeschar wie der Heilige Vater. In mehreren Sprachen. Wobei ich mir nicht sicher bin, ob der Heilige Vater den rumänischen Ablass-Segen im Repertoire hat.

Ob der kommende Operndirektor in die großen Fußstapfen sei-

nes Vorgängers treten wird, ist ungewiss. Aber Menschen, die Meyer heißen, haben für dieses Land schon sehr viel geleistet.

Dennoch wird Ioan Holender fehlen. Es ist zu hoffen, dass man dieser Tatsache, wie in Österreich Sitte, mit einem gut dotierten Konsulentenvertrag gerecht wird. Da der scheidende Operndirektor erst im September scheidet, könnte er ja noch im Sommer die Salzburger Festspiele für eine Kooperation mit dem Opernball gewinnen.

Da sind es vor allem die Sponsoren, die man nach Wien locken könnte. Wenn sie nicht gerade im „Häfn“ sind. Das wäre das geringste Problem. Unsere Justizministerin ist in dieser Sache sehr kooperativ und könnte zweifellos erwirken, dass VIP-Häftlinge ihre Opernball-Logen mit elektronischen Fußfesseln aufsuchen. Diese Fesseln sind so gut wie unsichtbar und stören nur beim Linkswalzer.

Als Erstes muss aber das Grundübel beseitigt werden. Und das ist nach Holender die Fernsehübertragung. Das finde ich etwas unge-

recht. Die Opernball-Übertragung ist ein Gesamtkunstwerk. Ohne sie gäbe es schon lange keinen Opernball mehr.

Weit gefehlt, sagt der Operndirektor, das Fernsehen zieht nur magisch das miese Publikum an. Aber die Alternative ist noch schrecklicher: Entweder ein mieses Publikum oder gar keines.

Eine Möglichkeit, zu elitärem Publikum zu kommen, wäre zweifellos ein Joint Venture mit dem Marchfelderhof. Dort schlummert ein ungeheures Potenzial. Und bei dem einen oder anderen fiele auch der rumänische Segen „Urbi et Orbi“ auf fruchtbaren Boden.

Aber jammern nützt nichts. Es sollten sich einmal die richtigen Leute mit diesem Problem befassen. Es sollten sich Alfons Mensdorff-Pouilly mit Maria Rauch-Kallat, Exminister Karl-Heinz Grasser mit seiner Fiona Pacifico Griffini-Grasser oder der Kärntner Eurofighter-Promotor Gernot Rumpold und die wichtigsten Leute von der Bank Hypo Alpe Adria an einen runden Tisch setzen und Nägel mit Köpfen machen.

\*Der Autor war von 1986 bis 1990 Generalintendant des ORF.



Podgorski: Opernball reformieren, aber richtig.

Foto: Cremer

KRISE, LISSABON UND DIE FOLGEN

## Macht in Europa neu verteilt

Thomas Mayer

In der vergangenen Arbeitswoche wurde auf allen Ebenen der Europäischen Union Geschichte geschrieben. Erst seit zwei Monaten ist der neue EU-Vertrag von Lissabon in Kraft. Im Verbund mit der anschwellenden Bewährungs-Krise der Währungsunion wird nun aber schon deutlich, wohin die Reise konkret geht. Die Fakten:

Mittwoch hat das Europa-Parlament die EU-Kommission gewählt, der sie zuvor die Daumenschrauben angelegt hatte. Sie wurde erst nach bisher undenkbar Zugeständnissen bestätigt. Präsident Barroso verpflichtete sich dazu, das Parlament in alle Gesetzgebungsakte einzubinden, gestand ihm indirekt ein Initiativrecht für EU-Vorhaben zu.

Das hinderte das Parlament nicht daran, das Swift-Abkommen zum Bankdatenaustausch knallhart zu Fall zu bringen. Die EU-Minister hatten zuvor jede Mitsprache verweigert. Kommission, Ministerrat und USA sind jetzt brüskiert. Grundrechte und die Bürger haben Vorrang.

Gleichzeitig wurde in Paris und Berlin entschieden, dass man nicht zuschaut, wenn der Euro, das zentrale Projekt der Union, durch Schuldenmacherei der Südstaaten und Untätigkeit in Brüssel und Frankfurt kaputtgemacht wird.

Es kommt dabei zu einer gewaltigen Verschiebung der Mächte und Einflussphären – mit Vorteilen und Gefahren für die Union. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, aber auch die seit zehn Jahren auf Eis gelegten Reformanstöße im neuen EU-Vertrag erzwingen dies – so sehr sich Einzelne bemühen, den Zug aufzuhalten, das National-Kleinräumige zu beschwören. Vier Tendenzen gibt es:

1. Die EU-Kommission, seit Jahrzehnten die zentrale Gemeinschaftseinrichtung schlechthin, Hüter und Motor der Integration, verliert an Gewicht. Die Barroso-Truppe muss Teamarbeit mit den EU-Mandataren neu lernen.

2. Im Gegenzug ist das Europäische Parlament in Straßburg dabei, gehörig an Macht und Einfluss zu gewinnen – auch gegenüber den nationalen Parlamenten und Regierungen. Das ist gut, es verspricht Demokratisierung der EU. Bürgerrechte und Kontrolle bekommen mehr Gewicht.

3. Die 27 Staats- und Regierungschefs machen unter ihrem neuen Präsidenten Herman Van Rompuy offenbar Ernst mit dem Vorhaben, permanent und auch operativ ins Tagesgeschäft einzugreifen. Die Gefahr: Sie sind ihren nationalen Parlamenten, nicht aber Straßburg gegenüber rechenschaftspflichtig. Man will eine gemeinsame „EU-Wirtschaftsregierung“ schaffen, sagte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Eine Sensation. Davon träumt Frankreich schon lange. Verlierer dieser Entwicklung sind der „Allgemeine Rat“, die EU-Ministerebene, die Außen-, Wirtschafts- und Finanzminister. Und die neue EU-Außenministerin Ashton sitzt zwischen allen Stühlen.

4. Aus dem Hintergrund rückt – ausgelöst durch die Schuldenkrise in Griechenland – die mächtige Euro-Gruppe nun in den Vordergrund. Bisher steuerte sie eher diskret mit. Kerneuropa wird stärker, wenn man so will.

DALAI LAMA IM WEISSEN HAUS

## Freundlichkeit ist Schwäche

Markus Bernath

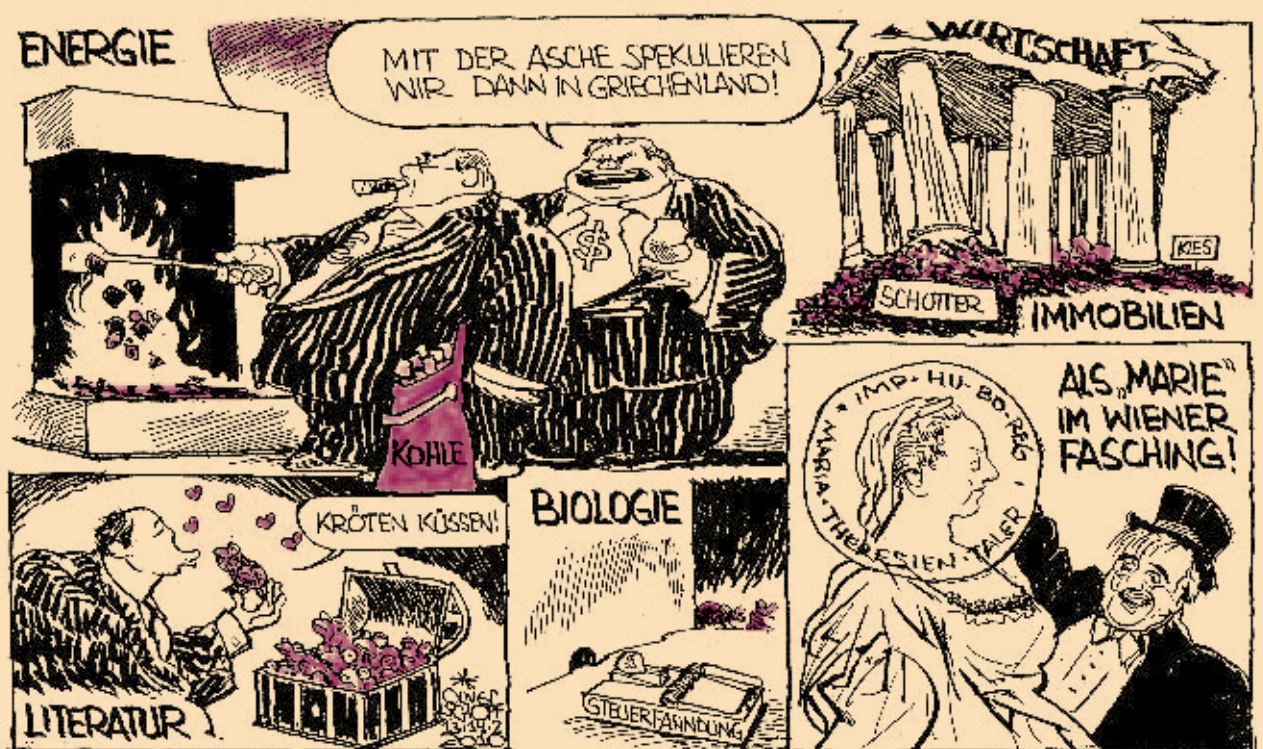
Bill Clinton hat es getan, die Bushs – Vater und Sohn – haben es getan, und Barack Obama wird es auch tun: eine halbe Stunde Präsidentenzeit für den Dalai Lama im Weißen Haus. Chinas Führer wussten es vorher, und von keinem Geringeren als dem US-Präsidenten selbst. Barack Obama hatte seinen Gesprächspartnern in Peking vergangenen November versichert, dass er keine andere, politisch störendere Linie in der Tibet-Frage verfolgen werde. Dennoch macht die KP-Führung nun großes Theater.

Im 61. Jahr der Staatsgründung gibt China gern den jungen wilden Mann. Tibet und die reflexhaft hervorgestoßenen Drohungen gegen Dalai-Lama-Gastgeber im Westen sind dafür nur ein Beispiel. Geht es um Taiwan, die einzige voll funktionierende chinesische Demokratie auf dem Planeten, trommeln Chinas Staatsvertreter auch sogleich auf ihren Brustkorb. Noch vor ein paar Jahren sind diese Gebärden als Ausdruck der Schwäche, als Überspielen eines Minderwertigkeitsgefühls verstanden worden. Heute geht es um Machtanspruch und Einschüchterung.

Die skandalösen jüngsten Langzeit-Hafturteile gegen Dissidenten, die ungebremste Aufstellung von Kurzstreckenraketen auf dem Festland gegenüber Taiwan, die nach Gusto beginnenden und wieder endenden Scheinverhandlungen mit Emissären des Dalai Lama über eine Autonomie Tibets, die diesen Namen auch verdienen soll – das alles zeigt die egozentrische, einer Öffnung nach innen wie außen grundsätzlich abgeneigte chinesische Führung. Die Welt ist gut und nett, solange sie Chinas „friedlichen Aufstieg“ nicht belästigt. Andernfalls wird auf den Putz gehaut, gedroht und getrotzt.

Barack Obama ist in den USA kritisiert worden, weil er aus Rücksicht gegenüber Peking nicht schon früher den Dalai Lama einlud. Die Chinareise des Präsidenten war ohnehin ein Flop. Freundlichkeit wird in Peking als Schwäche verstanden, Prinzipienfestigkeit aber geschluckt.

Wo ist das Geld? – Spurensuche seiner Vielgestaltigkeit



derStandard.at/Caroons

## Zeit, Konsequenzen zu ziehen

Es muss verhindert werden, dass Banken weitermachen können wie vor der Krise

Alexandra Förderl-Schmid

In diesen Tagen wird überall Bilanz gezogen. Und siehe da, insbesondere für die Banken ist es im sogenannten Krisenjahr 2009 nicht schlecht gelaufen: Die Deutsche Bank meldete einen Nettogewinn von fünf Milliarden Euro, das große US-Institut Goldman Sachs freute sich über umgerechnet 9,6 Milliarden Euro, JP Morgan über 8,4 Milliarden.

Ein Großteil der Milliardengewinne geht auf Investmentbanking zurück, also das Geschäft mit Aktien, Anleihen und Derivaten. Viele Institute sind noch risikofreudiger geworden, weil sie sicher sein können: Sie werden im Fall eines Scheiterns aufgefangen. Überdies werden wieder Millionen an Boni für Banker ausgeschüttet.

In einem Jahr, in dem Staaten, Zentralbanken und Finanzorganisationen für die Bankenrettung zur Verfügung gestellt haben, sorgen solche Ergebnisse nicht für Bewunderung, sondern für Unmut in der Bevölkerung. Denn die mit öffentlichem Geld gestützten Banken haben das Krisenjahr überraschend gut überstanden, während der wirtschaftliche Abschwung weltweit viele Menschen arbeitslos gemacht hat. Dass bisher kaum Konsequenzen aus der Krise gezogen wurden, steigert die allgemeine Wut auf die Bankensitze. Zu dieser Stimmung tragen Banker wie Josef Ackermann bei, die Forderungen nach einer strengeren Regulierung barsch ablehnen.

Politiker weltweit reagieren indes sensibler auf den berechtigten Unmut der Steuerzahler. Denn bisher wurde in internationalen Gremien zwar viel diskutiert, aber wenig beschlossen. Dies gilt auch für die Rating-Agenturen, die mit ihren Aussagen entscheidend zur Finanzkrise beigetragen haben, über deren Rolle aber nicht gesprochen wird.

US-Präsident Barack Obama will nun den Banken die Kosten für ihre eigene Rettung mittels einer Sonderabgabe aufbrummen. Weiters will er Banken in ihrer Größe beschneiden. In Großbritannien liebäugelt der mögliche Wahlgewinner David Cameron mit Obamas Weg, während der Amtsinhaber in der Downing Street, Gor-

don Brown, es vorerst bei einer Besteuerung der Bankerboni belassen will. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy will die G-20-Präsidentschaft hervor nutzen, um das ganze Weltfinanzsystem zu ändern und dem Weltwährungssystem von Bretton Woods zu einer Renaissance zu verhelfen.

In Österreich hat Bundeskanzler Werner Faymann den Bankengipfel für den 22. Februar einberufen. Die bisherigen Vorschläge von politischer Seite reichen von einer Besteuerung der Banken nach ihrer Bilanzsumme, wie dies Faymann fordert, bis zu einem Obolus auf Spekulationen. Höhe-

re Eigenkapitalquoten sind in Diskussion.

Welches Modell nun in den Verhandlungen mit den Bankenvertretern auch vereinbart wird: Klar ist, dass sich die Banken an den Kosten, die die Wirtschaftskrise verursacht hat, beteiligen müssen. Sie können auch nicht ihre Kunden, die bereits als Steuerzahler ihren Beitrag geleistet haben, noch einmal zur Kasse bitten. Es ist ohnehin höchst an der Zeit, dass nach dem Krisenmanagement nicht nur Bilanzen, sondern auch Konsequenzen gezogen werden. Auch Banken dürfen nicht weitermachen können wie bisher.

## KOPF DES TAGES

### Italiens Held der Nation stolpert über Sexskandal



Guido Bertolaso (60) ist Chef des italienischen Zivilschutzes. Foto: Reuters

Sagt uns, dass es nicht wahr ist!“, flehte die Tageszeitung *La Stampa* in ihrem Leitartikel. So dachten vermutlich auch Millionen Italiener, als sie am Mittwoch eine Schlagzeile der Tagesschau aufschreckte. Guido Bertolaso der Korruption angeklagt? Der Held der Nation, der in der Beliebtheitskala gleich nach dem Staatspräsidenten und deutlich vor dem Papst rangiert, in eine Bestechungs- und Sexaffäre verwickelt?

Der 60-jährige Familienvater, der Neapel vom Müll befreit und die Erdbebenhilfe in den Abruzzen geleitet hat, gilt der Bevölkerung als Verkörperung jener Effizienz und Tatkraft, die ihr Staat so oft vermissen lässt. Bei Erdtrübsen, Waldbränden und Katastrophen aller Art wirkt die blaue Jacke des Arztes mit dem Logo der Protezione Civile als Garantie für Zuverlässigkeit und rasche Hilfe.

Der in Großbritannien ausgebildete Tropenmediziner hatte zunächst ein Krankenhaus in Kambodscha geleitet und sich dann im Auftrag des Außenministeriums um humanitäre Einsätze in Krisengebieten gekümmert. 1996 wurde der Sohn des ersten italienischen Starfighter-Piloten von Premier Romano Prodi zum Chef des Zivilschutzes ernannt. Mit wachsendem Unbehagen registrierten seine Wider-

sacher, wie Bertolaso Einfluss und Macht seiner Behörde von Jahr zu Jahr stärkte. Vom G-8-Gipfel zur Radweltmeisterschaft, vom Rinderwahn zum Schutz der Kulturgüter – der Staatssekretär sollte es richten. Dabei kam ihm zugute, dass der Zivilschutz kraft seiner Befugnisse lästige Gesetze und Kontrollen locker umgehen kann.

Von der Bestechung enger Mitarbeiter, die sich für Bauaufträge mit Limousinen, Urlaubsreisen, Aktien, Prostituierten und Geschenken aller Art entlohnen ließen, will Bertolaso nichts bemerkt haben. Süffisant spekulierten Medien über die Art der „Nachbehandlungen“ im Wellnessclub, von denen er in Telefonmitschnitten schwärmt. Es handle sich um „Rückenmassagen einer Physiotherapeutin“, stellte der empörte Zivilschützer klar.

Den Vorwurf der Korruption wies er verletzt zurück: „Ich bin ein treuer Diener des Staates.“ Seinen Rücktritt hat Silvio Berlusconi abgelehnt. Der Regierungschef hatte Bertolaso eine Beförderung zum Minister versprochen. Dem könnten einflussreiche Kritiker wie Finanzminister Giulio Tremonti jetzt einen Riegel vorschieben. Denn wie auch immer die Ermittlungen enden – das ungetrübte Bild des Helden der Nation hat Schrammen abbekommen. Gerhard Mumelter



**Reportage** Mit dem Operndorf von Schlingensiefel in Afrika: Jenseits von Ouagadougou. **S. A 3**

**Architektur** Post-Oil Cities: Wie die Städte nach dem Ende des Ölbooms aussehen werden. **S. A 4**

**Kunstmarkt** Jagd auf die verlorenen Füchse: Abenteuerliche Suche nach 30 Bildern von Ernst Fuchs. **S. A 5**

**Reise** Das Hotel Lagant in Vorarlberg ist kein Kinderhotel – und doch ganz auf Familien eingestellt. **S. A 7**

**Spiele** Helvetische Züge: Ausflug in den Schachkanton Schweiz. Bridge, Kreuzworträtsel. **S. A 8**

**Bücher I** Kartografie der seelischen Befindlichkeit: Gerhard Roth mit der Kamera in Wien unterwegs. **S. A 9**

**Bücher II** Mitgefühl ist besser als Konkurrenz: Jeremy Rifkin entdeckt die Produktivkraft Empathie. **S. A 10**

**Bücher III** Verwehte Augenblicke: Karl-Markus Gauß über Ilma Rakusas grandioses Erinnerungsbuch „Mehr Meer“. **S. A 11**

**Ein Mensch im Bild** „Das Drecksding wird dir schmecken!“ Joachim Meyerhoff über die resolute Bäckerin Ilse. **S. A 12**



Banker-Benchmark: „Ich muss dich um halb drei Uhr nachts wecken können, und du musst ungefähr wissen, wo der Markt steht.“

Foto: AP

# „Also, wenn ich ehrlich bin ...“

Mit gerade einmal 28 Jahren ist er Chef eines Traderteams und macht, was er am besten kann: sehr schnell entscheiden und Geld verdienen. Über das Innenleben eines Bankers.

Von Sighard Neckel und Claudia Czingon

Im 23. Stockwerk eines gläsernen Büroturms befindet sich die Handelsabteilung der österreichischen Großbank, bei der Robert Sailer im Investmentgeschäft tätig ist. Nach der Matura absolvierte Sailer, Jahrgang 1981, eine interne Ausbildung bei der österreichischen Bank, bei der er noch heute beschäftigt ist, zunächst im Back Office, dann im Handel, später Börsenhändlerprüfungen in London, Zürich und Wien sowie diverse Ausbildungsseminare im Investmentbereich. Seit 2007 ist er Chef einer Gruppe im Anlagenhandel.

Von breiten Fensterfronten umgeben, eröffnet das Großraumbüro den Blick hinunter auf die

Stadt, die von hier oben ungewöhnlich fern und klein erscheint. Es herrscht reger Betrieb. Dutzende von Menschen telefonieren, hämmern auf Tastaturen ein oder starren gebannt auf Monitore, auf denen Zahlen und Kurven in scheinbar endlosem Durcheinander flimmern. Nicht jeder würde sich an einem solch hektischen Arbeitsplatz wohl fühlen. Diejenigen, die es tun, haben etwas ganz Bestimmtes vor. Sie wollen Geld und Ruhm ernten. Die Handelsabteilung der Bank ist eine Kadenschmiede für junge Aufsteiger.

Robert Sailer ist einer von ihnen. Mit gerade einmal 28 Jahren bereits das zehnte Jahr bei der Bank beschäftigt, kann er sich mittlerweile Chef eines fünfköpfigen Traderteams nennen. Der Bondhandel, für den er verantwortlich ist, ist primär ein Eigenhandel der Bank, bei dem es darum geht, Investments möglichst gewinnträchtig am Markt einzusetzen. In dieser Funktion hat er es nicht mit Privatkunden, sondern mit institutionellen Anlegern zu tun, vor allem jedoch mit den Sales Units im eigenen Haus, denen er als Price

Provider Auskünfte über die Preise gibt, zu denen bestimmte Anlagenarten profitabel gehandelt werden. Die Aufgabe seiner Gruppe ist klar definiert: „Wir sind angehalten, Geld zu verdienen für die Bank, und das nicht wenig.“ Das Budget, das die Gruppe erreichen muss, wird durch jährliche Benchmarks vorgegeben, die zum 1. Januar eines Jahres abgerechnet werden. „Ich muss fünf bis sechs Millionen Euro im Jahr bringen, alleine, und meine Händler jeder so um die eineinhalb Millionen Euro. So, und ich hab jetzt einmal gute fünf Millionen aufgedrückt bekommen, mit denen muss man erst einmal klarkommen. Also, so

einfach ist das nicht, vor allem wenn jedes Jahr am 1. 1. die Uhr wieder auf Null geht. Es wird wieder alles zurückgedreht, und das Ergebnis, das man im Vorjahr gehabt hat, ist weg. Und man beginnt wieder von neuem und macht sich Gedanken darüber: Wie wird ich das überhaupt schaffen können?“

Die Sorge, die sich in solchen Fragen andeutet, gleicht Robert Sailer durch eine Art Selbstbewusstsein aus, das nach außen keinen Zweifel an seinen erstklas-

sigen Kompetenzen aufkommen lässt. Gern teilt er mit, wie viel Schwierigkeiten er damit hat, Aufgaben auf andere Leute zu übertragen, „weil ich natürlich immer davon überzeugt bin, dass ich es am besten mache und am meisten Geld verdiene“. Den Grund seines Erfolges sieht Sailer in einer außergewöhnlichen Begabung, die ihm eigen sei. „Also, was mir schon sehr viele Leute gesagt haben, beziehungsweise wovon ich auch selber überzeugt bin: Ich hab typische Händler-

eigenschaften. Das heißt, ich bin sehr, sehr entschlossen und sehr, sehr schnell. Das heißt, ich muss binnen zweier Sekunden entscheiden: Geh ich das Risiko ein? Kauf ich das? Verkauf ich das oder nicht? Sofort!“

## Den Instinkt schulen

Der Nachdruck, mit dem Sailer auf seine persönlichen Fähigkeiten abstellt, erklärt sich vielleicht dadurch, dass er in seinem bisherigen Werdegang auf kein Studium zurückblicken kann, was ihm mit Blick auf höhere berufliche Ziele als Nachteil erscheint.

„Volkswirtschaftlich hab ich einfach einen Aufholbedarf.“ Bevor Sailer als Investmentbanker begann, probierte er es mit einem Studium für das Lehramt Geschichte. Auch eine Bewerbung für die Polizei war bereits auf dem Weg, als sich bei einer öster-

reichischen Bank eine Chance bot, die er ergriffen hat. „Sobald ich in das Bankwesen eingetreten bin, hab ich gewusst: Händler ist der Job, den ich machen möchte.“ Angeleitet wurde er im Zuge eines internen Ausbildungsgangs von seinem damaligen Chef, der ihm nicht nur das notwendige Produktwissen beibrachte, sondern auch seinen Instinkt schulte, auf den Sailer seither nicht wenig stolz ist. „Mein Mentor, der mich eingeschult hat, hat gesagt: Ich muss dich um halb drei in der Früh aufwecken können und fragen, und du sagst mir ungefähr einen Preis. Ungefähr, du musst es mir nicht ganz genau sagen, aber ich möchte sofort einen Preis haben. Und du musst ungefähr wissen, wo der Markt steht, um eine

▷ Fortsetzung auf Seite A 2



▷ Fortsetzung von Seite A 1  
schnelle Indikation zu geben, dann bist du sicher.“

Mittlerweile gehört es für ihn zum Tagesgeschäft, binnen Sekundenfrist Millionen von Euro zu transferieren. Für den Umstand, dass er es hierbei bereits weit gebracht hat, besitzt Sailer, der seine langen Haare zu einem Zopf gebunden trägt, eine Erklärung, mit der er aus Unterschieden im beruflichen Werdegang einen Vorteil macht, was die eigene Befähigung angeht. „Also, rein optisch pass ich nicht in die Vorstellung eines klassischen Investmentbankers. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum ich so erfolgreich bin und so weit gekommen bin. Weil ich doch ein bisschen anders bin als die anderen. Ich hab auch nicht unbedingt die klassischen Statussymbole, die ein Banker braucht – abgesehen jetzt einmal von meiner Uhr.“

Die habituelle Eignung für den Wertpapierhandel, die er sich selber zuschreibt, schien ihn vergleichsweise lange zu tragen. „Vor Lehman“, wie bei Sailer die Zeitenwende der Bankenkrise heißt, habe es keine Probleme gegeben. Er glaubte, den Markt wie seine Westentasche zu kennen. Als sich vor zwei Jahren bereits die ersten Engpässe auf den Finanzmärkten zeigten, hat er seine Portfolios soweit im Wert reduziert, dass er

Verluste um ein Vielfaches geringer halten konnte, als wenn er die vormalige Anlagengröße beibehalten hätte. Sich selbst rechnet Sailer diese Art Schadensbegrenzung als professionellen Umgang mit den Wechselfällen des Finanzhandels an. Die Bank allerdings erwartet Rendite, weshalb es seither keine Bonuszahlungen mehr für ihn gab. Sailer versucht, darauf mit einem gewissen Gleichmut zu reagieren: „Bonus ist schön und gut, meine Rechnungen zahl ich mit dem Fixgehalt.“ Nach Lehman jedoch stellt sich eine tiefe Verunsicherung bei ihm ein. Niemand habe damit gerechnet, dass es zu solch einem dramatischen Einbruch kommen würde, der in Robert Sailer's Sicht selbst September Eleven weit in den Schatten stellt. „Die Zeiten haben sich geändert. Ich kann jetzt mit einem Ticket, mit dem ich früher hundertfünfzig Millionen gemacht habe, vielleicht dreißig Millionen machen, und das ist schon viel. Es geht nicht mehr, weil auch die Liquidität fehlt. Früher hab ich zweihundert, dreihundert, vierhundert Millionen Euro am Stück handeln können. Da hab ich einen Händler angerufen und gesagt: Ich brauch ein Offer für dreihundert Millionen, und hab's (er schnipst mit den Fingern) so einfach bekommen. Jetzt müssen wir über fünf, sechs Ecken gehen,

um den Markt nicht komplett aufzuscheuchen.“

Für die Turbulenzen, die er seither durchzustehen hat, sieht Sailer zwei verantwortliche Akteure am Werk. Zum einen die Amerikaner. Hinter dem Entschluss der US-Notenbank, anstelle von Lehman Brothers Merrill Lynch zu stützen, vermutet er ein Komplott gegen Europa. „Ich glaube, dass Lehman viel stärker in Europa exponiert war, darum hat man gesagt: ‚Okay, wir können Lehman fallen lassen.‘ Ich glaub, dass das bewusst gesteuert worden ist. Weil die CDO-Transaktionen und die ABS-Transaktionen – das waren ja Europäer, die das gekauft haben. Im Grunde genommen haben die Amerikaner ihre schlechten Assets gut verpackt und haben's den Europäern ange-dreht, und die Europäer haben's gekauft. Natürlich war da auch immens viel Liquidität vorhanden, und die Leute haben sich drauf gestürzt, ohne wirklich bis ins Detail zu wissen, was sie eigentlich gekauft haben. Und das ist uns, und vor allem den Deutschen, massiv auf den Kopf gefallen.“

Zum anderen seien die institutionellen Anleger schuld an dem

ganzen Debakel. Sie hätten wissen müssen, worauf sie sich eingelassen haben. „Wenn ich heute etwas kaufe, und vorgestern war in der Zeitung, dass es eine schlechte Bilanz bringen wird und sonst auch Probleme hat, und ich kaufe das trotzdem, und einen Tag später habe ich einen Default, dann kann ich dem Verkäufer, von dem ich es habe, nicht sagen: ‚Hallo, du hättest mich informieren müssen.‘“

„Die Zeiten haben sich geändert. Ich kann jetzt mit einem Ticket, mit dem ich früher hundertfünfzig Millionen gemacht habe, vielleicht dreißig machen, und das ist schon viel.“

Den Banken selbst hält er zugute, dass vor der Finanzkrise kaum jemand die Risiken habe abschätzen können: „Es war wirklich eine einmalige Sache in der Historie, dass der Kapitalmarkt so zum Erliegen gekommen ist. Man kann das den Bankern nicht vorwerfen. Weil das Szenario, das wir jetzt in den letzten zwei Jahren erlebt haben, was ganz Spezielles ist. Das hat sich keiner vorstellen können.“

Wenn Sailer auf diese Weise vor allem auch sich selbst von jeder Verantwortung entlastet, so offenbart sich im Eingeständnis, mit der Krise überfordert gewesen zu sein, auch ein persönliches Charakteristikum. Sailer, der gerne mit seinem professionellen Jagdinstinkt renommiert, ist in Wirk-

lichkeit ein Geheizer, dem das Scheitern dicht auf den Fersen ist. Zwar glaubt er, bereits von neuem Witterung aufnehmen zu können, da die Märkte langsam wieder funktionieren und größere Anlagepositionen Gewinne versprechen. Doch steht hinter allem die ständige Angst, zu versagen oder eine wichtige Transaktion zu verpassen. Schon kleinste Fehler oder „Nichterreicher“ könnten ihn den Arbeitsplatz kosten, wie er plötzlich mit der Wortwahl gewöhnlicher Arbeitnehmer fortfährt. Getrieben vom Anspruch, zu den Besten zu gehören, läuft er tatsächlich einer Existenzangst davon, die ihn manchmal wie die Aussicht auf ein drohendes Unheil überkommt. Entlastung verspricht seine Vorstellung, nach der die Welt der schnellen Gewinne und rapiden Verluste nur eine Episode in seinem Leben darstellt: „Also, wenn ich ganz ehrlich bin, hoffe ich, dass ich in zehn Jahren irgendwo ein kleines Lokal habe oder einen kleinen Biobauernhof, und da komplett was anderes mache, sag ich Ihnen. Weil irgendwann steht's einem bis hier oben!“

Das Buch „Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt“ der Soziologen Sighard Neckel (Professor an der Uni Wien) und Claudia Czington (Projektassistentin) umfasst 31 Porträts von Bankern und Bankerinnen und erscheint im Juni bei Suhrkamp.

## „Die Moral wird durch das Geld zerstört“

Der Finanzmarktökonom Thorsten Hens über das Risiko am Finanzmarkt, legitimierte Gier und die drohende Nachhaltigkeitsblase.  
Von Peter Illetschko

STANDARD: Kennen Sie den Film „Wall Street“ aus den 1980er-Jahren?

Hens: Ja. Der Film ist großartig. Es ging damals um die Anfänge der Deregulierung des Aktienmarktes. Der Film zeigt, wie externe Finanzinvestoren, die ein Unternehmen feindlich übernehmen, die stillen Reserven des Unternehmens „heben“.

STANDARD: Wissen Sie, dass Oliver Stone nun aus aktuellem Anlass den 2. Teil des Films drehte, „Wall Street 2“, wieder mit Michael Douglas als Finanzhai Gordon Gecko? Stone soll nun gesagt haben, dass Gier nun ganz legal ist und es so zur Finanzkrise kam. Was sagen Sie dazu?

Hens: Diese Einschätzung ist so falsch nicht. Ein gutes Beispiel dafür sind die Bonuszahlungen für Bankmanager, die an Aktien oder Optionen geknüpft sind. Gier wird dadurch legal. Man hat bei diesen Entlohnungssystemen bloß vergessen, dass Manager in Geldinstituten dann noch ganz andere Anreize zusätzlich sehen könnten, nämlich Börsenkurse zu manipulieren. Ihr Ziel ist dann nur noch der rasche Profit. Langfristiger Erfolg ist dann sekundär. Die Schlussfolgerung ist klar: Je mehr Geld angeboten wird, dort wo es eigentlich um intrinsische Motive ging, um reines Interesse und nicht vorrangig um Geld, desto extrinsischer, profitorientierter denken die Beteiligten. Die Moral wird durch das Geld zerstört.

STANDARD: Extrinsisch ist aber nur ein schönes Wort für ein ganz banales Gefühl, oder?

Hens: Man kann auch schlicht Gier dazu sagen. Das haben die Wissenschaftler, die das Bonusmodell erfunden haben, nicht bedacht. Die Vorgeschichte dieses

Fehlers ist bekannt: Die Ökonomie war eine Sozialwissenschaft und ist in den 1950er- und 1960er-Jahren mathematisiert worden. Man hatte die Hoffnung, eine Naturwissenschaft daraus zu machen, mit Rechnungen alles erklären zu können. Damit man rechnen kann, muss man Annahmen treffen. Das ist dann natürlich häufig falsch gelaufen, weil man die Psychologie der Akteure, die mathematisch nur schwer fassbar ist, nicht berücksichtigt hat.

STANDARD: Was genau müsste man berücksichtigen?

Hens: Viele Menschen haben eine schwankende Risikowahrnehmung. Sie werden nach kurzfristig guten Märkten zu optimistisch und nach kurzfristig schlechten Märkten zu pessimistisch. Sie legen dann ausschließlich prozyklisch an. Da kann man psychologisch gegensteuern. Wir haben etliche Experimente zu Entscheidungen unter Risiko und Unsi-

cherheit durchgeführt. Und mit den gewonnenen Erkenntnissen beraten wir Privatbanken beim Kundenmanagement, damit hier der Umgang mit Risiko keine Überraschung mehr ist. Damit die Bank z. B. weiß: Kunde A ist eher ängstlich, Kunde B sehr optimistisch und mutig.

STANDARD: Was genau tun Sie im Rahmen einer solchen Beratung?

Hens: Wir beginnen mit einem Diagnose-Test wie beim Arzt. Wir checken nicht den Kreislauf, wir stellen Fragen, geben Einschätzungen ab und erstellen ein Profil nach zwei Dimensionen, nämlich ob Kunden sehr rational oder eher emotional anlegen. Ob sie viel Sachverstand haben oder Laien sind. Der nächste Schritt ist: Die Kunden lernen in einem Trainingsmodul, was Renditen oder Risiken bedeuten. Typische Fehler darf man da ganz



STANDARD: Wenn es derartige Tools gibt, um Fehler zu vermeiden, stellt sich die Frage: Warum machen Anleger immer wieder alte Fehler?

Hens: Spekuliert wird, Fehler werden gemacht, weil wir Menschen sind. Rational kann man das nur unbefriedigend erklären: Seit 1635, seit der Tulpenblase, gibt es immer wieder Spekulationsblasen, nach deren Platzen man immer wieder solche Fragen stellt und die Antworten beim nächsten Hype vergisst. Das war immer so – nach der Blase wegen der Massenproduktion Ende der 1920er-Jahre, der Internetblase oder jetzt nach der Immobilienblase, die deshalb so folgenschwer war, weil in den USA 50 Prozent, in Europa sogar 75 Prozent des Vermögens in Immobilien angelegt sind.

STANDARD: Welche Rolle spielen Medien?

Hens: Interessant an der Tulpenblase ist, dass kurz davor die ersten Zeitungen gegründet wurden. Ein Verstärker beim Entstehen einer Blase, beim Entstehen unrealistischer Vorstellungen: Tulpenzwiebeln wurden im Wert von zwei bis drei Häusern gekauft, weil man hoffte, sie später noch teurer weiterzuverkaufen. Oder erinnern Sie sich an die Immobilienblase in Japan in den 1990er-Jahren. Da wurde der Garten des kaiserlichen Palastes in Tokio mit dem Wert von ganz Kalifornien gleichgesetzt.

STANDARD: Was kommt nach der derzeitigen Krise? Kurze Erholung und dann die nächste Blase?

Hens: Es wird immer wieder solche Hypes geben, die mehr oder weniger gefährlich sind. Die nächste Blase sehe ich aber schon kommen, die Nachhaltigkeitsblase. Im Zusammenhang mit Umwelt und Klima werden exzessiv Fantasien entstehen, von denen nicht alle übrigbleiben werden.

STANDARD: Wie kann man dem entgegenwirken?

Hens: Man könnte in den Zeitungen davor warnen und in Analysen schreiben, dass Anleger hier aufpassen sollten. Aber es gibt natürlich auch die Überlegung, solche Blasen nicht mehr zuzulassen. Wie man die genau verbieten möchte, weiß ich nicht. Prinzipiell sollte man aber bei Regulativen nicht Joseph Schumpeter vergessen. Er sagte, dass es immer wieder Prozesse schöpferischer Zerstörung geben muss. Am Ende einer Blase blieb ja auch meist etwas übrig. Ob es das Internet war – oder vielleicht nach dem nächsten Hype ein energiefreundlicher Antrieb für das Auto. Deswegen bin ich gar nicht so sehr für scharfe Regulierungen. Andererseits führte die Deregulierung aber, wie man aus der jüngsten Vergangenheit weiß, auch in die Katastrophe. Ein Dazwischen muss es geben, zum Beispiel Bonusssysteme von Bankmanagern, die vom langfristigen Erfolg abhängen.

„Prinzipiell sollte man heute aber bei Regulativen nicht Joseph Schumpeter vergessen. Er sagte, dass es immer wieder Prozesse schöpferischer Zerstörung geben muss.“

trieb für das Auto. Deswegen bin ich gar nicht so sehr für scharfe Regulierungen. Andererseits führte die Deregulierung aber, wie man aus der jüngsten Vergangenheit weiß, auch in die Katastrophe. Ein Dazwischen muss es geben, zum Beispiel Bonusssysteme von Bankmanagern, die vom langfristigen Erfolg abhängen.

Thorsten Hens ist Professor für Finanzmarktökonomie an der Uni Zürich. Er forscht über Behavioural Finance und ist Gründungspartner der Behavioural Finance Solutions GmbH.

IMPRESSUM:

Redaktion: Christoph Winder (Leitung), Mia Eidlhuber (Titel, Mensch im Bild), Stefan Gmünder (Literatur), Tanja Paar (Reisen); Mitarbeiter: Wojciech Czaja, Ute Woltron. Sekretariat: Esther Hecht. Layout: Armin Karner, Claudia Machado-Handsurs, Lukas Adeling. E-Mail: album@derStandard.at



Thorsten Hens warnt vor zu vielen Emotionen an der Börse.

Foto: Fischer

BEST-SELLER

## „Wir sind Monster geworden“

## Belletristik

- (2) Martin Suter  
**Der Koch**  
Diogenes, € 22,60
- (1) Michael Niavarani  
**Vater Morgana**  
Amalthea, € 22,95
- (3) Herta Müller  
**Atemschaukel**  
Hanser, € 20,50
- (5) Wolf Haas  
**Der Brenner und der liebe Gott**  
Hoffmann und Campe, € 19,50
- (7) Paulo Coelho  
**Der Sieger bleibt allein**  
Diogenes, € 22,60
- (6) Dan Brown  
**Das verlorene Symbol**  
Lübbe, € 26,80
- (4) Daniel Glattauer  
**Alle sieben Wellen**  
Deuticke, € 18,40
- (7) Paolo Giordano  
**Die Einsamkeit der Primzahlen**  
Blessing, € 20,60
- (9) Alissa Walser  
**Am Anfang war die Nacht Musik**  
Piper, € 20,60
- (-) Andrea Camilleri  
**Die Farbe der Sonne**  
Kindler, € 17,40

## Sachbuch

- (1) Alfons Schuhbeck  
**Meine Küche der Gewürze**  
Zabert Sandmann, € 25,50
- (5) Gerhard Jelinek  
**Reden, die die Welt veränderten**  
Ecowin, € 19,95
- (2) Eckart von Hirschhausen  
**Glück kommt selten allein**  
Rowohlt, € 19,40
- (3) Johann Lafer  
**Der große Lafer**  
Gräfe & Unzer, € 41,10
- (10) William P. Young  
**Die Hütte**  
Allegria, € 17,40
- (6) Jean Ziegler  
**Der Hass auf den Westen**  
C. Bertelsmann, € 20,60
- (8) Richard D. Precht  
**Wer bin ich und wenn ja, wie viele?**  
Goldmann, € 15,40
- (-) Jean Ziegler  
**Das Spiel meines Lebens**  
Ecowin, € 21,90
- (7) Frank Schirrmacher  
**Payback**  
Blessing, € 18,50
- (9) Walter Sonnleitner  
**Stirb bankrott!**  
Ecowin, € 19,95

WIEN: Morawa: 1010, Herder: 1010, Frick International: 1010, Facultas Dombuchhandlung: 1100, Eckart: 1080, Bücher-Zentrum Meidling: 1120, NIEDER-ÖSTERREICH: Sydy's BH: 3100 St. Pölten, Valthe: 2380 Perchtoldsdorf, OBERÖSTERREICH: Haas: 4600 Wels, Veritas: 4010 Linz, SALZBURG: Rupertusbuchhandlung: 5024 Salzburg, TIROL: Wagnersche Univ. BH.: 6021 Innsbruck, KÄRNTEN: Heyn: 9010 Klagenfurt und THALIA-Buchhandlungen Österreich

## New York Times Fiction

- (1) Kathryn Stockett  
**The Help**  
Putnam, € 17,60
- (3) Dan Brown  
**The Lost Symbol**  
Doubleday, € 20,60
- (2) Stuart Woods  
**Kisser**  
Putnam, € 20,40
- (-) Kay Hooper  
**Blood Ties**  
Bantam, € 18,50
- (5) Robert Crais  
**The First Rule**  
Putnam, € 19,60

## NYT Nonfiction

- (1) John Heilemann / Mark Halperin  
**Game Change**  
Harper, € 18,60
- (-) Ozzy Osbourne with Chris Ayres  
**I Am Ozzy**  
Grand Central, € 21,60
- (-) Andrew Young  
**The Politician**  
St. Martin's, € 19,20
- (2) Elizabeth Gilbert  
**Committed**  
Viking, € 20,50
- (4) Mitch Albom  
**Have A Little Faith**  
Hyperion, € 16,60

Um den Klimakollaps zu stoppen, muss ein neues globales Bewusstsein die Weltwirtschaft komplett verändern, sagt Buchautor Jeremy Rifkin im Gespräch mit Eric Frey.

Vor großen Würfeln ist der amerikanische Quer- und Vordenker Jeremy Rifkin nie zurückgeschreckt. In seinem jüngsten Buch „Die empathische Zivilisation“ versucht er die Menschheitsgeschichte neu zu schreiben – als die Entwicklung zu einer Gesellschaft, die sich zunehmend als Gemeinschaft sieht und füreinander Mitgefühl empfindet, aber dabei immer mehr Energie verbraucht und so ihre Existenz gefährdet. Heute sei die Welt an einem Wendepunkt angekommen, sagt Rifkin, der vergangene Woche auf Einladung des Kreisky-Fo- rums und der US-Botschaft sein Buch in Wien präsentierte, im STANDARD-Gespräch.

Einerseits existiere erstmals ein echtes globales Bewusstsein, das

die Menschheit dazu befähigen sollte, die großen Herausforderungen wie die Erderwärmung zu bewältigen. Aber der Klimawandel, den Rifkin in eine Reihe stellt mit früheren Umweltsünden wie die massive Abholzung im Römischen Reich und im Spätmittelalter, gehe so rasant vor sich, dass dieses Unterfangen zu scheitern droht – mit katastrophalen Folgen.

„Die 6,8 Milliarden Menschen repräsentieren nur ein halbes Prozent der Biomasse auf unserem Planeten, aber wir brauchen 25 Prozent der Photosynthese auf – und wir bewegen uns in Richtung 9 Milliarden Menschen. Wir sind zu Monstern geworden, wir fressen die Energie und Ressourcen auf, auf denen Photosynthese basiert.“

Das Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen habe gezeigt, dass die bisher versuchten Lösungsansätze, wie der eines Abkommens zur Begrenzung der Treibhausgas- emissionen, nicht ausreichen.

Für Rifkin ist der Kapitalismus daher selbst an seine Grenzen gelangt. Das andere entscheidende wirtschaftliche Ereignis der letzten 18 Monate habe im Juli 2008 stattgefunden, als der Erdölpreis auf 147 Dollar je Fass

kletterte. „Die Preise schossen in die Höhe, Lebensmittel und Treibstoff wurde unerschwinglich, wir hatten Hungerrevolten in 30 Staaten. Die Kaufkraft stürzte ab. Der gesamte Wirtschaftsmotor, der auf fossilen Brennstoffen basiert, schaltete sich ab. Das war das ökonomische Erdbeben. Der Kollaps der Finanzmärkte 60 Tage später war bloß das Nachbeben.“

Seit 1979 gehen die Pro-Kopf-Erdölreserven auf der Welt zurück, seither sei die zweite industrielle Revolution in ihrer Endphase. „Seither wurde zwar mehr Öl gefunden, aber noch mehr Menschen kamen dazu“, sagt Rifkin. „Als China und Indien ein Drittel der Weltbevölkerung in die Industrieländer einbrachten, wurde der Nachfragedruck zu groß, und die Finanzmärkte konnten dem Zusammenbruch der Realwirtschaft nicht standhalten. Diese Mauer können wir nicht überwinden. Sobald die Wirtschaft wieder wächst, schießt der Ölpreis auf 140 bis 150 Dollar, dann steigen die Preise und die Maschinerie blockiert.“

Rifkin sieht daher das Ende des

Menschheitsbildes, das in der Aufklärung entstanden ist, kommen: das autonome Individuum, das selbständig nach materiellem Wohlstand und Glück strebt. Notwendig sei ein neues Bewusstsein, das auf soziale Zusammengehörigkeit und einen umfassenden

„Das ökonomische Erdbeben war im Juli 2008, als der Ölpreis auf 147 Dollar kletterte. Der Wirtschaftsmotor schaltete sich ab. Der Kollaps der Finanzmärkte war das Nachbeben.“

Begriff der Lebensqualität abstellt. Wichtigste Grundlage dafür sei eine neue, verständnisvolle Pädagogik. All dies sei im Kommen – nicht nur in Europa, sondern auch in den USA, wo der „amerikanische Traum“

neu definiert werden müsse.

„Die Jüngeren unter 30 haben eine andere Vision, sie reden immer mehr von Lebensqualität und einer neuen Definition der Freiheit“, sagt der 67-jährige Soziologe, Ökonom und Publizist. „Als ich aufwuchs, wurde Freiheit durch John Wayne symbolisiert, durch Unverletzbarkeit, Autonomie und Mobilität. Aber junge Menschen definieren Freiheit nicht mehr als Exklusivität, sondern als Inklusivität, als Recht auf Zugang. Freiheit ist die Fähigkeit, das Potenzial seines Lebens durch qualitätsvolle Beziehungen und Erlebnisse zu optimieren. Dieser Traum der Lebensqualität passt viel besser in eine globalisierte Gesellschaft.“

Doch hier sieht Rifkin ein gefährliches Dilemma – das Paradoxon von Empathie und Entropie. „Moderne, komplexe Gesellschaften sind weltoffener, bringen mehr Menschen zusammen und erweitern das Bewusstsein. Aber sie fressen auch viel mehr Energie. Die fremdenfeindlichsten und engstirnigsten Gesellschaften haben den kleinsten ökologischen Fußabdruck.“

Rifkins einziger Ausweg ist die bereits in seinen früheren Büchern skizzierte neue Energiewirtschaft, die sich ähnlich dezentral organisiert wie die Internetbasierte Kommunikationsgesellschaft. Damit könne die Klimakatastrophe noch abgewendet werden. Doch sein Optimismus hält sich in Grenzen: „Wenn sich dieses kleine Fenster schließt, dann werden wir das Ende der Menschheit, wie wir sie kennen, erleben.“

Jeremy Rifkin, „Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein“.

€ 27,70 / 468 Seiten. Campus, Frankfurt 2010



Wo ist das Geld?



Der amerikanische Vor- und Querdenker Jeremy Rifkin sieht in seinem neuen Buch Empathie statt Individualismus als entscheidende Eigenschaft, um die weitere Existenz der Menschheit zu sichern.

Foto: Fischer

## Paulsons Pleite-Plädoyer

Der letzte Finanzminister von George W. Bush will sich in der Causa Lehman rehabilitieren: Schuld am Absturz waren angeblich die Briten. Von Frank Hermann

September 2008, Henry M. Paulson sitzt im Oval Office und schildert, wie er die Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac unter Zwangsverwaltung stellen will. Handstreichartig. „Wissen die, was auf sie zukommt, Hank?“, fragt George W. Bush. Paulson: „Herr Präsident, wir werden sie überraschen. Das erste Geräusch, das sie hören werden, ist das ihrer Köpfe, die auf den Boden fallen.“ Dass Bushs letzter Finanzminister

martialisches Sprachbilder mag, stellt er in seinen Erinnerungen an den Finanzkrisenherbst seitenweise unter Beweis.

Was er vor allem bezweckt mit seinem Band „On the Brink“ („Am Rande des Abgrunds“), ist so etwas wie eine späte Rehabilitation. Folgt man Paulson, dann hat er keine Fehler begangen, zumindest keine gravierenden, sondern ritterlich gekämpft, um den Pleitekandidaten Lehman Brothers vor dem Ruin zu bewahren. Im Mittelpunkt steht eine partielle Chronologie der dramatischen Tage vor dem Absturz, eine Chronologie, in der es einen klaren Schuldigen gibt. Das perfide Albion. Die Briten.

Laut Paulson hatte die englische Barclays-Bank fast schon zugestimmt, Lehman zu kaufen. Dann aber ließen die Behörden in London eine Skepsis erkennen, die Paulson

unterschätzt hatte. „Was ich als verständliche Vorsicht genommen hatte, hätte ich als Warnung verstehen sollen“, schreibt er, um eine Nuance weniger selbstsicher als sonst.

Die britische Finanzaufsicht äußert Bedenken, der Amerikaner vermutet seinen Amtskollegen Alistair Darling hinter dem Abwehrmanöver. Großbritannien, zitiert er Darling, wollte kein so hohes Risiko eingehen, man wollte das Finanzsystem der Insel nicht mit dem amerikanischen Bazillus infizieren. „Es war Sonntag, kurz vor 13 Uhr, als ich es den Chefs der Banken mitteilte. ‚Die Briten haben uns verladen‘, platzte es aus mir heraus, mehr aus Frust denn aus Ärger.“

Schuld sind entweder der regulierende Staat oder das unzuverlässige Ausland, in diesem Fall sind es beide: Paulson bestätigt nur, was konservative Amerika-

ner vom Rest der Welt halten. Doch bisweilen lässt er die Gabe erkennen, sich selbst auf die Schaukel zu nehmen. Im Oktober 2008, nach einer Sitzung der G-7-Finanzminister, bittet er die versammelte Runde zum Fototermin auf die Treppe der Treasury. „Nehmt Paulson fest!“, rufen Demonstranten. „In dem Moment beugt sich Peer Steinbrück zu mir und sagt: ‚Das klingt ja, als wären wir in Deutschland.‘“

Die entscheidende Frage bleibt nach Lektüre der Memoiren allerdings offen: Ob Paulson nicht doch versucht hätte, Lehman auf Staatskosten zu retten, hätte er den Lawineneffekt der Insolvenz absehen können.

Henry Paulson, „On the Brink. Inside the Race to Stop the Collapse of the Global Financial System“. € 23,00 / 480 Seiten. Business plus, New York 2009

## Österreich ist ein Schuldner wie Lateinamerika

Warum diese Krise nicht anders ist als hunderte davor, zeigt ein faktenreiches Buch. Von **Alexandra Förderl-Schmid**

Dieses Mal ist es wirklich anders. Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart haben ihrem Buch bewusst diesen ironischen Titel gegeben, wie der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds im STANDARD-Gespräch erklärt. Die beiden Autoren spielen darauf an, dass selbst erfahrene Menschen in Krisenzeiten dazu neigen, mit vernünftig klingenden Begründungen zu beruhigen: Diesmal werde alles anders sein als davor.

Ob das wirklich so ist, wollten der Harvard-Ökonom und die an der US-Universität von Maryland lehrende Wirtschaftswissenschaftlerin genau wissen. In einem Prozess, der sechs Jahre dauerte, haben die beiden Autoren Daten über 250 Finanzkrisen in 66 Staaten zusammengetragen – und zwar, sofern verfügbar, aus acht Jahrhunderten.

Auf Österreich bezogen zeigt dieser Langzeitvergleich, dass das Land eigentlich ein Serienschuldner ist. Das Verblüffendste aber ist: Österreich hat eine ziemlich lange Verschuldungs- und Inflationsgeschichte, die jener von lateinamerikanischen Staaten ähnelt. Wenn man die Zahl der Zahlungsversäumnisse und Inflationsperioden über einen sehr langen Zeitraum anschaut, wird deutlich, dass Österreich und Griechenland die Staaten mit der ökonomisch schlechtesten Entwicklung sind.

In Österreich gab es seit 1800 insgesamt mehr als 17 Jahre mit Zahlungsschwierigkeiten und siebenmal eine Zahlungsunfähigkeit. Österreich hat überdies eine schwierige Inflationsgeschichte.

All diese spannenden Aspekte lassen sich aus den dutzenden Grafiken herauslesen, die nicht nur Experten zum Vertiefen einladen. Das Fazit, das die beiden Autoren aus ihrer Langzeitstudie ziehen, kommt für die derzeitige Krise, etwa in den EU-Südländern, wohl zu spät: Je früher reagiert wird, desto geringer fallen die Auswirkungen aus.

**Carmen M. Reinhart, Kenneth S. Rogoff**, „This Time is different. Eight Centuries of Financial Folly“. € 27,30 / 463 Seiten. Princeton University Press, Princeton 2009



# Verwehte Augenblicke

Wegfahren, um anzukommen, ankommen, um wegzufahren: Ilma Rakusas Erinnerungsbuch „Mehr Meer“.

Von **Karl-Markus Gauß**

Das Mädchen geht noch nicht zur Schule und hat auch noch kein eigenes Zimmer: „Aber drei Sprachen, drei Sprachen hatte ich.“ Ungarisch von der Mutter, Slowenisch vom Vater und Italienisch von den Leuten in der Stadt, in der die Familie seit kurzem wohnt, Triest. In dieser Stadt sieht das Kind, das begabt ist für die sinnliche Wahrnehmung der Dinge, aber auch fürs Träumen im abgedunkelten Zimmer, zum ersten Mal das Meer, hier holt es sich die lebenslange Sehnsucht nach seinem Branden und Rauschen, Anblick und Geruch.

Aber da sind auch andere Sehnsüchte, rätselhaft, sie werden von den Namen, den Landschaften des Ostens geweckt, die das Mädchen in selbige Aufregung versetzen, denn: „meine innere Kompassnadel zeigt nach Osten“, dorthin, wo weit verstreut die Vorfahren lebten. Der Körper der Heranwachsenden, der Frau wird den familiären „Gedächtnisspeicher“ später geradezu vegetativ aktivieren, denn alles, was mit der Legende ihrer Familie zusammenhängt und in den mythischen Osten Europas führt, verspürt er als inneres Beben, als Unruhe, als drängendes Begehren, aufzubrechen und sich auf den Weg zu machen: „Ich war ein Unterwegskind ... Ich fuhr weg, um anzukommen, und kam an, um wegzufahren.“

Aus dem Unterwegskind ist die Unterwegsdichterin Ilma Rakusa geworden, die von Zürich aus in die Welt geht und als grandiose Übersetzerin die Welt in Gestalt russischer, slowakischer, ungarischer, slowenischer, französischer Dichtungen nach Hause bringt. Nun hat sie ein bezauberndes und bewegendes Buch ihrer Kindheit und Jugend vorgelegt, das im Untertitel bescheiden „Erinnerungspassagen“ heißt und dessen Titel auf Triest verweist: *Mehr Meer*. Vor Triest und dem Anblick des „ersten Meeres“, das „mir den Atem verschlug“, lagen bereits andere Städte und Gezeiten. Denn geboren wurde die Autorin 1946 in der heute zur Slowakei gehörenden Kleinstadt Rimavská Sobota, wo der ungarische Großvater Direktor einer Konser-

venfabrik, die Mutter Apothekerin war und sich der Vater als versprengter Flüchtling aufhielt.

Als die Tochter laufen lernte, übersiedelte die junge Familie nach Budapest, die zärtlichen Litaneien des Kindermädchens Piri sorgten dafür, dass das Ungarische für Rakusa die Sprache der Märchen, der Gefühle geblieben ist. 1949 ging es weiter nach Ljubljana, wo der slowenische Vater, ein studierter Chemiker, sich eine Existenz aufzubauen versuchte. Von Ljubljana behielt das Mädchen den Nebel und den Geruch von Braunkohle im Gedächtnis, und einen wilden Garten, doch kein Jahr war um, dann hieß es neuerlich Abschied nehmen.

In Triest gründete der Vater eine Import-Export-Firma. Firma und Familie übersiedelten 1951 nach Zürich. Hier endete die Wanderschaft der „Kofferfamilie“; das Kofferkind aber wird in seiner Fantasie zu den verlorenen Orten zurückkehren und sie, sobald es die Schweizer Schulen hinter sich hat, als Reisende neuerlich aufsuchen.

Ilma Rakusa erzählt von der großen Wanderung ihrer Familie mit sinnlicher Kraft des Erinnerns und Vergegenwärtigens. Auf die Spuren ihrer Vorfahren setzt sie sich in Litauen und Polen, in vielen Kronländern der einstigen Donaumonarchie – und stets mit dem Gefühl, dort nichts Fremdes, sondern etwas zutiefst Vertrautes zu entdecken. Die Wanderung der Eltern wiederum ist ursächlich zwar mit dem Krieg und jener Teilung Europas verbunden, die seine Folge war, aber die Autorin deutet sie gleichwohl nicht als Zwang, die Länder zu wechseln, sondern als Freiheit, immer neu anzufangen, als periodischen Zugewinn unbekannter Sprachen, Sphären, Klänge und Orte.

### Unterwegskindheit

Die düstere Kehrseite des Umherziehens wird nur selten und für kurz aufgeschlagen: Da ist der Geschäftspartner des Vaters, der sanftmütige und herrlich kindische „Onkel Misi“, ein ungarischer Jude und englischer Offizier, dessen Verwandte dem Faschismus zum Opfer fielen und der sich eines Tages umbringt; da ist jenes andere Triest, von dem die Erzählerin, die sich immer nach der Stadt am Meer sehnen wird, nach und nach aus Büchern Kenntnis nimmt, die Stadt, in der das einzige Konzentrationslager auf italienischem Boden stand, eine Hochburg des italienischen Nationalismus, der es mit der slowenischen Bevölke-

rung immer hochmütig und verächtlich gehalten hat ...

Zürich wird für das Unterwegskind nicht zur Endstation, sondern zum festen, zum sicheren Ausgangspunkt. Wieder kommen zwei Sprachen dazu: Deutsch ist für Ilma Rakusa bald die tröstliche Sprache der Bücher, das Schwyzerdütsch hingegen erlernt sie zwar, aber es wächst ihr nicht ans Herz, bleibt zweckgebundenes Mittel zur Kommunikation mit der Umgebung. Was Wunder, dass das Kind, dem das Wissen um die Flüchtigkeit der Dinge wie eingeboren ist, sich früh Methoden aneignet, dem Fließenden Gestalt, dem Vergehenden Ordnung zu geben? Schon die Volksschülerin macht sich unentwegt Notizen, hält fest, was sie sieht und hört und riecht und vielleicht schon

Fett und Pisse (Provinzbahnhöfe Osteuropas), Javelwassergeruch (ungeziefergeplagter Süden), dumpfer Weihrauchgeruch (Italiens Kirchen), Jodgeruch (alte Apotheken).“

Sprachenkundig, weltgewandt, ist die Heranwachsende begabt für die Freundschaft, für die Liebe, aber auch für die Einsamkeit. Lange weiß Ilma Rakusa nicht, ob sie, die ausgezeichnete Pianistin und begeisterte Sängerin, sich für die Musik oder die Literatur entscheiden soll. Erste Liebschaften stehen unter dem Zeichen der himmlischen Musik, mit zwanzig entscheidet sie sich jedoch für das Schreiben, vielleicht auch, weil beim Musizieren auf professionellem Niveau viel reglementierte Zeit für das drillgemäße Üben übrig bleibt werden muss.



Inneres Beben, Sehnsucht, Unruhe: Ilma Rakusa.

Foto: Archiv

morgen nicht mehr sehen, hören, riechen, nur mehr aus dem Gedächtnis wird heraufgerufen können.

Die „Liste“, die gebetsartige, beschwörende Aufzählung von Dingen – von Blumen, Namen, Ortsbezeichnungen, Grabinschriften –, ist der Kern von Rakusas literarischer Ethik, die sie mit dem von ihr übersetzten Danilo Kis teilt, der in seinen Romanen seitenweise die Namen verstorbener, ermordeter Nachbarn und Gefährten aufzählt. Worin sich bereits das Kind in seinen Notizheften übte, darin ist die Erzählerin auf der Höhe ihrer Meisterschaft unübertrefflich: Immer wieder unterbricht sie den Strom der Erinnerungen, den Fluss der Erzählung, um akribisch und poetisch zugleich „Listen“ zu erstellen. „Verlässlich“ sind ihr etwa diese Gerüche präsent: „der Braunkohlegeruch (Ljubljana), der Geruch nach Tang und frittierten Sardinen (Triest), Zypressenduft (Triest, Grado), der Geruch nach Zuckerrübe und gerösteten Mandeln (die Jahrmärkte meiner Kindheit), der Geruch nach abgestandenem

Im letzten Viertel ihrer „Erinnerungspassagen“ wechselt Rakusa die Form, ja sogar das Genre. Kuriosisch deutet sie die vielen Wege an, die sie seit Studententagen gegangen ist, memoirenhaft nennt sie Persönlichkeiten und Ereignisse, die für sie wichtig wurden. Auch das liest man gerne von einer Autorin, die weiß Gott einiges erlebt und interessante Menschen kennengelernt hat; vielleicht nimmt sie die am Ende ausgelegten Fäden selbst noch einmal auf, um eines Tages gewissermaßen reguläre Memoiren zu schreiben. Im grandiosen Buch ihrer Kindheit aber bewegen weniger die Porträts berühmter Zeitgenossen als die Beschwörungen verwehter Augenblicke, die leuchtenden Bilder vom wehen Glück, die Szenen einer großen Reise, die das Leben selbst ist.

**Ilma Rakusa**, „Mehr Meer. Erinnerungspassagen“. € 23,00 / 320 Seiten. Droschl, Graz 2009

Hinweis: Am 25. 2 um 20 Uhr liest Ilma Rakusa im Salzburger Literaturhaus, am 26. 2. im Literaturhaus am Inn/Innsbruck aus dem besprochenen Band.



Was ist los  
in der  
Berufsbildung?  
Seite K 8

**Ein Eid für die Ethik?** BILDUNG & KARRIERE Seite K 21

**Nicht bitten, Angebote machen!** Seite K 2

derStandard.at/Karriere



Die Krise blieb nicht ohne positive Folgen: Viktoria Kickinger (Inara), Martin Brodey (Dorda Brugger Jordis), Manfred Reichl (Aufsichtsrat) und Susanne Kalss (WU-Professorin).

Foto: Regine Hendrich

## PERSONAL MOVES

KARIN BAUER

### Formeln der Beschwörung



Wie oft haben Sie in den vergangenen – sagen wir – 14 Monaten gehört, dass Vertrauen wiederhergestellt

werden muss? Und: Sind jene Schlachtenlenker, die selbiges besonders oft und besonders laut betont haben, dadurch in der Glaubwürdigkeitsskala hinaufgerückt? Die mechanistische Formel „Beschwöre Vertrauen und es erzeugt sich“ hat nicht gegriffen. Im Gegenteil: Das Unbehagen, das große Misstrauen gegen „die am Drücker“ hat sich vertieft. Gepunktet wurde dort, wo das Gegenüber nicht wie die Schlange im Korb beschworen wurde, sondern wo anders, differenzierter, informiert wurde. Wo in sichtbarer Anerkennung einer Mündigkeit des Partners intern und extern auch Negatives ausgesprochen wurde, wo Fehler erkannt und eingestanden wurden. Dort will man vertrauen – das ist ja ein Grundbedürfnis.

# Aufsichtsräte sollen mehr verdienen

Taube, blinde, zu passive Aufsichtsräte sind durch die Krise in grelles Licht gerückt. Das Bewusstsein habe sich nun massiv geändert, sagt die aktuelle Expertenrunde. Die Bezahlung sieht sie als ein Defizit.

Karin Bauer

Im staatsnahen Bereich gerate das Aktienrecht – wie aktuelle Beispiele wieder zeigen – oft zur Hülle, konstatiert die Runde im Karrierenforum. Das verzerrte das Gesamtbild der Aufsichtsgremien in der Öffentlichkeit. Sind es überholte Bilder vom „old boys network“, dessen Multifunktionäre ihre Post während der Sitzung erledigen, eine Anstandsfrage fürs Protokoll stellen und sonst nichts hören, nichts wissen und nichts sehen – vor allem nicht, was der Vorstand tut? Überwiegend ja, sagt Susanne Kalss, Professorin am Institut für Zivil- und Unternehmensrecht an der WU Wien: Zivilrechtlich und strafrechtlich sei die Verantwortlichkeit nun angekommen. Martin Brodey, Partner bei Dorda Brugger Jordis, bestätigt höhere Klagsbereitschaft,

neue Streitkultur. Es gebe, so Kalss, nun sowohl entsprechende Urteile bezüglich Beitragstätigkeit in Deutschland als auch als Reaktion darauf massiv gehäufte Anfragen, auch was Ausbildungen betreffe. Den bestehenden gesetzlichen Rahmen hält sie für ausreichend präzise, ortet allerdings „Vollzugsdefizite“, Mangel an behördlicher Aufbereitung. Gleichzeitig übt sie scharfe Kritik an der heimischen Corporate-Governance-Kommission: „Das ist eine Schönwetterkommission, dort ist keine Autorität.“

Aufsichtsräte beginnen jetzt auch, Mandate zurückzulegen, leise, aber es passiert, berichtet Viktoria Kickinger, die 20 Jahre in leitenden Funktionen in der staatsnahen Industrie tätig war und kürzlich Inara – Initiative Aufsichtsräte Austria – gegründet hat. Inara ist ein Online-Kom-

petenzzentrum für Aufsichtsräte in Kooperation mit angeschlossenen Dienstleistern. Kickinger selbst hat nämliche Funktion sowohl im Kulturbereich als auch bei Polytech, S&T und ist Uni-Rätin an der WU. Sie ist überzeugt, dass der Wandel derzeit ein riesiger sei. Geschlossene Machtzirkel und Freundespositionen seien „rostige Scharniere, die gerade brechen“, sagt sie. Konkret: Zertifizierungen als Ergebnis regelmäßiger Evaluation von Aufsichtsgremien würden etwa bald State of the Art sein. Professionelle Auswahlprozesse ebenso. Berufsaufsichtsräte sieht sie ebenso kommen. Es finde damit auch eine Korrektur im Berufsbild statt. Aber: „Ich möchte das nicht über Quoten spielen, sondern über Diversität.“ Dass die Zeiten, in denen Anwälte Aufsichtsmandate nahmen, um an Aufträge zu kommen, vorbei seien, sagt nicht nur Martin Brodey – Kalss bestätigt und schließt an: Interessenkonflikte, auch was die

Wirtschaftsprüfung betrifft, würden nun offengelegt. Versteckte Beratungsleistungen sind für die Runde ein so gut wie ausgelaufenes Modell.

Als „größten Hebel“ des Gremiums sieht die Runde das Finden (inklusive Abberufungsmechanismus) der



Wo ist das  
Geld?

etwa beim Biotech-Unternehmen Apeiron und u. a. Stiftungsvorstand des Pharma-Händlers Kwizda. Er sieht als „Kernpunkt des Wandels“ die Remuneration von Aufsichtsräten. Zwischen 2000 und 5000 Euro Tagssatz seien sinnvoll, 15 bis 20 Tage pro Mandat einzurechnen. Der Aufsichtsrat müsse dem Unternehmen etwas wert sein, „sonst kriege ich die guten Leute nicht“. Aufsichtstätigkeit zur Hauptaufgabe machen und ordentlich remunerieren sieht auch Kalss als Priorität.

## INHALT

Millennials und ihr Arbeitsplatz	Seite K 18
Serie: Frage & Antwort	Seite K 18
Sudoku und Cortis Nährwert	Seite K 19
Schwerpunkt: Internationale Aus- und Weiterbildung	S. K 20–K 24
Jobsplitter finden Sie auf	Seite K 10

## LEITER/IN FINANZEN PHARMA

Unser Kunde ist ein erfolgreiches, stark wachsendes, international ausgerichtetes, biopharmazeutisches Unternehmen. Zur Neustrukturierung und Leitung des Finanzbereiches für Österreich, Europa, Asien und Mittlerer Osten wird ein proaktiver und durchsetzungsstarker Finanz-Experte mit erster Berufserfahrung am Standort Wien gesucht.

### Ihre Aufgaben

- Aufbau und Implementierung von standardisierten Finanz- und Admin-Prozessen
- Erstellung von Cash-Forecasts, Budget-Erstellung, Zahlungspläne
- Letters of Credit, Bankgarantien, Vertragsmanagement
- Allgemeine administrative Aufgaben im Bereich Finanz- und Rechnungswesen

### Ihre Qualifikationen

- Mindestens 2 Jahre Finanz-Erfahrung in einem internationalen Unternehmen
- HAK-, FH- oder Universitäts-Ausbildung mit Finanz-Fokus
- Starkes Bewusstsein für Strukturen und Prozesse, hohe Eigeninitiative
- Verhandlungssicheres Englisch, sehr gute EDV-Kenntnisse

Wenn Sie (m/w) an Ihrer beruflichen Weiterentwicklung im Finanzbereich arbeiten und an dieser herausfordernden Tätigkeit interessiert sind, dann freuen wir uns über Ihre Bewerbung inkl. Foto unter der **Kennummer 30001** an jobs2@eblinger.at. E-Mail-Unterlagen bitte im Word-Format.

A-1010 Wien  
Weihburggasse 9  
Tel. +43-1-532 33 33-0  
www.eblinger.at  
Member of IIC Partners –  
Executive Search Worldwide

EBLINGER PARTNER

VERBINDUNGEN. DIE WERTE SCHAFFEN.

## TOP-ASSISTENT/IN DES VORSTANDSVORSITZENDEN

Unser Auftraggeber zählt international zu den führenden Konzernunternehmen im Gesundheitswesen mit mehreren tausend MitarbeiterInnen und einem umfassenden Leistungsangebot in den Bereichen Projektmanagement und Dienstleistung. Zur direkten Unterstützung des Vorstandsvorsitzenden suchen wir eine junge, sehr ambitionierte High-Performer-Persönlichkeit.

### Ihre Aufgaben

- Vorbereitung von Vorstands- & Aufsichtsrats-Sitzungen
- Aufbereitung von Projekten und Präsentationen, Unterstützung im Tagesgeschäft
- Support bei strategischen Initiativen, Akquisitionsprojekten
- Budgetkalkulationen, Projektmanagement für ausgewählte Projekte

### Ihre Qualifikationen

- Akademische Top-Ausbildung (BWL, Jus, o.Ä.), möglichst inkl. Auslandsstudium
- Fundierte BWL-Kenntnisse: Controlling, Cashflow-, Investitionsrechnung
- Erste Berufspraxis mit hoher Performance-Orientierung, z.B. bei Top-Consulter
- Hohe Belastbarkeit, Einsatzbereitschaft, fachliche und persönliche Kompetenz
- Sehr gutes Englisch, international mobil bzw. reisefreudig, karriereorientiert

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung inkl. Foto an Dr. Gottfried Dissauer unter der **Kennummer 10003** an jobs1@eblinger.at. E-Mail-Unterlagen bitte im Word-Format.

A-1010 Wien  
Weihburggasse 9  
Tel. +43-1-532 33 33-0  
www.eblinger.at  
Member of IIC Partners –  
Executive Search Worldwide

EBLINGER PARTNER

VERBINDUNGEN. DIE WERTE SCHAFFEN.



Flucht vor Farben und Forschungsfragen: Katja Schechtner in ihrer RAL-9003-weißen Wohnung in Wien Neubau: „Alles andere würde mich nur ablenken.“

Foto: Lisi Specht

## Ich weiß, ich bin ein bisschen obsessiv

Die Wohnung der Wiener Forschungsmanagerin **Katja Schechtner** ist weiß – und zwar nur weiß. **Wojciech Czaja** durfte 30 Minuten lang ihr Privatrefugium ausforschen.

„Die Art und Weise, wie meine Wohnung aussieht, hat sehr stark mit meinem Job als Forschungsmanagerin zu tun. Es ist ein sehr extrovertierter Beruf, in dem ich mich von früh bis spät auf andere Leute konzentrieren muss, in dem ich von früh bis spät neue Themen aufgreifen und Forschungsfragen nachgehen muss. Aus diesem Grund wollte ich eine Wohnung haben, die keine Aufmerksamkeit fordert, eine Wohnung, in der einfach nur Ruhe und Konzentration herrscht.“

Wenn ich meine Wohnung beschreibe, muss sich das für einen Immobilienmakler oder für einen Fachmann aus der Entertainment-Industrie anhören wie ein Albtraum! Es gibt keinen begehbaren Schrank, es gibt keinen Balkon, es gibt keinen Fernseher, keinen DVD-Player, keinen Computer, die Stereoanlage ist vor einem halben Jahr eingegangen, aber das passt gut ins Konzept, denn schließlich gibt es auch keine Mikrowelle, keine Kaffeemaschine und auch sonst nichts, was surrt und blinkt. Stimmt nicht, ich habe einen Toaster!

Glauben Sie mir, das ist nicht annähernd so schlimm, wie es sich anhört. Ich habe drei Jahre

lang in Japan gelebt. Da lernt man zwangsweise, sich aufs Wesentliche zu reduzieren. Ich habe dort gelebt mit einer Matratze auf dem Boden, zwei Sitzkissen, einem kleinen Schrank und einer Kommode mit Laden. Ich glaube, meine Wohnverhältnisse heute sind ähnlich nihilistisch, wie sie es damals waren.

Das Schönste ist das Heimkommen. Zwischen mir und der Außenwelt liegen vier Türen, die allesamt versperbar sind. Das liegt in diesem Fall ausnahmsweise nicht daran, dass ich ein wenig seltsam bin, was ich auch gar nicht in Zweifel stellen will, sondern an der Tatsache, dass

die Wohnung früher eine Bankfiliale war. Unter mir im Erdgeschoß war die Kundenhalle, und hier im ersten Stock waren die Büros. Dem früheren Aussehen dieser Räume nach zu urteilen, dürfte das irgendein böses, nordkoreanisches Geldinstitut gewesen sein. Daher die vier versperbaren Türen. Wie gemacht für mich!

Wenn ich dann endlich in der Wohnung stehe, geht es mit der Abgrenzung Schritt für Schritt weiter. Eines der wichtigsten Dinge für die Leute ist Aussicht – ich finde Aussicht grässlich. Daher

stehen vor meinen Fenstern weiße, raumhohe Paravents. Sie lassen zwar Licht durch, aber mehr nicht. Statt auf die Stadt blicke ich auf ein großes weißes Rauschen. Wunderbar.

Was die Farbe in meiner Wohnung betrifft, kann ich ganz einfach sagen: Alles, was neu ist, ist weiß. Türen und Fenster sind

weiß, Wände sind weiß, Möbel sind weiß, und da, wo der alte Parkettboden kaputt war, nämlich auf dem Gang und im Schlafzimmer, habe ich einen Polyurethan-Boden verlegen lassen. Der ist auch weiß.

Ich habe ganz lange gebraucht, um den perfekten Weißton zu finden, nämlich genau zwei Monate. Ich bin mit dem RAL-Farbfächer durch die Gegend gelaufen, habe die Weißtöne bei unterschiedlichen Lichtverhältnissen an die Wand gehalten und habe sämtliche meiner Freunde damit in den Wahnsinn getrieben. Letztendlich bin ich fündig geworden. Das Weiß in meiner Wohnung ist Signalweiß. Oder anders gesagt: RAL 9003. Ja, ich weiß, ich bin ein bisschen obsessiv.

Heute kann ich sagen: Mein Abschottungskonzept ist voll aufgegangen. Wenn ich die letzte Tür hinter mir zumache, bin ich absolut glücklich. Das heißt nicht, dass ich mich in meinen eigenen vier Wänden einbarrikadiere, ich bin ja keine Amöbe, die durch die Einsamkeit schwimmt. Aber ich kann mich dann auf Dinge konzentrieren, die mich entspannen: Freunde einladen, Bücher lesen oder einfach nur an die Decke starren. Oder sonst wohin, es ist ja eh alles weiß. “



### WOHNGESPRÄCH

DER  
Spezialist  
für Vorsorge-  
wohnungen.

www.ehl.at



## Vorsorgewohnungen

Ertragreich. Wertbeständig. Zuverlässig.

Koflergasse 1-3  
1120 Wien

Nähere Infos unter  
01 512 76 90

Projektentwicklung



C. R. E. D. O.

Verkauf



www.ehl.at

STANDARD EXKLUSIV





# „Die US-Steuerergutschrift stimuliert den Markt“



Als Immobilienexperte an der Arizona State University analysiert und kommentiert **Jay Butler** seit Jahrzehnten den US-Häusermarkt. **Georg Szalai** sprach mit ihm über Zustand und Ausblick des Sektors.

STANDARD: Wann sahen Sie erste Probleme am US-Häusermarkt?

**Butler:** 2005 erreichte der Markt einen Höchststand, 2006 begann eine Verlangsamung, und 2007 begann der Abstieg, der sich Ende 2007 beschleunigte. Die Signale waren immer schon da. Wie bei einem Marathonläufer war klar, dass die Geschwindigkeit beim Wachstum von Produktion und Preisen nicht anhalten konnte. Aber kaum jemand sah voraus, was dann passierte.

STANDARD: Was ist genau passiert?

**Butler:** Es kam einfach alles zusammen wie in einem Teufelskreis. Nachfrage und Hausbau waren überhitzt und verlangsamten sich, dann konnten die ersten Leute ihre Subprime-Hypotheken nicht mehr bezahlen, was zu Problemen am Finanzsektor und zum Anstieg von Zwangsversteigerungen führte. Das belastete den gesamten Immobilien-Markt und schließlich das ganze Land. Die USA und andere Länder endeten in der Rezession.

STANDARD: Ist die Talsohle jetzt endlich erreicht?

**Butler:** Ich denke, wir sind im Tal, aber die Sohle könnte ausgedehnt sein. Ich erwarte ein wackeliges 2010, Ende des Jahres mehr Anzeichen der Beruhigung, und 2011 und 2012 werden wir darauf aufbauen. Allerdings wird vor allem die Erholung bei Hauspreisen regional sehr unterschiedlich sein. Manche Leute werden noch lange darauf warten müssen, bis ihr Haus wieder so viel oder annähernd so viel wert ist wie am Gipfel des Booms 2005.

STANDARD: In welchen Regionen geht es dem Häusermarkt besser beziehungsweise besonders schlecht?

**Butler:** Manchen Märkten geht es relativ gut, weil sie den Hyper-Markt am Immobilien-Sektor vermeiden konnten. Texas und North und South Carolina geht es ökonomisch besser als anderen. Auch das hilft dort dem Immobilien-Markt. Hier in Arizona wird die Er-

holung wie in Kalifornien, Nevada, Michigan oder Florida länger dauern. In Arizona bauen wir heuer wahrscheinlich kaum 10.000 neue Häuser. Vor einigen Jahren waren es noch 30.000 bis 40.000.

STANDARD: Wie wichtig ist die Steuerergutschrift für Erstkäufer von Häusern, die die US-Regierung kürzlich bis Ende April verlängert hat?

**Butler:** Sie hat im Vorjahr einen Großteil der verbesserten Zahlen bewirkt und wird auch heuer anfangs helfen. Die Erholung ist durch diese Steuerergutschrift stimuliert worden. Erst nach dem Ende der Gutschrift wird klar werden, wie gesund der Markt tatsächlich ist.

STANDARD: Wie wichtig sind Konjunktur und Arbeitslosigkeit für die Erholung am Immobilien-Markt?

**Butler:** Die wirtschaftliche Erholung ist weiterhin schwach, und die Arbeitslosigkeit und die Angst vor ihr werden heuer weiterhin hoch bleiben. Leute brauchen aber Jobs und Einkommen, um Häuser kaufen und Hypotheken abzahlen zu können.

STANDARD: Das eigene Heim ist Teil des amerikanischen Traums. Hat sich das mit der Krise geändert?

**Butler:** Nein. Traditionell kaufen aber Leute in ihren späten 20ern und 30ern Häuser, wenn sie sich etabliert haben. Zu den Boomzeiten gab es aber auch 18- bis 19-jährige Käufer. Jetzt hat sich das wieder normalisiert.

STANDARD: Kritiker haben Experten wie Ihnen vorgeworfen, dass Sie die Krise am Immobilienmarkt nicht vorhergesehen haben. Müssen neue Kennzahlen her?

**Butler:** Der Haus-Markt basiert auf menschlichem Verhalten, und das ist immer schwer vorhersehbar. Man muss sich außer Kennzahlen auch ansehen, was und wie viel Leute kaufen und wie zuversichtlich sie sind.



Die Preise für US-Immobilien sind nach wie vor weit von den einstigen Höchstständen entfernt. Foto: AP

## Heimische Immos trotzen der Krise

Preise für Wohnimmobilien stabil, Nachfrage-Rückgang bei Büros

Claudia Ruff

„Krise, welche Krise?“, fragen sich die Immobilien-Experten in Österreich. Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise seien die Preise für Wohnimmobilien stabil geblieben, zum Teil sogar leicht gestiegen, sagte der Geschäftsführer vom Immobilienvermittler S-Real, Michael Pisecky. Hauptverantwortlich dafür ist der Umstand, „dass wir im Unterschied zu den USA, Großbritannien oder Spanien keinen Boom hatten, daher konnte auch keine Blase platzen“, so der Experte.

Man merke eine verstärkte Nachfrage nach Wohnungen, bei einem relativ geringen Angebot, und das führe zu steigenden Preisen. Als Folge der Krise sieht Pisecky den Umstand, dass die Men-

schen eben verstärkt in Sachwerte wie Immobilien statt wie bisher in Finanzinvestments gehen.

Anders sei die Situation am Büromarkt: Laut Michael Ehlmaier, Chef von EHL-Immobilien, ging die Nachfrage nach Büros um 15 Prozent zurück. Weil auch das Angebot stark reduziert wurde, blieben aber die Preise relativ stabil. Finanzierungen für Neubau-Projekte gebe es nur, wenn es für 50 Prozent der Flächen (bisher 25 Prozent) eine Vorvermietung gebe, so Ehlmaier.

Anders als bei Büros ist das Wohnungsangebot in den Ballungsräumen zu gering: Bei den geförderten Wohnung sei die Nachfrage nach preislich günstigeren Altbauten ungebrochen, allerdings gebe es kaum Angebote, weil die Leute nicht ausziehen, sagte der Chef der S-Bausparkasse, Josef Schmidinger. Und im geförderten Neubau, wo die Qua-

dratmeterpreise bereits bei sieben bis 7,50 Euro liegen, sei das Angebot zu gering, weil zu wenig gebaut werde. Im nichtgeförderten Segment ortet Pisecky einen Trend weg vom Land, hin zur Stadt. „Weil bereits mehr als 80 Prozent der Haushalte Ein- bis Zwei-Personen-Haushalte sind, wollen die Leute, wenn sie schon allein leben, nicht auch noch auf dem flachen Land ihre Zeit verbringen“, so Pisecky.

Massiv eingebrochen sei die Bauleistung der gewerblichen Bauträger bei den freifinanzierten Wohnungen. Wenn nicht die Lage eins a sei, wären diese nur schwer verkäuflich. Eine ähnliche Situation gebe es bei Einfamilienhäusern: Wenn die Infrastruktur stimmt, passe auch die Nachfrage.

Als größte Herausforderung der nächsten Jahre wertet Sandra Bauernfeind von EHL die „Verknappung der Grundstücke“ in Wien.



Wo ist das Geld?

## STANDARD EXKLUSIV

### SICHERN SIE SICH IHR BÜRO AM SEE!

Kein Wunder, dass schon über 70% aller Büros im VIERTEL ZWEI vermietet sind, denn die unmittelbaren Nachbarn sind weitläufige Grünflächen, ein 5.000m<sup>2</sup> großer See, und international renommierte Unternehmen, die sich schon von dieser neuen Art der Arbeitsqualität überzeugen ließen. Nur 4 U-Bahnstationen in die Wiener City und 15 Minuten zum Flughafen, reichlich Tiefgaragenstellplätze und Urlaubsstimmung in der Mittagspause – und das Beste daran: im BIZ ZWEI kann man noch Büros ab 500m<sup>2</sup> mieten - NOCH!

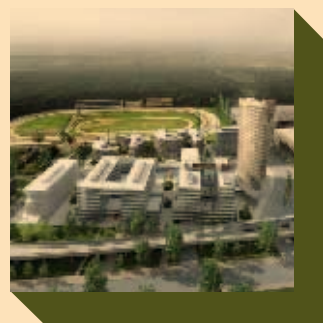
BIZ ZWEI, 1020 Wien, Vorgartenstraße 206



Infos bei Mag. Marta Redlova oder Mag. Anna Müller  
Tel: 01/217 121, vermietung@icprojektentwicklung.at  
oder auf [www.viertelzwei.at](http://www.viertelzwei.at)



BIZ  
ZWEI



VIERTEL  
ZWEI